

**rot**

**radikal**

**realistisch**

***DIE LINKE.***

Unser Programm  
für die soziale Stadt

# Inhalt

1. Präambel .....	2
2. Mieten und Wohnen .....	5
3. Bauen und Stadtentwicklung .....	11
4. Soziales und Armutsbekämpfung .....	15
5. Kultur, Weltanschauungen und Denkmalschutz .....	19
6. Europa .....	27
7. Wirtschaft .....	29
8. Arbeit .....	36
9. Klimaschutz, Umwelt und Energie .....	41
10. Mobilität und Verkehr .....	49
11. Gesundheit und Pflege .....	56
12. Finanzen, Investitionen und öffentlicher Dienst .....	61
13. Kinder und Jugend .....	70
14. Sportpolitik .....	76
15. Bildung und Schule .....	81
16. Hochschulen und Wissenschaft .....	90
17. Digitalisierung .....	95
18. Medien .....	100
19. Einwanderungsgesellschaft und Teilhabe .....	102
20. Frauenpolitik .....	108
21. Senior:innenpolitik .....	112
22. Queerpolitik .....	114
23. Inklusion und Barrierefreiheit .....	116
24. Demokratisierung und Kampf gegen Rechts .....	118
25. Innenpolitik, Bürger:innenrechte und Justiz .....	123

# 1. Präambel

## 2 @zu Hause

3 Berlin ist unser Zuhause – sowohl der Kiez als auch die Großstadt. Der Kiez ist unser Wohnzimmer, ein  
4 Ort der Nachbarschaftshilfe, der Vertrautheit und Geborgenheit. Der Kiez ist der Lebensmittelpunkt und  
5 wenn wir aus dem Wohnzimmer hinauswollen, können wir uns in die Anonymität der Großstadt  
6 zurückziehen. Berlin ist der Ort des vielfältigen kulturellen Angebots, der Innovationen, der Freiräume  
7 für verschiedene Communitys und des Willkommens für Menschen aus anderen Ländern und von  
8 anderen Kontinenten.

9 Berlin ist eine spannungsreiche und spannende Stadt voller unterschiedlicher Menschen und Stadtteile.  
10 Die einen sind drinnen und fahren gern mal „raus ins Grüne“. Die andern wohnen am Stadtrand und  
11 fahren ab und zu mal „rein“. Berlin besteht aus seinen Kiezen, daraus, dass Menschen ihren Ort für ihre  
12 ganz unterschiedlichen Lebensentwürfe finden konnten. Dass diese Vielfalt möglich ist, macht Berlin zu  
13 dem, was es ist.

14 In der Mitte Europas gelegen, in der historischen Verantwortung für die Geschichte der Stadt ist und  
15 bleibt Berlin weltoffen und ein Anziehungspunkt für viele Menschen. Junge Menschen aus vielen Ländern  
16 – Ost wie West und über Europa hinaus – suchen deshalb mit unterschiedlichsten Motiven hier ihr  
17 Zuhause, prägen und verändern die Stadt. Berlin steht deshalb auch in der Verantwortung, soziale  
18 Anliegen, Gemeinwohl und Solidarität in einer sich verändernden Welt immer wieder neu zu organisieren,  
19 zu leben und als Impuls in die europäischen und internationalen Debatten zu geben, damit auch andere  
20 progressive Kräfte in Europa darüber hinaus davon profitieren.

21 Mit der Corona-Krise kam eine neue Aufmerksamkeit für und Nachdenklichkeit in Bezug auf das bislang  
22 „Normale“ des Alltags. In den Mittelpunkt rückt das, was während der Pandemie fehlt: das gemeinsame  
23 Erlebnis der Kultur, das pulsierende Leben in Restaurants, Kneipen und Clubs, der Gang ins Stadion  
24 oder in die Sportarena, das gemeinsame Training auf dem Platz, im Studio oder in der Halle, das  
25 gemeinsame Feiern im Park oder mit den Freunden im Kleingarten. Aber nicht nur der Wert von Sport  
26 und Kultur wird vielen besonders bewusst, auch der Wert derer, die die Stadt am Leben und am Laufen  
27 halten.

28 Ein gutes Angebot von Bussen und Bahnen, Krankenhäuser und Gesundheitsämter mit großem  
29 Engagement, Schulen und Kitas, Polizei und Feuerwehr, unsere öffentlichen Unternehmen – der Wert  
30 einer funktionierenden Stadt für das Gemeinwohl ist noch einmal besonders ins Bewusstsein gerückt.  
31 Wir wollen eine Stadt, die da ist, wenn man sie braucht. Eine Stadt, die niemanden zurücklässt. Eine  
32 Stadt, die Menschen Sicherheit gibt – vor Jobverlust, vor Verdrängung aus dem Kiez, vor Gewalt,  
33 Diskriminierung, Ausgrenzung und Angst, vor Armut. Eine Stadt, in der alle gemeinsam daran mitwirken,  
34 dass auch alle ein gutes, ihr gutes Leben führen können.

## 35 Berlin bleibt anders

36 Wir wollen, dass die Metropole Berlin ein Raum für gesellschaftliche Alternativen bleibt. Hier werden  
37 mehr als anderswo Dinge ausprobiert, hier werden Visionen in die Tat umgesetzt, hier wehren sich

38 Menschen gegen eine allzu gleichförmige Gestaltung von Lebensbedingungen durch Investorenträume.  
39 Hier entsteht Neues auch ohne Renditeerwartung.

40 Zugleich engagieren sich die Berliner:innen für die Gemeinschaft und erwarten, dass der Staat seinen  
41 Teil zum Gemeinwesen beiträgt. Auf diese Weise hat die Stadt Zehntausende Geflüchtete aufgenommen  
42 und hilft sich auch jetzt in der Pandemie gegenseitig. Berlin ist eine solidarische Stadt. Auch und gerade  
43 weil Berlin bis zur Pandemie solch einen Boom erfahren hat, treten wir dafür ein, dass alle Menschen  
44 hier ihr Auskommen haben und ein gutes und vor allem selbstbestimmtes Leben führen können.  
45 Wohnen, wo sie wollen, leben, wie sie wollen, lieben, wen sie wollen – Freiheit auch ohne dicken  
46 Geldbeutel.

#### 47 **Gemeinsam unser Zuhause bauen**

48 Berlin muss sich verändern, wenn es Berlin bleiben soll. Die Stadt ist voller geworden. Die soziale Schere  
49 geht auch bei uns weiter auseinander. Auch Klimawandel und Umweltkrisen und nicht zuletzt die Lehren  
50 der Pandemie machen einen Umbau unserer Strukturen notwendig. Für uns, DIE LINKE, ist klar, dass  
51 unterschiedliche Berliner:innen je nach Kiez, Herkunft oder Lebenssituation ganz unterschiedliche  
52 Vorstellungen von diesen Veränderungen haben können. Ob es um Neubau und Mieten, um Mobilität,  
53 um Zusammenleben verschiedener Kulturen, um die Gestaltung der neu entstehenden Wohnviertel  
54 geht – Veränderung lebt vom Zusammenwirken und vom Mitmachen. Basta-Politik von oben nach unten,  
55 von Reich zu Arm oder von innen nach außen ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen, dass Politik Räume  
56 schafft, damit die Berliner:innen ihre Stadt selbst gestalten können.

#### 57 **Aus der Pandemie lernen: die Stadt krisenfest machen**

58 Um unser Zuhause gestalten zu können, bedarf es einer umfassenden Investition in die  
59 Daseinsvorsorge, wie nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt hat.

60 Die Krise trifft nicht alle gleich, nicht in der produzierenden Wirtschaft oder im Tourismus, im  
61 Dienstleistungssektor oder in der Kultur und Kreativwirtschaft. Viele Arbeitsplätze, viele Existenzen von  
62 Selbstständigen stehen auf dem Spiel. Historische Erfahrungen zeigen, dass dies eine politisch brisante  
63 und explosive Konstellation werden könnte, geeignet, die Demokratie im Land zu gefährden.

64 Gerade in Berlin wird Geschichte bei mancher Kundgebung heute, mit rechten Parolen, Ohnmacht und  
65 Verunsicherungen, Existenzängsten und Wut, wieder lebendig. In den sich abzeichnenden sozialen und  
66 wirtschaftlichen Krisen wollen wir als LINKE in Berlin Hoffnung machen. Wir zeigen, dass wir gewillt und  
67 in der Lage sind, nach der Wahl wieder Verantwortung für die Stadt zu übernehmen.

68 Diese Krise wird aus heutiger Sicht unübersehbare Folgen für die Stadt haben – sei es bei der  
69 Wirtschaftsstruktur und -entwicklung, bei den Steuereinnahmen oder für den notwendigen Aus- und  
70 Umbau unseres Gemeinwesens.

71 Die Unsicherheit ist auch für die Politik in der Stadt groß. Unsere Ideen und Konzepte für die  
72 Weiterentwicklung der Stadt schlagen wir hier vor, ohne zu wissen, wie sich die finanzielle Lage der  
73 öffentlichen Hand in den kommenden Monaten und Jahren genau entwickeln wird. Auf Bundes- und  
74 Landesebene treten wir seit Langem für eine Krisenfinanzierung ein, die besonders die Profiteur:innen  
75 von Krisen in die Verantwortung nimmt. Wir sind zudem seit Langem gegen die Schuldenbremse, die  
76 sich besonders in der Krise als Hemmschuh für öffentliche Investitionen erwiesen hat und deswegen zu

77 Recht ausgesetzt wurde. Trotzdem wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, öffentliche  
78 Mittel so intelligent und effizient einzusetzen, dass wir unsere Ideen bestmöglich umsetzen können.  
79 Unsere Priorität liegt dabei auf starken öffentlichen Leistungen, die allen zugutekommen und die dafür  
80 sorgen, dass niemand zurückgelassen wird.

81 Viele Berliner:innen erwarten, dass die Politik aus der Krise lernt. Wir als LINKE sehen uns in unserer  
82 Auffassung bestärkt, dass eine krisenfeste Stadt Puffer in der öffentlichen Infrastruktur braucht, dass  
83 Digitalisierung in Ämtern, in Bildung und Wissenschaft zur Existenzfrage werden kann, dass noch mehr  
84 als bisher achtsam und wertschätzend mit den hart arbeitenden Menschen in unserer Stadt umzugehen  
85 ist. Wir lernen, dass nicht nur Banken systemrelevant sein können, sondern vor allem Menschen in  
86 Krankenhäusern, Verwaltungen, Supermärkten, bei der BSR, der BVG oder in Arztpraxen.

87 Wir wollen das Prinzip der Krisenfestigkeit, der Resilienz in die Politik für unsere Stadt einflechten. Ob  
88 es eine erneute Pandemie, der Klimawandel, ökonomische Krisen oder globale Fluchtbewegungen sind:  
89 Unser Gemeinwesen, die öffentliche Infrastruktur braucht Puffer, statt sie auf Kante zu nähern.

90 Wir lernen auch, dass Entscheidungsfreude und Handlungsfähigkeit gefragt sind, um Berlin für alle  
91 lebenswert zu gestalten. Alle wollen regieren, wir wollen verändern.

## 92 **Die Stadt weiter verändern. Damit Berlin Berlin bleiben kann. Für alle.**

93 Wir haben als Teil der rot-rot-grünen Koalition begonnen, diese Stadt wieder verstärkt in die Hand der  
94 Berliner:innen zu legen, die in ihr leben. Wir haben gezeigt, dass wir es ernst meinen. Wir haben nicht  
95 alle Kämpfe gegen die Dynamik des großen Geldes, gegen Märkte und Lobbys gewonnen, aber wir  
96 haben immer gekämpft. Auch bei der sozialen und ökologischen Modernisierung der Stadt haben wir  
97 wichtige Weichen gestellt – diese Entwicklung wollen wir zum Erfolg führen. Ob es um mehr Personal in  
98 Verwaltung, Bildung, Polizei und Feuerwehr oder Gesundheitseinrichtungen geht. Ob es um die  
99 Modernisierung und den Neubau von Schulen, Kitas, Amtsstuben und Hörsälen geht. Das Abarbeiten  
100 der Sparjahre, das Investieren in die Infrastruktur wollen wir fortsetzen. Wir wollen die gleiche Teilhabe  
101 von Frauen und Männern und Menschen mit Migrationsgeschichte in allen Bereichen, ob in der  
102 Wirtschaft, der Politik, der Verwaltung, im kulturellen sowie öffentlichen Leben. Angefangen bei  
103 Ausbildungen, Fort- und Weiterbildungen bis hin zu Führungsetagen.

104 Wir haben in den vergangenen fünf Jahren gezeigt, dass DIE LINKE den Unterschied macht. Wir waren  
105 der Motor für den Politikwechsel. Wir haben uns als Partnerin der sozialen Initiativen und Bewegungen  
106 verstanden und an ihrer Seite die Stadt spürbar verändert. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Das  
107 geht nur mit einer starken LINKEN.

108 Wir laden alle ein, unsere Vorschläge durchzulesen. Prüfen Sie unsere Ideen und Forderungen anhand  
109 Ihrer Erfahrungen und Wünsche. Wir laden dazu ein, mitzumachen und unser Zuhause gemeinsam zu  
110 verbessern. Denn es gibt noch viel zu tun.

## 111 2. Mieten und Wohnen

### 112 **Eine andere Stadt ist möglich: sozial, ökologisch, demokratisch**

113 Anders als andere europäische Metropolen ist Berlin weiterhin eine Mieterstadt. Doch auch hier sind  
114 die Mieten explodiert und Einwohner:innen an den Stadtrand verdrängt worden. Während  
115 Luxuswohnungen oder Bürogebäude als Renditeobjekte dienen, fehlen für viele Menschen leistbare  
116 Wohnungen ebenso wie Kitas oder Kultureinrichtungen. Für unterschiedlichste Menschen ist Berlin eine  
117 Heimat. Die Vielfalt unserer Stadt ist der Nährboden für ihre Dynamik. Doch durch den Renditedruck  
118 auf die Stadt droht Berlin seine soziale Mischung zu verlieren. Wir haben in den letzten fünf Jahren  
119 dagegen angekämpft und werden weiter für bezahlbaren Wohnraum für alle arbeiten.

120 Was viele nicht für möglich gehalten haben, haben wir gemeinsam mit den vielen aktiven Mieter:innen  
121 in Berlin geschafft: einen Kurswechsel einzuleiten, hin zu einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik  
122 und einer sozialen und demokratischen Stadtentwicklung. Wir haben gebrochen mit einer Politik, die  
123 dem Interesse der Immobilienspekulation dient. Wir haben die scheinbar endlose Mietpreisspirale  
124 angehalten und so viele kommunale Wohnungen und Sozialwohnungen gebaut wie seit mehr als  
125 25 Jahren nicht mehr.

126 Wir haben haltgemacht mit dem Ausverkauf der Stadt. Der öffentliche Boden wird nicht mehr veräußert,  
127 sondern vor allem an städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften vergeben. Unser Ziel  
128 ist es, Schritt für Schritt die Verfügungsmacht über den Berliner Boden zurückzugewinnen.

129 Berlin hat einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Jetzt gilt es, die gemeinwohlorientierte Stadt  
130 weiterzubauen und die Wende zu verstetigen.

### 131 **Gemeinsam Stadt entwickeln**

132 Offen und für alle, nicht in geheimen Zirkeln oder hinter verschlossenen Türen, so möchten wir Berlin  
133 gestalten. Gemeinsam mit den Berliner:innen. Die Berliner:innen sind smart und wissen, wie sich ihre  
134 Stadt entwickeln soll. Proteste, Kampagnen und direktdemokratische Instrumente wie die „100 %  
135 Tempelhofer Feld“ oder die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ haben in den vergangenen  
136 Jahren eine herausragende Rolle gespielt. Wir nehmen Initiativen und engagierte Bürger:innen ernst in  
137 ihren Anliegen und entwerfen gemeinsam mit ihnen Konzepte für eine kooperative Stadtentwicklung  
138 und eine Stadt für alle, die den Menschen dient. Mit dem Initiativenforum Stadtpolitik und dem Runden  
139 Tisch Liegenschaftspolitik sind ständige Foren etabliert, in denen Politik, Verwaltung und  
140 Stadtgesellschaft aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung miteinander debattieren und  
141 gemeinsame Lösungen für die Stadt finden. Mit den Leitlinien zur Beteiligung wurde ein verbindlicher  
142 Rahmen zur Einbindung von Bürger:innen eingeführt. Wir wollen Beteiligungsinstrumente weiter stärken  
143 und die Berliner:innen zu den Entscheider:innen für den sozial-ökologischen Stadtbau machen.

### 144 **Soziale Mietenpolitik und Mietendeckel**

145 Seit Jahren kannten die Mieten nur eine Richtung: nach oben. In keiner anderen deutschen Stadt sind  
146 die Mieten in den letzten Jahren so stark gestiegen wie in Berlin. Vielerorts wurden Mieter:innen aus

147 dem Zentrum an den Stadtrand gedrängt. Doch auch dort haben die Mietpreise zunehmend angezogen.  
148 Wir wollen, dass Berlin für alle Menschen bezahlbar ist – in der Innenstadt und am Stadtrand.

149 Mit dem Mietendeckel haben wir ein wegweisendes Instrument zur Bekämpfung des Mietenwahnsinns  
150 auf den Weg gebracht. Damit haben wir bewiesen, dass Politik wirkliche Veränderungen in wichtigen  
151 Lebensbereichen in die Hand nehmen kann, wenn umsetzbare Lösungen und der notwendige politische  
152 Wille vorhanden sind. Andere internationale Großstädte wie London oder Barcelona orientieren sich bei  
153 ihren Vorhaben am Berliner Beispiel. Unser Ziel bleibt, die Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen für  
154 breite Teile der Bevölkerung zu sichern.

155 Wir arbeiten konsequent daran, dass wir nach Auslaufen des Mietendeckels einen ausgeglichenen  
156 Wohnungsmarkt in Berlin organisiert haben und der Mietendeckel dadurch nicht mehr nötig ist. Sollte  
157 dieses Ziel trotz aller Anstrengungen nicht erreicht werden können, obliegt es dem Abgeordnetenhaus  
158 zu prüfen, wie die Mietpreise danach weiter reguliert und gedeckelt werden. Für uns steht fest: Wir  
159 brauchen einen Ordnungsrahmen, der die Wohnungswirtschaft in Berlin an feste Regeln bindet: Dazu  
160 gehört eine Mietpreisregulierung, ein Wohnungskataster und ein Landesamt für Wohnungswesen, in  
161 dem alle Aufgaben, die das Wohnungswesen in der Stadt betreffen, gebündelt und bearbeitet werden.  
162 Das alles wollen wir in einem neuen Wohnraumbewirtschaftungsgesetz festhalten.

### 163 **Wohnraum ist keine Ware**

164 Alle Menschen brauchen eine angemessene Wohnung zu fairen Mietpreisen. Der Spekulation mit  
165 Wohnraum stellen wir uns konsequent entgegen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um über eine  
166 öffentliche Regulierung das Marktgeschehen einzuhegen.

167 Auf der Grundlage der grundgesetzlichen Landeskompetenz für das „Recht des Wohnungswesens“  
168 schlagen wir vor, ein Wohnraumbewirtschaftungsgesetz einzuführen. Darin sollen eine dauerhafte  
169 Deckelung der Mieten, Vorgaben für die Instandhaltung der Wohnungsbestände durch die Verpflichtung  
170 zur Bildung von Rücklagen, der Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen für die Zeit einer  
171 angespannten Wohnraumversorgungssituation und Richtlinien zur Mitbestimmung von Mieter:innen  
172 enthalten sein. Außerdem wollen wir verbindliche Regelungen, sodass bei Bedarf auch private  
173 Vermieter:innen ihre Wohnungsbestände zur sozialen Belegung zur Verfügung stellen müssen, um  
174 diejenigen Berliner:innen mit Wohnraum zu versorgen, die es aktuell besonders schwer haben, eine  
175 Wohnung zu finden.

176 Wir wollen die Mieterhöhung durch Modernisierung bremsen. Mit einer Zuschussförderung für  
177 energetisch sinnvolle Maßnahmen sollen Belegungsbindungen bei der Wiedervermietung im privaten  
178 Wohnungsbestand geschaffen werden. So können nicht nur durch Neubau Bindungen neu geschaffen  
179 werden, vor allem in Altbauten im S-Bahn-Ring können Wohnungen preiswert gehalten und an soziale  
180 Ziele gebunden werden.

181 Transparenz auf dem Immobilienmarkt ist die zwingende Grundlage für eine effektive Verfolgung von  
182 Straftaten und von Ordnungswidrigkeiten im Wohnungssektor, für die politische Regulierung des  
183 Marktgeschehens und eine informierte öffentliche Debatte über Vermögensverteilung und soziale  
184 Verantwortung. Deshalb wollen wir ein Mieten- und Wohnungskataster einführen, das die tatsächlichen  
185 Mieten und Eigentümer:innen aller Wohnungen in Berlin erfasst. Das Kataster dient perspektivisch auch  
186 als Grundlage für Instrumente wie den Mietspiegel, den wir fortschreiben wollen.

187 Mitten in Berlin, der Stadt der Wohnungsnot, stehen Wohnungen aus spekulativen Gründen leer. Das ist  
188 kein Kavaliersdelikt. Denn: Eigentum verpflichtet! Wir wollen das Zweckentfremdungsverbot weiter  
189 verschärfen, um Leerstand effizienter zu ahnden und Abrisse zu erschweren. Zudem wollen wir die Zahl  
190 der Ferienwohnungen weiter reduzieren und den Wohnraum wieder den Berliner:innen zur Verfügung  
191 stellen.

192 Seit Beginn der Regierungsübernahme von Rot-Rot-Grün hat sich die Anzahl der Milieuschutzgebiete in  
193 Berlin verdoppelt. Unser Ziel ist es, diese Gebiete auszuweiten und in der ganzen Stadt Menschen vor  
194 Aufwertung und Verdrängung zu schützen.

195 Nach dem Beispiel Wien wollen wir den Anteil an kommunalem, genossenschaftlichem und sonstigem  
196 gemeinwohlorientiertem Wohnungsbestand in den kommenden Jahren durch Ankauf, Vorkauf,  
197 Vergesellschaftung und Neubau erheblich ausweiten. Auch der „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ sieht  
198 vor, dass mindestens 50 Prozent der bis 2030 neu gebauten Wohnungen zu leistbaren Mietkonditionen  
199 durch landeseigene Wohnungsunternehmen und Genossenschaften geschaffen werden sollen.

200 Mit dem kommunalen Vorkaufsrecht haben wir in den vergangenen Jahren ein wirksames Instrument  
201 erschlossen. Wer grundsätzlich bereit und in der Lage ist, dieses Recht auszuüben, wo immer es geht,  
202 kann Menschen auch über Abwendungsvereinbarungen wirksam vor Verdrängung schützen. Deshalb  
203 wollen wir die Wohnungsbaugesellschaften anhalten, bereit zu sein, Vorkaufsrechte auszuüben. Wir  
204 werden die Voraussetzungen dafür schaffen. Beim Abschluss von Abwendungsvereinbarungen wollen  
205 wir mit starken Regelungen die betroffenen Mieter:innen noch besser vor Wohnungsverlust schützen,  
206 wenn ihr Haus verkauft wird, und auf notwendige Verbesserungen im Baugesetzbuch auf Bundesebene  
207 drängen.

208 In prägnanten Aktionen zivilen Ungehorsams haben Aktivist:innen in den letzten Jahren vermehrt durch  
209 Besetzungen auf die massive Wohnungsnot in der Stadt aufmerksam gemacht. Wir setzen uns dafür ein,  
210 dass Hausbesetzungen insbesondere bei jahrelangem Leerstand entkriminalisiert werden.  
211 Unverhältnismäßige Räumungen wie beim Syndikat oder der Liebig 34 wollen wir ausschließen und  
212 dafür neue rechtliche Instrumente entwickeln. Wir wollen die sogenannte Berliner Linie abschaffen. Wir  
213 streben ein Leerstandsgesetz an. Mit diesem soll grundsätzlich die Besetzung von seit mindestens  
214 einem Jahr leer stehendem Wohnraum zu einem dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die  
215 Eigentümer:innen verpflichten sich verbindlich, in einem begrenzten Zeitraum den Wohnraum zu sozial  
216 verträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen.

## 217 **Soziale Wohnraumversorgung**

218 In der Berliner Landesverfassung ist das „Recht auf Wohnen“ verankert. Seit 2010 sind die Mieten in  
219 Berlin jedoch überdurchschnittlich gestiegen, die Einkommen dagegen kaum. Hier hat eine kalte  
220 Enteignung der Berliner Mieter:innen stattgefunden. Gleichzeitig hat die Anzahl der  
221 Wohnungsräumungen zugenommen. Die Zahl der Wohnungslosen ist gestiegen. Trotz unseres  
222 begonnenen Umsteuerns in der Berliner Mietenpolitik haben viele Menschen keine Chance, auf dem  
223 Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Das betrifft zunehmend auch Menschen mit mittlerem  
224 Einkommen.

225 Mit dem Mietendeckel wurde eine Kurskorrektur eingeleitet. Wir wollen dem staatlichen Auftrag der  
226 sozialen Wohnraumversorgung gerecht werden und alle Berliner:innen mit angemessenem Wohnraum  
227 versorgen. Vor allem Menschen im Transferbezug haben es oft schwer, eine Wohnung zu finden und



228 diese zu finanzieren. Die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft und für Heizung (AV Wohnen) haben  
229 wir daher in der vergangenen Legislatur an die realen Bedürfnisse angepasst und wollen diese weiterhin  
230 bedarfsgerecht ausgestalten.

231 Während der Mietendeckel die Mieten in frei finanzierten Wohnungen deckelt, gilt dieser nicht für den  
232 sozialen Wohnungsbau. Auch bei Sozialwohnungen möchten wir die Mietpreise begrenzen. Dazu gehört  
233 für uns, dass die Mieten, wie beim Mietendeckel, höchstens um die allgemeine Teuerungsrate angepasst  
234 werden dürfen und zu hohe Mieten gesenkt werden müssen. Die Vermieter:innen dürfen nur solche  
235 Kosten auf die Sozialmiete umlegen, die auch tatsächlich entstehen.

### 236 **Eigenbedarfskündigungen zurückdrängen**

237 Die Kündigung der Wohnung wegen Eigenbedarf ist ein probates Mittel zur Steigerung der Miete, denn  
238 ein Großteil der Vermieter, die sich auf Eigenbedarf berufen, betreiben Missbrauch. Der Eigenbedarf  
239 wird vorgetäuscht, die Wohnung soll in Wahrheit teurer vermietet oder verkauft werden. Die  
240 Bundesregierung verweigert seit Jahren, eine Verbesserung des Mieter:innenschutzes im Bürgerlichen  
241 Gesetzbuch vorzunehmen. Das Land Berlin muss seine Kompetenz für eine eigene Landesgesetzgebung  
242 für das Wohnungswesen nutzen und dafür Sorge tragen, den Mieter:innenschutz auch an dieser Stelle  
243 auszubauen. Besonders vordringlich ist hier der Schutz der Mieter:innen vor Eigenbedarfskündigungen,  
244 der bis heute weder von der Politik noch von der Justiz ausreichend gewährleistet ist.  
245 Eigenbedarfskündigungen sollen für die Zeit einer angespannten Wohnraumversorgungssituation  
246 ausgeschlossen werden. Eigenbedarfskündigungen dürfen in der übrigen Zeit nur noch in  
247 Ausnahmefällen zulässig sein. Der Personenkreis soll auf Familienangehörige ersten Grades begrenzt  
248 werden. Wer eine bewohnte Wohnung kauft, soll keinen Eigenbedarf geltend machen können.

### 249 **Gegen Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentum**

250 Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen führen zu Mieter:innenverdrängung und enormen  
251 Preissteigerungen. Knapp 12.700 Wohnungen wurden 2019 umgewandelt, davon rund 5.300 in  
252 Milieuschutzgebieten. Berlin gilt als angespannter Wohnungsmarkt. Der Senat hatte daher 2015 eine  
253 Umwandlungsverordnung erlassen, nach der Umwandlungen in Milieuschutzgebieten genehmigt  
254 werden müssen. Durch ein Schlupfloch im Bundesbaugesetz mussten dennoch Genehmigungen erteilt  
255 werden, wenn den Mieter:innen innerhalb einer Frist von 7 Jahren ein Vorkaufsrecht eingeräumt wurde.  
256 Das bisherige Umwandlungsverbot für Milieuschutzgebiete konnte daher den Umwandlungsdruck nur  
257 unzureichend bremsen. Die Koalition hat mehrmals durch Bundesratsinitiativen auf eine notwendige  
258 Änderung des Baugesetzbuches hingewirkt – leider ohne Erfolg.

259 Die Bundesregierung hat mit dem Baulandmobilisierungsgesetz eine Ausweitung des  
260 Genehmigungsvorbehalts bei Umwandlungen auf „angespannte Wohnungsmärkte“ vorgenommen. Dies  
261 gilt dann für ganz Berlin und nicht mehr nur für die Milieuschutzgebiete. Doch was zunächst wie eine  
262 Verbesserung klingt, entpuppt sich als totaler Flop. Zahlreiche und weitgehende Ausnahmen ziehen der  
263 Neuregelung die Zähne und werden leider auch zukünftig Umwandlungen im großen Stil erlauben.

264 Zusammen mit Mieter:innenvereinen und Initiativen setzen wir uns für ein Verbot von Umwandlungen  
265 in angespannten Märkten ein – also für ganz Berlin. Das Land Berlin wird daher weiter Druck auf die  
266 neue Bundesregierung aufbauen, um eine wirksame Regelung gegen Umwandlungen gesetzlich zu  
267 verankern.

## 268 **Landeseigene Wohnungsunternehmen als Pfeiler für bezahlbare Mieten**

269 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen mit ihren knapp 336.000 Wohnungen sind ein Garant für  
270 dauerhaft bezahlbare Mieten, günstigen Neubau und die Beteiligung ihrer Mieter:innen an einer sozial-  
271 ökologischen Quartiersentwicklung. Bis Ende 2021 werden sie in dieser Wahlperiode voraussichtlich  
272 21.000 neue Wohnungen gebaut und über 25.000 Wohnungen angekauft haben. Eine starke öffentliche  
273 Wohnungswirtschaft ist der Schlüssel für eine soziale Wohnraumversorgung in der Stadt. Durch eine  
274 Ausweitung der kommunalen Wohnungsbestände kann die Stadt langfristig den Wohnungsmarkt  
275 steuern.

276 Die Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und Wohnungsunternehmen wollen wir fortschreiben.  
277 Im Neubau muss die Quote von Sozialwohnungen auf 75 Prozent erhöht werden. In einzelnen Projekten  
278 ist diese Quote in innenstädtischen Bereichen auf 100 Prozent anzuheben. Dabei sollen sich die  
279 landeseigenen Wohnungsunternehmen an Modellprojekten wie dem Dragonerareal orientieren. Wir  
280 wollen die Belegungsquote von WBS-Berechtigten bei Wiedervermietung im Bestand auf 70 Prozent  
281 erhöhen. Zwangsräumungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen eingestellt  
282 werden. Durch eine Stärkung der Wohnraumversorgung Berlin AöR soll der soziale Kurs der  
283 landeseigenen Wohnungsunternehmen unterstützt werden.

284 Beim Neubau von Sozialwohnungen kommt es vor allem auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen  
285 an. Um ihre Kapazitäten für günstigen Wohnungsbau zu erhöhen, sollen sie künftig stärker miteinander  
286 kooperieren. Durch übergreifende Planung und einheitliches serielles und modulares Bauen kann  
287 zügiger und kostengünstiger gebaut werden. Zudem schlagen wir vor, dass eine Bauhütte geschaffen  
288 wird, die Bauleistungen für gemeinwohlorientierte Wohnbauträger:innen erbringt.

289 Wir schlagen vor, dass zur Kontrolle und Weiterentwicklung der Unternehmen die Wohnraumversorgung  
290 Berlin AöR gestärkt wird und auch eigene Planungs- und Baukapazitäten ausgeweitet werden.  
291 Gleichzeitig soll die Servicequalität der Unternehmen vor Ort deutlich verbessert werden. Wir wollen  
292 verschiedene Modelle der stärkeren Zusammenarbeit prüfen, über Holding-Modelle bis hin zu Fusionen.  
293 Der Einfluss von Politik und Verwaltung auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen muss verstärkt  
294 werden, um dauerhaft einen sozialen Kurs der Unternehmen abzusichern. Bei allen Aufgaben im  
295 Zusammenhang mit dem sozialen Versorgungsauftrag, die das Land Berlin den Unternehmen überträgt,  
296 muss die wirtschaftliche Stabilität der LWU gewahrt bleiben.

297 Wir befürworten und unterstützen Nachverdichtung durch kommunale Wohnungsunternehmen in  
298 bestehenden Wohnquartieren. Wichtig ist für uns dabei jedoch, dass die Wohn- und Lebensqualität in  
299 den bestehenden Wohnungen und dem umliegenden Wohnquartier gesichert bleibt. Für die gesamte  
300 Wohnanlage sollte im Zuge der Verdichtung auch ein Mehrwert geschaffen werden. Bei Bauvorhaben ist  
301 eine tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeit der Mieter:innen und Anwohner:innen der bestehenden  
302 Wohnanlagen von Beginn an sicherzustellen. Der Partizipationsprozess soll früh beginnen und ist  
303 transparent und ergebnisoffen zu gestalten.

304 Wir wollen die Berliner Wohnungen der Berlinovo aus den Fonds herauslösen und in den kommunalen  
305 Wohnungsbestand eingliedern. Eine Perspektive als eigenständiges Unternehmen kann es für die  
306 Berlinovo nach Auflösung der Fonds und Ablösung der Garantien aus dem Bankenskandal nur geben,  
307 wenn es gelingt, eine sinnvolle und tragfähige Aufgabenbestimmung als öffentliches Unternehmen zu  
308 entwickeln.

309 Wir setzen uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen innerhalb des Verbands Berlin-  
310 Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU) darauf hinwirken, dass dieser wieder eine  
311 Interessenvertretung der gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen wird. Falls dies nicht möglich  
312 ist, sollten sich die LWU gemeinsam mit allen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen in einem  
313 Verband zusammenschließen. Künftig sollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen gemeinsam mit  
314 anderen gemeinwohlorientierten Wohnbauträger:innen noch stärker für eine soziale  
315 Wohnraumversorgung in Berlin werben und sich von privaten und renditeorientierten Unternehmen wie  
316 etwa Deutsche Wohnen abgrenzen.

### 317 **Kooperation mit den Genossenschaften**

318 Neben den landeseigenen Wohnungsunternehmen sind die Genossenschaften mit ihren knapp  
319 200.000 Wohnungen unverzichtbare Partner:innen für eine soziale Wohnraumversorgung. Nach  
320 Jahrzehnten ohne Förderung hat die rot-rot-grüne Landesregierung 2017 die Genossenschaftsförderung  
321 wiederaufgelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung verstetigt und erhöht wird.

322 In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche städtische Flächen für den Mietwohnungsbau an  
323 Genossenschaften vergeben. Auch in den 16 neuen Stadtquartieren sind Flächen bereitgehalten  
324 worden. Wir wollen den Zugang zu landeseigenen Grundstücken verbessern und Flächen an  
325 Genossenschaften per Erbpacht zu Bedingungen vergeben, die sich am Ertrag ausrichten, der sich mit  
326 preisgünstigen bzw. preisgebundenen Wohnungen erzielen lässt. Die Wohnraumförderung Berlins  
327 richtet sich explizit auch an das starke Genossenschaftssegment. Wir möchten die Genossenschaften  
328 dabei unterstützen, hier künftig einen größeren Beitrag zu leisten und mehr mietpreisgebundene  
329 Wohnungen zu errichten.

### 330 **Deutsche Wohnen & Co enteignen: einen gemeinwohlorientierten Wohnungssektor aufbauen**

331 Große Immobilieninvestor:innen und Wohnungskonzerne bauen in der Regel wenig oder am Bedarf  
332 vorbei, erhöhen die Miete, verdrängen Mieter:innen und spekulieren mit Wohnraum. Ihre Marktmacht  
333 muss eingeschränkt werden. Deshalb findet das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“  
334 unsere volle Unterstützung. Nach einem erfolgreichen Volksbegehren werden wir uns für eine zügige  
335 Umsetzung des Volksbegehrens einsetzen und ein entsprechendes Gesetz verabschieden. Für uns ist  
336 dabei klar, dass die Entschädigung sehr, sehr deutlich unterhalb des Marktwertes liegen muss, so wie  
337 es Art. 15 GG ermöglicht. Denn bei dem gesetzlich vorgeschriebenen „Interessenausgleich“ haben für  
338 uns die Interessen der Berliner:innen Priorität – und nicht die der Aktionär:innen.

339 Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 hat zu einem beispiellosen Abbau des Bestands  
340 an Sozialwohnungen geführt und der Spekulation mit Immobilien Tür und Tor geöffnet. Sollte der Bund  
341 sich weigern, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit zu etablieren, wollen wir ein entsprechendes  
342 Landesgesetz prüfen.

343 Um den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor in Berlin auszubauen, wollen wir ein Ankaufsangebot  
344 für verkaufswillige private Einzeleigentümer:innen etablieren. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, ihre  
345 Häuser oder Wohnungen zu angemessenen Konditionen an landeseigene Wohnungsunternehmen zu  
346 verkaufen.

## 3. Bauen und Stadtentwicklung

### 348 **Noch mehr leistbare Wohnungen bauen**

349 Neubau ist nicht gleich Neubau. Deshalb betrachten wir Wohnungsbau nicht nur quantitativ, sondern  
350 auch qualitativ. Wir bewerten Neubau nach seiner Leistbarkeit, Nachhaltigkeit, nach städtebaulicher  
351 Qualität und danach, inwiefern sich dieser in den Bestand in bestehenden Quartieren einfügt. Nur im  
352 Zusammenspiel von leistbarem Neubau und Regulierung überhöhter Mieten kann die Wohnungskrise in  
353 Berlin dauerhaft bewältigt werden. Mit dem Mietendeckel hat Berlin ein wirksames Instrument gegen  
354 den Mietenwahnsinn eingeführt. Gleichzeitig werden aktuell so viele günstige Wohnungen neu gebaut  
355 wie seit knapp 25 Jahren nicht.

356 Einen besonderen Wohnungsbauschwerpunkt stellen die 16 neue Stadtquartiere dar. Diese wollen wir  
357 als lebendige Quartiere, d. h. sozial gemischt, grün, mit guten Versorgungsangeboten sowie mit einer  
358 leistungsfähigen ÖPNV-Anbindung entwickeln. Um möglichst vielen Berliner:innen ein neues Zuhause  
359 geben zu können, kann dies nur als Mehrgeschosswohnungsbau erfolgen. Wir streben eine Realisierung  
360 von rund 19.000 Wohnungen bis 2026 an, was wir in einem gemeinsamen Vorgehen von Land, Bezirken  
361 und breiter Öffentlichkeitsbeteiligung erreichen wollen. Mit der Standortentwicklung im Schumacher  
362 Quartier verhelfen wir dem urbanen Holzbau zum Durchbruch – in Serie und vor Ort gebaut, kann der  
363 Holzbau mittelfristig um 25 Prozent günstiger sein als herkömmliche Bauweisen und damit unsere  
364 neuen Stadtquartiere klimaneutral und bezahlbar machen.

365 Neben den landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen für den Bau von Sozial- und günstigen  
366 Wohnungen künftig auch verstärkt private Wohnbauträger:innen beteiligt werden. Deshalb wollen wir  
367 das bewährte Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung weiterentwickeln. Künftig sollen im  
368 Gegenzug zur Schaffung neuen Planungsrechts 50 Prozent der Flächen an die öffentliche Hand  
369 übertragen werden, um dort Sozialwohnungen zu errichten. Damit sollen Private künftig nicht mehr nur  
370 für den Bau von Sozialwohnungen mit einer geringen Bindungsdauer von 30 Jahren verpflichtet werden,  
371 sondern es soll dauerhaft das kommunale Bodeneigentum vermehrt werden. Zudem sollen  
372 Eigentümer:innen weiterhin dazu angehalten werden, sich am Bau von Kitas und Schulen zu beteiligen,  
373 und künftig auch Abgaben für Kultur, medizinische Versorgung und verkehrliche Erschließung  
374 bereitstellen müssen. Damit wollen wir einen Teil der Bodenpreissteigerungen, die durch das neue  
375 Planungsrecht entstehen, abschöpfen und die Spekulation mit Boden hemmen.

376 Zu lange wurde beim Bauen die ökologische Frage ausgeklammert. Dabei ist der Immobiliensektor einer  
377 der Hauptverursacher von CO<sub>2</sub>. Bei der Wahl der Materialien für den kommunalen Neubau und die  
378 Sanierung von Wohnungen und städtischen Liegenschaften setzen wir auf ökologisch verträgliche Bau-  
379 und Dämmmaterialien, im Neubau insbesondere auf den Holzbau. Wir wollen möglichst viel  
380 Kreislaufwirtschaft ermöglichen und so graue Energie vermeiden.

### 381 **Grund und Boden öffentlich und spekulationsfrei**

382 Boden ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung. Deshalb ist Boden als  
383 öffentliches Gut im Interesse des Allgemeinwohls zu organisieren. Um die gemeinwohlorientierte Stadt

384 strategisch weiterzubauen, braucht Berlin die Verfügungsmacht über seinen Grund und Boden. Wir  
385 wollen den öffentlichen Bestand an Boden halten, vermehren, unter demokratische Kontrolle stellen  
386 und kooperativ entwickeln.

387 Mit einem Bodensicherungsgesetz wollen wir die Flächen und Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt  
388 und ihrer Unternehmen befinden, gleichen Prinzipien unterwerfen: 1. Transparenz über ein öffentliches  
389 Kataster; 2. Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungen u. a. durch einen  
390 Bodenbeirat; 3. ein grundsätzliches Veräußerungsverbot. Dieses Prinzip wollen wir als  
391 Privatisierungsbremse auch in der Berliner Verfassung verankern.

392 Nach Jahrzehnten des Verkaufs haben wir in den letzten Jahren den Einstieg in den systematischen  
393 Ankauf von Grund und Boden erreicht. Mit der 2020 gegründeten Berliner Bodenfonds GmbH haben wir  
394 hierfür ein Instrument zur Finanzierung und Abwicklung geschaffen. Eine transparente Strategie und  
395 Steuerung für den Ankauf und für eine aktive Bodenbevorratungspolitik wollen wir noch erreichen.

396 Bei der Bereitstellung landeseigener Flächen für öffentliche Funktionen oder öffentlich gewollte Zwecke  
397 soll ein oft spekulationsgetriebener Bodenwert keine Rolle mehr spielen. Marktübliche Mieten oder  
398 Erbpachtzinsen sollen nicht mehr maßgeblich sein, sondern der öffentliche Nutzen bzw. der mit der  
399 öffentlich gewollten Nutzung erzielbare Ertrag.

400 So muss der Erbpachtzins für Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau deutlich  
401 gesenkt werden. Er soll sich am sozialen Nutzen des Geschosswohnungsbaus orientieren und tragbare  
402 Miethöhen garantieren.

403 Über den Berliner Bodenbeirat, der Politik und Verwaltung zu Vergabebedingungen für Erbbaurechte  
404 oder bei Ankäufen berät, soll die Zivilgesellschaft an der Bodenpolitik beteiligt werden. Mit einem  
405 öffentlich zugänglichen Liegenschaftskataster soll Transparenz hergestellt werden.

406 Der Kapitalverwertungsdruck auf den Berliner Bodenmarkt ist nach wie vor enorm. Er verhindert oft eine  
407 Nutzung im Interesse der Berliner:innen. Dort, wo wir dem nicht durch Regulierung oder Ankauf  
408 begegnen können, wollen wir über eine stärkere Besteuerung wenigstens einen Beitrag zur Finanzierung  
409 des Allgemeinwesens gewinnen. Deshalb wollen wir eine Erhöhung der Hebesätze auf Berliner Ebene  
410 und eine Reform der Grunderwerbssteuer auf Bundesebene, die mehr Differenzierung nach Nutzung  
411 erlaubt.

## 412 **Die soziale Stadt planen**

413 Wir brauchen in der Stadt einen Gleichklang der Entwicklung, der die Stadtplanung prägen muss:  
414 Wohnungsneubau muss mit wachsender sozialer und grüner Infrastruktur einhergehen, mit  
415 gleichzeitiger Verkehrsanbindung und Gewerbeflächen. Dafür brauchen wir großräumige  
416 Verkehrskonzepte für die Stadt und Konzepte zur Sicherung günstiger Gewerberäume.

417 Bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen setzen wir hohe soziale und ökologische Kriterien an  
418 sowie eine hohe fachliche Städtebauqualität voraus. Berlin unterstützt daher neu zu schaffende  
419 sektorale Bebauungspläne, mit denen anstelle der bisherigen Praxis in §34-BauGB-Gebieten (Gebiete  
420 ohne Bebauungsplan) Quoten für geförderten Wohnungsbau festgesetzt werden und damit die  
421 Bodenpreisentwicklung beeinflusst wird.

422 Wir wollen die Überprüfung von Bebauungsplanbeschlüssen aus den 1990er- und 2000er-Jahren, die  
423 fast ausschließlich die Sprache des Ausverkaufs sprechen und ein aus der Zeit gefallenes  
424 Metropolenbild zeichnen. Es soll geprüft werden, ob die früheren Planungsziele noch immer dem  
425 öffentlichen Interesse von heute entsprechen und ob diese durch Rückabwicklung oder Überplanung  
426 angepasst werden können, so wie am Checkpoint Charlie. Wir wollen Wagenplätze erhalten und, sofern  
427 möglich, sichern.

#### 428 **Unsere Zentren behutsam weiterentwickeln**

429 Statt für Abriss und Kahlschlag setzen wir uns für eine gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung  
430 unserer Stadtzentren und besonderen Orte ein. Wir wollen die Berliner Stadtstruktur und das  
431 baukulturelle Erbe erhalten und Verwertungslogik schützen. Die Innenstadt muss Lebensraum für alle  
432 sein und braucht eine hohe Aufenthaltsqualität.

433 Wir lehnen weiterhin die Pläne der Signa-Gruppe ab, die Karstadt-Gebäude am Hermannplatz und am  
434 Ku'damm abzureißen und an dieser Stelle monumentale Neubauten mit zu erwartenden massiven  
435 negativen Nebenwirkungen für das angrenzende Stadtgebiet zu errichten. Wir setzen uns für den Erhalt  
436 der dortigen Karstadt-Standorte sowie städtebaulich verträgliche Lösungen und eine behutsame  
437 Weiterentwicklung der Objekte unter Beteiligung der Anwohner:innen und der benachbarten  
438 Gewerbetreibenden ein.

#### 439 **Tempelhofer Feld als Freifläche erhalten**

440 Das Tempelhofer Feld ist als Ganzes frei zu halten. Der Volksentscheid 2014 hat dazu geführt, dass das  
441 Feld eine enorme Bedeutung für soziale und ökologische Stadtentwicklung gewonnen hat. Deshalb  
442 lehnen wir die Bebauung und die Privatisierung des Tempelhofer Feldes weiterhin ab. Dank dem  
443 Volksentscheid wurde das Feld vor dem Zugriff von Spekulant:innen und einer drohenden  
444 Luxusbebauung bewahrt. Heute wird das Feld an warmen Tagen von bis zu 70.000 Menschen besucht,  
445 die das Gelände als kostenlosen Erholungs- und Freizeitort für sich entdeckt und es sich  
446 gemeinschaftlich angeeignet haben. Bei dem Tempelhofer Feld geht es deshalb um mehr als um den  
447 Erhalt einer Grünfläche. In einer wachsenden und schon stark verdichteten Innenstadt ist es  
448 unentbehrlich geworden und erfüllt das Bedürfnis nach Weite, gerade für Menschen, die in beengten  
449 Kiezen und Wohnverhältnissen leben. Wir brauchen das Tempelhofer Feld insbesondere auch als  
450 smoghemmende Kaltluftschneise und zum Erhalt von Natur. Grünflächen verbessern das Stadtklima  
451 sowie die Luftqualität und speichern Versickerungswasser. Das Tempelhofer Feld dient auch als  
452 Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

#### 453 **Kleingewerbe schützen**

454 Die Corona-Pandemie hat das ohnehin bedrohte Berliner Kleingewerbe hart getroffen. Zu einem bunten  
455 städtischen Leben gehören auch die Tante-Emma-Läden, Buchläden oder Bekleidungsgeschäfte um die  
456 Ecke. Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, dass wir möglichst viel des Kleingewerbes  
457 retten. Nur so behält Berlin seinen einzigartigen Charme und behalten viele Tausend Berliner:innen ihren  
458 Arbeitsplatz.

459 Gewerbemietrecht ist Bundesrecht. Um das Berliner Kleingewerbe zu schützen, werden wir uns auf  
460 Bundesebene dafür einsetzen, ein soziales Gewerbemietrecht einzuführen, das neben einer  
461 Mietpreisbegrenzung einen Mietspiegel sowie einen besonderen Kündigungsschutz für Gewerbe  
462 aufweist.

463 Da Berlin schon jetzt ein Überangebot an Shopping-Malls aufweist, die zu einer Verdrängung von  
464 Kleingewerbe führen, schlagen wir vor, dass keine solchen neu genehmigt werden.

### 465 **Qualifizierung öffentlicher Räume**

466 Durch die Corona-Pandemie ist die Bedeutung des öffentlichen Raums und von nutzbaren Außenflächen  
467 für private, gewerbliche und öffentliche Nutzungen gewachsen. Wir wollen öffentliche Räume für  
468 gemeinwohlorientierte und nachbarschaftliche Zwecke zurückgewinnen. Nicht nur Kultur, auch Schulen  
469 und Kitas brauchen überdachte Freiflächen, Behörden brauchen Luftgeschosse und Außenräume. Wir  
470 wollen kommunale Außenräume künftig besser und mehrfach nutzen.

471 Berlin, unsere Stadt, soll weniger Konsumraum sein, sondern auch ohne Geld erlebbar für alle. Wir  
472 wollen die „Draußenstadt“ qualifizieren und für eine höhere Aufenthaltsqualität und Nutzbarkeit in der  
473 ganzen Stadt sorgen. Wir unterstützen das Ziel des Volksentscheids „Berlin werbefrei“ und setzen uns  
474 dafür ein, kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum zurückzudrängen.

### 475 **Baden in der Spree und öffentliche Anlegestellen für alle**

476 In unserer dicht bebauten Stadt wollen wir zunehmend Flächen entsiegeln, um die Versickerung von  
477 Regenwasser vor Ort zu ermöglichen und die Berliner Kanalisation zu entlasten. Um einem Fischsterben  
478 entgegenzuwirken und damit wir künftig in der Spree baden können, müssen größere Anstrengungen  
479 unternommen werden. Wir wollen die Einleitung ungereinigten Wassers in die Berliner Gewässer  
480 vermeiden. Wir unterstützen Projekte, mit denen die Wasserqualität der Spree verbessert werden kann.  
481 Alle Ufer „Spree-Athens“ sollen für Mensch und Natur zugänglich sein. Wir schlagen vor, ein  
482 Uferwegekonzept 2025 aufzulegen.

### 483 **Sozial-ökologischer Umbau der Stadt**

484 Die Klimafrage ist eine der drängendsten Fragen unserer Zeit – das zeigen auch die anhaltenden  
485 Proteste von Fridays for Future. Berlin muss seinen Beitrag leisten und die Stadt sozial-ökologisch  
486 umbauen. Der Weiterbau der Stadt und die Nachverdichtung müssen dafür mit einer nachhaltigen  
487 Planung verbunden werden. Nicht mehr benötigte Infrastrukturen der autogerechten Stadt und nicht  
488 mehr benötigte Gewerbeflächen wollen wir rückbauen und für eine sozial-ökologische Nutzung im Sinne  
489 einer klimaresilienten Stadt reaktivieren. Kleingärten sind schützenswerter Bestandteil des Stadtgrüns  
490 und wichtige soziale Orte. Wir wollen sie durch Einführung eines Kleingärtenflächensicherungsgesetzes  
491 dauerhaft schützen. Wir wollen Entsiegelung fördern und die Neuversiegelung von Flächen auf ein  
492 Minimum beschränken. Wir wollen bei Neubauvorhaben, dort wo es rechtlich durchsetzbar ist, eine  
493 Solaranlagenpflicht und eine extensive Dachbegrünung über Bebauungspläne und städtebauliche  
494 Verträge festsetzen. Als gutes Vorbild wollen wir auf allen bezirklichen und städtischen Liegenschaften,  
495 auf denen es technisch sinnvoll ist, Solaranlagen errichten und Fassaden und Dächer begrünen.

## 4. Soziales und Armutsbekämpfung

### 497 **Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden**

498 Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit begleiten die Berliner Stadtgeschichte seit Langem. Das Thema  
499 haben wir in dieser Legislatur ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt und gemeinsam mit  
500 der Stadtgesellschaft die Leitlinien gegen Wohnungslosigkeit erarbeitet. Wir haben Verbesserungen im  
501 Hilfesystem erreicht sowie neue und kreative Ansätze verfolgt. Trotzdem liegt noch ein langer Weg vor  
502 uns, um Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in unserer Stadt zu überwinden.

503 Wir wollen einen Masterplan Obdachlosigkeit für Berlin, der auf einem breiten Konsens von  
504 Stadtgesellschaft und Stadtpolitik entwickelt werden muss und das Ziel hat, Obdachlosigkeit bis zum  
505 Jahr 2030 zu beenden. Dafür werden wir den breiten Strategie- und Diskussionsprozess mit  
506 Stadtgesellschaft und Stadtpolitik weiter fortsetzen und verstetigen.

507 Prävention von Wohnraumverlust und die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum müssen im  
508 Vordergrund stehen. Die eingeleitete gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung von  
509 wohnungslosen Menschen muss weiter vorangetrieben und das Unterbringungssystem perspektivisch  
510 zu einer sozialen Wohnraumversorgung umgebaut werden. Eine eigene Wohnung steht am Anfang des  
511 Wegs in ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten. „Housing first“ soll daher bis 2030 zum Regelansatz  
512 der Berliner Wohnungslosenhilfe werden. Wir streben eine Weiterentwicklung der Träger des  
513 Unterbringungssystems zu sozialen Wohnraumträgern an und wollen diese dabei unterstützen.

514 Gleichzeitig wollen wir das System der Notunterbringung bzw. der Kältehilfe qualitativ verbessern und  
515 zu einer „Kältehilfe plus“ weiterentwickeln, die Beratungsangebote und professionelle Hilfestellung  
516 beinhaltet. Darüber hinaus soll auch ein Teil der Kältehilfeplätze ganzjährig erhalten werden. Außerdem  
517 soll die Notunterbringung sowohl organisatorisch als auch finanziell besser gesteuert werden.

518 Wir wollen das Hilfesystem weiter verbessern, damit Hilfen entsprechend dem Bedarf des einzelnen  
519 Menschen angeboten werden können. Dafür ist weiterhin eine enge Abstimmung mit den Bezirken nötig.  
520 Nur so werden wir bedarfs- und zielgruppengerechte Angebote den Betroffenen unterbreiten können.

521 Barrieren beim Zugang zu den Regelsystemen müssen abgebaut und Brücken in ein selbstbestimmtes  
522 Leben aufgebaut werden, durch flächendeckende diverse Beratungs- und Betreuungsangebote,  
523 niedrigschwellige Zugänge zu den Hilfesystemen und Flexibilisierung der Leistungstypen.

524 Im Januar 2020 haben wir mit der „Nacht der Solidarität“ die bundesweit erste Straßenzählung von  
525 obdachlosen Menschen durchgeführt. Diese wollen wir fortsetzen und die Datengrundlage zu Obdach-  
526 und Wohnungslosigkeit insgesamt verbessern. Unser Ziel ist die Einführung einer  
527 Wohnungsnotfallstatistik, auf deren Grundlage wir die Maßnahmen in der Wohnungslosenspolitik  
528 genauer steuern und auf die Menschen ausrichten können.

### 529 **Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV**

530 Die Hartz-IV-Gesetze waren und sind zutiefst ungerecht. Sie zementieren die soziale Schieflage, sie  
531 führen zu Ausgrenzung und Armut. Die Regelsätze bei Hartz IV, in der Sozialhilfe und erst recht im



532 Asylbewerberleistungsgesetz sind absolut ungenügend für ein menschenwürdiges Leben. Nicht zuletzt  
533 die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die Regelsätze viel zu knapp bemessen sind, um sich gesund  
534 zu ernähren und ausreichend schützen zu können.

535 Prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse gehören leider immer noch zur Lebensrealität vieler Menschen  
536 in unserer Stadt. Wir wollen diese soziale Ungleichheit auch künftig bekämpfen. Auf der Bundesebene  
537 setzen wir uns dafür ein, dass das Hartz-IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie  
538 Mindestsicherung ersetzt wird. Um sicher vor Armut zu schützen, muss sie derzeit 1.200 Euro betragen.  
539 Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die sofortige  
540 Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus die Übernahme der Wohn- und  
541 Stromkosten in tatsächlicher Höhe. Zudem fordern wir für die Dauer der COVID-19-Pandemie einen  
542 pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro für alle Bezieher:innen von Hartz IV und  
543 Grundsicherung. Mit einer Kindergrundsicherung wollen wir erreichen, dass jedes Kind vor Armut  
544 geschützt ist. All dies haben wir auch immer wieder mit Bundesratsinitiativen des Landes Berlin deutlich  
545 gemacht.

#### 546 **AV Wohnen weiterentwickeln**

547 In Berlin nutzen wir alle landesrechtlichen Spielräume, um die Folgen von Hartz IV zu mildern und soziale  
548 Missstände zu bekämpfen sowie den landespolitischen Einfluss auf die Jobcenter in Berlin zu erhöhen.

549 Dazu gehört die Ausführungsvorschrift Wohnen (AV Wohnen). Sie regelt u. a., in welcher Höhe die Miete  
550 von Sozialleistung beziehenden Menschen übernommen wird. In den letzten Jahren ist es gelungen, die  
551 Mietrichtwerte deutlich anzuheben. Immer mehr Menschen erhalten ihre vollständige Miete vom  
552 Jobcenter bzw. Sozialamt erstattet. Die Anzahl der Kostensenkungen hat deutlich abgenommen, die der  
553 Zwangsumzüge auch. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Viele Berliner:innen dürfen ihre Wohnung  
554 weiterhin ihr Zuhause nennen. Ihr Kiez bleibt ihr Kiez. Und wenn sie Probleme mit Vermieter:innen  
555 haben, übernimmt das Jobcenter bzw. das Sozialamt den Mitgliedsbeitrag für die Mieterorganisation.  
556 Auch einkommensschwache Mieter:innen erhalten auf diese Weise Unterstützung und Beratung.

557 In der kommenden Legislatur wollen wir die AV Wohnen weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere  
558 dafür Sorge tragen, dass mehr wohnungslose Menschen eine Wohnung anmieten können. Es ist absurd,  
559 dass das Land Berlin und die Bezirke viel Geld für die Unterbringung von wohnungslosen Menschen in  
560 teils prekären Unterkünften ausgeben, aber die Zustimmung zur Anmietung einer Wohnung wegen  
561 angeblich zu hoher Miete verweigert wird. Diese Unterbringung ist teuer, sie behindert Teilhabe und ist  
562 für die betroffenen Menschen eine Zumutung. Deswegen wollen wir einen Mietzuschlag einführen. Wenn  
563 die Unterbringungskosten in einer Unterkunft für wohnungslose oder geflüchtete Menschen höher sind  
564 als die Kosten für die Anmietung einer Wohnung, soll das Jobcenter bzw. das Sozialamt dem Abschluss  
565 eines Mietvertrages zustimmen. Die diesbezüglichen Einschränkungen in der jetzigen AV Wohnen  
566 wollen wir aufheben.

#### 567 **Unterstützung und Hilfe bei Folgen von Hartz IV**

568 Darüber hinaus wollen wir die Nöte von erwerbslosen Menschen weiter in den Blickpunkt der Jobcenter  
569 rücken. Einige wenige Bezirke haben bereits Ombudsstellen sowie Clearingstellen nach § 16a Zweites  
570 Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) eingerichtet. Die Clearingstellen nach § 16a SGB II sind ein

571 Erfolgsmodell. Als Hilfelotsinnen, angedockt ans Jobcenter und doch unabhängig davon, nehmen sie  
572 den ganzen Menschen in den Blick. Sie vermitteln freiwillig, sanktionsfrei und respektvoll in Sucht- und  
573 Schuldner:innenberatungsstellen. Sie helfen bei Wohnungsproblemen und bei der Kinderbetreuung, sie  
574 zeigen den Weg in viele andere Beratungen und Leistungen des Hilfesystems. Sie sind ein Mehrwert für  
575 alle: sowohl für die erwerbslosen Menschen als auch für die Beschäftigten der Jobcenter und der  
576 Beratungsstellen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass es in jedem Bezirk eine Clearingstelle nach  
577 § 16a SGB II gibt.

578 Zudem wollen wir, dass es in jedem Bezirk von Berlin eine Ombudsstelle beim Jobcenter gibt. Für  
579 ratsuchende Bürger:innen, die Schwierigkeiten mit ihrem Jobcenter haben, soll die unabhängige  
580 Ombudsstelle ein Anlaufpunkt sein, der hilft, Probleme zu lösen: als Bescheiderklälerin, als Ansprech-  
581 und Schlichtungsstelle, bei Beschwerden, bei Fragen zu Vermittlung in Arbeit und Ausbildung oder  
582 Weiterbildung sowie bei Fragen zu den Leistungen zum Lebensunterhalt.

### 583 **Soziale Infrastruktur für alle Berliner:innen ausbauen**

584 Berlin hat eine vielfältige soziale Infrastruktur, deren Rückgrat die vielen Stadtteilzentren,  
585 Nachbarschaftshäuser, Senior:innentreffs, Kiezcafés, Beratungsstellen und Initiativen sind. Sie gehören  
586 zu einer lebendigen und demokratischen Kiezkultur, die unabhängig vom Geldbeutel allen Teilhabe am  
587 gesellschaftlichen Leben ermöglicht sowie Willkommenskultur, zivilgesellschaftliches Engagement,  
588 Bildung und Kultur organisiert. Diese Arbeit wollen wir weiter ausbauen, um die wohnortnahe soziale  
589 Infrastruktur zu sichern, die für alle Menschen zugänglich, barrierefrei und kultursensibel sein muss.  
590 Dies erfordert weiterhin barrierefreie Umbauten, aber auch eine entsprechende Weiterentwicklung der  
591 Angebote. Dies sollte der Schwerpunkt in den nächsten Jahren sein. Dort, wo neue Wohnquartiere  
592 entstehen, müssen Räume für diese soziale Infrastruktur von Anfang an mitgeplant und Räume zur  
593 Verfügung gestellt werden. Das breite Netz von Stadtteilzentren, Selbsthilfeinitiativen, Sozial- und  
594 Mietberatungen und vielen Angeboten der Bezirke, wie die Senior:innenclubs, soll erhalten, verstetigt  
595 und entsprechend der örtlichen Bedarfe zielgerichtet ausgebaut werden. In diesem Sinne sollen die  
596 Bezirke gestärkt werden.

597 Dies gilt insgesamt für die soziale und gesundheitliche Infrastruktur. Notwendig ist ein Gesamtkonzept  
598 für die Schaffung von Trägerwohnungen und Gewerberäumen für die sozialen und gesundheitlichen  
599 Angebote.

600 Darüber hinaus wollen wir die Mietschuldner:innenberatungen, z. B. bei den landeseigenen  
601 Wohnungsunternehmen und den unabhängigen Sozialberatungen in den Bezirken, weiter ausbauen, um  
602 den Teufelskreis aus Mietschulden, Kündigung und Räumung zu durchbrechen.

### 603 **Freiwilliges Engagement für mehr sozialen Zusammenhalt**

604 Für viele Berliner:innen gehört zivilgesellschaftliches Engagement zum Leben. Sie engagieren sich in  
605 ihrer Nachbarschaft, in Pflegeeinrichtungen, Vereinen, Bürger:inneninitiativen, Selbsthilfegruppen, im  
606 Kulturbereich, in Senior:innenvertretungen und bei der Unterstützung geflüchteter Menschen. Dieses  
607 freiwillige, bürgerschaftliche Engagement ist unverzichtbar und wichtig für ein gutes Miteinander. Dies  
608 konnten wir mit Beginn der COVID-19-Pandemie erneut eindrucksvoll erleben. Einerseits entstand eine  
609 große Solidarität und Unterstützung in der Nachbarschaft, andererseits mussten auch viele  
610 Unterstützungsangebote während der Pandemie eingeschränkt werden. Letzteres hat für viele

611 Menschen weitreichende Folgen, unter der fehlenden Unterstützung, unter der Einsamkeit und der  
612 Isolation leiden viele bis heute. Auch hier stehen wir vor der Herausforderung, Konzepte zu entwickeln,  
613 wie freiwilliges, gesellschaftliches Engagement auch in schwierigen Zeiten unterstützt werden kann und  
614 was notwendig ist, um die Gesundheit der Aktiven zu schützen. Freiwilliges, bürgerschaftliches  
615 Engagement gibt Anstöße für die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens. Und auch deshalb wollen  
616 wir gemeinsam mit den vielfältigen Strukturen des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements die  
617 Anforderungen an die Zukunft entwickeln.

618 Die bisherigen Landesmittel zur Finanzierung der Selbsthilfe im Bereich der Pflege und der  
619 Nachbarschaftszentren wollen wir weiter ausbauen. Zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit mit  
620 geflüchteten Menschen wurden Landesmittel zur Integration und Partizipation Geflüchteter in den  
621 Bezirken zur Verfügung gestellt. Dies hat sich bewährt und soll weiter fortgeführt werden.

### 622 **Für Lots:innen Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen**

623 Seit vielen Jahren leisten die Integrations- und Flüchtlingslots:innen sowie die Stadtteilmütter eine sehr  
624 wichtige Arbeit für die Stadtgesellschaft. Sie alle begleiten und unterstützen Menschen mit  
625 Einwanderungsgeschichte, erleichtern ihnen den Weg in die zentralen Lebensbereiche und die  
626 Regelsysteme. Nach wie vor gilt es, diese wertvolle Arbeit nachhaltig zu verankern und Perspektiven auf  
627 dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass ein  
628 bundesweites Berufsbild geschaffen wird. Die bisherigen Berliner Pilotprojekte, die dazu beitragen, für  
629 die Lots:innen eine berufliche Perspektive zu schaffen, wollen wir weiterentwickeln.

630 Die Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie haben aufgezeigt, dass Gesundheitsämter nicht  
631 immer in der Lage sind, alle Berliner:innen zu informieren oder mit ihnen zu kommunizieren. Deshalb  
632 haben wir ein Pilotprojekt „Gesundheitslots:innen“ entwickelt und auf den Weg gebracht. Nach einer  
633 Qualifizierung werden die Lots:innen in den Gesundheitsämtern eingesetzt, um Berliner:innen mit  
634 unzureichenden deutschen Sprachkenntnissen zu unterstützen und den kultursensiblen Umgang der  
635 Gesundheitsämter voranzubringen. Auch dieses Projekt wollen wir verstetigen und ausbauen.

# 636 5. Kultur, Weltanschauungen und 637 Denkmalschutz

## 638 **Kultur ist Lebensmittel**

639 Berlin gewinnt seine Ausstrahlung und Anziehungskraft wesentlich durch die vielfältigen kulturellen  
640 Szenen und kreativen Menschen. Kultur ist zentral für das Selbstverständnis unserer Stadt und ihre  
641 Entwicklung als progressive, weltoffene Metropole. Ihre Wirkung kann Kultur in Berlin in dieser  
642 besonderen Weise auch durch das charakteristische Zusammenwirken von Bund, Land und Bezirken  
643 entfalten.

644 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben uns deutlich die Verletzlichkeit des Kulturbereichs, aber  
645 auch den gesellschaftlichen Wert von Kultur gezeigt. Gegen Versuche, die Kosten der Corona-Krise  
646 durch Kürzungen im Kultursektor zu bewältigen, werden wir uns vehement wehren. Den  
647 einschneidenden Folgen der Pandemie im Kulturbereich wollen wir eine „Neustartinitiative“  
648 entgegensetzen, um so Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden die Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu  
649 ermöglichen. Nur mit einer von Bund und Land getragenen Anschubfinanzierung kann verhindert  
650 werden, dass Berlin an kultureller Vielfalt und damit einen wesentlichen Teil seiner Identität verliert.

651 Kultur ist kein Luxus. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess, der öffentliche Dialog über zentrale  
652 politische Fragen und die Gewinnung neuer Lebensperspektiven werden wesentlich in und durch Kultur  
653 ermöglicht. Wir verstehen Kulturpolitik als unverzichtbaren Bereich der Daseinsvorsorge.

654 Für uns verbindet sich ein weiter Kulturbegriff unzertrennlich mit der Kunstfreiheit. Kunst- und  
655 Kulturschaffende müssen ihrer Tätigkeit frei von Furcht, Repression und Bedrohungen nachgehen  
656 können. Wir verteidigen Demokratie, Grund- und Menschenrechte und werden die Freiheit und  
657 Autonomie des Kunst- und Kulturbereichs bewahren und gegen die Zumutungen der Marktökonomie  
658 oder politische Angriffe von rechts verteidigen.

659 Wir stehen für eine integrative Kulturpolitik. Wir werden die ressortübergreifende Zusammenarbeit  
660 zwischen den Senatsverwaltungen und die Relevanz von Kultur in anderen Politikfeldern stärken.

## 661 **Gute Arbeit im Kultursektor**

662 Kultur ist Arbeit. Professionelle Kunst- und Kulturschaffende wie auch die Beschäftigten in  
663 Kultureinrichtungen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden die begonnenen Anstrengungen  
664 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kulturbereich fortsetzen. Kultur findet häufig unter so  
665 prekären Bedingungen statt, dass jede Krise zur Existenzbedrohung wird. Die aktuelle  
666 Pandemiesituation zeigt die Folgen drastisch: Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und  
667 prekäre Selbstständigkeit lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als extrem krisenanfällig  
668 heraus. Wir wollen die Produktionsbedingungen und die mangelhafte soziale Absicherung der freien  
669 Künstler:innen weiter verbessern und setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine umfassende Reform  
670 des Kranken- und Rentenversicherungssystems ein. Die Künstlersozialkasse muss für weitere

671 Berufsgruppen geöffnet werden und eine Arbeitslosenversicherung für freischaffende Künstler:innen  
672 und Selbstständige insgesamt durchgesetzt werden.

673 Bundesweit hat Berlin sich als erstes Land in öffentlich geförderten Projekten an Mindesthonoraren und  
674 -gagen orientiert. Wir werden für eine Weiterentwicklung der Mindesthonorar-Empfehlungen streiten  
675 und an diesem Erfolg festhalten. Tarifsteigerungen müssen durch höhere Zuwendungen ausgeglichen  
676 werden, nicht auf Kosten der künstlerischen Produktion. Ein Outsourcing von Arbeitsbereichen zur  
677 Tarifflicht wird es mit uns nicht geben.

678 Bei den Volkshochschulen, den Musikschulen und Hochschulen konnten wir Fortschritte für die  
679 Honorarkräfte und freien Mitarbeiter:innen erreichen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und streben  
680 mindestens 35 Prozent Festanstellungen in den Berliner Musikschulen an.

### 681 **(Frei-)Räume für Kultur erhalten und ausbauen**

682 Wir stehen für den Erhalt und die Schaffung von nicht kommerziellen Freiräumen für Kunst und Kultur.  
683 Angesichts der Verdrängungsprozesse in einer wachsenden Stadt und vor dem Hintergrund  
684 ökonomischer Zwänge der Existenzsicherung werden wir weiterhin für die Sicherung von Räumen für  
685 Kultur streiten – Kulturpolitik ist Infrastrukturpolitik!

686 Gerade die kleinteiligen, dezentralen Kultureinrichtungen sind durch explosionsartig steigende  
687 Gewerbemieten von Verdrängung bedroht – um diese Entwicklung zu stoppen, setzen wir uns auf  
688 Bundesebene für einen „Gewerbemietendeckel“ ein.

689 Kulturpolitik und Stadtentwicklungspolitik müssen gemeinsam gedacht werden. Mit der strategischen  
690 Sicherung von Kulturräumen wie z. B. der Alten Münze haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet  
691 und werden unsere Bemühungen fortsetzen, öffentliche Liegenschaften für Kulturinfrastruktur nutzbar  
692 zu machen. Durch Umnutzung von Landesliegenschaften, Ankäufe und langfristige Anmietungen wollen  
693 wir Kulturräume zu bezahlbaren Mieten gewinnen und langfristig mehr Räume in Landeseigentum  
694 überführen.

695 Wir wollen die Berücksichtigung des Kulturbereichs – insbesondere von Bibliotheken, Musikschulen,  
696 kleinen Spielstätten, aber auch Arbeitsräumen – in den Konzepten zur Entwicklung der Sozialen  
697 Infrastruktur (SIKo) in allen Bezirken. Bei der Erstellung dieser Konzepte ist die verpflichtende  
698 Einbindung der bezirklichen Ämter insgesamt zu etablieren.

699 Grundlage dafür ist, verbindliche Mindeststandards für alle Bereiche der bezirklichen Kultur zu  
700 entwickeln und durchzusetzen, wie es beispielhaft bereits bei Bibliotheken und Musikschulen begonnen  
701 wurde.

702 Bei der Entwicklung der 16 neuen Stadtquartiere, wie auch bei allen größeren Neubauprojekten, müssen  
703 Orte für Kunst und Kultur geplant und gebaut werden. Wir setzen hier auch auf die Kooperation mit den  
704 städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Beim Schulneubau setzen wir uns für Bauwerke ein, die auch  
705 offene Kulturorte anbieten für die Bewohner:innen der Stadtteile und Kieze.

706 Es ist unser Ziel, den Bestand an Arbeits- und Produktionsräumen für Künstler:innen auf insgesamt 4000  
707 zu erhöhen. Dafür haben wir das Bündnis Kultur.Räume.Berlin auf den Weg gebracht und werden diese  
708 Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Liegenschaftsgesellschaften und Kulturszenen weiter stärken  
709 und ausbauen.

710 Selbstverwaltete Produktionshäuser, insbesondere genossenschaftliche Modelle, wollen wir  
711 unterstützen, um vor allem vorhandene Strukturen zu sichern. Das soll durch Vergabe von  
712 landeseigenen Liegenschaften zu günstigem Erbbauzins und die Vereinfachung der Vergabeverfahren  
713 für Liegenschaften erfolgen. Das Landes-Bürgerschaftsprogramm soll evaluiert werden, um so die  
714 Konditionen für gemeinnützige Kulturprojekte zu verbessern.

715 Das erkämpfte Kulturstätten-Sanierungsprogramm muss finanziell weiter gestärkt werden, um so den  
716 nach wie vor erheblichen Sanierungstau bei Kultureinrichtungen abzubauen.

717 Wir sehen den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB), die Sanierung und Erweiterung der  
718 Komischen Oper sowie der Berlinischen Galerie und die Entwicklung der Alten Münze als die vier großen  
719 Infrastrukturprojekte der kommenden Jahre.

720 Auf Basis des erfolgreich abgeschlossenen Partizipationsverfahrens werden wir die Alte Münze zu einem  
721 Kunst- und Kulturstandort mit Musikschwerpunkt entwickeln. Ein wichtiger Baustein ist dabei die  
722 Errichtung einer Spielstätte für Jazz und zeitgenössische Musik. Die Alte Münze soll öffentlich betrieben  
723 werden. Hier sollen die freien Kunst- und Musikszene gestärkt werden und eine Entwicklung zu einem  
724 zentralen Kulturort Berlins soll vorangetrieben werden. Die begonnene Stärkung der Berliner Tanzszene  
725 werden wir mit der Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches Tanz fortsetzen.

726 Die Pandemie hat gezeigt: Kulturveranstaltungen und Kulturorte im öffentlichen Raum sind eine  
727 unverzichtbare Ergänzung unseres Kulturlebens. Deswegen werden wir mit „Draußenstadt“ dezentral  
728 Orte für Open-Air-Veranstaltungen schaffen und kreative Erlebnis-, Lern- und Experimentierformate für  
729 die vielfältige Stadtgesellschaft ermöglichen.

730 Nicht kommerzielle Free Open Airs wollen wir durch vereinfachte, digitale Genehmigungsverfahren für  
731 Straßenmusik und einen Positivkatalog für geeignete Standorte unterstützen.

732 Wir wollen die Urbane Praxis durch eine ressortübergreifende Kooperation zwischen Kultur,  
733 Stadtentwicklung und Integration, Soziales stärken und entsprechende Förderinstrumente entwickeln.  
734 Der Projektfonds Urbane Praxis soll verstetigt und ausgebaut werden.

735 Clubkultur ist für uns fester Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt. Clubs und  
736 Musikspielstätten sind wichtige kulturelle Räume in der Stadt und das besondere Engagement von Clubs  
737 für Diversität, für Schutzräume marginalisierter Communitys („Safer Spaces“), für Inklusion und  
738 Nachhaltigkeit unterstützen wir. Wir wollen einen jährlich zu vergebenden Clubpreis schaffen und  
739 Berlins Clubkultur stärken. Dafür werden wir den neu geschaffenen Lärmschutzfonds fortschreiben und  
740 uns auf Bundesebene für eine baurechtliche Anerkennung von Clubs als Kulturorte einsetzen.

#### 741 **Kulturelle Vielfalt und Teilhabe**

742 Alle Menschen sollen chancengleich, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Wohnort, gesundheitlicher  
743 Beeinträchtigung oder sozialem Status am kulturellen Leben teilhaben können, unabhängig davon, ob  
744 sie selbst Kultur schaffen oder Kulturangebote nutzen. Denn Barrieren abbauen heißt auch: Vielfalt  
745 fördern.

746 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechend der UN-  
747 Behindertenrechtskonvention aktiv als kulturelle Akteur:innen einbezogen und unterstützt werden. Dazu  
748 gehört nicht nur, sie als Künstler:innen zu fördern und frühzeitig in die kulturelle Bildung einzubeziehen,

749 sondern auch, sie als Publikum stärker anzusprechen. Wir werden die Berücksichtigung der speziellen  
750 Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen bei Kulturangeboten stärken und unsere  
751 Bemühungen, Barrierefreiheit baulich und mit inklusiven Angeboten wie z. B. Audiodeskription  
752 umzusetzen, fortsetzen.

753 Als erstes Bundesland haben wir mit dem Institut für kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) ein  
754 kontinuierliches wissenschaftliches Monitoring zur Teilhabe etabliert. Nach der Einführung des  
755 eintrittsfreien Sonntags in den Berliner Landesmuseen arbeiten wir weiter am Abbau von  
756 Zugangsbarrieren und setzen uns dafür ein, dass Kultureinrichtungen sozial leichter zugänglich,  
757 inklusiver und diverser werden.

758 Kulturelle Bildung und dezentrale Kulturangebote sind für uns der Schlüssel zu gelingender Teilhabe.  
759 Mit der Stärkung der Bezirkskulturfonds, dem Projektfonds Kulturelle Bildung und der Stärkung der  
760 Kinder- und Jugendtheater haben wir schon viel erreicht. Hieran werden wir weiter arbeiten und  
761 kulturelle Bildungsangebote weiter ausbauen.

762 Die Bibliotheken sind die meistgenutzten Kultureinrichtungen in Berlin. Die zukunftsfähige Entwicklung  
763 der Bibliothekslandschaft mit interkultureller Öffnung und umfassender Barrierefreiheit ist eine  
764 gesamtstädtische Aufgabe. Wir wollen die Bibliothek als „Dritten Ort“ (also einen Ort, der neben dem  
765 Zuhause und dem Arbeitsplatz ein dritter elementarer Sozialraum ist) der Stadtgesellschaft stärken und  
766 die Ziele der Bibliotheksentwicklungsplanung umsetzen. Bibliotheken werden zunehmend auch digital  
767 und sollten sich verstärkt zu Vermittlern von Medienkompetenz entwickeln. Notwendige Voraussetzung  
768 ist die Etablierung von freiem, leistungsstarkem WLAN in allen Stadtbibliotheken.

769 Wir setzen uns für ein Bibliotheksgesetz ein, das die Mindeststandards für die Bibliotheksversorgung  
770 und ihre gesicherte Finanzierung festlegt.

771 Den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) wollen wir engagiert vorantreiben und verbindlich  
772 in der Investitionsplanung verankern.

### 773 **Nachhaltige Kulturförderung**

774 Wir stehen dafür, gute Arbeit und die Einhaltung von sozialen Standards und Tarifen auch in Zukunft zur  
775 Voraussetzung für öffentliche Förderung zu machen. Gemeinsam mit der Freien Szene haben wir die  
776 Fördersystematik der darstellenden Künste evaluiert und neu aufgestellt. Die Pandemieerfahrung hat  
777 uns gezeigt, dass Förderinstrumente insgesamt einfacher und flexibler gestaltet werden können – aus  
778 diesen Erfahrungen wollen wir lernen. Denn gerade im Bereich der Freien Szenen ist Förderung bisher  
779 nicht ausreichend auf Kontinuität und Vorsorge ausgerichtet, was in Krisenzeiten zu sofortiger  
780 Prekarisierung führt.

781 Wir werden uns für einen Ausbau der Stipendienprogramme und eine längere zeitliche Laufzeit von  
782 Stipendien einsetzen. Im Dialog mit den Fachverbänden wollen wir die Fördersystematik  
783 weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, Kulturförderung insgesamt langfristiger, autonomer und weniger  
784 projektorientiert auszurichten, um den Produktionsdruck zu verringern und die Förderung insgesamt  
785 gerechter zu gestalten. Dazu gehört eine stärkere Flexibilisierung der Finanzierung von  
786 Projektförderung: z. B. durch längere Laufzeiten und die Möglichkeit, Projektmittel in das  
787 darauffolgende Haushaltsjahr zu übertragen.

788 Die Idee eines Kulturfördergesetzes wollen wir mit den Verbänden, Kulturschaffenden und der  
789 Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, ob ein solches Gesetz geeignet ist, um Kulturförderung in  
790 Berlin verbindlicher, transparenter, inklusiver und resilienter auszugestalten. Um langfristig planen zu  
791 können, streben wir auf einer soliden Datengrundlage und im Dialog mit den Institutionen und  
792 Verbänden eine kulturpolitische Perspektivstrategie und Erarbeitung von Entwicklungszielen an.

793 Wir wollen die Landesmuseen durch Ausstellungs- und Ankaufsetats in ihrer Programm- und  
794 Sammlungsfähigkeit (Ankaufs- und Ausstellungsetats) stärken.

795 Die Ankerzentren der Freien Szenen wollen wir stärken.

796 Wir wollen die Kooperation zwischen geförderten Institutionen und der Freien Szene ausbauen und  
797 streben einen Ausbau von Koproduktionen von Kultureinrichtungen und Freier Szene an.

798 Im Dialog mit den Kultureinrichtungen werden wir auch die ökologische Nachhaltigkeit im Kulturbetrieb  
799 stärken und als Querschnittsthema mitdenken.

## 800 **Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Kultur stärken**

801 Unser Ziel ist, in der nächsten Legislaturperiode Geschlechterparität in den Leitungen der  
802 Kultureinrichtungen des Landes Berlin herzustellen. Durch eine stärkere konzeptionelle Untersetzung  
803 soll die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in den Kultureinrichtungen auf allen Ebenen  
804 systematisch vorangetrieben werden. Beratungsangebote für und Zielvereinbarungen mit den  
805 Kultureinrichtungen unterstützen dieses Vorhaben. Wir werden prüfen, ob sich die Vergabe von  
806 Fördermitteln an Standards der Geschlechtergerechtigkeit knüpfen lässt.

807 Die Ergebnisse des von uns etablierten – bundesweit einmaligen – Instituts für Teilhabeforschung sollen  
808 in kulturpolitische Entscheidungen einfließen und den Kulturinstitutionen für ihre Programmarbeit zur  
809 Verfügung gestellt werden. Inklusion und Barrierefreiheit muss umfassend ausgebaut werden.

810 Die Vielfalt der Stadtgesellschaft soll sich stärker im Kulturbereich und der Kulturförderung abbilden: in  
811 den Leitungspositionen wie auch im Personal der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen, im  
812 Programm und in den Angeboten und im Publikum. Neben dem Institut für Teilhabeforschung wollen wir  
813 mit dem neu geschaffenen Diversity.Arts.Culture-Büro (DAC) diesen Ansatz weiter stärken.  
814 Leitungspositionen, auch in Form kollektiver Leitungen, wollen wir dafür sensibilisieren, ein  
815 diskriminierungsfreies Arbeitsklima zu gewährleisten und jeder Form von Machtmissbrauch  
816 entschieden entgegenzutreten.

## 817 **Digitalisierung im Kulturbereich weiterentwickeln**

818 Die Digitalisierung im Kulturbereich eröffnet neue Chancen für kulturelle Teilhabe, für kulturelle Bildung  
819 und Kulturvermittlung. In digitaler Form kann das wertvolle kulturelle Erbe unserer Kultureinrichtungen  
820 weltweit zugänglich gemacht werden.

821 Das verstärkte digitale Arbeiten infolge der Krise hat neue Möglichkeiten kultureller Produktion und  
822 Präsentation aufgezeigt. Wir wollen die neu entstandenen Formate und die Erfahrungen der Institutionen  
823 und der Freien Szene weiterentwickeln. Einen ersten Schritt haben wir mit dem neuen Innovationsfonds  
824 für digitale Entwicklung im Kulturbereich gemacht. Wir werden prüfen, wie zusätzlich der Ausbau  
825 digitaler Infrastruktur unterstützt werden kann. Im Dialog mit Einrichtungen und mit der Freien Szene



826 sollen Kooperationsmöglichkeiten entwickelt werden, die der ungleichen Ressourcenverteilung in Bezug  
827 auf Hardware, Software und Expertise entgegenwirken.

828 Mit der Verstetigung des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS) und der  
829 Etablierung von kulturBdigital sowie der begonnenen Stärkung unserer Kultureinrichtungen haben wir  
830 in der aktuellen Legislaturperiode eine gute Grundlage geschaffen, auf der wir weiter aufbauen wollen.

831 Die zentrale Vernetzungsplattform kulturBdigital soll als spartenübergreifendes Wissenstransfer-  
832 Netzwerk ausgebaut werden und Software-Ressourcen bereitstellen.

833 Mit Kultur Digital Barrierefrei (KuDiBa) wollen wir den Ausbau von inklusiven Kulturangeboten  
834 unterstützen. Wir setzen uns für den Aufbau einer gemeinsamen öffentlichen Kulturdatenplattform in  
835 Berlin ein, in die zukünftig auch ein einheitliches Ticketing-System der Berliner Kultureinrichtungen  
836 integriert werden soll.

### 837 **Erinnerungskultur**

838 In Berlin zeigt sich exemplarisch die wechselvolle Geschichte der vergangenen Jahrzehnte. Die Stadt  
839 vereint Orte von Unterdrückung und Diktatur mit Orten demokratischer Revolutionen, sie vereint  
840 Orte der Teilung und der Wiedervereinigung.

### 841 **Aus der Geschichte lernen – nie wieder Faschismus**

842 Gerade in Berlin, der Schaltzentrale der Macht des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945, von der der  
843 verheerendste Weltkrieg der Geschichte ausging, in der der Massenmord an jüdischen Menschen und  
844 Sinti:zze und Rom:nja beschlossen und organisiert wurde, müssen wir weiterhin in Zusammenarbeit mit  
845 dem Bund an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, ihre Aufarbeitung fortsetzen und  
846 entschieden jedem Geschichtsrevisionismus entgegentreten.

847 Wir wollen in der Erinnerungskultur der diverser werdenden Stadt und den Herausforderungen einer  
848 Einwanderungsgesellschaft gerecht werden. Mit digitalen und partizipativen Formaten soll das kritisch-  
849 historische Lernen und die Vermittlungsarbeit weiterentwickelt werden, dezentral und in den  
850 Gedenkstätten. Wir sind den Initiativen aktiver Erinnerungsarbeit sehr dankbar für ihre Arbeit – ohne ihr  
851 unermüdliches Recherchieren und Wachhalten wären viele Orte, Namen und Taten im Kampf um das  
852 Überleben und gegen den Faschismus verblasst.

853 Wir unterstützen das Land bei der Kooperation mit dem Bund zur Erarbeitung eines Konzepts für einen  
854 Gedenk- und Lernort für die Opfer der deutschen Besatzungspolitik und des Vernichtungskriegs in  
855 Osteuropa.

856 Wir werden die Erinnerungen an die Millionen verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen bewahren  
857 und das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide ausbauen. Wir setzen uns  
858 entschieden dafür ein, dass das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti:zze und  
859 Rom:nja Europas durch den Bau der S-Bahn-Linie S21 nicht beeinträchtigt wird und in seiner Gänze  
860 erhalten bleibt.

861 Der 8. Mai soll ein bundesweiter Feiertag werden. Wir werden die zeithistorische Lehre und Forschung  
862 an den Universitäten, vor allem in der Ausbildung von Lehrer:innen, stärken.

## 863 **Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte fortsetzen**

864 Die Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus und der SED-Diktatur bleibt für uns  
865 politische Aufgabe. Die Aufarbeitung der Diktatur in der DDR und der Friedlichen Revolution liefert für  
866 uns wichtige Impulse für eine emanzipatorische Politik. Einen Schlusstrich lehnen wir ab. Gerade weil  
867 die Erinnerung an die DDR heute in vielerlei Hinsicht instrumentalisiert wird, ist es für uns wichtig,  
868 authentische Zeugnisse der Opposition, aber auch der Repression verfügbar zu machen.

869 Die ehemalige Stasizentrale in Lichtenberg wollen wir gemeinsam mit dem Bund zu einem Campus für  
870 Demokratie entwickeln und ein Forum für Opposition und Widerstand in der DDR etablieren.

871 Das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße soll für den öffentlichen Besuch und die  
872 Erinnerungsarbeit erschlossen werden. Am früheren Grenzübergang Checkpoint Charlie sollte ein  
873 Bildungs- und Erinnerungsort gestaltet werden.

## 874 **Kolonialismus in Berlin aufarbeiten**

875 Zusammen mit den Akteur:innen der Zivilgesellschaft werden wir die Aufarbeitung der deutschen  
876 Kolonialgeschichte in den Kultureinrichtungen, im Bildungsbereich und im öffentlichen Raum weiter  
877 vorantreiben. Wir stehen für die Umsetzung des gesamtstädtischen Konzepts zur Aufarbeitung des  
878 Kolonialismus. Dabei werden wir uns gegenüber dem Bund für die Etablierung eines zentralen  
879 Gedenkortes einsetzen.

880 Um Rückgaben von Kulturgütern aus der Zeit des Kolonialismus oder des Nationalsozialismus  
881 rechtssicher zu ermöglichen, stärken wir die Provenienzforschung in den Landesmuseen, Archiven und  
882 Forschungsinstituten.

883 Die Restitutionsforderungen der Familie von Preußen als Erbgemeinschaft des sogenannten Hauses  
884 Hohenzollern gegenüber der öffentlichen Hand lehnen wir klar ab.

## 885 **Dialog der Weltanschauungen und Religionsgemeinschaften stärken**

886 Berlin lebt Vielfalt, auch mit den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Sie ist ebenso eine  
887 Herausforderung, der nur in der Anerkennung von Unterschiedlichkeiten begegnet und auf Grundlage  
888 dieser Vielfalt im Dialog auf Augenhöhe gelingen kann. Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit muss  
889 in einem Klima gegenseitiger Wertschätzung und des Respekts in einer diverser werdenden Gesellschaft  
890 gewährleistet sein. Wir begreifen die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und ihre  
891 Mitglieder als wichtige Partner:innen für Debatten der Stadtgesellschaft über unser Zusammenleben,  
892 für den Zusammenhalt und eine starke und freiheitliche Demokratie.

893 Wir sind ansprechbar und offen für die Anliegen der Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften  
894 und wollen den religionsübergreifenden Dialog und bewährte Formate der Verständigung zwischen den  
895 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und der säkularen Stadtgesellschaft weiter ausbauen.

896 Wir haben Projekte wie die muslimischen Kulturtage auf den Weg gebracht, um so der Verankerung der  
897 muslimischen Kultur angemessen Ausdruck zu verleihen.

898 Als Stadt, in der im Rahmen der Wannsee-Konferenz 1942 die Ermordung der europäischen Jüd:innen  
899 maßgeblich vorbereitet wurde, tragen wir besondere Verantwortung für den Schutz und die Förderung

900 des jüdischen Lebens unserer Stadt. Wir konnten Formate anstoßen und fördern, welche das jüdische  
901 Leben und die jüdische Kultur in unserer Stadt stärker erlebbar und sichtbar gemacht sowie in seiner  
902 bzw. ihrer Vielfalt gestärkt haben, wie bspw. der Jüdische Zukunftskongress und die Jüdischen  
903 Kulturtage. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen, um Formate weiter auszubauen und zu  
904 verstetigen.

905 In Berlin leben mehrheitlich Menschen, die nicht Mitglied einer Religionsgemeinschaft sind. Wir wollen  
906 auch den säkularen Teilen der Berliner Stadtgesellschaft mehr Bedeutung zukommen lassen und ihre  
907 Positionen stärker berücksichtigen. Dem Humanistischen Verband wurde der Status einer Körperschaft  
908 des öffentlichen Rechts verliehen und dieser damit in seinen Rechten gestärkt. An die gute  
909 Zusammenarbeit wollen wir weiter anknüpfen.

## 910 **Denkmalpflege zukunftsfähig gestalten**

911 Das baukulturelle Erbe Berlins prägt in seiner Vielfalt das besondere Gesicht unserer Stadt. Es zieht  
912 nicht nur Menschen von überall an, sondern ist für die Identifikation und Verankerung der Menschen  
913 mit und in ihrer Stadt von großer Bedeutung. Es ist ebenso Ausdruck einer wechselvollen  
914 Stadtgeschichte. Denkmalschutz sichert Zukunft durch kulturelles Gedächtnis.  
915 Wir wollen dieses kulturelle Erbe bewahren. So haben wir vor allem bei der Anerkennung des  
916 baukulturellen Erbes der Nachkriegsmoderne Schwerpunkte setzen können. Seit 2016 ist dies Teil der  
917 Kulturpolitik. Daran wollen wir festhalten, auch um die Berliner Denkmalpflege angesichts der  
918 vielseitigen Anforderungen einer wachsenden Stadt und unter Einbeziehung bürgerschaftlichen  
919 Engagements weiterzuentwickeln.

920 Wir wollen die Aufgaben der Denkmalpflege hin zu einer lebendigen, stadtverträglichen und  
921 nachhaltigen Denkmalpflege mit den Schwerpunkten Klimaschutz, Partizipation, Barrierefreiheit und  
922 Digitalisierung weiterentwickeln. Denkmalschutz und Klimaschutz sollen stärker zusammen gedacht  
923 und zusammengebracht werden. So braucht es mit Blick auf die Auswirkungen und die Bewältigung des  
924 Klimawandels eine Ausweitung von Beratungsangeboten für die praktische Denkmalpflege und im  
925 Bereich der Gartendenkmalpflege adäquate Pflanz- und Pflegekonzepte. Die Diskussion zur  
926 Berücksichtigung besonders erhaltenswerter Bausubstanz in der Stadtplanung leistet einen Beitrag im  
927 Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung und soll weiter intensiviert werden. Wir brauchen innovative und  
928 zukunftsfähige Nutzungs- und Umnutzungsperspektiven im Umgang mit Denkmälern und wollen damit  
929 für mehr Akzeptanz und eine Aufwertung des Denkmalschutzes in unserer Stadt sorgen. Wir meinen:  
930 Ein Baudenkmal, das lebendig ist und mit Leben erfüllt wird, kann am besten erhalten werden.

931 Die historischen Wurzeln unserer Stadt sollen weiter mithilfe archäologischer Grabungen offengelegt  
932 und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Insbesondere sollen die Großgrabungen am  
933 Molkenmarkt, der „Wiege Berlins“, fortgeführt und öffentlich begleitet werden.

934 Mit Blick auf die Verantwortung gegenüber dem Welterbe in unserer Stadt wollen wir den Schutz, den  
935 Erhalt und die nachhaltige Entwicklung unserer Welterbestätten weiter voranbringen. Dazu werden wir  
936 die bisher erfolgreichen Anstrengungen zur Erarbeitung eines Welterbeantrags Berlins zur gemeinsamen  
937 Aufnahme der drei nachkriegsmodernen Wohnensembles Karl-Marx-Allee (1. Bauabschnitt), Interbau  
938 mit Hansaviertel und Corbusierhaus sowie Karl-Marx-Allee (2. Bauabschnitt) im Rahmen des „Doppelten  
939 Berlin“ weiterverfolgen und intensivieren.

## 6. Europa

### 941 **Berlin als europäische, weltoffene und solidarische Metropole**

942 Berlin ist und bleibt eine weltoffene europäische Metropole. Wir verstehen die europäischen Metropolen  
943 als Horte der Freiheit und treibende Kräfte der europäischen Integration, welche sich geschlossen und  
944 entschlossen gegen die Entsolidarisierung und Spaltung Europas durch erstarkende rechtspopulistische  
945 und nationalistische Bewegungen stellen. Wir werden uns wie bisher für ein solidarisches,  
946 demokratisches und ökologisch gerechtes Europa einsetzen, in dem Menschen weiterhin in Frieden,  
947 sozialer Sicherheit und individueller Freiheit leben können. So haben wir uns erfolgreich am Prozess der  
948 Erarbeitung einer europäischen Säule sozialer Rechte beteiligt und wollen uns auch weiterhin in unserer  
949 europapolitischen Arbeit für ein soziales Europa starkmachen.

950 Um den gegenwärtigen Herausforderungen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken und die sozialen  
951 und wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern, braucht es einen abgestimmten und solidarischen  
952 Umgang innerhalb Europas. Die Pandemie offenbart, wie wichtig es ist, die soziale und ökologische  
953 Dimension der Europäischen Union zu stärken und sie von einer Wirtschafts- und Währungsunion hin zu  
954 einer Gesundheits- und Sozialunion zu entwickeln. Wir benötigen eine Sozialunion, die sich auch  
955 angesichts ihrer internationalen Verantwortung zu ihren Grundwerten der Humanität, Solidarität,  
956 Freiheit und Wahrung der Menschenrechte bekennt und die Menschen Schutz bietet, die in Europa  
957 Zuflucht vor Krieg, Verfolgung, Armut oder Krisen und Auswirkungen des Klimawandels suchen.

958 Europas Stärke liegt in der gemeinsamen Zusammenarbeit, sie liegt vor allem im Netzwerk der Städte  
959 und Regionen. Die enge Zusammenarbeit und der Austausch Berlins mit anderen europäischen Städten  
960 und Metropolen innerhalb von Städtenetzwerken wie Eurocities müssen weiter intensiviert werden. Mit  
961 den konkreten Formen der Kooperation im Rahmen der Partnerschaften unter dem Dach der von Berlin  
962 mitbegründeten Städteagenda wurden Themen der Inklusion am Arbeitsmarkt sowie der Integration von  
963 Migrant:innen adressiert. Im Kulturbereich wurde ein Projekt zu Bibliotheken als wichtige inklusive Orte  
964 im Stadtraum erfolgreich begonnen.

965 Die gute Kooperation mit den polnischen Kommunen und der polnischen Zivilgesellschaft wollen wir  
966 weiter ausbauen, bspw. im Rahmen der Oderpartnerschaft. Wir haben uns mit Erfolg für die Fortführung  
967 des Kulturzuges zwischen Berlin und Wrocław eingesetzt. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Städten  
968 wie Poznań ausbauen und dafür auch kulturelle Austauschformate nutzen, die in spezifischer Weise  
969 Dialog und kritische Reflexion von demokratischen Prozessen oder auch von deren Gefährdung durch  
970 rechtspopulistische und minderheitenfeindliche Politik ermöglichen. Solche Formate des europäischen  
971 Kulturaustausches sollen ausgebaut werden, da sie Europa in seiner Vielfalt erlebbar machen und  
972 Verbindungen schaffen. In Berlin entwickeln wir die Kooperation mit dem Netzwerk der Kulturinstitute  
973 EUNIC, das die kulturelle Vielfalt Europas zeigt und sie vor allem in unserer Stadt so bereichernd  
974 einbringt.

975 Viele Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, haben direkte Auswirkungen auf das  
976 alltägliche Leben unserer Stadt, unserer Kieze. Darüber werden in allen Berliner Bezirken jährlich  
977 zahlreiche Projekte zur Unterstützung der sozialen oder wirtschaftlichen Infrastruktur von der EU

978 mitfinanziert. Daher ist es einerseits wichtig, dass wir im Hinblick auf die Durchsetzungskraft von  
979 Berliner Interessen auf europäischer Ebene eine starke Berliner Vertretung vor Ort in Brüssel haben,  
980 andererseits aber auch, dass wir den europäischen Gedanken noch weiter in der Stadtgesellschaft  
981 verankern: So wollen wir gemeinsam mit der Stadtgesellschaft die europäische Idee im Rahmen von  
982 europapolitischen Leitlinien in einem partizipativen Prozess von unten gemeinsam entwickeln, Formate  
983 der Partizipation und Diskussion um die Zukunft und Ausgestaltung eines sozialen Europas ausbauen  
984 und das pro-europäische Engagement in unserer Stadt weiterhin stärken.

# 7. Wirtschaft

## 986 **Starke Wirtschaft und sozial-ökologische Transformation**

987 Die Berliner Wirtschaft entwickelte sich bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie erfolgreich. Wir wollen  
988 dafür sorgen, dass diese Entwicklung auch bei den Menschen ankommt: durch sichere Jobs mit guten  
989 Arbeitsbedingungen und anständiger Bezahlung. Gerade in den neuen und digitalen Branchen entstehen  
990 auch neue Arbeitsformen, die leider viel zu oft unsicher und schlecht abgesichert sind. Hier wollen wir  
991 gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften gegensteuern und für gute Arbeit sorgen.  
992 Das gilt auch für den Gesundheits- und Pflegebereich – die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie  
993 unverzichtbar die Menschen sind, die darin arbeiten.

994 Berlin hat weiter enormes wirtschaftliches Potenzial – insbesondere bei den Zukunftstechnologien, der  
995 Informations- und Kommunikationstechnik, der Digitalwirtschaft, der Medien- und Kreativwirtschaft und  
996 der Energietechnik. Die einzigartige Berliner Hochschullandschaft und die in Berlin vorhandenen gut  
997 ausgebildeten Fachkräfte sind dafür eine hervorragende Grundlage. Wir wollen dieses Potenzial nutzen,  
998 um auch die Industriearbeitsplätze in der Stadt dauerhaft zu sichern und zu modernisieren. Dabei muss  
999 das wirtschaftliche Wachstum so gesteuert werden, dass Klimaziele erreicht werden und eine  
1000 nachhaltige Entwicklung möglich wird. Wir nennen das sozial-ökologische Transformation.

## 1001 **Corona-Krisenhilfe**

1002 Als Reaktion auf die massiven Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie  
1003 auf die Berliner Wirtschaft hat das Land Berlin im Rahmen seiner Möglichkeiten umfangreiche  
1004 Hilfsprogramme und Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht.

1005 U. a. wurde das bundesweit schnellste, offenste und vom Volumen her größte Soforthilfeprogramm für  
1006 Freiberufler:innen und Soloselbstständige aufgelegt, während die Unterstützungsleistungen des Bundes  
1007 sich durch ein bürokratisches und kompliziertes Antragsverfahren immer wieder stark verzögert haben  
1008 und zum Teil an den Bedarfen kleiner Soloselbstständiger und anderer kleiner Selbstständiger  
1009 vorbeigegangen sind.

1010 Die Auswirkungen der Corona-Krise sind jedoch so gewaltig, dass Berlin spätestens mit dem Ende der  
1011 Pandemie zusätzliche konjunkturelle Impulse benötigt. Bei der Ausgestaltung entsprechender  
1012 staatlicher Konjunkturprogramme sind soziale und ökologische Zielstellungen zu berücksichtigen.

## 1013 **Wirtschaftsförderung**

1014 Dem Land Berlin stehen zur Entwicklung der Wirtschaft pro Jahr über 200 Mio. Euro Fördermittel der  
1015 Europäischen Union, des Bundes sowie aus eigenen Mitteln des Landes zur Verfügung. Unser Ziel ist  
1016 es, dass sich die Verwendung dieser Fördermittel an den Prinzipien ökonomischer, ökologischer und  
1017 sozialer Nachhaltigkeit orientiert. Wir wollen neue Arbeitsplätze mit guten Löhnen und

1018 Arbeitsbedingungen und zugleich Zukunftstechnologien im Sinne der ökologischen Transformation der  
1019 Wirtschaft fördern.

1020 Gefördert sollen deshalb nur Unternehmen werden, die nach einschlägigen Tarifverträgen bezahlen  
1021 oder, wo solche Tarifverträge nicht existieren, zumindest nach Landesmindestlohn. Die derzeit noch  
1022 zulässige Leiharbeitsquote von bis zu 30 Prozent soll abgesenkt werden. Wir wollen, dass die Nutzung  
1023 von Werkverträgen zur Umgehung von Tarifverträgen und Tarifflicht durch Verbandsaustritt oder  
1024 Ausgründungen zum Ausschluss aus der Wirtschaftsförderung führen.

1025 Wir setzen uns dafür ein, dass Wirtschaftsförderung nicht in Rüstungsprojekte fließt, sondern verstärkt  
1026 in Zukunftstechnologien der Verkehrs- und Energiewende. Der Einsatz der Wirtschaftsfördermittel muss  
1027 zudem die bewährte Clusterstrategie, „Zukunftsorte“ wie den Flughafen Tegel und den „Masterplan  
1028 Industrie“ unterstützen.

1029 Die Digitalisierung der Wirtschaft und die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)  
1030 mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen weiter unterstützt werden.

### 1031 **Industriepolitik für Berlin**

1032 Es ist unser Ziel, den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung in Berlin zu erhöhen. Eine wachsende  
1033 Stadt wie Berlin braucht eine innovative und stabile Industrie, die mit der Forschungslandschaft  
1034 kooperiert und gute, tarifgebundene Arbeitsplätze sichert. Doch Transformation, Digitalisierung und  
1035 Corona-Krise setzen Industriebetriebe unter Druck. Gleichzeitig entstehen gerade in Berlin neue  
1036 wirtschaftliche Möglichkeiten, weil die Bedeutung von wissenschaftlicher Innovation, Informations- und  
1037 Kommunikationstechnologie steigt. Berlins Stärken sind dabei viele gut ausgebildete Fachkräfte  
1038 aufgrund der vielen Hochschulen in der Stadt und eine wachsende Zahl von innovativen Tech-  
1039 Unternehmen.

1040 Wenn diese Vorteile für die bestehenden Industrieunternehmen der Stadt nutzbar gemacht werden,  
1041 kann eine moderne und zukunftsfähige Industrielandschaft mit attraktiven Arbeitsplätzen entstehen.  
1042 Wir wollen, dass dazu Hochschulen, Industrieunternehmen und IT-Dienstleister in  
1043 Innovationsnetzwerken zusammengebracht werden. Die Zusammenarbeit soll durch  
1044 Forschungsk Kooperationen, Förderung von dualen Studiengängen und begleitete Abschlussarbeiten von  
1045 Studierenden gefördert werden.

1046 Gemeinsam mit den Unternehmen und den Gewerkschaften wollen wir dafür sorgen, dass innovative  
1047 Produkte und Produktionslinien in Berlin angesiedelt werden, bspw. für Speichertechnologien. Die  
1048 ökologische Transformation muss dabei so ausgestaltet werden, dass dafür nicht die Beschäftigten mit  
1049 dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen müssen und neue attraktive Arbeitsplätze entstehen.

### 1050 **Branchen- und Unternehmenserhalt durch landeseigene Industrie-Holding**

1051 Die Berliner Industrie mit ihrer strukturpolitischen Bedeutung für die Stadt muss auf Grundlage der  
1052 Erfahrungen aus der Corona-Pandemie gesichert, gestärkt und ausgebaut werden. Deshalb setzen wir  
1053 uns für die Gründung einer Berliner Industrie-Holding ein. Durch den Erwerb von Landesbeteiligungen

1054 könnten Mittel für die Grundfinanzierung und Liquiditätssicherung von in die Krise geratenen  
1055 branchenrelevanten Unternehmen bereitgestellt werden.

1056 Darüber hinaus würde es dem Land Berlin Einfluss auf die Entwicklung branchenrelevanter  
1057 Unternehmen verschaffen, der im Sinne der sozial-ökologischen Transformation genutzt werden kann  
1058 und zusätzliche Möglichkeiten für strategische Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen  
1059 sowie Forschungseinrichtungen schafft.

1060 Unternehmen, die unter den Schutzschirm der neuen Berliner Industrie-Holding treten, sollen  
1061 insbesondere einen Beitrag zur Stabilisierung von Wertschöpfungsketten und zur Sicherung von  
1062 Beschäftigung leisten und verbindlich an Kriterien guter Arbeit wie Mitbestimmung und Tarifbindung  
1063 gekoppelt werden.

#### 1064 **Digitalisierung, Zukunftsbranchen und Gründerszene**

1065 Der rot-rot-grüne Senat hat die Digitalagentur Berlin gegründet. Diese soll Berliner Unternehmen,  
1066 insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, bei der digitalen Transformation unterstützen.  
1067 Darüber hinaus wurde das Förderprogramm Digitalprämie aufgesetzt. Es unterstützt kleine und  
1068 mittelständische Berliner Unternehmen mit Zuschüssen für konkrete Digitalisierungsvorhaben.

1069 Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Förderung der Kooperation von Unternehmen der  
1070 Informations- und Kommunikationstechnologie und der Start-up-Szene mit den Industrieunternehmen  
1071 und insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) intensivieren und ausbauen  
1072 und somit den eingeschlagenen Weg der Digitalisierung der Berliner Wirtschaft weiter vorantreiben.

1073 Wir wollen zudem die Gründung von innovativen Unternehmen und Start-ups fördern. Die derzeit  
1074 fragmentierte Gründungsberatung in Berlin soll zu einer städtischen Innovationsagentur nach Vorbild  
1075 des „Digital Innovation Office“ in Barcelona ausgebaut werden.

1076 Bisher erreicht die Start-up-Förderung des Bundes und des Landes Berlin dabei fast ausschließlich  
1077 profitorientierte Unternehmen. Wir wollen einen finanziell ausreichend ausgestatteten Public-Interest-  
1078 Innovation-Fonds für Open-Source-Projekte, kooperative Unternehmensmodelle und soziale  
1079 Innovationen mit Gemeinwohlfokus in Berlin schaffen. Auf diese Weise sollen insbesondere  
1080 selbstständige Open-Source-Entwickler, Plattformgenossenschaften und andere selbstverwaltete  
1081 Unternehmensmodelle gefördert werden.

1082 In der Corona-Pandemie gab es auch in der Gastronomie und im Fachhandel einen  
1083 Digitalisierungsschub. Wir unterstützen Modellprojekte, bei denen – eingebettet in die bestehenden  
1084 Instrumente wie Digitalprämie, Digitalagentur, City-Lab – unabhängige Plattformen auch kleinen  
1085 stationären Händler:innen Zugang zum Online-Handel zu fairen Bedingungen ermöglichen. Dabei  
1086 können Nah-Logistik-Zentren oder Abholservices verknüpft werden.

1087 Die Digitalisierung begünstigt neue Beschäftigungsformen. Gerade in der IT-Branche und bei Start-ups  
1088 entstehen viele neue Jobs. Leider herrschen gerade in diesen Bereichen oft unsichere  
1089 Beschäftigungsbedingungen: Durch sogenanntes Click- und Gig-Working entsteht vermeintlich  
1090 selbstständige Beschäftigung ohne soziale Absicherung. Wir wollen uns gemeinsam mit den  
1091 Gewerkschaften dafür einsetzen, dass auch in diesen Bereichen gute Arbeitsbedingungen erreicht



1092 werden können und Arbeitsschutzvorschriften eingehalten werden. Diese Kriterien müssen auch bei der  
1093 Wirtschaftsförderung für Zukunftsbranchen eine Rolle spielen.

#### 1094 **Bereitstellung von Gewerbeflächen**

1095 Die Bereitstellung bezahlbarer Gewerbeflächen ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche  
1096 Wirtschaftsförderung. Zahlungskräftige Nutzer:innen, wie z. B. internationale IT-Unternehmen, führende  
1097 Online-Händler oder Großunternehmen, können ihren Flächenbedarf in der Regel auf dem privaten  
1098 Gewerbeimmobilienmarkt in Berlin decken, erhöhen aber damit gerade in innerstädtischen Bereichen  
1099 den Verdrängungsdruck auf die ansässigen Gewerbebetriebe. Für viele kleine und mittlere  
1100 Unternehmen (KMU), gerade aus dem Handwerk, dem produktionsnahen Dienstleistungsgewerbe oder  
1101 der sozialen und solidarischen Ökonomie, wird die Sicherung ihres Betriebsstandorts so zunehmend  
1102 problematisch.

1103 Als erfahrene und erfolgreiche Standortentwicklerin wurde deshalb die landeseigene WISTA vom Senat  
1104 beauftragt, den Bau neuer Gewerbehöfe zu übernehmen. Wir setzen uns zudem dafür ein, die 2020  
1105 gegründete Berliner Bodenfonds GmbH zu stärken und den Ankaufsfonds aufzustocken, um in der  
1106 wachsenden Stadt strategische Immobilien- und Grundstücksankäufe vornehmen und  
1107 Grundstücksreserven anlegen zu können. So erworbene Liegenschaften können auch genutzt werden,  
1108 um sie für strategische Ansiedlungen und für von Verdrängung bedrohtes Gewerbe über  
1109 Erbbaurechtsverträge mit tragbaren Konditionen zur Verfügung zu stellen.

#### 1110 **Strategische Flächensteuerung und Nachnutzung leer stehender Gewerbeobjekte**

1111 Die Flächen- und Nutzungskonkurrenz insbesondere in begehrten Innenstadtlagen spitzt sich zu.  
1112 Gleichzeitig veröden andere Kieze. Besondere Probleme entstehen, wenn aufgrund von Insolvenz oder  
1113 Wegzug plötzlich große Kaufhausstandorte leer stehen.

1114 Mehr denn je stellt sich die Frage nach einer strategischen Flächensteuerung durch die öffentliche  
1115 Hand. Wir wollen, dass das Land Berlin prüft, ob und wie große leer stehende oder von Leerstand  
1116 bedrohte Gewerbeobjekte in Landesbesitz übernommen werden können, um sie gemeinwohlorientiert  
1117 zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt des Quartiers zu entwickeln. Dabei sind die Bürger:innen zu  
1118 beteiligen.

1119 Denkbar ist eine Nutzung als „Kiezzentrum“ mit kulturellem Angebot, sozialer Infrastruktur und  
1120 Kleingewerbe. Da die Standorte oft an infrastrukturellen Knotenpunkten liegen und sie gut mit  
1121 öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind, könnten dort auch sogenannte Verkehrs-Hubs als kleine  
1122 Verteilstationen und Anlieferzentren entstehen, um den Lieferverkehr in den Wohngebieten  
1123 zurückzudrängen.

#### 1124 **Gewerbemieten regulieren**

1125 Viele kleine Unternehmen, insbesondere im Einzelhandel, in der Gastronomie und im Bereich der  
1126 personenbezogenen Dienstleistungen, die während der Pandemie schließen mussten, hatten und haben  
1127 trotz Wirtschaftshilfen Probleme, ihre Mieten weiterzuzahlen, während ihnen die Einnahmen

1128 wegbrechen. Zusätzlich zu den Hilfen, die sie bekommen, braucht es einen Mietenschnitt, um die  
1129 Fixkosten zu senken und den Unternehmen eine Perspektive zu eröffnen. Das Land Berlin und die  
1130 Bezirke müssen dabei bei ihren eigenen Immobilien in öffentlichem Eigentum mit gutem Beispiel  
1131 vorangehen.

1132 Die rasant steigenden Gewerbemieten und das Fehlen eines schützenden Gewerbemietrechts sind auch  
1133 unabhängig von der Corona-Pandemie ein wachsendes Problem, vor allem für kiezgebundene kleinere  
1134 Geschäfte und die soziokulturelle Infrastruktur in unserer Stadt. Immer mehr Läden, selbstverwaltete  
1135 Jugend- und Kulturzentren, Selbsthilfeprojekte, Kitas und andere Einrichtungen sind dadurch von  
1136 Verdrängung bedroht. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass ein Gewerbemietrecht  
1137 geschaffen wird, das insbesondere kleine Gewerbetreibende schützt und die Gewerbemieten reguliert  
1138 und begrenzt.

### 1139 **Tourismus als Wirtschaftsfaktor**

1140 Der Tourismus war vor der Corona-Pandemie einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt, mit  
1141 einem jährlichen Umsatz von 11,5 Mrd. Euro und ca. 235.000 Beschäftigten. Allerdings sind in diesem  
1142 Bereich die Arbeitsbedingungen oft besonders schlecht, vor allem in der Gastronomie und in kleinen  
1143 Beherbergungsbetrieben.

1144 Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Tourismusförderung auch gute Arbeitsbedingungen als Kriterium  
1145 berücksichtigt werden. Teil von städtischen Tourismuskonzepten sollen möglichst Anbieter sein, die  
1146 tarifgebunden sind, mindestens aber den Landesmindestlohn zahlen und Leiharbeitshöchstquoten  
1147 einhalten. Das gilt für bezirkliche Fördereinrichtungen ebenso wie für landesweite Projekte wie  
1148 visitBerlin.

1149 Der Tourismusboom ist auch mit Begleiterscheinungen verbunden, die die Stadt mit ihren  
1150 Bewohner:innen vor allem in den Innenstadtbezirken stark belasten: Bier-Bikes und Reisebusse auf den  
1151 Straßen, Rollkoffer- und Partylärm, Verdrängung von Geschäften und Gewerbe in gewachsenen Kiezen  
1152 durch auf den Tourismus ausgerichtete gewerbliche Monostrukturen sowie Verlust von Wohnraum  
1153 durch Anbieter wie Airbnb.

1154 Wir haben deshalb gemeinsam mit den Bezirken, betroffenen Anwohner:innen sowie der  
1155 Tourismuswirtschaft das Tourismuskonzept 2018+ entwickelt, um den Tourismus in Berlin  
1156 stadtverträglicher und nachhaltiger zu machen. Das Konzept wollen wir fortschreiben und  
1157 weiterentwickeln und Vorhaben wie einen Hotelentwicklungsplan für Berlin planerisch mit den Bezirken  
1158 gemeinsam umsetzen.

1159 Neubauvorhaben für Hotels sollen berlinweit auf den Prüfstand gestellt werden und für Hotels, die  
1160 während der Corona-Krise ihre Funktion verloren haben, brauchen wir Aktivierungs- und  
1161 Umbauprogramme. Hier könnten neue Wohn- und Arbeitsorte entstehen.

### 1162 **Messe und Großveranstaltungen**

1163 Die Veranstaltungs- und Messewirtschaft war bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie ein bedeutender  
1164 Wirtschaftsfaktor für Berlin. Wir wollen den zur Abfederung der Pandemiefolgen geschaffenen

1165 Kongressfonds aufstocken und damit die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsbranche in Berlin  
1166 fördern und wiederbeleben. Über einen ergänzenden Zuschuss des Kongressfonds sollen dabei  
1167 ökologisch nachhaltige Veranstaltungsformate besonders gefördert werden.

1168 Damit die Messe Berlin ihre zentrale Rolle als großer öffentlicher Messe- und Kongressveranstalter  
1169 behalten kann, muss sie die Ressourcen bekommen, um ihr Geschäft zukunftstauglich zu machen.

#### 1170 **Solidarische Ökonomie fördern**

1171 Wir treten dafür ein, den teilweise sehr unterschiedlichen Formen alternativen Wirtschaftens von Social  
1172 Entrepreneurs, über Genossenschaften und Kollektivbetriebe bis hin zu Non-Profit-Organisationen  
1173 verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen.

1174 Wir wollen gemeinsam mit Vertreter:innen unterschiedlicher Formen solidarischer Ökonomie prüfen,  
1175 wie sie noch besser innerhalb der Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden können, etwa durch  
1176 Zugang zu landeseigenen Gewerbegrundstücken. Mit Gründerzentren, kommunalen Co-Working-Spaces  
1177 und gemeinsam nutzbaren Tech-Hubs sollen für diese Bereiche bessere Entwicklungsmöglichkeiten  
1178 geschaffen werden.

#### 1179 **Rekommunalisierung statt Privatisierung**

1180 Privatisierungen von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Gerade in der  
1181 Corona-Krise hat sich wieder gezeigt, wie wichtig ein starker öffentlicher Sektor ist, der nicht  
1182 profitorientiert ist.

1183 Wir wollen nach dem Vorbild Bremens eine „Privatisierungsbremse“ in die Berliner Verfassung  
1184 aufnehmen. Mit dieser soll es zwingend sein, dass über die vollständige oder teilweise Privatisierung  
1185 eines öffentlichen Unternehmens ein Volksentscheid durchzuführen ist. Damit soll ausgeschlossen sein,  
1186 dass Privatisierungen gegen den Willen der Berliner:innen vorgenommen werden.

1187 Für die öffentlichen Unternehmen in Berlin wollen wir Modelle erweiterter demokratischer Kontrolle und  
1188 Transparenz erarbeiten.

1189 Wir setzen uns schon seit Langem für die Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes ein und wollen  
1190 einen kommunalen Netzbetreiber, der dem Klimaschutz verpflichtet ist, an umfassende  
1191 Transparenzregeln gebunden ist und Initiativrechte für Berliner:innen ermöglicht, wie sie das Energie-  
1192 Volksbegehren vorsah. In diesem Zusammenhang werden wir auch eine Rekommunalisierung des  
1193 Berliner Gasnetzes sowie des Fernwärmenetzes in den Blick nehmen.

1194 Wir wollen die (Re-)Kommunalisierung auch in anderen Bereichen weiter vorantreiben. Neben der  
1195 Reinigung von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden gehört dazu auch die Berliner S-Bahn.

#### 1196 **Verbraucher:innen stärken und schützen**

1197 Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Verbraucher:innen zu stärken und diesen zur Durchsetzung zu  
1198 verhelfen. Wir wollen die Verbraucherrechtsberatung in allen Stadtgebieten stärken. Menschen mit  
1199 niedrigem Einkommen, niedriger formaler Bildung, Sprachbarrieren oder eingeschränkter Mobilität, aber

1200 auch Senior:innen und junge Menschen müssen geeignete Beratungsangebote in Anspruch nehmen  
1201 können.

1202 Wir setzen uns dafür ein, die Verbraucherzentrale Berlin weiterzuentwickeln, um unabhängige Beratung  
1203 und Unterstützung auch dezentral und zielgruppenorientiert abzusichern. Wir wollen für die  
1204 Verbraucherzentrale Berlin langfristig einen weiteren Standort im Ostteil der Stadt und kurzfristig die  
1205 Stärkung mobiler, aufsuchender Angebote. Wachsende Aufgabenfelder sowie neue Beratungsformate,  
1206 wie Videoberatung oder die Arbeit im Homeoffice, erfordern zudem eine bessere technische  
1207 Ausstattung und finanzielle Planungssicherheit.

1208 Wir wollen die Verbraucherbildung für Kinder und Jugendliche im schulischen und außerschulischen  
1209 Bereich deutlich weiterentwickeln. Dabei muss neben Themen wie Datenschutz, Ernährungsbildung und  
1210 nachhaltigem Konsumverhalten auch das Problem der Verschuldung junger Menschen und der Umgang  
1211 mit Finanzen und Verträgen, insbesondere im digitalen Raum, adressiert werden. Zum  
1212 Verbraucherschutz für Kinder und Jugendliche gehören auch werbefreie Schulen und außerschulische  
1213 Lernorte.

1214 Wir wollen wirksame Instrumente für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der  
1215 Veröffentlichung der Hygienestandards von Lebensmittelbetrieben und in der Gastronomie. Dafür  
1216 wollen wir das Berliner Lebensmittelüberwachungstransparenzgesetz schärfen. Darüber hinaus müssen  
1217 die amtlichen Kontrollen zur Lebensmittelüberwachung ausgeweitet und die  
1218 Lebensmittelaufsichtsbehörden in den Bezirken gestärkt werden.

## 8. Arbeit

### 1220 **Gute Arbeit bei den landeseigenen Tochterunternehmen**

1221 Bei landeseigenen Unternehmen und überall dort, wo das Land Berlin die Arbeitsbedingungen der  
1222 Beschäftigten direkt beeinflussen kann, setzen wir uns weiter für sichere und tariflich bezahlte  
1223 Beschäftigungsverhältnisse ein. Wir konnten bereits durchsetzen, dass sachgrundlose Befristungen im  
1224 Verantwortungsbereich des Landes weitestgehend ausgeschlossen sind. Wir wollen, dass alle  
1225 Tochterfirmen aller öffentlichen Unternehmen tarifgebunden werden.

1226 Seit 2016 wurde bei den landeseigenen Töchtern gemeinsam mit den Gewerkschaften viel erreicht:  
1227 Tariffucht durch Ausgründung findet nicht mehr statt. Der Botanische Garten und die therapeutischen  
1228 Dienste von Charité und Vivantes (CPPZ und VTD) wurden in die Muttergesellschaften zurückgeführt,  
1229 die T&M GmbH im Technikmuseum wurde in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) integriert.

1230 Es bleibt aber noch einiges zu tun: Wir wollen Tarifbindung für alle Landesbeteiligungen und eine  
1231 zumindest schrittweise Angleichung des Tarifniveaus von Tochterunternehmen landeseigener  
1232 Unternehmen oder anderer Landesbeteiligungen an das Tarifniveau ihrer jeweiligen  
1233 Mutterunternehmen. Die Refinanzierungssysteme auf Bundes- und Landesebene sind gegebenenfalls  
1234 entsprechend anzupassen.

1235 Die in die BerlinTransport (BT) ausgelagerten Aufgaben der BVG bei Bus und U-Bahn wollen wir  
1236 schrittweise wieder in die BVG reintegrieren.

### 1237 **Arbeitsbedingungen bei freien Trägern und Zuwendungsempfängern**

1238 Eine verlässliche soziale Infrastruktur ist für die Gesellschaft und unsere Stadt unverzichtbar. Doch die  
1239 Arbeitsbedingungen sind in diesen Bereichen häufig noch schlecht. Wir begrüßen die Trägervielfalt,  
1240 nicht aber die „Vielfalt“ bei der Bezahlung und das damit einhergehende Zurückbleiben hinter dem  
1241 Flächentarifvertrag TV-L.

1242 In den vergangenen Jahren wurde hier bereits einiges erreicht: Beschäftigte bei freien Trägern in  
1243 zuwendungsfinanzierten Projekten, die die Tarifabschlüsse des Landes Berlin analog anwenden, werden  
1244 endlich nach TV-L bezahlt. Außerdem gilt für Zuwendungsempfänger seit 2019 der Landesmindestlohn  
1245 in Höhe von 12,50 Euro. Das hat spürbare Verbesserungen in den untersten Einkommensbereichen  
1246 gebracht.

1247 Wir wollen eine Transparenzdatenbank für Zuwendungsempfänger einrichten, aus der u. a. hervorgeht,  
1248 ob und wie sie tarifgebunden sind. Zukünftig braucht es darüber hinaus eine rechtliche Verpflichtung  
1249 für freie Träger zur tariftreuen Entlohnung. Langfristiges Ziel ist ein gegenfinanzierter und allgemein  
1250 verbindlicher Branchentarifvertrag für den sozialen Bereich auf Basis des TV-L.

1251 Bei der Refinanzierung der Arbeit der freien Träger sind auch die Kosten zu berücksichtigen, die den  
1252 freien Trägern durch die Arbeit der bei ihnen gebildeten Betriebsräte entstehen.

## 1253 **Öffentliche Vergabe nur bei Erfüllung sozialer Kriterien**

1254 Bei den im Land Berlin vergebenen öffentlichen Aufträgen in Milliardenhöhe müssen klare Vorgaben  
1255 gelten. Für uns gilt: öffentliches Geld nur für „gute Arbeit“. Dank des neuen Berliner Vergabegesetzes  
1256 dürfen öffentliche Aufträge künftig nur noch an Unternehmen gehen, die Tariflohn zahlen. Außerdem  
1257 gilt ein Vergabemindestlohn von 12,50 Euro brutto pro Stunde.

1258 In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, dass die Einhaltung dieser Regeln konsequent  
1259 kontrolliert und durchgesetzt wird. Dazu haben wir die zuständige zentrale Kontrollgruppe in den letzten  
1260 Jahren finanziell und personell bereits besser ausgestattet. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir  
1261 wollen, dass die Kontrollgruppe vermehrt Stichprobenkontrollen und anlassunabhängige Prüfungen  
1262 durchführt und Hinweisen der Sozialpartner nachgeht.

1263 Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeiten der Untervergabe von Aufträgen durch die eigentlichen  
1264 Auftragnehmer:innen beschränkt werden, da durch Subunternehmerketten die Vergabebedingungen  
1265 häufig unterlaufen werden. Wir wollen zudem, dass die Wertgrenzen, ab denen die Vorgaben des  
1266 Vergabegesetzes greifen, wieder abgesenkt werden.

1267 Wir wollen, dass Auftragnehmer:innen im Bausektor die qualifizierte Sozialkassenbescheinigung der  
1268 SOKA-BAU vorlegen müssen. Es soll geprüft werden, ob Auftragnehmer:innen verpflichtet werden  
1269 können, auf ihren Baustellen die Arbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer:innen elektronisch zu erfassen,  
1270 um so die Umgehung des Mindestlohns und der arbeitszeitrechtlichen Vorgaben unterbinden zu können.

1271 Wir wollen, dass die Zahl der Vergabestellen im Land Berlin reduziert wird. Die Vergabestellen der  
1272 Bezirke müssen bezirksübergreifend ihre Daten und ihre Erfahrungen mit Unternehmen austauschen.  
1273 So können Verstöße erkannt und ausgeschlossen werden.

1274 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausschreibungskriterien weiter vereinheitlicht werden, etwa für das  
1275 Schulcatering oder Reinigungsaufträge. In den Ausschreibungen sollen auch der jeweilige  
1276 Personalaufwand und die Qualitätskriterien für eine Leistung verbindlich vorgegeben werden. So kann  
1277 verhindert werden, dass Unternehmen durch Arbeitsverdichtung auf dem Rücken der Beschäftigten  
1278 Ausschreibungsvorgaben für gute Arbeit unterlaufen.

1279 Wir setzen uns dafür ein, auch die Anwendung der ökologischen Vergabekriterien auszuweiten. Wir  
1280 wollen zudem, dass in Berlin sogenannte innovative Vergaben stärker genutzt werden, bei denen eine  
1281 Problemstellung statt einer Auftragsleistung ausgeschrieben wird, um intelligente Lösungen für die  
1282 Herausforderungen der Stadt zu fördern.

## 1283 **Gute Arbeit mit öffentlich geförderter Beschäftigung**

1284 Der Bund hat sich leider weit aus der Arbeitsmarktförderung für erwerbslose Menschen zurückgezogen  
1285 und fördert in erster Linie schlecht bezahlte Beschäftigungen mit wenig Perspektive. Berlin geht einen  
1286 anderen Weg. Mit dem Programm „Solidarisches Grundeinkommen“, das eigentlich ein ganz normales  
1287 öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm ist, haben wir in einem ersten Schritt 1000  
1288 überwiegend sozialversicherungspflichtige und tariflich, mindestens aber nach Landesmindestlohn  
1289 bezahlte Arbeitsstellen geschaffen, die gesellschaftlich sinnvoll sind und den dort Beschäftigten neue  
1290 berufliche Perspektiven eröffnen. Nach einer Evaluierung soll entschieden werden, ob das Programm  
1291 weiter ausgebaut und auf andere Felder, etwa auf die Modellprojekte „Gesundheitslots:innen“ und  
1292 „Obdachlosenlots:innen“, ausgeweitet werden kann.

1293 Die von Ökonom:innen und Arbeitswissenschaftler:innen erhobene Forderung nach einer staatlichen  
1294 Jobgarantie halten wir angesichts der fortschreitenden Spaltung auf dem Arbeitsmarkt, die durch die  
1295 Corona-Krise und die Digitalisierung noch beschleunigt wird, für einen wichtigen Impuls, dessen genaue  
1296 Umsetzung wir weiter prüfen wollen.

### 1297 **Gute Arbeit durchsetzen**

1298 Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in der Stadt einen  
1299 sicheren Arbeitsplatz haben und von ihrem Einkommen gut leben können. Wir haben bereits  
1300 durchgesetzt, dass der Landesmindestlohn, der überall dort gilt, wo das Land finanziell beteiligt ist oder  
1301 andere Einwirkungsmöglichkeiten hat, auf 12,50 Euro pro Stunde erhöht wurde. Arbeit darf aber auch  
1302 nicht krank machen und es muss genug Raum für Familie, Freund:innen und Freizeit bleiben. Auch dort,  
1303 wo das Land Berlin direkt die Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft beeinflussen kann, muss dies  
1304 zugunsten der Beschäftigten erfolgen.

1305 Das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) haben  
1306 wir in der letzten Legislaturperiode deutlich ausgebaut. Es muss personell weiter verstärkt werden,  
1307 damit eine effektive Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Berliner Betrieben erfolgt.  
1308 Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig zudem die Einhaltung und Kontrolle von  
1309 Hygiene- und Infektionsschutzbestimmungen am Arbeitsplatz ist.

1310 Es ist eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu bilden, die gegen Arbeitgeber:innen vorgeht, die  
1311 betriebsverfassungsrechtliche Straftaten begehen, indem sie etwa die Bildung oder die Arbeit von  
1312 Betriebsräten behindern.

1313 Das Sonntagsöffnungsverbot im Einzelhandel soll wieder ausgeweitet und nicht weiter aufgeweicht  
1314 werden. Der Missbrauch von Ausnahmeregelungen, etwa durch Tankstellen und Bäckereien, muss  
1315 beendet werden.

1316 Wir wollen, dass in allen Bezirksämtern „Beauftragte für gute Arbeit“ eingesetzt werden, die vor Ort  
1317 Beratungsangebote und andere Maßnahmen zur Durchsetzung guter Arbeit in den Bezirken initiieren  
1318 und koordinieren können. Zudem sollen sie als Ansprechpartner:innen für Gewerkschaften und  
1319 betriebliche Interessenvertretungen fungieren. Diese Beauftragten sollen Teil eines berlinweiten  
1320 „Netzwerks für gute Arbeit“ sein.

### 1321 **Migration und gute Arbeit**

1322 Arbeitnehmer:innen aus Ost- und Südeuropa oder mit Fluchterfahrung sind in Berlin besonders von  
1323 Ausbeutung betroffen. Ursache sind oft mangelnde Sprach- und Rechtskenntnisse, prekäre  
1324 Aufenthaltsstatus und fehlende Unterkünfte. Wir haben in den vergangenen Jahren das  
1325 muttersprachliche Beratungs- und Hilfsangebot für diese Personengruppe massiv ausgebaut.

1326 Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Ausbau fortgesetzt und die Arbeit des Berliner Beratungszentrums  
1327 für Migration und Gute Arbeit (BEMA) verstetigt und dauerhaft ausfinanziert wird. Wir wollen, dass  
1328 Beratungsangebote in Zukunft gezielt und besser beworben werden. Auch auf Bezirksebene sollen  
1329 Anlaufstellen geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass besondere, berufsbegleitende  
1330 Sprachkurse angeboten werden, die auch arbeitsrechtliche Grundkenntnisse vermitteln.

1331 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Härtefallfonds für Beschäftigte eingerichtet wird, die aufgrund ihres  
1332 irregulären Beschäftigungs- und Aufenthaltsstatus keinen Anspruch auf Sozialleistungen in Berlin haben  
1333 und bei Jobverlust von Obdachlosigkeit bedroht sind. Die mobilen Beratungen sind für diese Thematik  
1334 zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, Menschen zu unterstützen, die so von Obdachlosigkeit  
1335 bedroht oder sogar bereits obdachlos geworden sind.

1336 Die Gewerbeämter sind oft die einzige staatliche Stelle, mit der in eine Scheinselbstständigkeit  
1337 gezwungene Arbeitnehmer:innen aus osteuropäischen Staaten in Berlin in Berührung kommen, da sie  
1338 dort ihr Gewerbe anmelden müssen. Wir wollen, dass diese Stellen für das Problem der  
1339 Scheinselbstständigkeit und die damit verbundenen Probleme sensibilisiert werden. Sie müssen über  
1340 Aufklärungsmaterial in der jeweiligen Sprache verfügen und in der Lage sein, den Kontakt zu  
1341 Beratungsstellen herzustellen. Ziel muss es sein, diese Arbeitnehmer:innen vor den ungewollten  
1342 strafrechtlichen Konsequenzen ihrer Tätigkeit zu schützen.

### 1343 **Ausbildung und Qualifizierung**

1344 Alle Jugendlichen, die dies wollen, sollen eine Ausbildung absolvieren können. Obwohl viele  
1345 Unternehmen über einen Fachkräftemangel klagen, bilden sie selbst nicht aus. Auf dem Berliner  
1346 Ausbildungsmarkt gibt es nach wie vor ein deutliches Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.  
1347 Jahr für Jahr fehlen mehr als 1000 Ausbildungsplätze und es beteiligt sich nur noch gut jeder zehnte  
1348 Berliner Betrieb an der Berufsausbildung, was den bundesweit niedrigsten Wert darstellt.

1349 Deshalb wollen wir Anreize für Betriebe schaffen auszubilden und eine regionale Ausbildungsabgabe für  
1350 Berlin einführen. Betriebe, die wenig oder gar nicht ausbilden, sollen zahlen, Betriebe, die über Bedarf  
1351 ausbilden, werden gefördert. Sofern es auf Seiten des Landes Brandenburg die Bereitschaft dazu geben  
1352 sollte, streben wir dazu eine Vereinbarung für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Bundesländer an.

1353 Wir wollen die Verbundausbildung stärken. Wenn sich mehrere Betriebe an der Ausbildung beteiligen  
1354 und dabei unterstützt werden, sorgt dies nicht nur für mehr Ausbildungsplätze und eine Verbesserung  
1355 der Ausbildungsqualität, sondern erleichtert vor allem kleinen und mittleren Betrieben die berufliche  
1356 Ausbildung.

1357 Das vom Land geschaffene „Ausbildungshotel“ kann angesichts der durch Corona drohenden  
1358 Ausbildungskrise auch für andere Branchen ein Modell sein. Dabei werden öffentliche  
1359 Ausbildungsstätten geschaffen und mit Zahlungen der Unternehmen unterhalten, die selbst  
1360 eingeschränkte Ausbildungsmöglichkeiten haben und ihre Auszubildenden für einen Teil ihrer  
1361 Ausbildung dorthin schicken. Darüber hinaus wollen wir solche Modelle als Ersatz für den  
1362 krisenbedingten Wegfall von Ausbildungskapazität und als Umschulungseinrichtungen prüfen.

1363 Wir wollen neue Ausbildungswerkstätten bei Landesbetrieben einrichten und hier auch eine  
1364 Ausbildungsquote für Jugendliche mit Migrationsgeschichte verankern. Wir setzen uns zudem für mehr  
1365 Ausbildungsplätze beim Land und bei den Bezirken ein.

1366 Wir wollen ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen und das Modell der assistierten Ausbildung nutzen,  
1367 damit alle Jugendlichen, die besondere Unterstützung während der Ausbildung benötigen, diese auch  
1368 erhalten. Die Förderung durch ausbildungsbegleitende Hilfen oder eine assistierte Ausbildung muss  
1369 auch für Geflüchtete zugänglich sein.



1370 Um Missstände in der betrieblichen Ausbildung wie ausbildungsfremde Tätigkeiten, Überstunden und  
1371 fehlende Mitbestimmung besser erfassen und dagegen vorgehen zu können, schlagen wir die  
1372 Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Auszubildende vor, wie sie sich z. B. in München  
1373 schon seit Längerem bewährt. Auch im Betrieb soll eine unabhängige Beschwerdestelle für Azubis  
1374 eingerichtet werden.

1375 Da die digitale und ökologische Transformation der Arbeitswelt die Anforderungen am Arbeitsplatz  
1376 rasant verändert, sind über die berufliche Erstausbildung hinaus Weiterbildung und Qualifikation  
1377 entscheidend, um Beschäftigung zu sichern. Hier sind in erster Linie die Unternehmen in der Pflicht. Wir  
1378 wollen begleitend dazu die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die tatsächlichen Angebote für  
1379 berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen in Berlin verbessern.

### 1380 **Soloselbstständige**

1381 Mehr als jede:r zehnte Erwerbstätige ist in Berlin inzwischen als sogenannte:r Soloselbstständige:r tätig,  
1382 besonders in der Kreativwirtschaft, dem Bildungssektor und in neuen digitalen Beschäftigungsformen.  
1383 Häufig gelingt es diesen Soloselbstständigen nicht, Einnahmen zu erwirtschaften, die den  
1384 Lebensunterhalt decken, sich die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung zu leisten oder gar für das  
1385 Alter vorzusorgen. Durch die Corona-Krise und den Lockdown sind Soloselbstständige noch einmal  
1386 besonders hart getroffen. Sie haben häufig einen Großteil ihrer Einnahmen verloren, ohne Anspruch auf  
1387 Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld zu haben.

1388 Wir setzen uns dafür ein, auch in diesem Bereich unsichere Arbeit, Ausbeutung und  
1389 Scheinselbstständigkeit zurückzudrängen.

1390 Wir unterstützen die Entwicklung und Festschreibung von branchenspezifischen Mindesthonoraren  
1391 sowie von Musterverträgen mit Standardregelungen, die die Interessen der Auftragnehmer:innen bei  
1392 Fragen wie Materialkosten, Ausfallhonorar oder Versicherung abbilden.

1393 Wir setzen uns dafür ein, in den Bezirken Räume (Co-Working-Spaces) zu schaffen, in denen  
1394 Soloselbstständige bei geringen Mietkosten gemeinsam arbeiten können. Wir wollen unter Beteiligung  
1395 der Gewerkschaften und der Berufsverbände ein Vernetzungs- und Weiterbildungsangebot für  
1396 Soloselbstständige schaffen, ähnlich dem „Haus der Selbstständigen“ in Leipzig. Dies soll auch die  
1397 Vernetzung und gemeinsame Interessenvertretung erleichtern.

1398 Um einen Überblick über Formen und Umfang von Soloselbstständigkeit zu bekommen, soll der  
1399 Kreativwirtschaftsindex, wie es ihn bis 2015 gab, wieder eingeführt werden.

1400 Eine besondere Herausforderung stellt das sogenannte Gig-Working dar: Soloselbstständige erbringen  
1401 dabei über digitale Plattformen vermittelte Dienstleistungen wie etwa Essenslieferdienste. Die  
1402 Plattformen fungieren formal bisher nur als Vermittler:innen und nicht als Arbeitgeber:innen. Wir wollen  
1403 fördern, dass sich Interessenvertretungen für die Gig-Worker der unterschiedlichen Plattformen bilden.  
1404 Außerdem soll geprüft werden, ob öffentliche oder selbstorganisierte Vermittlungsplattformen  
1405 geschaffen werden können, die unseriöse private Anbieter ersetzen und die Einhaltung von  
1406 Mindestkonditionen sicherstellen.

# 9. Klimaschutz, Umwelt und Energie

## 1408 **Klimaschutz und Klimagerechtigkeit**

1409 Die weltweite Klimakrise als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise bedroht das Zusammenleben  
1410 auf der ganzen Welt. Auch in Berlin sind wir vom Klimawandel betroffen. Das zeigt die sich weiter  
1411 erhitzende Stadt, das zeigen Trockenheit und Wasserknappheit. Auch wenn wir in Berlin allein nicht die  
1412 Klimakrise werden lösen können, müssen wir auch hier einen wichtigen Beitrag für mehr Klimaschutz  
1413 leisten und uns anpassen. Unter der Klimakrise leiden diejenigen am meisten, die am wenigsten zu ihr  
1414 beigetragen haben. Auch für Berlin bringt der Klimawandel eine Verschärfung sozialer  
1415 Ungerechtigkeiten mit sich. Wir machen Klimapolitik für und mit den Berliner:innen und für den sozialen  
1416 Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir ringen darum, dass alle Menschen selbstbestimmt in Würde,  
1417 solidarischem Miteinander, intaktem Klima und intakter Natur leben können. Wir wollen, dass Berlin bis  
1418 2040 zu einer klimaneutralen Stadt wird und seinen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des  
1419 Pariser Klimaabkommens leistet.

1420 Nach der Feststellung der Klimanotlage auch durch das Abgeordnetenhaus müssen nun auch daraus  
1421 resultierende Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Zusätzlich zur Festsetzung eines  
1422 bestimmten Zieldatums für Klimaneutralität brauchen wir die Festlegung eines (mit dem Pariser  
1423 Klimaschutzabkommen kompatiblen) verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budgets, das Berlin für sich festlegt. Außerdem  
1424 wollen wir das Reduktionsziel für das Jahr 2030 auf mindestens 70 Prozent gegenüber 1990  
1425 erhöhen. Ebenfalls notwendig wird die Festlegung von Sektorzielen sein. Die Ziele wollen wir vor allem  
1426 durch Energieeinsparung und Verkehrsvermeidung, Steigerung der Energieeffizienz,  
1427 Verkehrsverlagerung und den Übergang zur vorrangig dezentralen Produktion und Nutzung von  
1428 erneuerbaren Energien erreichen. Wir wollen, dass Klimaschutz als Ziel in der Berliner Landesverfassung  
1429 verankert wird. Wir wollen die Klimafolgenabschätzung ausweiten zu einem Klimavorbehalt, sodass bei  
1430 allen Gesetzes- und Senatsvorlagen im Zweifel klimafreundlichere Alternativen zu wählen sind. Alle  
1431 landeseigenen Unternehmen und die Berliner Bezirke erstellen eigene Klimakonzepte.

1432 Das Mandat des Berliner Klimaschutzrates muss gestärkt werden. Daneben fordern wir die Schaffung  
1433 eines Klimabürger:innenrats für Berlin. Bei weiteren Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet  
1434 werden, dass für alle Zugang zur Mitbestimmung besteht. Es ist uns wichtig, dass Bürger:innen konkret  
1435 an der Gestaltung von lokalen Klimaschutzmaßnahmen teilhaben können.

1436 Viele der dringend notwendigen Maßnahmen können nur auf Bundesebene getroffen werden. Wir  
1437 werden uns dafür einsetzen, dass Berlin über den Bundesrat Forderungen für wirksame Maßnahmen für  
1438 mehr Klimaschutz an den Bund richtet. Die Zusammenarbeit mit Brandenburg in Bezug auf  
1439 klimapolitische Maßnahmen und insbesondere im Hinblick auf die Produktion von Wind- und  
1440 Solarenergie wollen wir verstärken. Wir unterstützen das zeitnahe Ende des Kohleabbaus in  
1441 Brandenburg und den Strukturwandel in der Lausitz und setzen uns dafür ein, dass die negativen  
1442 Auswirkungen des Braunkohletagebaus auf die Berliner Wasserversorgung reduziert werden. Für die  
1443 Folgekosten hoher Sulfateinträge aus dem Braunkohletagebau muss das Verursacherprinzip gelten.

## 1444 **Sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung**

1445 Der Gebäudesektor ist für etwa die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich und damit eine zentrale  
1446 Herausforderung. Wir wollen die Sanierungsrate von Gebäuden in Berlin auf mindestens 2 Prozent pro  
1447 Jahr erhöhen. Öffentliche Gebäude sollen eine Vorreiterrolle bei der energetischen Sanierung  
1448 einnehmen. Grundsätzlich soll bei öffentlichen Neubauten der Passivhausstandard gelten, bei  
1449 Sanierungen öffentlicher Gebäude sollen die verschärften Anforderungen (KfW 55) gelten. Dazu wollen  
1450 wir verbindliche Sanierungsfahrpläne entwickeln und die Haushaltsmittel für die energetische Sanierung  
1451 öffentlicher Gebäude deutlich erhöhen.

1452 Wir wollen, dass keine weiteren Kohle- und Ölheizungen bei öffentlichen Gebäuden verbaut und  
1453 möglichst schnell bestehende Kohle- und Ölheizungen ersetzt werden. Auch Gaseinzelheizungen sollen  
1454 in öffentlichen Gebäuden nicht mehr eingebaut werden. Wir wollen für Berlin ein Erneuerbare-Wärme-  
1455 Gesetz, das verbindliche Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Energien im Gebäudebestand festlegt.

1456 Für die energetische Sanierung sind zuschussbasierte Förderprogramme auszubauen, deren Mittel nicht  
1457 auf die Miete umgelegt werden dürfen. Die zusätzlichen Förderprogramme sollen zielgerichtet auf die  
1458 Sicherung weitgehend warmmietneutraler Sanierungen ausgerichtet werden. Bei Inanspruchnahme von  
1459 Landesförderprogrammen sollen Vermieter:innen zur Erstellung eines Sanierungsfahrplanes, zur  
1460 Vorlage von Modernisierungsvarianten und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie zu begleitender  
1461 Mieter:innenberatung verpflichtet werden. Wo dies rechtlich möglich ist, sollen Vermieter:innen zur  
1462 Inanspruchnahme der Förderprogramme verpflichtet werden (z. B. in Milieuschutzgebieten), um die  
1463 Modernisierungsumlage abzusenken. Klimaschutz soll nicht auf Kosten der Mieter:innen umgesetzt  
1464 werden und darf nicht zu deren Verdrängung führen. Daneben schlagen wir die Schaffung einer  
1465 zentralen Anlaufstelle vor, die Mieter:innen hilft, reale Energieeinsparungen nachzuvollziehen und  
1466 Kosten-Nutzen-Analysen zu erstellen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die  
1467 Modernisierungsumlage abgeschafft wird und dafür der energetische Zustand im Mietspiegel stärker  
1468 berücksichtigt wird.

## 1469 **Dekarbonisierung der Fernwärme; Kohle- und Gasausstieg**

1470 Wir setzen uns für einen Ausbau des Fernwärmenetzes in verdichteten Gebieten und den Ausbau von  
1471 Nahwärmenetzen bspw. um öffentliche Gebäude ein. Unser Ziel ist dabei die Dekarbonisierung der  
1472 Wärmelieferungen durch die Nutzung erneuerbarer Wärme. In einem eigenen Landesgesetz wollen wir  
1473 Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Energien sowie CO<sub>2</sub>-Grenzwerte bei der Fernwärme und ein  
1474 Einspeiserecht für dezentrale Wärmeversorger regeln. Wir wollen den Kohleausstieg in Berlin  
1475 beschleunigen und dafür das Kraftwerk Moabit spätestens 2025 und das Kraftwerk Reuter-West  
1476 spätestens 2028 abschalten bzw. umrüsten. Zur Verhinderung von Monopolpreisen für Fernwärme  
1477 wollen wir alle Möglichkeiten zur Preiskontrolle im bislang unregulierten Fernwärmemarkt nutzen.

1478 Auch wenn für den zeitnahen Kohleausstieg zunächst die vermehrte Nutzung von Gaskraftwerken  
1479 erforderlich ist, so müssen wir, um Lock-in-Effekte zu vermeiden, bereits heute auf die Reduzierung des  
1480 fossilen Gasverbrauchs orientieren. Daher wollen wir den Ersatz von gasbasierten Wärmeanwendungen  
1481 durch erneuerbare Wärmelösungen fördern und auch eine Machbarkeitsstudie für den Erdgasausstieg  
1482 bis 2040 durchführen lassen. Ziel ist ein detaillierter langfristiger Fahrplan für den Ausstieg aus den  
1483 fossilen Energieträgern im Wärmesektor, um die Planungssicherheit für andere Marktteilnehmer:innen,  
1484 die regenerative Wärme anbieten, zu erhöhen.

## 1485 **Erneuerbare Energien im Strombereich**

1486 Der schlechte Status quo Berlins bei den erneuerbaren Energien muss überwunden werden. Überall  
1487 dort, wo es technisch möglich ist, möchten wir eine Solarpflicht für Neubauten und für die  
1488 Dachsanierung von Bestandsgebäuden durchsetzen. Wir streben den umfassenden Zubau von  
1489 Windenergieanlagen an, vor allem im Berliner Umland durch Stadtwerke und unter Beteiligung der  
1490 Anwohner:innen und Kommunen, und wollen den Mieter:innenstrom ausbauen.

1491 In Berlin soll nur grüner Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien produziert wird, zum Einsatz  
1492 kommen. Dieser ist kostbar, denn er muss mit Ökostrom aufwendig hergestellt werden und hat hohe  
1493 Umwandlungsverluste. Er soll deshalb nur dort genutzt werden, wo es keine direkte elektrische  
1494 Alternative gibt, z. B. als Treibstoff für Schiffe und Flugzeuge oder in der Industrie. Die Ausrüstung von  
1495 landeseigenen Schiffen sowie auch Schiffen im Berlin-Tourismus mit emissionsfreien Antrieben ist  
1496 finanziell zu fördern. Die Entwicklung von Speichertechnologien für erneuerbare Energien in Berlin soll  
1497 weiter gefördert werden.

## 1498 **Energiearmut bekämpfen**

1499 Wir wollen Zuschüsse zur Anschaffung energieeffizienter Geräte für einkommensschwache Haushalte  
1500 ausweiten. Die schon bestehenden Beratungsangebote auch aufsuchender Art sollen weiter ausgebaut  
1501 werden. Strom- und Gassperren wollen wir dadurch sowie durch Einwirken auf die Energieversorger  
1502 weitgehend verhindern. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Stromsperren in  
1503 der europäischen Richtlinie für den Strombinnenmarkt verboten werden.

## 1504 **Energienetze rekommunalisieren**

1505 Als zentrale Infrastrukturen der Stadt wollen wir die Energienetze für eine vollständig auf erneuerbaren  
1506 Energien basierende Versorgung umbauen und ertüchtigen. Sie haben eine große Bedeutung für die  
1507 Umsetzung der Energiewende und die Erreichung der Klimaziele. Nur mit öffentlicher Kontrolle können  
1508 Versorgungssicherheit und Investitionen für die Energiewende sichergestellt werden. Unser Ziel ist  
1509 deshalb die vollständige Rekommunalisierung des Strom-, Gas- und Fernwärmenetzes in Berlin. Für  
1510 rekommunalisierte öffentliche Energienetze orientiert sich die Geschäftspolitik an den energie-,  
1511 wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Zielen des Landes und nicht an einer höchstmöglichen  
1512 Rendite. Die Mitbestimmungsrechte von Bürger:innen sollen verankert werden. Gewinne der  
1513 Energienetze könnten für Investitionen in die Netze, zum Ausbau ökologischer Energieproduktion, zur  
1514 Verhinderung von Energiearmut oder für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)  
1515 verwendet werden. Bei einer Übernahme der Netze müssen die Arbeitsplätze und Beschäftigtenrechte  
1516 gesichert und Mitbestimmungsrechte erweitert werden. Um die Berliner Stadtwerke zu stärken, wollen  
1517 wir sie finanziell und personell ausbauen. Bei der energetischen Sanierung von Wohnungen sollen sie  
1518 eng mit den städtischen Wohnungsunternehmen zusammenarbeiten. Als kommunaler Netzbetreiber  
1519 soll Berlin Energie Netzdaten als offene Daten zur Verfügung stellen, um Transparenz über den Ausbau  
1520 und den Zustand des Netzes gegenüber Bürger:innen und Wissenschaft herzustellen.

## 1521 **Trinkwasserqualität und Grundwassermanagement**

1522 Wir wollen die hohe Qualität des Berliner Wassers und der Trinkwasserversorgung ebenso wie die  
1523 stadtverträgliche Regulierung des Wasserhaushalts langfristig sichern.

1524 Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) zur Erreichung eines guten Wasserzustands muss  
1525 in der Wahlperiode 2021-2026 auch zur Vermeidung von EU-Sanktionen abschließend umgesetzt  
1526 werden.

1527 Um Wohnhäuser und öffentliche Gebäude vor Schäden durch steigendes Grund- und Schichtenwasser  
1528 zu schützen, wollen wir temporäre Grundwasserabsenkungen als Baumaßnahmen gegen  
1529 Gebäudevernässung zielgerichtet als Pilotprojekte durchführen. Zum Gebäudeschutz vor Grund- und  
1530 Schichtenwasserschäden sollen Maßnahmen zur Pflege und Erneuerung von Drainagen eingeleitet  
1531 werden.

1532 Das Regenwassermanagement wollen wir durch die Versickerung von Regenwasser vor Ort und den  
1533 Ausbau von Zwischenspeichern für spätere Regenwassernutzung erweitern. Im Gebiet der  
1534 Mischwasserkanalisation sind Untersuchungen von Flächen zur Abkopplung der Regenwassereinleitung  
1535 vom Abwassersystem und damit zur Überführung der Gebiete in das Trennsystem durchzuführen. Dabei  
1536 sollen vorrangig solche Gebiete untersucht werden, die Notabwasserüberläufe in offenen Gewässern  
1537 haben. Bei der Abwasserbehandlung sind Projekte zur Mischwasserzwischenlagerung zu planen und  
1538 umzusetzen.

1539 Ein sparsamer Wasserverbrauch und die verstärkte Nutzung von Grauwasser sind auch künftig  
1540 Schwerpunkte des Wassermanagements für Berlin. In enger Zusammenarbeit mit Brandenburg und  
1541 auch Sachsen ist die Wasserversorgung Berlins durch die Spree zu sichern. Die Bereitstellung von  
1542 Trinkwasserbrunnen in der Stadt ist auszuweiten und auch in öffentlichen Gebäuden vorzusehen.

## 1543 **Ernährungswende möglich machen**

1544 Wir wollen die Verschwendung von Lebensmitteln unterbinden. Food-Sharing und Lebensmittelspenden  
1545 jenseits des Mindesthaltbarkeitsdatums helfen bei der nachhaltigen, verantwortungsvollen Nutzung von  
1546 Nahrungsmitteln. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung des sogenannten Containerns ein. In allen  
1547 Gemeinschaftseinrichtungen (Schulen, Kitas, Altenheime, Hochschulen, Betriebe, Krankenhäuser) soll  
1548 die Ernährung gesünder, nachhaltiger und regionaler werden und Nahrung in angemessenen  
1549 Räumlichkeiten verspeist werden können. Wir wollen mehr Orte der Gemeinschaftsverpflegung in Berlin.  
1550 Wir möchten ein Berliner Monitoring zu Ernährungsarmut einführen.

1551 Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Mehrwertsteuer für nachhaltige und gesunde  
1552 Lebensmittel auf 7 Prozent herabgesetzt wird. Wir fordern die kostenlose Bereitstellung von  
1553 Leitungswasser (durch Trinkspender) im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden. Die  
1554 Förderung von Leitungswasserangeboten soll ebenfalls in der Gastronomie und im Einzelhandel  
1555 erfolgen, auch um dadurch das Angebot zuckerhaltiger Getränke zurückzudrängen. Wir streben eine  
1556 neue ernährungspolitische Allianz mit Brandenburg an, um die Berliner:innen stärker an Produkten aus  
1557 regionaler Erzeugung teilhaben zu lassen.

## 1558 **Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit verbinden**

1559 Die gesundheitlichen Belastungen als Folge der Umweltprobleme sind räumlich und sozial ungleich  
1560 verteilt. Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die krank macht, ist mehr Lärmbelastungen und  
1561 schlechterer Luft ausgesetzt, muss oft höhere Energiekosten aufbringen und hat weniger Grün im  
1562 Wohnumfeld. Wir wollen Defizite in besonders belasteten Stadtgebieten abbauen, um allen  
1563 Berliner:innen ein gutes Leben in der ganzen Stadt zu ermöglichen.

## 1564 **Stadtgrün schützen**

1565 Die Lebensqualität in einer Metropole wird auch von ausreichend Stadtgrün bestimmt. Ausreichend  
1566 Parks, Grünstreifen, Bäume und Kleingärten sind nicht nur für die Berliner:innen, sondern auch für den  
1567 Schutz des Artenreichtums von Flora und Fauna unerlässlich. Auch in einer wachsenden Stadt wie Berlin  
1568 muss die ausreichende Stadtbegrünung berücksichtigt werden. Beteiligungsprozesse für die  
1569 Umgestaltung von Quartieren sollen gefördert werden. Die Charta für das Berliner Stadtgrün ist daher  
1570 durch einen Zeitplan zu konkretisieren. Zu diesem Themenkomplex gehören z. B. Fassaden- und  
1571 Dachbegrünung von Bestands- und Neubauten, extensive Gartenpflege der landeseigenen Grün- und  
1572 Parkflächen sowie Schutz des Artenreichtums.

1573 Wir wollen die fach- und klimagerechte Pflege von Park- und Gartenanlagen sowie von Stadtbäumen  
1574 auch zukünftig absichern und ausbauen. Es ist ein Kataster für Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen zu  
1575 erstellen. Für eine kostenfreie Nutzung des Spreeparks unter Einbindung kultureller Projekte wollen wir  
1576 gemeinsam mit der Stadtgesellschaft die notwendigen Planungen organisieren.

1577 Zu Berlin gehören auch die vielen Waldgebiete. Für ihren Erhalt wollen wir die Berliner Forsten personell  
1578 und finanziell stärken. Notwendigen Maßnahmen zum Erhalt, zur Sicherung des Waldbestands und zur  
1579 Erhöhung der Waldqualität sind bspw. Bewässerungsanlagen sowie die Pflanzung naturnaher und  
1580 klimaangepasster Mischwälder.

## 1581 **Kleingärten und Urban Gardening**

1582 Kleingärten leisten als Bestandteil des Berliner Stadtgrüns einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der  
1583 Artenvielfalt und zu ökologischen Werten in der Stadt. Im Rahmen des Klimaschutzes sind sie durch die  
1584 hohe Speicherung von organischem Kohlenstoff im Boden und in der Vegetation bedeutende  
1585 Kohlenstoffsinken im Berliner Stadtgebiet.

1586 Kleingartenflächen tragen durch Kaltluftentstehung zur Kühlung der Innenstadt bei und dienen so der  
1587 Verbesserung des Stadtklimas. Für die Bevölkerung Berlins ist die gärtnerische Nutzung dieser Flächen  
1588 auch ein wichtiger Faktor für die Gesunderhaltung: Sie bieten die Möglichkeit zur Erholung und zur  
1589 Betätigung in und mit der Natur. Kleingärten haben eine wichtige soziale Bedeutung und sind  
1590 generationsübergreifend Begegnungs- und Bildungsorte.

1591 Wir wollen Kleingartenflächen daher bspw. durch Flächennutzungsplan-Änderungen sowie die  
1592 Aufstellung und den Beschluss von weiteren Bebauungsplänen in den Bezirken dauerhaft erhalten.  
1593 Durch die zügige Umsetzung des Kleingartenflächensicherungsgesetzes für Berlin gehören sogenannte  
1594 Schutzfristen der Vergangenheit an. Die Flächen sollen statt als Bauland auch zukünftig der Bevölkerung  
1595 für die gärtnerische Nutzung zur Verfügung stehen und die Selbstversorgung mit gesundem Obst und  
1596 Gemüse fördern.

## 1597 **Nachhaltiger Bodenschutz**

1598 Für einen nachhaltigen Klima- und Umweltschutz ist die Versiegelung von Bodenflächen zu vermeiden.  
1599 Bei Großprojekten und in Stadtentwicklungsgebieten ist ein flächensparendes Bauen prioritär. Bei  
1600 unabwendbarer Flächeninanspruchnahme sollen verpflichtend Ausgleichsflächen geschaffen werden.  
1601 Außerdem ist bei Baumaßnahmen nach Möglichkeit das Ausmaß der Bodenversiegelung zu verringern.  
1602 Ebenso wollen wir die Erstellung eines Entsiegelungsplans in der nächsten Wahlperiode vorantreiben.

## 1603 **Saubere Luft und weniger Lärm**

1604 Wir wollen die Maßnahmen des Luftreinhalteplans unverzüglich umsetzen und diesen aktualisieren und  
1605 qualifizieren. Dem Verkehrslärm werden wir durch ein Maßnahmenpaket begegnen, zu dem auch die  
1606 Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs, Temporeduzierungen sowie der lärmindernde  
1607 Umbau von Straßen und Bahntrassen gehören sollen. Straßenbahnlärm wollen wir durch zielgerichtete  
1608 Sanierungsmaßnahmen reduzieren. Der Umgebungslärm in besonders ausgewiesenen, touristisch stark  
1609 genutzten Stadtgebieten soll gemindert werden.

1610 Wir setzen uns für konkrete Verbesserungen für von Fluglärm betroffene Menschen am neuen Flughafen  
1611 BER ein. Im Lärminderungsplan sind weitere Maßnahmen zur Minderung von Fluglärm im Umfeld des  
1612 BER darzustellen. Gegenüber den Gesellschafter:innen der Flughafengesellschaft treten wir für die  
1613 Ausweitung des Nachtflugverbots auf 22 bis 6 Uhr ein. Unabhängig davon wollen wir jede Möglichkeit  
1614 zur Minderung der Lärmbelastung durch den Flughafen nutzen. Einen weiteren Ausbau des Flughafens  
1615 BER mit einer dritten Start- und Landebahn lehnen wir ab.

## 1616 **Abfall vermeiden, wiederverwenden und verwerten**

1617 In der Abfallpolitik gilt der Grundsatz: vermeiden – wiederverwenden – verwerten – beseitigen. Eine  
1618 Zero-Waste-Agentur als landeseigene Einrichtung ist zu gründen und aufgabengerecht auszustatten, um  
1619 den Grundsätzen der Abfallvermeidung und Wiederverwendung von Produkten mehr Raum zu geben,  
1620 stadtweite Kompetenzen zu bündeln, Abfallberatung und Bildungsangebote zu erweitern und  
1621 Fördermittel auszureichen. Die Recyclingquote für Kunststoff, Glas, Papier, Kleidung und Elektroschrott  
1622 ist zu erhöhen. Bei der Beschaffung langlebiger Produkte in den Berliner Verwaltungen sind Best  
1623 Practices öffentlich zu machen. Der Ausbau von Reparaturnetzwerken ist zu unterstützen und es sind  
1624 weitere Secondhand-Kaufhäuser in Berlin – mindestens ein Kaufhaus je Bezirk – einzurichten. Zur  
1625 klimaschonenden Verwertung erhöhter Bioabfallmengen wird eine zweite Biogasanlage gebaut.  
1626 Pilotprojekte für alternative Bioabfallnutzung wie z. B. die energetische Verwertung von Grasschnitt und  
1627 Laub sind zu planen und zeitnah durchzuführen. Bei der Klärschlammverbrennung ist die Reduzierung  
1628 von Lachgasemissionen voranzubringen.

## 1629 **Umweltbildung stärken**

1630 Der Schutz unseres Klimas und der Erhalt unserer natürlichen Umwelt ist eine Querschnittsaufgabe für  
1631 die ganze Stadt. Wir wollen daher auch die Umwelt-Bildungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und  
1632 Erwachsene ausbauen, wie bspw. in Schulgärten. Dazu gehören etwa die Stadtnatur-Ranger, die in  
1633 einem Modellprojekt in Berlin eingesetzt wurden und deren Verstetigung wir prüfen wollen. In Kitas und

1634 Schulen sollen verstärkt Inhalte zur Umweltbildung vermittelt werden. Die Angebote von Waldschulen  
1635 spielen dabei eine wichtige Rolle.

1636 Wir wollen die Projekte der „Essbaren Stadt“ und der „grünen Lernorte“ sowie den Langen Tag der  
1637 Stadtnatur weiter fördern.

#### 1638 **Tierschutz und Tierrechte stärken**

1639 Das Schicksal der Tiere in einer Großstadt wie Berlin hängt unmittelbar vom Menschen ab, unabhängig  
1640 davon, ob die Tiere in Freiheit, im Zoo, im Zirkus, im Versuchslabor oder im Privathaushalt leben. Wir  
1641 setzen uns deshalb konsequent für den Schutz und die Rechte von Tieren ein.

1642 Mit dem Beschluss des Tierschutzverbandsklagegesetzes sowie der Einsetzung einer hauptamtlichen  
1643 Tierschutzbeauftragten und eines Tierschutzbeirates in der letzten Wahlperiode wurden die Rechte der  
1644 Tiere in Berlin gestärkt. Außerdem wurden deutlich mehr Gelder für die Förderung von  
1645 Alternativmethoden zu Tierversuchen bereitgestellt. Dies wollen wir weiterführen, darüber hinaus aber  
1646 zusammen mit Vertreter:innen aus Forschung, Wissenschaft, Industrie und Tierschutzorganisationen  
1647 einen Plan zum Ausstieg aus Tierversuchen entwickeln. Ähnlich wie in den Niederlanden soll es konkrete  
1648 Maßnahmen und Zeitpläne zur Reduzierung und Beendigung von Tierversuchen in den unterschiedlichen  
1649 Bereichen geben.

1650 Wir wollen eine wirksamere Durchsetzung des Tierschutzes. Zu oft fehlt es an konkreten  
1651 Ansprechpartner:innen, um bestehende Gesetze und deren Einhaltung wirksam zu kontrollieren,  
1652 durchzusetzen, aber auch Verstöße entsprechend zu ahnden. Daher bedarf es der weiteren Stärkung  
1653 der Veterinärämter und der Einrichtung einer Fachstaatsanwaltschaft für Tierschutz.

1654 Eine der häufigsten Todesursachen von Vögeln ist die Kollision mit Glasfassaden an Gebäuden. Bereits  
1655 während der Bauplanung müssen dieser Aspekt sowie der Schutz von Gebäudebrütern und  
1656 Fledermäusen berücksichtigt werden. Bei Sanierungen und Abrissen sind Ornitholog:innen  
1657 hinzuzuziehen. Das Land Berlin soll ein Taubenmanagement für eine nachhaltige und tierschutzgerechte  
1658 Populationskontrolle der Stadtauben umsetzen, das vor allem auf dem bereits in zahlreichen deutschen  
1659 Städten erfolgreich angewendeten Konzept betreuter Taubenschläge mit Gelegeaustausch beruht und  
1660 durch Senat und Bezirke gemeinschaftlich gefördert werden soll. Wir wollen das Tierheim Berlin und  
1661 Initiativen wie die Berliner Tiertafel stärker finanziell unterstützen.

1662 Rasselisten haben in der Vergangenheit keinen effektiven Beitrag zum Schutz der Bevölkerung vor  
1663 gefährlichen Hunden leisten können. Wir lehnen die Vorverurteilung von Hunden aufgrund ihrer Rasse  
1664 ab und wollen deshalb auch in Berlin die Rasseliste abschaffen. Eine geeignete Strategie zur  
1665 Gefahrenabwehr muss bei den Hundehalter:innen ansetzen, die ihre Eignung zur Hundehaltung  
1666 nachweisen müssen. Zur Hundehaltung gehört Freilauf. Wir streben deshalb die Erhaltung bestehender  
1667 und die Schaffung weiterer Freilaufflächen für Hunde an geeigneten Standorten an und stellen Mittel  
1668 dafür bereit.

1669 Unser Jagdrecht ist veraltet. Es braucht eine grundsätzliche Jagdreform, die den Fokus auf Tier- und  
1670 Naturschutz legt. Sie soll sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und nicht an Traditionen.  
1671 Dementsprechend fordern wir ein vollständiges Verbot der Verwendung bleihaltiger Munition sowie die  
1672 Beendigung der Jagd auf Beutegreifer wie Fuchs und Marder. Im Sinne des Artenschutzes fordern wir  
1673 ein Nachtangelverbot, um den Erhalt heimischer Fischpopulationen zu sichern. Wir setzen uns auch  
1674 dafür ein, die sogenannte Weißfischbefischung schnellstmöglich zu beenden.



1675 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für höhere Standards bei der Haltung von Heim- und  
1676 sogenannten Nutztieren ein.

1677

# 10. Mobilität und Verkehr

1678 Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Zugang zu dieser soll weder vom Wohnort noch  
1679 vom Besitz eines PKW, vom Gesundheitszustand oder vom Geldbeutel abhängen. Der  
1680 Umweltgerechtigkeitsatlas des Senats hat gezeigt, dass vor allem einkommensschwache  
1681 Bevölkerungsgruppen stark belastet sind durch negative Umweltfaktoren wie schlechtes Bioklima,  
1682 fehlende Grünflächen, Lärm und eine niedrige Luftqualität. Die Folge ist ein geringeres Lebensalter. Es  
1683 sind jedoch nicht die Villenbesitzer:innen, die besonders unter Verkehrslärm und Verkehrsemissionen  
1684 leiden, sondern einkommensschwache Menschen, die an viel befahrenen Straßen wohnen. Wird der  
1685 motorisierte Individualverkehr in diesen Straßen vermindert und der öffentliche Raum in diesen Straßen  
1686 menschengerecht umgestaltet, dann verbessert das die Lebensqualität gerade der Menschen, die heute  
1687 besonders unter gesundheitsgefährdenden Abgasen und Lärm leiden. Wenn die Mobilität und  
1688 Gesundheit nicht vom Geldbeutel abhängen soll, dann muss ein überzeugendes Angebot im öffentlichen  
1689 Personennahverkehr (ÖPNV) entstehen, sodass der Umstieg vom privaten PKW ein Gewinn für alle ist.  
1690 Wir setzen uns ein für Flächen- und Mobilitätsgerechtigkeit. Die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes  
1691 muss stadtweit beschleunigt werden, um dem Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem  
1692 Personennahverkehr Vorrang einzuräumen.

1693 Zur Herstellung von Mobilitätsgerechtigkeit soll die Planung der Verkehrs- und Mobilitätsinfrastruktur  
1694 in Berlin auf das Ziel ausgerichtet werden, dass 2030 mindestens 86 Prozent aller Wege im  
1695 Umweltverbund aus Rad-, Fuß- und öffentlichem Personennahverkehr zurückgelegt werden können.  
1696 Berlin soll sich im Bund für ein Verbot von Neuzulassungen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab  
1697 2030 und für Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit einsetzen. Wir werden prüfen, ob Null-  
1698 Emissions-Zonen einen geeigneten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor darstellen,  
1699 welche Konsequenzen dies für die Mobilität der Bewohner:innen unterschiedlicher Stadtteile hat und  
1700 ob dies zu einem sozial exklusiven Zugang zu diesen Zonen für diejenigen führt, die sich einen  
1701 emissionsfreien PKW leisten können.

## 1702 **Mobilitätswende gemeinsam gestalten**

1703 Beteiligung ist kein Hindernis, sondern ist die Voraussetzung dafür, dass die Berliner:innen die Stadt  
1704 mitgestalten können. Wir wollen die Stadtgesellschaft frühzeitig an Entscheidungen verbindlich  
1705 beteiligen. Ergebnisse wollen wir überführen in schnelles Verwaltungshandeln. Wir wollen, dass sich  
1706 auch die beteiligen können, die keinen Internetzugang haben, die nicht mobil sind oder sich in einer  
1707 schwierigen sozialen Lage befinden. Wir möchten ein Förderprogramm zur Aktivierung und  
1708 Unterstützung der Bürger:innen entwickeln, die ihren Kiez mit- bzw. mit umgestalten wollen.

## 1709 **Den ÖPNV stärken**

1710 Insbesondere der öffentliche Nahverkehr stellt das Rückgrat für die Gewährleistung von Mobilität in der  
1711 Stadt dar. Unser Ziel ist, dass niemand weiter als 400 Meter von einer ÖPNV-Station mit attraktiver  
1712 Taktung entfernt wohnt. Vor allem die Außenbezirke müssen dafür besser an das ÖPNV-Netz  
1713 angeschlossen werden.

1714 Um die Verkehrsprobleme zu lösen und die Mobilität in der Stadt spürbar zu erhöhen, muss in den  
1715 nächsten Jahren alle Kraft auf den Straßenbahnausbau gerichtet werden. Unser Ziel ist dabei die  
1716 Realisierung des Streckennetzes, wie es das Bündnis Pro Straßenbahn vorgeschlagen hat. Die im  
1717 Koalitionsvertrag 2016 bis 2021 vereinbarten vier Straßenbahnprojekte – Trassenverlegung Ostkreuz,  
1718 Ausbau S-Bahnhof Mahlsdorf, Verbindung zwischen Hauptbahnhof und U-Bahnhof Turmstraße sowie S-  
1719 Bahnhof Schöneweide und Wista Adlershof – müssen endlich umgesetzt werden. Wir setzen uns für die  
1720 Einleitung von Planfeststellungsverfahren für weitere Strecken ein (Alexanderplatz – Kulturforum –  
1721 Kleistpark – Rathaus Steglitz [M48 und M85]; Turmstraße – Mierendorffplatz; S- und U-Bahnhof  
1722 Warschauer Straße – Hermannplatz; Erschließung des Neubaugebiets Blankenburger Pflasterweg und  
1723 die Tangentialstrecke Pankow-Heinersdorf – Weißensee).

1724 Um bei Planung und Bau von neuen Straßenbahnlinien schneller voranzukommen, wollen wir die  
1725 personellen Voraussetzungen verbessern und Planungsprozesse organisatorisch konzentrieren. Hierfür  
1726 soll auch die Gründung einer eigenen Planungsgesellschaft oder die Übernahme früherer  
1727 Planungsphasen durch die BVG geprüft werden. Neue Straßenbahnen sollen mit eigener Fahrspur und  
1728 mit lärmarmen Gleisen errichtet, bestehende Strecken lärmarm saniert werden. Auf den bestehenden  
1729 Linien wollen wir die Taktung verdichten.

1730 U-Bahnen sind zentrale Achsen des Schnellbahnverkehrs in der Stadt. Vorrangig muss in den Erhalt und  
1731 die technische Modernisierung bspw. der Signal- und Sicherungstechnik des U-Bahn-Bestandsnetzes  
1732 investiert werden, auch damit engere Taktungen gefahren werden können. Mittelfristig kann es sinnvoll  
1733 sein, dort neue U-Bahn-Linien zu planen, wo eine Erweiterung des U-Bahn-Netzes durch Erschließung  
1734 neuer Gebiete oder Erhöhung der Qualität (Lückenschlüsse mit Netzwirkung, überlastete ÖPNV-  
1735 Strecken) viele neue Fahrgäste für den ÖPNV gewinnt. Voraussetzung ist, dass die Planungskapazitäten  
1736 und die Finanzierung des erforderlichen Straßenbahnbaus nicht beeinträchtigt werden.

1737 Maßnahmen zur Beschleunigung von Bussen und Straßenbahnen wollen wir schneller umsetzen. Das  
1738 erhöht die Qualität des ÖPNV und schafft Kapazitäten zur Ausweitung des ÖPNV-Angebots. Die  
1739 Taskforce Beschleunigung soll neu aufgestellt und Zuständigkeiten hinterfragt werden. Wir brauchen  
1740 schneller mehr Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln für den ÖPNV. Bis 2026 sollen Buslinien  
1741 an Hauptstraßen in der Regel auf Bussonderstreifen unterwegs sein sowie Straßenbahnen und Busse  
1742 an Ampeln Vorrang erhalten. Dieselfbusse sind zum Umwelt- und Klimaschutz so bald wie möglich durch  
1743 Busse mit alternativen, nicht fossilen Antriebsenergien abzulösen. In Gebieten mit schwacher  
1744 Nachfrage, vor allem in den Außenbezirken und am Stadtrand, soll die Anbindung an das  
1745 Schnellbahnnetz mit Kleinbuslinien im ÖPNV-Tarif hergestellt werden. Diese können in  
1746 Schwachverkehrszeiten auch als Rufbusse verkehren.

1747 Die S-Bahn-Strecken nach Oranienburg, Bernau, Strausberg, Spindlersfeld, Königs Wusterhausen,  
1748 Teltow Stadt, Potsdam und Hennigsdorf wollen wir weitgehend zweigleisig ausbauen. Neue S-Bahn-  
1749 Strecken innerhalb Berlins sind von Wartenberg zum Karower Kreuz, vom Hauptbahnhof über  
1750 Gleisdreieck zum Anhalter Bahnhof und von Jungfernheide nach Hakenfelde (Siemensbahn mit  
1751 Verlängerung) erforderlich. Hierfür sind konkrete Planungen zu beginnen. Die Kapazität der S-Bahn-  
1752 Strecke Ostkreuz – Westkreuz muss für eine dichtere Zugfolge erhöht werden. Alle S-Bahn-Linien sollen  
1753 in den Tages- und Abendstunden im 10-Minuten-Takt bis zu den Endpunkten fahren, auf dem Ring im 5-  
1754 Minuten-Takt. Um Züge zu verlängern, Taktungen zu verdichten und neue Strecken zu bedienen,  
1755 brauchen wir so schnell wie möglich neue Fahrzeuge. Daher soll geprüft werden, ob es Möglichkeiten  
1756 gibt, nach Lieferung der Ringfahrzeuge weitere Züge der Baureihe 483/484 produzieren zu lassen.

1757 Eine Zerschlagung der S-Bahn lehnen wir ab und wollen aus dem gesetzlichen Zwang zur Ausschreibung  
1758 von S-Bahn-Dienstleistungen aussteigen. Wir schlagen vor, die S-Bahn zu kommunalisieren, und streben  
1759 eine Direktvergabe an einen kommunalen Eigenbetrieb S-Bahn Berlin an.

#### 1760 **Pendler zum Umstieg bewegen und Mobilität in den Außenbezirken stärken**

1761 Mit dem Ausbau von S-Bahnen und Regionalbahnen in das Umland wollen wir für Pendler attraktive  
1762 Angebote für einen Umstieg vom eigenen PKW auf öffentliche Verkehrsmittel schaffen. Das  
1763 Investitionsprogramm i2030 soll beschleunigt, umgesetzt und weiterentwickelt und eine gemeinsame  
1764 Infrastrukturgesellschaft der Länder mit der Deutschen Bahn für Planung und Realisierung des Ausbaus  
1765 geprüft werden. Systementscheidungen sollen zügig getroffen werden, damit die Planung weitergehen  
1766 kann. So soll die Potsdamer Stammbahn als Regionalbahn wiederaufgebaut werden. Planung und  
1767 Ausbau der Ostbahn und der Nahverkehrstangente müssen konsequent verfolgt werden. Neben dem  
1768 Infrastrukturausbau sind auch kurz- und mittelfristige Maßnahmen umzusetzen, die die vorhandene  
1769 Schieneninfrastruktur für Angebotsausweitungen besser nutzen. Wir unterstützen die Vorschläge des  
1770 Bündnisses Schiene Berlin-Brandenburg. Um weitere attraktive Verbindungen zu schaffen, wollen wir  
1771 Expressbuslinien zwischen den Ländern erproben.

#### 1772 **Fahrpreise senken und sozial staffeln**

1773 Der Umstieg auf den ÖPNV ist oft auch eine Kostenfrage. Wir wollen, dass sich alle Berliner:innen ein  
1774 Ticket leisten können und auch stärker die Lebensrealitäten von Gelegenheitsfahrer:innen  
1775 berücksichtigt werden, bspw. durch Homeoffice-Tarife oder eine 10-Fahrten-Karte. Die Fahrpreise für  
1776 den ÖPNV wollen wir gezielt schrittweise senken. Als einen der nächsten Schritte wollen wir eine weitere  
1777 Senkung des Preises für das Berlin-Ticket S oder die Ausweitung des Geltungsbereichs auf das  
1778 Tarifgebiet C prüfen. Um den Ausbau und die Sanierung der Infrastruktur zu finanzieren, stehen nicht  
1779 ausreichend Bundesmittel zur Verfügung. Neue Finanzierungsquellen müssen erschlossen werden. Über  
1780 die verschiedenen Vorschläge, bspw. eine ÖPNV-Steuer für Tourist:innen, ein Bürger:innenticket oder eine  
1781 Nutznießer:innenabgabe, wollen wir mit den Berliner:innen diskutieren und in der kommenden  
1782 Legislatur in die Umsetzung gehen.

#### 1783 **Inklusive Mobilität für alle**

1784 Wir wollen die Mobilität für alle Menschen verbessern. Alle müssen einfach, entspannt, sicher und  
1785 selbstbestimmt ihre Ziele erreichen können. Zu diesem Zweck soll eine alternative, barrierefreie  
1786 Beförderung eingerichtet werden, damit Fahrgäste ihre Zielhaltestelle erreichen. Bushaltestellen sind in  
1787 einer konzertierten Aktion mit den Bezirksämtern bis 2030 barrierefrei auszubauen. Wir wollen die BVG  
1788 als städtischen Mobilitätsdienstleister mit den Regieleistungen des Sonderfahrdienstes beauftragen.  
1789 Das Land Berlin sollte Inklusionstaxen anschaffen und diese den Taxiunternehmen per Leasing anbieten.  
1790 Berlin soll sich weiter dafür einsetzen, dass die Kommunen künftig einen Anteil barrierefreier Fahrzeuge  
1791 gesetzlich festschreiben können. Ein Gesamtkonzept für die Mobilitätssicherung von Menschen mit  
1792 Behinderung muss endlich erarbeitet werden.

## 1793 **Gute Arbeitsbedingungen im Verkehrsbereich**

1794 Das Taxigewerbe steht aufgrund der Konkurrenz durch Uber und Co unter großem Druck. Während die  
1795 Taxen eine Tarif- und Beförderungspflicht haben und die Tarife durch den Senat festgelegt werden,  
1796 besteht diese Regulierung bei Mietwagen nicht. Diese Bevorteilung von Uber und Co wollen wir  
1797 beenden, da Taxen eine wichtige Aufgabe in der Ergänzung des ÖPNV übernehmen. Wir wollen  
1798 Kontrollen von Mietwagenunternehmen bezüglich der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen  
1799 deutlich verstärken. Berlin sollte nach dem Vorbild Hamburgs Mietwagenunternehmen zur Installation  
1800 von Fiskaltaxametern verpflichten, damit Kontrollen wirksam durchgeführt werden können.

1801 Wir wollen einen Fahrplan für die geordnete Reintegration der etwa 2000 Mitarbeiter:innen der BT in  
1802 die BVG. Die Umsetzung des neuen Tarifabschlusses für die Mitarbeiter:innen der BVG darf nicht auf  
1803 Kosten der Belegschaft erfolgen.

## 1804 **Fuß- und Radverkehr fördern**

1805 Bisher sind, anders als es das Mobilitätsgesetz vorsieht, zu wenig neue Radwege in Berlin entstanden.  
1806 Wir setzen uns für einen verbindlichen Ausbauplan des Berliner Radverkehrsnetzes ein. Die  
1807 Tiefbauämter in den Bezirken, die das vorhandene Geld vor Ort verbauen müssten, sind personell zu  
1808 schlecht aufgestellt. Wir wollen Verwaltungseinheiten für klimagerechte Mobilität personell aufstocken.  
1809 Bei Projekten von stadtweiter Bedeutung soll das Land die Zuständigkeit für bezirkliche  
1810 Umgestaltungsprojekte an sich ziehen, um diese zügig umzusetzen. Außerdem wollen wir eigene  
1811 kommunale Baukapazitäten für kleine infrastrukturelle Maßnahmen prüfen.

1812 Um den Fußverkehr zu verbessern, setzen wir uns ein für einen verbindlichen Ausbauplan für die  
1813 Sanierung von Gehwegen, die Herstellung von Barrierefreiheit und den Bau sicherer  
1814 Querungsmöglichkeiten. Zudem wollen wir ein Programm zur Realisierung getrennter Ampelschaltungen  
1815 an den für Fußgänger:innen gefährlichsten Stellen und Kreuzungen in der Stadt zügig umsetzen.

1816 Die grüne Welle für den Radverkehr muss an den Haupttrouten geprüft und erste Wellen müssen  
1817 kurzfristig geschaltet werden. Wir möchten, dass die Erreichung der gesetzten Ziele für den Ausbau von  
1818 Radschnellwegen sichergestellt wird. Trassenkonflikte mit dem Fußverkehr sowie mit Grünanlagen  
1819 sollen vermieden werden.

1820 Bis heute existiert noch immer kein einziges Fahrradparkhaus in Berlin. Das wollen wir endlich ändern.  
1821 Die infraVelo GmbH ist dahingehend zu stärken.

## 1822 **Rückeroberung des öffentlichen Raums**

1823 Studien zeigen immer wieder, dass in Berlin 20 bis 30 Prozent des Straßenraums durch das Abstellen  
1824 privater Kraftfahrzeuge blockiert sind. Zu einer lebenswerten Stadt gehört eine bessere  
1825 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch möglichst geringe Rauminanspruchnahme des  
1826 fließenden und ruhenden Verkehrs.

1827 Wir unterstützen Initiativen für Verkehrsberuhigung und eine Reduzierung des Autoverkehrs in  
1828 Wohngebieten. Wir wollen, dass Menschen, soweit möglich, auch ohne Auto mobil sein können und  
1829 dadurch auch Parkplatzflächen für anderweitige Nutzung frei werden. Dazu bieten sich  
1830 verkehrsberuhigte Zonen, aus denen der Durchgangsverkehr herausgehalten wird, genauso an wie

1831 sogenannte Kiezblocks oder auch klassische Fußgängerzonen. Welches Modell für eine Straße oder  
1832 einen Kiez am besten geeignet ist, muss vor Ort in den Bezirken unter umfassender Einbeziehung und  
1833 ernsthafter Beteiligung der Anlieger:innen entschieden werden.

1834 Die Entwicklung neuer Stadtquartiere des 21. Jahrhunderts darf sich nicht mehr an der autogerechten  
1835 Stadt des vergangenen Jahrhunderts orientieren. Für die Quartiere sind neue Mobilitätskonzepte und  
1836 autoreduzierte Wohnformen umzusetzen. Die Verkehrsplanung und deren Umsetzung müssen  
1837 gewährleisten, dass mindestens gleichzeitig mit der Bezugsfertigkeit der Wohnungen auch eine  
1838 attraktive Verkehrsanbindung zur Verfügung steht und auf das eigene Auto verzichtet werden kann.

1839 Wir wollen die gesetzliche Voraussetzung für die Regulierung von Sharing-Angeboten (Carsharing,  
1840 Bikesharing, E-Scooter) schaffen, damit sie in ganz Berlin verfügbar werden und das Angebot für die  
1841 Verkehrswende gesteuert werden kann. Wir streben an, Lizenzen und Aufträge für Anbieter:innen von  
1842 Mobilitätsdienstleistungen am Ziel der Verkehrswende und auf Flächengerechtigkeit orientiert zu  
1843 vergeben, und wollen das Berliner Straßengesetz zu einem gemeinwohlorientierten  
1844 Straßennutzungsrecht weiterentwickeln. Dazu gehört auch, dass wir stadtweit anbieterneutrale  
1845 Abstellflächen für Mietfahrzeuge ausweisen wollen. Die Anbieter:innen sollen diese dann auch nutzen  
1846 müssen. Sie müssen regelmäßig für Beschwerden erreichbar sein und diese in angemessener Zeit  
1847 beheben sowie Altfahrzeuge im Falle der Geschäftsaufgabe entsorgen.

#### 1848 **Autoverkehr in der Stadt**

1849 Wir haben bereits den Weiterbau der A100 nach Treptow abgelehnt und wir lehnen auch deren  
1850 Weiterbau durch und unter Friedrichshain nach Lichtenberg ab. Wir werden alles dafür tun, dass der  
1851 17. Bauabschnitt aus dem Bundesfernstraßengesetz ersatzlos gestrichen wird und gegen den Willen  
1852 des Landes Berlin kein Planfeststellungsverfahren eröffnet wird. Wir wollen, dass dazu auch die  
1853 Möglichkeit genutzt wird, gemäß Fernstraßen-Bundesamt-Errichtungsgesetz die  
1854 Planfeststellungsbehörde vom Bund zurück an das Land Berlin zu übertragen. Wir wollen prüfen, ob der  
1855 bereits im Bau befindliche 16. Bauabschnitt in eine Stadtstraße mit Radschnellweg umgewandelt  
1856 werden kann. Eine Inbetriebnahme der Strecke für Kraftfahrzeuge ohne eine Lärmschutzwand auf der  
1857 Ostseite, ohne einen qualifizierten Abschluss, ohne ein integriertes Verkehrskonzept und vor der  
1858 vollständigen Inbetriebnahme der neuen Eisenbrücke lehnen wir ab.

1859 Vor allem im Osten der Stadt müssen Wohngebiete vom Durchgangs- und Zubringerverkehr entlastet  
1860 werden. Wir unterstützen daher den Bau der Tangentialverbindung Ost samt Rad- und ÖPNV-  
1861 Infrastruktur. Zur Reduzierung von Durchgangs- und Pendelverkehr müssen gemeinsam mit dem Land  
1862 Brandenburg tragfähige Konzepte entwickelt werden.

#### 1863 **Wirtschafts- und Güterverkehr sozial-ökologisch gestalten**

1864 Für die große Bandbreite an Wirtschafts- und Güterverkehr in Berlin braucht es innovative Liefer- und  
1865 Verteilkonzepte, die auch stärker den Wasser- und Schienengüterverkehr nutzen. Auch die Infrastruktur  
1866 des ÖPNV sollte für den Lieferverkehr genutzt werden, um eine höhere Stadtverträglichkeit  
1867 durchzusetzen. Wir fordern die Erstellung einer Machbarkeits- und Potenzialanalyse für  
1868 Güterstraßenbahnen, um bei Tag und bei Nacht den Wirtschaftsverkehr von der Straße zu holen. Im  
1869 Güternahverkehr, für Pakettransporte und Belieferung von Verkaufseinrichtungen schlagen wir vor,  
1870 elektrisch betriebene Kleintransporter, Elektroautos und Lastenfahrräder einzusetzen, besonders in der

1871 Innenstadt, in Ortsteilzentren und Fußgängerzonen. Wir wollen außerdem, dass mehr anbieterneutrale  
1872 Mikrodepots und Paketboxen installiert werden, um den Lieferverkehr zu reduzieren. Wir schlagen vor,  
1873 in jeder Straße Liefer- und Wirtschaftsparkzonen einzurichten, um Handwerker:innen, Liefer- und  
1874 Pflegediensten eine rechtskonforme Möglichkeit zum Ausüben ihrer Dienstleistungen zu bieten.

1875 Neben dem Güterverkehrssubzentrum am Westhafen ist auch im Berliner Süden ein weiteres dringend  
1876 nötig. Zudem wollen wir Anschlussgleise von Firmen und lokale Güterumschlagplätze reaktivieren und  
1877 ausbauen.

## 1878 **Neue Mobilität fördern**

1879 Mobilität entwickelt sich stetig weiter. Die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag zu einer höheren  
1880 Mobilitätsdichte leisten. Wir schlagen vor, dass jede:r Anbieter:in von Mobilitätsdienstleistungen seine  
1881 bzw. ihre Fahrzeuge an eine öffentliche Plattform für Mobilitätsdienstleistungen digital anbinden muss,  
1882 um eine Zulassung zu erhalten. Über digitale Plattformen sollen anonymisiert planungs-, buchungs- und  
1883 auslastungsrelevante Daten erhoben und von den Berliner Verwaltungen entsprechend ausgewertet  
1884 werden, um die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel zu erfassen und dies in zielgerichtete Planung  
1885 und Beauftragung zu übersetzen. Alle Anbieter:innen von Mobilitätsdienstleistungen sollen verpflichtet  
1886 werden, bestimmte Standards einzuhalten. Diese reichen von der räumlichen und zeitlichen Abdeckung  
1887 des Stadtgebiets bis hin zu Tariflohn für die Mitarbeiter:innen. Die digitale Plattform soll auch zur  
1888 Kontrolle der Einhaltung der Standards genutzt werden. Wir schlagen ein durchgehendes Ticketing für  
1889 alle Mobilitätsdienstleistungen vor.

## 1890 **Verkehrssicherheit erhöhen**

1891 In der Wahrnehmung vieler Berliner:innen nimmt die Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr weiterhin  
1892 massiv zu. Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung, egal durch welche:n Verkehrsteilnehmer:in,  
1893 müssen effektiver und regelmäßiger geahndet werden. Seit über zehn Jahren sinkt die Zahl der im  
1894 Straßenverkehr Getöteten und schwer Verletzten in Berlin nicht. Wir setzen uns für eine SMARTe Vision-  
1895 Zero-Strategie mit überprüfbaren Zwischenzielen ein, um die Zahl der Verkehrstoten möglichst auf null  
1896 zu senken.

1897 Alle Fahrzeuge, mit denen Mobilitätsdienstleistungen erbracht werden, müssen mit modernsten  
1898 Sicherheitsvorrichtungen ausgestattet sein. Das sind nicht nur Abbiegeassistenzsysteme, sondern auch  
1899 z. B. Geschwindigkeitsassistenten. Wir wollen den Rad- und Fußverkehr vor abbiegenden  
1900 Kraftfahrzeugen an allen dafür geeigneten Kreuzungen durch eigene Grünphasen schützen.

1901 Besonderen Stellenwert hat für uns die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen. Im Umfeld  
1902 von Kitas und Schulen setzen ihre Bedarfe den Standard für die verkehrlichen Regeln. Wir wollen stärker  
1903 in die Prävention investieren. Die Bezirke werden wir bei der Sicherung und dem Ausbau von  
1904 Jugendverkehrsschulen unterstützen. Wir befürworten Initiativen für temporäre Spielstraßen.

## 1905 **Luftverkehr**

1906 Wie alle anderen Bereiche muss der Verkehrssektor in Berlin bis 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um  
1907 75 Prozent reduzieren. Wir setzen uns für ein Verbot von Kurzstreckenflügen vom Flughafen BER ein.  
1908 Dies soll für Strecken gelten, die etwa mit der Bahn in weniger als fünf Stunden zurückzulegen sind. Wir

1909 setzen uns für konkrete Verbesserungen für die vom Fluglärm betroffenen Menschen am neuen  
1910 Flughafen BER ein. Im Lärminderungsplan sind weitere Maßnahmen zur Minderung von Fluglärm im  
1911 Umfeld des BER darzustellen. Ebenso setzen wir uns für eine Erhöhung der Flughafenentgelte und ein  
1912 Verbot von Nachtflügen zwischen 22 und 6 Uhr ein. Wir setzen uns gegen die geplante Ausweitung der  
1913 Kapazität des Berliner Flughafens ein. Eine teilweise oder vollständige Privatisierung der Flughafen  
1914 Berlin Brandenburg GmbH lehnen wir ab.

1915 **Seilbahnen für Berlin**

1916 Die Seilbahn an den „Gärten der Welt“ soll erhalten und ihr Betrieb durch das Land Berlin sichergestellt  
1917 werden. Wir werden eine Prüfung weiterer Anlagen und die Einbindung in den öffentlichen Nahverkehr  
1918 auf den Weg bringen.



1919

# 11. Gesundheit und Pflege

1920 Gesundheit ist ein Grund- und Menschenrecht und wir sehen es als öffentliche Aufgabe an, für eine  
1921 gesunde Gestaltung aller Lebenswelten zu kämpfen. Noch immer ist der soziale Status der wichtigste  
1922 Einflussfaktor auf Gesundheit. Arme Menschen sterben nicht nur früher, sie werden auch früher  
1923 chronisch krank oder pflegebedürftig. Gesundheit wird nicht allein nur durch das Gesundheitssystem  
1924 beeinflusst, sondern durch alle Politikbereiche. Von der Bildungspolitik über die Verkehrspolitik bis hin  
1925 zur Wohnungsmarkt- und Stadtentwicklungspolitik: Überall werden Weichen gestellt für ein gesundes  
1926 Aufwachsen bis hin zum selbstbestimmten Altwerden.

1927 Wir wollen einen funktionierenden öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und gut ausgestattete  
1928 Gesundheitsämter, die auch in künftigen Problemlagen handlungsfähig bleiben.

1929 Der ÖGD ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss so aufgestellt sein,  
1930 dass er einen wichtigen Beitrag zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheit leistet. Das  
1931 Gesundheitsdienstgesetz von 2006 muss deshalb vor allem unter dem Aspekt der  
1932 Gesundheitsförderung und der Beseitigung gesundheitlicher Ungleichheit überarbeitet werden. Wie die  
1933 Corona-Krise zeigt, ist auch im Bereich des Infektionsschutzes ein Umdenken notwendig. Das betrifft  
1934 die Einlagerung von Schutzmaterial, die Überwachung und Erprobung von Pandemieplänen und die  
1935 regelmäßige Überprüfung von Hygienevorschriften, besonders in gesundheitlichen Einrichtungen.

1936 Die Kita- und Einschulungsuntersuchungen müssen für alle Kinder in hoher Qualität geleistet werden,  
1937 damit auf Entwicklungsverzögerungen und Problemlagen von Kindern schnell reagiert werden kann.  
1938 Gleichzeitig sind diese Untersuchungen verstärkt für eine qualifizierte Impfberatung zu nutzen und  
1939 schnelle und einfache Wege zum Impfen anzubieten. Das Programm „Gesunde Stadt“ darf sich nicht auf  
1940 Medizin und Gesundheitswirtschaft beschränken, sondern muss im Sinne umfassender  
1941 Gesundheitsförderung weiterentwickelt werden. Wir wollen den Aufbau von regionalen  
1942 Gesundheitskonferenzen in allen Stadtbezirken und einen Beirat beim Senat zur Begutachtung aller  
1943 Gesetze hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen.

## 1944 **Ambulante Versorgung in jedem Bezirk!**

1945 Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin hat die Aufgabe, eine flächendeckende und wohnortnahe  
1946 ärztliche Versorgung sicherzustellen. In vielen Bezirken sind lange Wartezeiten auf einen Facharzttermin  
1947 immer noch Realität – trotz guter Versorgungszahlen auf dem Papier. Im Rahmen einer  
1948 gesamtstädtischen Gesundheitsplanung, die über die bisherige Krankenhausplanung hinausgehen muss  
1949 und neben dem stationären auch den ambulanten und pflegerischen Bereich sowie den Öffentlichen  
1950 Gesundheitsdienst mit einbezieht, müssen zusätzliche Steuerungsinstrumente entwickelt werden, mit  
1951 denen eine am Bedarf ausgerichtete Verteilung von Praxen und Versorgungszentren erreicht wird.  
1952 Bezirke und Patient:inneninitiativen müssen darüber hinaus bei der ambulanten Bedarfsplanung ein  
1953 Mitspracherecht erhalten.

1954 Egal wie die Poliklinik heißt: Ein Ärzt:innenzentrum bündelt und schafft kurze Wege.

1955 Daher werden wir auch Modellprojekte mit ganzheitlichen Versorgungsangeboten fördern, die durch  
1956 multiprofessionelle Zusammenarbeit auf komplexe Bedarfslagen eingehen können und die in die lokalen  
1957 Strukturen im Kiez eingebunden sind. Um die Versorgung komplexer chronischer Erkrankungen zu

1958 verbessern, sollen Modellprojekte in Form gemeinsamer interdisziplinärer und interprofessioneller  
1959 Fallkonferenzen zwischen verschiedenen Praxen/Bereichen gefördert werden, aber auch  
1960 Modellprojekte zur Vernetzung zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich.

1961 Wir werden die Profitorientierung im Gesundheitswesen weiterhin problematisieren. Um eine Grundlage  
1962 für politisches Handeln zu gewinnen, setzen wir uns für ein öffentliches Landestransparenzregister  
1963 insbesondere für medizinische und pflegerische Versorgungseinrichtungen ein.

1964 Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für Menschen ohne Versicherungsschutz muss  
1965 sichergestellt sein. Der anonyme Krankenschein ist hier ein wichtiger Schritt und muss weitergeführt  
1966 werden. Wir wollen auch mehrsprachige Beratung und Informationen für Menschen ohne  
1967 Versicherungsschutz verbessern und sicherstellen.

## 1968 **Krankenhäuser**

1969 Krankenhäuser sind ein wesentlicher Bestandteil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Diese darf  
1970 nicht dem freien Markt überlassen werden und muss an den tatsächlichen Bedarfen der Berliner:innen  
1971 ausgerichtet werden. Die Fallpauschalen haben sich nicht zuletzt während der Corona-Pandemie als  
1972 untauglich für die Finanzierung der Krankenhäuser erwiesen. Wir streben ihre Abschaffung an und  
1973 setzen uns für eine entsprechende Initiative auf Bundesebene ein.

1974 Es ist uns gelungen, in der letzten Legislaturperiode endlich eine grundsätzliche Trendwende in der  
1975 Krankenhausfinanzierung durchzusetzen. Die Investitionskostenfinanzierung der Berliner  
1976 Krankenhäuser braucht auch zukünftig Sicherheit. Deshalb wollen wir die Lücke zwischen dem von der  
1977 Berliner Krankenhausgesellschaft nachgewiesenen Bedarf von 350 Mio. Euro jährlich als  
1978 Finanzierungssumme und dem aktuellen tatsächlichen Finanzierungsvolumen schließen. Die  
1979 Investitionskosten müssen im Haushalt klar ersichtlich sein. Zur Behebung des Investitionsrückstaus  
1980 fordern wir einen Sonderinvestitionshaushalt.

1981 Wir wollen, dass die landeseigenen Kliniken ein Ort guter gesundheitlicher Versorgung und guter  
1982 Arbeitsbedingungen sind. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerechte Personalausstattung, wie sie auch  
1983 der Volksentscheid „Gesunde Krankenhäuser“ gefordert hat. Dadurch werden der gesellschaftliche  
1984 Versorgungsbedarf, die Versorgungsqualität und ihre Nachhaltigkeit gedeckt bzw. sichergestellt.

1985 Damit können wir erreichen, dass die landeseigenen Kliniken Leuchttürme für die gesundheitliche  
1986 Versorgung der Berliner Bevölkerung sind. Wir unterstützen eine stärkere Zusammenarbeit von Charité  
1987 und Vivantes für eine bessere Gesundheitsversorgung sowie bessere Forschung und Ausbildung. Die  
1988 Schaffung des Gesundheitscampus sehen wir dabei als Priorität, um schnell die Ausbildungskapazitäten  
1989 für Pflege- und Therapieberufe zu erhöhen.

1990 Wir haben die Charité Facility Management (CFM) in die öffentliche Hand geholt und weitere  
1991 Tochterfirmen von Charité und Vivantes in die Mutterunternehmen zurückgeführt. Unser Ziel ist es, dass  
1992 alle Beschäftigten in öffentlichen Krankenhäusern gleiches Geld für gleiche Arbeit auf dem Niveau des  
1993 TVöD verdienen. Wir werden die Krankenhäuser bei der Gegenfinanzierung dieser Mehrkosten nicht  
1994 alleinlassen.

1995 **Psychische Gesundheit**

1996 Die psychische Gesundheit wird ganz wesentlich von den Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserer  
1997 Gesellschaft beeinflusst. Wir setzen uns für eine humane und gewaltfreie Psychiatrie ein. Eine  
1998 wesentliche Voraussetzung dafür ist ausreichend qualifiziertes Personal. Wir wollen die  
1999 Selbstbestimmung in der psychiatrischen Gesundheitsversorgung stärken.

2000 Wir wollen innovative ambulante Angebote wie Home-Treatment (psychische/psychiatrische  
2001 Behandlung im häuslichen Umfeld durch ein Fachteam) ausbauen.

2002 Die Anlaufpunkte und Hilfsangebote für Menschen in psychischen Krisen wollen wir stärker miteinander  
2003 koordinieren.

2004 Wir setzen uns für eine zwangsfreie Psychiatrie ein und wollen mehr alternative Unterbringungs- und  
2005 Wohnmöglichkeiten für Menschen in psychischen Krisen schaffen. Diese Einrichtungen sollen für  
2006 Betroffene niedrigschwellig ohne Zugangsvoraussetzungen und jederzeit zugänglich sein. Wir werden  
2007 die Finanzierung bestehender Einrichtungen sicherstellen sowie weitere alternative Kriseneinrichtungen  
2008 aufbauen. Dafür werden Modellprojekte gemeinsam mit Betroffenen- und Angehörigenverbänden,  
2009 Beschäftigten und der Wissenschaft entwickelt und die Integration in das bestehende psychosoziale  
2010 Versorgungssystem wird intensiviert.

2011 **Eine echte Pflegewende einleiten: Familien entlasten und Selbstbestimmung stärken**

2012 Menschen mit Pflegebedarf sollen frei über den jeweils gewünschten Pflegemix entscheiden können.  
2013 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass für Menschen im Falle einer stationären Unterbringung ein  
2014 Pflegewohngeld eingeführt wird.

2015 Wir fordern die Aufstockung des Personals zur Bearbeitung der Hilfen zur Pflege auf Bezirksebene, um  
2016 eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und eine Absicherung der zu erbringenden Leistungen zu  
2017 ermöglichen.

2018 Außerdem wollen wir darauf hinwirken, dass das Land Berlin seinen gesetzlichen Investitionspflichten  
2019 aus der Pflegeversicherung nachkommt und diese an einer bedarfsgerechten und vom Einkommen  
2020 unabhängigen Pflegeinfrastruktur ausrichtet. Der Anteil von Angeboten in öffentlicher Trägerschaft  
2021 muss in der pflegerischen Versorgungslandschaft weiter ausgebaut werden. Das Land Berlin soll im  
2022 Bundesrat für eine gesetzliche Regelung eintreten, die auf eine spürbare Senkung der Eigenanteile und  
2023 eine solidarische Pflegefinanzierung abzielt.

2024 Für die Weiterentwicklung der Strukturen und Versorgungsqualität in der Altenpflege soll zukünftig alle  
2025 zwei Jahre ein Pflegebericht erstellt werden, in Form einer verbindlichen Pflegeplanung auf  
2026 Bezirksebene. Dadurch soll eine landeseinheitliche Datenbasis geschaffen werden, die die  
2027 Versorgungslage in den Bezirken abbildet und auf deren Basis Ursachen für Engpässe analysiert und  
2028 Maßnahmen zu deren Beseitigung ermöglicht werden können.

2029 Die Berliner Heimaufsicht muss personell und finanziell besser ausgestattet werden. Insbesondere die  
2030 Corona-Pandemie hat mit Blick auf stationäre Wohnformen gezeigt, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten  
2031 der Heimbeirät:innen weiter gestärkt und die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation zur  
2032 Sicherstellung von Kontaktmöglichkeiten weiter ausgebaut werden müssen.

2033 Um pflegende Angehörige stärker zu unterstützen, werden wir mit einem Förderprogramm die  
2034 Kurzzeitpflege weiter ausbauen und Versorgungslücken in der Tagespflege schließen. Über eine  
2035 Bundesratsinitiative wirkt das Land Berlin auf eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hin. Die  
2036 Pflegestützpunkte sollen in ihren Beratungs- und Entscheidungskompetenzen gestärkt, personell  
2037 aufgestockt und mittelfristig zu einer integrierten Sozialberatung weiterentwickelt werden. Darüber  
2038 hinaus setzen wir uns für eine dauerhafte Finanzierung von Selbsthilfeinitiativen in der Pflege und die  
2039 Einrichtung eines Landesbeirates für Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörige ein.

2040 Zur Sicherung einer umfassenden besseren Mitbestimmung müssen die bisher nur beratend  
2041 teilnehmenden Vertreter:innen des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung, des  
2042 Landessenoren- und des Landespsychiatriebeirates jeweils feste Sitze mit Stimmrecht im  
2043 Landespflegeausschuss erhalten. Auch eine Interessenvertretung für Menschen mit Pflegebedarf und  
2044 deren Angehörige muss im Landespflegeausschuss vertreten sein.

#### 2045 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne**

2046 Wir fordern höhere Gehälter für alle Pflegebeschäftigten und werden uns auf Bundesebene für einen  
2047 allgemeinverbindlichen Tarifvertrag mit Bezahlung nach TVÖD in allen Bereichen der Pflege einsetzen.  
2048 Die Gehälter der Altenpflege müssen auf das Niveau der Krankenpflege angehoben werden.

2049 Wir werden alle Möglichkeiten zur Einführung von landeseinheitlichen Standards nutzen, um eine  
2050 bedarfsgerechte Personalausstattung und einrichtungsspezifische Fachkraftquote in ambulanten und  
2051 stationären Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten. Die Bereitstellung digitaler  
2052 Unterstützungsmöglichkeiten zur Entlastung der Beschäftigten muss ausgebaut werden. Auch  
2053 Betreuungs- und Hilfskräfte in der Altenpflege brauchen eine qualitativ gute Ausbildung. Die Berliner  
2054 Pflegeausbildungs- und Schulverordnung werden wir entsprechend anpassen. Ziel muss ein  
2055 berufseinheitliches Curriculum und ein staatlich anerkannter Abschluss sein. Zur Unterstützung von  
2056 ausländischen Pflegekräften werden wir ein Portal für die Beratung zu aufenthalts- und  
2057 arbeitsrechtlichen Fragen einrichten. Die Corona-Pandemie hat die prekäre Situation der meist  
2058 osteuropäischen Pflegekräfte in Privathaushalten erneut offenbart. Wir wollen diese  
2059 Beschäftigungsverhältnisse ohne strafrechtliche Konsequenzen und ohne Nachteile für die Familien mit  
2060 Pflegebedarf legalisieren. Wir setzen uns für eine Berliner Bundesratsinitiative ein, damit auch  
2061 Migrant:innen mit dem Aufenthaltsstatus Duldung eine Pflegeausbildung aufnehmen können.

#### 2062 **Drogenpolitik ist Gesundheitsschutz**

2063 Wir fordern ein grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik. Auf Bundesebene werden wir uns für  
2064 eine grundlegende Reform des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen, die Konsumierenden legale  
2065 Bezugsmöglichkeiten für bisher illegalisierte Substanzen schafft. Diese Bezugsmöglichkeiten dürfen  
2066 nicht profitorientiert sein und müssen mit Aufklärung, Jugendschutz und Prävention einhergehen.

2067 Der Drogenhandel und der Drogenkonsum sind gerade in den Innenstadtbezirken stärker sichtbar  
2068 geworden und gehören mittlerweile in Teilen Berlins zum alltäglichen Bild im öffentlichen Raum, wie  
2069 z. B. in Parkanlagen, in Bahnhöfen oder auf Spielplätzen.

2070 Das subjektive Sicherheitsgefühl in Nachbarschaften hat stark abgenommen. Zurückgelassene  
2071 Konsumutensilien stellen insbesondere an Erholungs- und Freizeitorten eine Gefährdung dar und  
2072 können zu Nutzungskonflikten führen.

2073 Das alles sind die Folgen einer längst überholten bundesgesetzlichen Drogenpolitik.

2074 Auf Landesebene wollen wir alle Spielräume nutzen, um eine verantwortungsvolle Drogenpolitik  
2075 umzusetzen, die Drogenkonsum nicht kriminalisiert und Konsumierende nicht stigmatisiert, sondern  
2076 versucht, die gesundheitlichen und sozialen Risiken für die Konsumierenden zu reduzieren.

2077 Ordnungspolitische Maßnahmen, die auf die Verdrängung der Handelnden oder Konsumierenden  
2078 setzen, helfen nicht, sondern verlagern die Problematik nur temporär. Es braucht wirksame Maßnahmen  
2079 wie das Aufstellen von Abfalleimern zur sicheren Entsorgung von Utensilien des Drogengebrauchs und  
2080 niedrigschwellige Angebote der Drogen- und Suchthilfe vor Ort sowie die Ausweitung der Straßensozial-  
2081 und Parksozialarbeit. Projekte, welche eine Verminderung der Konfliktpotenziale an durch  
2082 Drogenhandel und -konsum belasteten Orten sowie eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität in  
2083 betroffenen Kiezen zum Ziel haben, sollen verstetigt werden, sodass diese Orte wieder für alle Gruppen  
2084 nutzbar sind.

2085 Der in Berlin erfolgreich durchgeführte Ausbau von Drogenkonsumräumen sorgt nicht nur für mehr  
2086 gesundheitlichen Schutz für die Konsumierenden, sondern entlastet ebenso die durch erhöhten  
2087 Drogenkonsum belasteten Orte. Diesen Ausbau werden wir weiter vorantreiben.

2088 Angebote zur Suchtprävention, Aufklärung sowie Sucht- und Drogenhilfe wollen wir verstetigen und  
2089 bedarfsorientierte ambulante Therapieangebote ausbauen. Dabei geht es auch darum, die  
2090 gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Suchterkrankungen zu fördern. Psychosoziale sowie  
2091 sozialpädagogische Betreuungsangebote für Schwerstabhängige müssen erweitert und die  
2092 Niederlassung von Diamorphin-Behandlungszentren vorangetrieben werden. Wir fordern, dass die  
2093 Träger der Sucht- und Drogenhilfe stärker in ihrer Arbeit unterstützt und finanziell besser ausgestattet  
2094 werden, sodass sie für ihre Arbeit ausreichend Personal mit tarifgebundener Bezahlung beschäftigen  
2095 können.

2096 Wir haben maßgeblich daran mitgewirkt, dass die Eigenbedarfsgrenze für Cannabis in Berlin auf  
2097 15 Gramm angehoben wurde. Damit haben wir einen Beitrag zur Entlastung der Justiz und zur  
2098 Entkriminalisierung der Konsumierenden geleistet. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Wir  
2099 fordern Eigenbedarfsgrenzen auch für andere illegalisierte Substanzen. Damit betreten wir  
2100 bundespolitisch kein Neuland. In Bundesländern wie Hessen, Bremen und Hamburg sind solche  
2101 Eigenbedarfsgrenzen jahrelange politische Praxis.

2102 Wir setzen uns dafür ein, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung von Cannabis-  
2103 Clubs geschaffen werden. Die Clubs dienen der Deckung des persönlichen Bedarfs. Sie stellen eine  
2104 schnell umsetzbare Möglichkeit für einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis dar. Der private  
2105 Eigenanbau von Cannabis soll grundsätzlich ermöglicht werden.

2106 Der Freizeitkonsum im Partysetting spielt in Berlin von jeher eine bedeutende Rolle. Wir setzen uns  
2107 daher dafür ein, das in der letzten Legislatur gestartete Drug-Checking-Modellprojekt nicht nur zu  
2108 verstetigen, sondern mittelfristig mit ausreichend Mitteln auszustatten, um eine Substanzanalyse in  
2109 oder vor Clubs anzubieten.

# 2110 12. Finanzen, Investitionen und 2111 öffentlicher Dienst

## 2112 **Nachhaltige Finanzpolitik in unsicheren Zeiten**

2113 Berlin wächst und ist ein Magnet für Menschen aus der gesamten Bundesrepublik und aus aller Welt.  
2114 Die finanziellen Voraussetzungen waren – bedingt durch außergewöhnlich stark steigende Einnahmen  
2115 – so gut wie lange nicht mehr. Das haben wir genutzt: Wir haben in den letzten vier Jahren in die Stadt  
2116 investiert: in Personal und die Verwaltung, in die soziale Infrastruktur, in Schulen und Kitas und nicht  
2117 zuletzt in den Neubau bezahlbarer Wohnungen.

2118 Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen unsere Stadt besonders hart, denn Berlin ist  
2119 geprägt von Kultur und Gastronomie, von Tourismus und Start-ups, alles Bereiche, die die Maßnahmen  
2120 zur Bekämpfung der Pandemie besonders getroffen hat und die zugleich geprägt sind von Solo-  
2121 Selbstständigkeit, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringer Tarifbindung. Nur mit massiven  
2122 öffentlichen Hilfsprogrammen konnte der totale Kollaps hier bisher verhindert werden.

2123 In einer solchen Notlage wäre es fatal, wenn das Land Berlin sich weiter in die Krise spart. Gerade in  
2124 einer solchen Situation brauchen wir eine starke und vor allem verlässlich funktionierende öffentliche  
2125 Verwaltung, brauchen wir funktionierende Strukturen in Kitas und Schulen, brauchen wir eine gute  
2126 soziale Infrastruktur in den Bezirken. Dazu benötigt Berlin auch weiterhin verlässliche Investitionen in  
2127 unsere Stadt, in die Menschen, die Infrastruktur, die Wirtschaft und in all die anderen Bereiche, die  
2128 unsere Stadt ausmachen.

## 2129 **Ausgangssituation**

2130 Berlin hat in den vergangenen Jahren aufgeholt. Die Stadt war geprägt von einem robusten  
2131 Wirtschaftswachstum, steigender Beschäftigung, einem starken Bevölkerungszuwachs und im Ergebnis  
2132 auch von deutlich höheren Einnahmen für den Landeshaushalt. Zudem hat das niedrige Zinsniveau dem  
2133 Landeshaushalt der letzten Jahre – trotz nach wie vor vergleichsweise hoher Verschuldung – viel Luft  
2134 zum Atmen verschafft.

2135 Das Ergebnis waren vergleichsweise große haushaltspolitische Spielräume. Die Umsetzung politischer  
2136 Projekte scheiterte viel zu oft nicht an mangelnden finanziellen Spielräumen, sondern an fehlendem  
2137 Fachpersonal in den Planungs- und Gewährleistungsbereichen der öffentlichen Hand oder an fehlenden  
2138 Umsetzungskapazitäten der Privatwirtschaft.

2139 Inzwischen hat sich das Einnahmewachstum verlangsamt, das Bevölkerungswachstum stockt während  
2140 das Ausgabeniveau infolge des notwendigen Wiederaufbaus der öffentlichen Verwaltung und der  
2141 anhaltenden Investitionstätigkeit für die wachsende Stadt weiter anzieht.

2142 Gleichzeitig ist der Investitionsstau der letzten 25 Jahre noch nicht abgebaut. Die Notwendigkeit,  
2143 überdurchschnittlich zu investieren, bleibt allein schon deshalb unverändert bestehen. Andere Gründe

2144 kommen hinzu: die in einigen Bereichen weiterhin notwendige Anpassung der Infrastruktur an die  
2145 gewachsene und mutmaßlich weiter wachsende Stadt oder auch neue Bedarfe in den Bereichen Schule,  
2146 Verkehr, ökologischer Umbau, Digitalisierung und bei der Erschließung neuer Wohngebiete.

### 2147 **Auswirkungen der Corona-Pandemie**

2148 Mit der Corona-Pandemie haben sich die finanzpolitischen Aufgaben und Rahmenbedingungen  
2149 dramatisch verändert. Durch die Beschränkungen des öffentlichen Lebens und bestimmter  
2150 Wirtschaftsbereiche sinken die Steuereinnahmen drastisch. Insbesondere die mittelfristigen  
2151 Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen sind noch nicht absehbar. Hinzu kommen Änderungen im  
2152 Steuerrecht durch die Bundesregierung sowie Steuerstundungen.

2153 Die weltweite wirtschaftliche Verunsicherung kann darüber hinaus schwer zu kalkulierende  
2154 konjunkturelle Folgen haben, wodurch Prognosen der Einnahmeentwicklung der öffentlichen Hand auch  
2155 mittelfristig vage bleiben müssen. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie  
2156 werden zum Teil erst in den nächsten Jahren sichtbar werden. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich diese  
2157 Einnahmeausfälle voraussichtlich weit über das Jahr 2021 hinaus erstrecken.

2158 Die aus der Pandemie resultierenden Mindereinnahmen und Mehrausgaben können nicht durch  
2159 Einsparungen im laufenden Betrieb erbracht werden. Das ist schon der Größenordnung nach unmöglich.  
2160 Eine Senkung der öffentlichen Nachfrage durch Kürzungsprogramme wäre zudem auch  
2161 wirtschaftspolitisch in dieser Notlage genau das Falsche. Die finanziellen Mehrbedarfe infolge der  
2162 Pandemie müssen also über Kredite finanziert werden.

### 2163 **Finanzpolitische Spielräume sichern**

2164 Wir werden alles daransetzen, dass es auch bei anhaltenden Einnahmeausfällen nicht zu Einschnitten  
2165 bei den Personalausgaben oder in der sozialen, kulturellen und Bildungsinfrastruktur kommt und somit  
2166 auch nicht bei den Dienstleistungen für die Bürger:innen unserer Stadt. Wir wollen, dass bei der  
2167 Finanzierung öffentlicher Leistungen Tarifsteigerungen und die allgemeine Preisentwicklung abgesichert  
2168 werden.

2169 Wir wollen auch die Handlungsfähigkeit der Bezirke sichern. Dazu muss das Finanzierungssystem  
2170 geändert werden. Die Rolle der Kosten- und Leistungsrechnung muss neu bestimmt werden.

2171 Für neue Vorhaben, die dauerhaft zu zusätzlichen Ausgaben führen, muss der finanzielle Spielraum –  
2172 unter den Bedingungen der Schuldenbremse – durch zusätzliche Einnahmen oder durch Einsparungen  
2173 an anderer Stelle geschaffen werden.

2174 Um die Investitions- und Gestaltungsfähigkeit für die nächste Wahlperiode zu sichern, wollen wir die  
2175 finanzpolitischen Spielräume erweitern.

2176 Wir lehnen die sogenannte Schuldenbremse ab. Sie greift tief in das Budgetrecht der Parlamente ein,  
2177 schneidet Möglichkeiten antizyklischer Haushaltspolitik ab und ist investitionsfeindlich. Für Berlin mit  
2178 seinem hohen Investitionsbedarf stellt dies ein besonderes Problem dar. Deshalb wollen wir, dass sich  
2179 das Land Berlin auf Bundesebene für die Abschaffung der im Grundgesetz festgeschriebenen  
2180 Schuldenbremse einsetzt.

2181 Gleichzeitig werden wir auf Landesebene alle Möglichkeiten ausloten und nutzen, die Grenzen der  
2182 Schuldenbremse auszureizen – politisch und wo nötig auch juristisch. Dazu gehört, dass ein Verfahren  
2183 zur Berechnung des strukturellen Finanzierungssaldos gewählt wird, welches dem Landeshaushalt den  
2184 größtmöglichen Spielraum verschafft.

2185 Die sogenannten Extrahaushalte sind in Berlin durch unsere Initiative bereits von der Schuldenbremse  
2186 ausgeklammert worden. Dadurch sind Investitionen über die Extrahaushalte möglich. Dieses Potenzial  
2187 muss weiter umfassend genutzt werden.

2188 Wir wollen die Belastung des Haushalts über längere Laufzeiten für die Rückzahlung der Notfallkredite  
2189 verringern. Je länger diese Laufzeiten ausfallen, desto geringer ist die finanzielle Belastung in den  
2190 kommenden Haushaltsjahren. Wir setzen uns daher dafür ein, die Tilgungsverpflichtung maximal zu  
2191 strecken.

2192 Sollte die durch die Pandemie und ihre Folgen ausgelöste Notsituation anhalten, werden wir uns dafür  
2193 einsetzen, dass sich auch das Land Berlin in Bezug auf den kommenden Haushalt für die Nutzung der  
2194 in der Schuldenbremse für solche Fälle vorgesehenen Notklausel einsetzt. Dies würde dem Land eine  
2195 weitere Kreditaufnahme in außerordentlicher Höhe ermöglichen, um in dieser Krise handlungsfähig zu  
2196 bleiben.

2197 Wir wollen Mittel für die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie sichern. Die vollen  
2198 wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie werden sich erst in den kommenden Jahren zeigen.  
2199 Wir setzen uns daher dafür ein, dass Berlin dem Vorbild derjenigen Bundesländer folgt, die  
2200 kreditfinanzierte Investitionsmittel in erheblichem Umfang zurücklegen. Mit einem solchen  
2201 kreditfinanzierten Coronafolgenfonds wollen wir u. a. Investitionen in die Widerstandsfähigkeit der  
2202 öffentlichen Infrastruktur gegen eine Herausforderung wie die Corona-Pandemie, in die dringend  
2203 notwendige Digitalisierung, in Maßnahmen der Strukturpolitik sowie in andere Investitionen im  
2204 Zusammenhang mit der Pandemie finanzieren und pandemiebedingte Einnahmeausfälle ausgleichen.  
2205 Sollte ein solcher Coronafolgenfonds für Berlin nicht aufgelegt werden, werden wir den Vorteilen, die  
2206 sich andere Länder jetzt mit diesem Geld verschaffen, noch jahrelang hinterherlaufen.

2207 Mit dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt und Nachhaltigkeits-Fond (SIWANA) hat  
2208 das Land Berlin eine Rücklage, die zwar größtenteils belegt ist, nichtsdestotrotz immer noch einen  
2209 wichtigen Beitrag für die weitere Investitionsstrategie leisten muss.

2210 Wir wollen zudem prüfen, wo wir zusätzliche Einnahmen erschließen können. Wo es möglich und  
2211 wirtschaftlich sinnvoll ist, wollen wir den Kernhaushalt gegenüber Risiken abschirmen. So wollen wir  
2212 beispielweise prüfen, inwieweit wir die Haushaltsbelastung durch den absehbaren kurzfristigen  
2213 Zuschussbedarf des Flughafens BER über einen langen Zeitraum strecken können.

#### 2214 **Einnahmen des Landes erhöhen**

2215 Ein solidarisches Gemeinwesen braucht einen finanziell leistungsfähigen Staat. Die Corona-Pandemie  
2216 hat das eindrucksvoll gezeigt. Die öffentlichen Finanzen wollen wir mit einer gerechten Steuerpolitik,  
2217 die zu höheren Einnahmen führt, stärken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.



2218 Da über die Steuerpolitik weitestgehend im Bund entschieden wird, wollen wir, dass das Land Berlin  
2219 entsprechende Bundesratsinitiativen ergreift, u. a. für eine solidarische Reform der Erbschaft- und  
2220 Schenkungsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Form einer Millionärssteuer und die  
2221 Anhebung der Rennwett- und Lotteriesteuer.

2222 Zudem wollen wir über den Bundesrat dafür initiativ werden, dass die Gewerbesteuer zu einer echten  
2223 Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt wird, die alle unternehmerisch Tätigen vor Ort umfasst.

2224 Wir wollen im Land Berlin prüfen, ob und in welcher Form nach Überwindung der Corona-Krise der  
2225 Hebesatz der Gewerbesteuer angehoben werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass in der  
2226 Metropolregion Berlin-Brandenburg exzessives Steuerdumping bei der Gewerbesteuer beendet wird,  
2227 das auch zusätzliche Anreize für missbräuchliche Gewinnverschiebungen schafft. Eine Möglichkeit dazu  
2228 ist eine gemeinsame Selbstverpflichtung zwischen Berlin und den Umlandgemeinden über einen  
2229 Mindesthebesatz von 300 Punkten.

2230 Wir setzen uns gegenüber dem Bund zudem dafür ein, dass die Grundsteuer nicht länger über die  
2231 Betriebskosten auf die Mieter:innen abgewälzt wird, und wollen, dass sogenannte Share Deals  
2232 eingedämmt werden und nicht länger zur Umgehung der Zahlung der Grunderwerbsteuer genutzt  
2233 werden können. Gleichzeitig soll geprüft werden, inwieweit eine Differenzierung der Hebesätze in  
2234 Verbindung mit Nutzungsaufgaben erreicht werden kann.

2235 Im Land Berlin wollen wir die Grunderwerbsteuer maßvoll um 0,5 Prozent auf das Brandenburger Niveau  
2236 anheben. Wir werden uns bei der Umsetzung der Grundsteuerreform auf Landesebene dafür einsetzen,  
2237 dass soziale Härten vermieden werden.

2238 Die Zusatzabgabe und die Gewinnabgabe für Spielbankunternehmen wollen wir für Berlin auf das Niveau  
2239 von Bayern anheben.

#### 2240 **Steuervollzug, Finanzkriminalität und Vermögensabschöpfung**

2241 Zur Steuergerechtigkeit gehört auch die Durchsetzung des Steuervollzuges. Deutschland ist im  
2242 internationalen Vergleich leider eine Steueroase, in der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auf  
2243 der Tagesordnung stehen. Deswegen haben wir als Teil der rot-rot-grünen Koalition bereits erste  
2244 Schritte unternommen, in Berlin den Steuervollzug zu stärken und Geldwäsche zu bekämpfen:  
2245 Sogenannte Einkommensmillionäre werden wieder stärker geprüft und auch bei der Mehrwert- und  
2246 Umsatzsteuer haben wir die Kontrollen verstärkt.

2247 Wir wollen darüber hinaus verbindliche Mindestprüfintervalle für Einkommensmillionäre und große  
2248 Unternehmen umsetzen. Dies erfordert auch eine Mindestpersonalausstattung für die Finanzämter,  
2249 insbesondere bei Betriebsprüfungen und bei der Steuerfahndung sowie eine auf Großunternehmen und  
2250 Einkommensmillionäre spezialisierte Stelle.

2251 Die neu im Strafrecht geschaffenen Möglichkeiten, illegal erworbenes Vermögen abzuschöpfen, hat  
2252 Berlin umgehend angewandt und bereits die ersten Immobilien rechtssicher von Straftätern  
2253 zurückgeholt. Auf unsere Initiative hin werden diese nicht mehr versteigert, sondern für Zwecke des  
2254 Gemeinwohls eingesetzt. Zudem wurde im Zusammenhang mit Geldwäsche die Notaraufsicht gestärkt.  
2255 Diesen Weg wollen wir fortsetzen, indem wir die Geldwäscheaufsicht in Landesverantwortung (Nicht-

2256 Finanzsektor) weiter ausbauen und professionalisieren sowie das Personal zur Bekämpfung der  
2257 Geldwäsche im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen beim Landeskriminalamt und der  
2258 Staatsanwaltschaft weiter aufstocken.

## 2259 **Investitionspolitik**

2260 Angesichts begrenzter Ressourcen muss die Investitionsplanung aktualisiert und priorisiert werden. Wir  
2261 setzen weiter darauf, dass die öffentlichen Unternehmen wichtige Infrastrukturinvestitionen  
2262 übernehmen, z. B. bei den Krankenhausinvestitionen, beim Schulbau oder dem Bodenankauf. Außerdem  
2263 wollen wir solche Modelle für die Bereiche Digitalisierung, Sanierung und Errichtung von  
2264 Dienstgebäuden prüfen. Um gegen die steigenden Baukosten und die Engpässe bei den Kapazitäten der  
2265 Bauwirtschaft anzukommen, setzen wir auf eine stärkere Kooperation der bauenden  
2266 Landesunternehmen und -behörden. Das betrifft den Aufbau eigener Baukapazitäten ebenso wie die  
2267 gemeinsame Verwendung standardisierter Lösungen.

## 2268 **Moderne Verwaltung und gute Arbeit im Öffentlichen Dienst**

2269 In den letzten Jahren ist der lange geforderte Paradigmenwechsel gelungen: der Personalabbau in Berlin  
2270 ist beendet, in den Hauptverwaltungen wie in den Bezirken. Mehr noch: Mit dem entsprechenden  
2271 Personalaufbau haben wir auf die sich verändernden Aufgaben reagiert, ebenso auf die Anforderungen  
2272 unserer wachsenden Stadt. Und wir haben ein wichtiges Versprechen eingelöst: die Anpassung der  
2273 Besoldung im öffentlichen Dienst an den Bundesdurchschnitt der Länder ist erreicht.

2274 Dennoch haben die vielen Jahre der harten Konsolidierung Spuren hinterlassen, die noch immer an zu  
2275 vielen Stellen zu sehen sind. Trotz erheblicher Mehrausgaben gelingt es nicht, die dringend notwendigen  
2276 Fachkräfte zügig einzustellen. Noch immer sind Stellen nicht besetzt und nicht immer gelingt es,  
2277 gewonnenes Personal auch zu halten.

2278 Doch eine funktionierende Verwaltung braucht ausreichend und gut ausgebildete Mitarbeiter:innen. Wir  
2279 setzen uns dafür ein, dass weiter an Strategien gearbeitet wird, wie wir noch mehr neue Fachkräfte  
2280 ausbilden und qualifizieren, aber auch erfahrene Fachkräfte von außen gewinnen können. Da braucht  
2281 es für den Quereinstieg weitere konzeptionelle Überlegungen und deren zügige Umsetzung.

2282 Um das notwendige qualifizierte Personal für den öffentlichen Dienst gewinnen zu können, braucht es  
2283 eine attraktive Besoldung und Vergütung. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Ende 2025 läuft das  
2284 Ultimatum der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aus, indem das Land Berlin der Rauswurf aus der  
2285 Tarifgemeinschaft angedroht wird. Wir verteidigen den Flächentarifvertrag für den öffentlichen Dienst  
2286 der Länder und wollen, dass das Land Berlin Mitglied der TdL bleibt.

2287 Zentral für die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist die Ausbildung künftiger Fachkräfte.  
2288 Die Ausbildung muss dazu attraktiver werden, die Zahl der Ausbilder:innen und Praxisanleiter:innen  
2289 muss erhöht werden. Die Bezahlung für die Anwärter:innenbesoldung muss angehoben und die Fristen  
2290 für den Verbleib in den Einstufungsstufen müssen verkürzt werden, vor allem in den Bereichen mit großen  
2291 Nachwuchsproblemen wie Polizei, Justizvollzug, Finanzverwaltung oder Feuerwehr. Zur Attraktivität des  
2292 öffentlichen Dienstes gehört auch die armutssichere Bezahlung der Beschäftigten. Deshalb setzen wir

2293 uns dafür ein, dass die Abschaffung der verbliebenen E3-Stellen bis zum Ende der nächsten Wahlperiode  
2294 geprüft wird.

2295 Auch die Personalentwicklung der Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst hat noch Potential. Ein:e  
2296 attraktive:r Arbeitgeber:in bietet den eigenen Beschäftigten Aufstiegschancen und  
2297 Aufstiegsmöglichkeiten. Wir setzen uns dabei für zielorientierte und vor allem spezifisch zugeschnittene  
2298 Fortbildungen und Qualifizierungen für die Fach- und Führungskräfte ein. Die Stellenneubesetzungen  
2299 müssen besser und effizienter gestaltet werden, um den Wissenstransfer kontinuierlich gewährleisten  
2300 zu können. Wir wollen, dass zudem mehr altersgerechte Arbeitsplätze in der Verwaltung geschaffen  
2301 werden. Dazu gehört auch der Ausstieg aus Schicht- und Vor-Ort-Arbeit ab dem 60. Lebensjahr und die  
2302 Möglichkeit, einen Verwaltungslehrgang zu absolvieren, um Büroarbeit übernehmen zu können.

2303 Wir wollen, dass aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie auch im öffentlichen Dienst die  
2304 richtigen Lehren gezogen werden: Es braucht noch mehr differenzierte Arbeitszeitmodelle, noch mehr  
2305 Möglichkeiten für mobiles Arbeiten und noch flexiblere Modelle für die Vereinbarkeit von Familie und  
2306 Beruf.

2307 Wir wollen, dass sich in unserer Stadt die Vielfalt der Gesellschaft auch im öffentlichen Dienst  
2308 widerspiegelt und haben uns für entsprechende Vorgaben im Rahmen der Reform des Berliner  
2309 Partizipations- und Migrationsgesetzes eingesetzt. Wir werden uns bei der Umsetzung dafür einsetzen,  
2310 dass der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung in den Berliner  
2311 Verwaltungen, Behörden und landeseigenen Unternehmen tatsächlich spürbar erhöht wird. Wir streben  
2312 zudem eine verbindliche Einstellungsquote an, die zu mehr Teilhabe und Repräsentanz entsprechend  
2313 dem Anteil an der Berliner Bevölkerung führt. Zur Umsetzung der Quote und entsprechender  
2314 Fördermaßnahmen sollen Beauftragte für Menschen mit Migrationsgeschichte sorgen, die mit  
2315 denselben Rechten ausgestattet sind wie die Frauenvertretungen. Die Rechte der  
2316 Migrant:innenselbstorganisationen im Landesbeirat und in den bezirklichen Beiräten sollen gestärkt und  
2317 ihre personelle und finanzielle Ausstattung verbessert werden.

### 2318 **Vielfältige Stadt in der Verwaltung abbilden**

2319 Berlin ist vielfältig, multikulturell und multireligiös. Die Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer  
2320 Kultur oder ihrer Religion ist für uns ein zentrales Ziel. Zugleich haben alle Schüler:innen Anspruch auf  
2321 eine schulische Erziehung, bei der sich ihre Persönlichkeit frei von religiösem Druck oder Zwang  
2322 entfalten und entwickeln kann. Wir treten Mobbing und Diskriminierung, die leider auch in vielfältiger  
2323 Form und von verschiedenen Seiten an den Berliner Schulen existieren, entschieden entgegen. Schulen  
2324 haben auch angesichts heterogener Schüler:innenschaften die wichtige Aufgabe, gemeinsame  
2325 demokratische Grundwerte zu vermitteln. Dazu gehört auch das Anerkenntnis kultureller und religiöser  
2326 Pluralität. Deshalb sind für uns Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen der Stadt zu Orten der  
2327 gesellschaftlichen Inklusion weiterzuentwickeln. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass  
2328 staatliche Schulen als öffentlich-rechtliche Institutionen in allen religiösen Fragen Neutralität wahren.

2329 Eine inklusive und vielfältige Schule bedeutet für uns auch, das Neutralitätsgesetz und dessen  
2330 Auswirkungen zu überprüfen.

2331 Bislang dürfen Lehrer:innen, sich in Ausbildung befindliche Personen und Lehramtsbewerber:innen  
2332 innerhalb ihres Dienstes – mit Ausnahme von beruflichen Schulen und Einrichtungen des zweiten  
2333 Bildungswegs – keine religiös geprägten Kleidungsstücke tragen. Dies trifft in der Berliner Praxis bislang  
2334 ganz überwiegend kopftuchtragende muslimische Frauen an öffentlichen Schulen.

2335 Für uns ist bei der Überprüfung des Neutralitätsgesetzes stets maßgeblich alle verschiedenen  
2336 Grundrechte der Grundrechtsträger:innen zu berücksichtigen und in einem Abwägungsprozess zu einem  
2337 angemessenen Ausgleich zu bringen. Dazu gehören die negative Glaubensfreiheit der Schüler:innen,  
2338 das Erziehungsrecht der Eltern und der zu erfüllende staatliche Erziehungsauftrag, der die  
2339 Neutralitätspflicht beachten muss, sowie die vom Grundgesetz geschützte Berufs- und Religionsfreiheit  
2340 von Lehrkräften, von Lehramtsbewerber:innen und sich in Ausbildung befindlichen Personen an  
2341 öffentlichen Schulen.

2342 In der Abwägung aller Interessen sehen wir keine hinreichenden Gründe für die Aufrechterhaltung der  
2343 Bekleidungs Vorschrift. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass das pauschale Verbot in Bezug auf  
2344 das Tragen von religiös geprägten Bekleidungsstücken und Symbolen durch Lehrkräfte und andere  
2345 Beschäftigte mit pädagogischem Auftrag in öffentlichen Schulen aufgehoben wird. Zugleich stärken wir  
2346 andere geeignete Maßnahmen, um die religiöse Neutralität der staatlichen Schulen zu gewährleisten  
2347 und die negative Religionsfreiheit der Schüler:innen unterschiedlicher Konfessionen und derjenigen  
2348 Schüler:innen ohne Konfession zu schützen.

2349 Wir setzen uns für gleiche Chancen von Frauen beim Zugang zu Berufen des öffentlichen Dienstes bei  
2350 gleichzeitiger Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit  
2351 ein.

## 2352 **Bürgernahe und digitale Verwaltung**

2353 Unser Ziel ist es, dass die Bürger:innen barrierefrei, bedienungsfreundlich und direkt mit den Behörden  
2354 und Ämtern kommunizieren können, ob digital oder vor Ort. Das spart Zeit und Wege. Umgekehrt bleibt  
2355 auf diese Weise mehr Zeit für eine Betreuung und die Terminsituation für Präsenztermine entspannt  
2356 sich. Die Berliner:innen müssen sich darauf verlassen können, dass sowohl Ausweise als auch  
2357 Führerscheine oder KFZ-Anmeldungen in einer angemessenen Zeit ausgestellt werden, dass die Ämter  
2358 für die Menschen da sind und nicht umgekehrt.

2359 Zur Bürger:innennähe gehören auch die technischen Voraussetzungen, um endlich den Service einer in  
2360 Teilen digitalen Verwaltung bieten zu können. Diese Digitalisierung der Berliner Verwaltung bleibt eine  
2361 Mammutaufgabe, muss sie doch die Folgen von 20 Jahren Sparpolitik in diesem Bereich und massive  
2362 technische sowie organisatorische Versäumnisse aufholen. Dazu gehören die Migration zu einer  
2363 zentralen Administration, verbesserte Homeoffice-Fähigkeiten und die Datensicherheit genauso wie  
2364 eine elektronische Aktenführung und medienbruchfreie, komplett digitale Geschäftsprozesse.

2365 Investitionen in die digitale Infrastruktur dürfen nicht als Einmalkosten verstanden werden. Die  
2366 regelmäßige Erneuerung entsprechend der jeweiligen Produktlebenszyklen muss bei allen  
2367 Anschaffungen mitbedacht werden. Die entsprechenden digitalen Angebote müssen sich dabei an den  
2368 Anforderungen ihrer Nutzer:innen orientieren und unter Beteiligung der Beschäftigten und ihrer  
2369 Interessenvertretungen weiterentwickelt werden.

2370 Der Einsatz von KI-Systemen sollte auch behördenintern ermöglicht werden, um Fehlverhalten wie  
2371 Diskriminierung, Korruption oder Datenmissbrauch aufzudecken. Automatisierte Einzelentscheidungen  
2372 mit verbindlicher Wirkung für die Betroffenen lehnen wir jedoch ab.

2373 Automatisierung in der Verwaltung gerät zudem an ihre Grenzen, wenn es um Anträge geht, die einer  
2374 Beratung bedürfen oder für deren Entscheidung es einen Ermessensspielraum gibt, z. B. bei Anträgen  
2375 auf Sozialleistungen.

2376 Gerade für Menschen mit Behinderungen ist die Darstellung in leichter Sprache, eine Vorlesefunktion  
2377 existentiell für die Teilhabe und Selbstbestimmung und muss bei allen Veröffentlichungen sofort  
2378 verfügbar sein.

### 2379 **Effiziente Zusammenarbeit von Land und Bezirken**

2380 Die dringend notwendige Vereinfachung von Verwaltungsabläufen zwischen der Hauptverwaltung auf  
2381 Landesebene und den Bezirken gelingt nur gemeinsam. Wichtig sind eine klare Struktur von zentraler  
2382 und dezentraler Aufgabenzuordnung und kooperative Strukturen. Nur dann kann eine effektive,  
2383 bürger:innennahe Verwaltung gelingen.

2384 Mit dem Instrument der Zielvereinbarungen wollen wir die Aufgabenzuordnung zwischen der  
2385 Hauptverwaltung und den Bezirken klarer und transparenter strukturieren. Wir wollen ein  
2386 gleichberechtigtes Miteinander von Senat und Bezirken, keine Fachaufsicht oder andere  
2387 Durchgriffsrechte.

2388 Wir unterstützen die Arbeit an der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen zwischen der  
2389 Hauptverwaltung und den Bezirken und können uns hier auch eine Genehmigungsfiktion seitens der  
2390 Hauptverwaltung gegenüber den Bezirken vorstellen.

2391 Auch wenn es in den letzten vier Jahren zunehmend besser gelungen ist, dass die an die Bezirke  
2392 übertragenen Aufgaben mit den notwendigen Ressourcen untersetzt wurden, streben wir weiter an, das  
2393 Konnexitätsprinzip – das heißt, dass Aufgaben, die an die Bezirke übertragen werden, grundsätzlich mit  
2394 einem entsprechenden finanziellen Ausgleich einhergehen müssen – in der Landesverfassung zu  
2395 verankern.

### 2396 **Starke und handlungsfähige Bezirke absichern**

2397 Die Corona-Pandemie hat auf schmerzhaft Weise gezeigt, wie wichtig starke Bezirke mit  
2398 funktionierenden dezentralen Strukturen sind. Gerade die Menschen, die bereits vor Beginn der  
2399 Pandemie große Probleme hatten – Kinder, Jugendliche, ältere oder auch beeinträchtigte Menschen –  
2400 sind die am stärksten Betroffenen von Lockdowns, Homeschooling und fehlenden sozialen Kontakten.  
2401 Und es sind insbesondere diese Menschen, die wohnortnahe öffentliche Angebote brauchen.

2402 Schon in den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Bezirke zu stärken, ihre finanziellen und personellen  
2403 Spielräume Schritt für Schritt zu erweitern. Noch nicht durchsetzen konnten wir jedoch bisher, das  
2404 gegenwärtige System der Budgetierung auf den Prüfstand zu stellen. Wir halten es nach wie vor für  
2405 dringend geboten, die in der Verwaltung geltende Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) zu reformieren.

2406 Sie ist ein gutes Controlling-Instrument, bildet aber bisher keine Qualitätsstandards ab. Dies wird in  
2407 vielen Bereichen der Arbeit der Bezirke nicht gerecht.

2408 Wir schlagen eine Umgestaltung des Finanzierungssystems vor, die die bisherige  
2409 Finanzierungssystematik der Transferausgaben auf den Prüfstand stellt und die Leistungsbereiche wie  
2410 bspw. Wohngeld, Grundsicherung oder familienunterstützende Hilfen mit einer definierten  
2411 Personalausstattung sicherstellt.

2412 Wir haben wir dafür gesorgt, dass in den letzten vier Jahren circa 400 Millionen Euro in bezirkliches  
2413 Personal investiert wurden. Doch insbesondere in den Bezirken gelingt es noch nicht, in ausreichendem  
2414 Maße die notwendigen Fachkräfte zu finden und zu halten. Wir brauchen eine mittel- und langfristige  
2415 Strategie zur Überwindung des Fachkräftemangels. Um der permanenten Konkurrenz zwischen Bezirken  
2416 und Senat entgegenzuwirken, wollen wir eine bessere Vergleichbarkeit der Stellenbewertungen in der  
2417 Hauptverwaltung auf Landesebene und in den Bezirksverwaltungen. Insbesondere in Mangelberufen  
2418 braucht es eine zentrale Stellenbewertung und verbindliche Standards.

2419 Mit dem Personalaufwuchs steigen auch die Raumbedarfe. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der  
2420 Senat und die Bezirke endlich auch die Definition von Fachstandards für Raumbedarfe besonderer  
2421 Berufsgruppen verbindlich verankern. Es muss gelingen, die notwendigen Bürokapazitäten und die  
2422 entsprechende Ausstattung zeitnah zur Verfügung zu stellen.

2423 Wir setzen uns dafür ein, dass der Sanierungsstau bei den landeseigenen Bürodienstgebäuden durch  
2424 entsprechende Investitionen abgebaut wird. Bei notwendiger Anmietung neuer Räume braucht es  
2425 schnellere Abläufe.

2426 Das alles stemmen die Bezirke nicht allein aus ihren Globalsummenzuweisungen, obwohl es in den  
2427 letzten vier Jahren bereits gelungen ist, die Finanzzuweisungen an die Bezirke Schritt für Schritt zu  
2428 erhöhen.

#### 2429 **Berlinweiten Bürgerhaushalt einführen**

2430 Wir wollen, dass die Berliner:innen bei der Verwendung öffentlicher Ressourcen auch direkt  
2431 mitentscheiden können. Doch trotz guter Erfahrungen mit den so genannten Bürgerhaushalten in  
2432 Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf geraten die bestehenden Verfahren in den Bezirken immer wieder  
2433 an ihre Grenzen, da viele Vorschläge auch die Landesebene betreffen.

2434 Wir schlagen deshalb vor, auch auf der Landesebene einen berlinweiten Beteiligungshaushalt zu  
2435 etablieren. Metropolen wie Paris machen bereits vor, wie dies gehen kann. Diese Idee, ihre mögliche  
2436 Durchführung und die Höhe eines solchen Haushaltes wollen wir mit den Berliner:innen diskutieren und  
2437 gemeinsam weiterentwickeln.

# 13. Kinder und Jugend

2439 Wir haben in Regierungsverantwortung mit dazu beigetragen, dass Berlin eine kinder- und  
2440 jugendfreundlichere Stadt geworden ist. Es ist unser Anspruch und Ziel, jedem Kind und jeder und jedem  
2441 Jugendlichen gleiche Chancen auf Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit, auf Teilhabe und  
2442 ein glückliches Leben zu garantieren. Bildung ist der Schlüssel dazu. Bei der Planung der wachsenden  
2443 Stadt Berlin muss alles mitwachsen, was zum Leben notwendig ist. Dazu gehören neben bezahlbarem  
2444 Wohnraum auch Schulen und Kitas, Plätze für Sport bzw. Bewegung und Kinder- und  
2445 Jugendfreizeiteinrichtungen.

2446 Zu lebenswerten Quartieren gehören auch Grünflächen und Parks ohne Verbotsschilder, die frei  
2447 betreten und zum Spielen genutzt werden können und die saubere Luft zum Atmen bieten. Ebenso dazu  
2448 gehören Spielplätze für alle Altersgruppen, die sauber und in gutem Zustand sind. Dies gilt auch für die  
2449 Begegnung im digitalen Raum, der barriere- und diskriminierungsfrei sowie sicher und unabhängig vom  
2450 sozialen Status zugänglich sein muss. An allen Entscheidungen darüber müssen Kinder und Jugendliche  
2451 beteiligt werden.

2452 Wir verstehen Schulen und Kitas als soziale Räume, in denen es um Bildung und Erziehung als  
2453 Voraussetzung für die Teilhabe an einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft und ein  
2454 selbstbestimmtes Leben geht.

2455 Das bedeutet für uns: aus der Logik der Abschlussorientierung in der Schule auszubrechen, mit  
2456 kreativen Lösungen dem Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schulen und Kitas nachzukommen und  
2457 gleichzeitig einen sozialen Raum zu schaffen, der Kindern und Jugendlichen den Kontakt untereinander  
2458 und mit ihren Lehrer:innen, Erzieher:innen und Schulsozialarbeiter:innen ermöglicht. Alle müssen  
2459 gleichberechtigt Zugang zu Bildung erhalten, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern. Wir  
2460 verfolgen deshalb weiter das Ziel, die Lernmittelfreiheit und ein kostenfreies gesundes Mittagessen für  
2461 alle Schüler:innen zu verwirklichen.

## 2462 **Kinderarmut überwinden**

2463 In Berlin lebt fast ein Drittel aller Minderjährigen von staatlichen Hilfen. Diese materielle Armut hat  
2464 gravierende Auswirkungen auf Bildungserfolg, Teilhabe und Lebenschancen. Im April 2017 wurde eine  
2465 Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingerichtet, deren Ziel es ist, eine  
2466 gesamtstädtische Strategie zur Verbesserung der Lage von armutsgefährdeten Kindern, Jugendlichen  
2467 und deren Familien, darunter viele Alleinerziehende, in Berlin zu entwickeln. Wir wollen, dass die  
2468 Landeskommission ihre ressortübergreifende Arbeit unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortsetzt.

2469 Wir wollen auch künftig unbürokratische Lösungen, die allen Kindern, Jugendlichen und Familien  
2470 zugutekommen. U. a. sollen neue Formen der Gebühren- bzw. Kostenfreiheit im öffentlichen Bereich  
2471 geprüft werden. Weiterhin wollen wir benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien gezielt  
2472 unterstützen.

2473 Wir wollen, dass kein Kind wegen der Obdach- oder Wohnungslosigkeit der Eltern auf der Straße  
2474 schlafen muss. Wir setzen uns für die Entwicklung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene ein.

#### 2475 **Kita für alle – gut und nachhaltig**

2476 Wir wollen den Rechtsanspruch auf vorschulische Förderung in Kitas und in der Tagespflege  
2477 sicherstellen, in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Fast 50.000 Plätze wurden geschaffen. Das  
2478 reicht trotzdem nicht aus. Den Weg des Ausbaus wollen wir fortsetzen, die erreichte Gebührenfreiheit  
2479 beibehalten und dabei den Schwerpunkt stärker auf die Qualitätsentwicklung legen.

#### 2480 **Ausbau der Platzkapazitäten bleibt auf der Agenda vorn**

2481 Wir wollen das Landesprogramm für den Kitaausbau fortsetzen und bis zum Jahr 2025/26 zusätzlich  
2482 ca. 26.000 Plätze schaffen. Die dafür vorgesehenen Landesmittel in Höhe von 160 Mio. Euro wollen wir  
2483 dafür zusätzlich erhöhen. Neben der Förderung des Neubaus wollen wir verstärkt auch in die Sanierung  
2484 und Modernisierung, insbesondere in die Barrierefreiheit bestehender Kitas investieren. Wir wollen, dass  
2485 die Landesfördermittel allen Trägern, auch den kommunalen Kitaeigenbetrieben, offenstehen. Dafür  
2486 wollen wir den Kitaeigenbetrieben die Möglichkeit eröffnen, in begrenztem Umfang Kredite  
2487 aufzunehmen. Perspektivisch wollen wir den Landesanteil am Platzangebot auf ein Drittel des  
2488 Platzangebotes erhöhen.

2489 Künftig wollen wir die Bezirke als Bauträger von Kitas stärken. Der Neubau von Kitas soll in den  
2490 Investitionsplanungen der Bezirke stärker berücksichtigt werden. Die Zuweisungen an die Bezirke für  
2491 Investitionen wollen wir entsprechend erhöhen. Wir wollen zielgerichtet in den Kitaausbau in jenen  
2492 Stadtquartieren investieren, wo die Inanspruchnahme vorschulischer Förderung von Familien und  
2493 Kindern mit sozialer Benachteiligung noch zu gering ist. Die in der vergangenen Wahlperiode  
2494 geschaffene Möglichkeit einer Brennpunktzulage wollen wir in ein Brennpunktbudget umwandeln, das  
2495 Kitaträgern und Einrichtungen die Möglichkeit eröffnet, die Mittel flexibler einzusetzen. Damit folgen wir  
2496 einer Forderung der Kitaträger.

#### 2497 **Gerechtigkeit und Transparenz beim Zugang zu Kitas sichern**

2498 Ausreichend Kitaplätze sind die wichtigste Voraussetzung für die Realisierung des Rechtsanspruchs  
2499 jedes Kindes und für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen, dass das  
2500 Wunsch- und Wahlrecht wieder Ausgangspunkt für die Kitaentscheidung der Eltern wird. Beim Zugang  
2501 wollen wir für mehr Transparenz und Gerechtigkeit Sorge tragen.

2502 Der Kita-Navigator schafft nicht mehr Plätze, aber wir wollen dafür sorgen, dass er als Instrument zur  
2503 Information und Unterstützung bei der Suche nach einem passenden Platz weiterentwickelt wird. Die  
2504 Bezirke wollen wir stärker in die Lage versetzen, den Zugang zu steuern. Wir wollen mit verbindlichen  
2505 und einheitlichen Kriterien, die wir gemeinsam mit Eltern und Trägern entwickeln wollen, die  
2506 Platzvergabe erleichtern. Die vorrangige Berücksichtigung von Geschwisterkindern und die  
2507 Wohnortnähe sind Beispiele für solche Kriterien.



2508 Wir wollen es ermöglichen, dass die Jugendämter auf einen bestimmten Anteil von Plätzen der  
2509 Einrichtungen in freier Trägerschaft und der Kitaeigenbetriebe ein vorrangiges Zugriffsrecht haben –  
2510 u. a. zur Gewährleistung des Kinderschutzes und in Härtefällen. Das Freihalten einer bestimmten Zahl  
2511 von Plätzen wollen wir finanzieren.

2512 Wir wollen schrittweise den noch verbliebenen Eigenanteil von 5 Prozent der Kitaträger zur Finanzierung  
2513 der Plätze abschaffen.

#### 2514 **Qualitätsentwicklung mit Vorrang**

2515 Der notwendige Ausbau der Kapazitäten muss mit der qualitativen Weiterentwicklung der Angebote  
2516 verbunden sein. Die fachlichen und personellen Ausstattungsstandards müssen es ermöglichen, das  
2517 Berliner Kita-Bildungsprogramm in jeder Einrichtung umzusetzen. Wir wollen eine vorbehaltlose  
2518 Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Förderung von Kindern mit Behinderungen und die  
2519 Qualifizierung der individuellen Sprachförderung – unabhängig von der Herkunftssprache und dem  
2520 Migrationsstatus der Kinder – garantieren.

2521 Wir wollen weitere Qualitätsverbesserungen in der Personalausstattung vornehmen. Ziel ist die  
2522 Zuständigkeit einer Fachkraft für drei Kinder bei allen Kindern unter drei und die Freistellung der  
2523 Kitaleitungen ab einer Kinderzahl von 80 in einer Einrichtung. Dabei wollen wir die besondere Situation  
2524 kleiner und kleinster Einrichtungen gesondert berücksichtigen. Auch Erzieher:innen in Kitas muss ein  
2525 fester Stundenanteil für Tätigkeiten wie Dienstbesprechungen, Elternarbeit, Beobachtung und  
2526 Dokumentation (mittelbare pädagogische Arbeit) eingeräumt werden.

2527 Die zur Deckung des Fachkräftebedarfs in den letzten Jahren geschaffenen Möglichkeiten des  
2528 Quereinstiegs und der berufsbegleitenden Ausbildung müssen mit einem umfassenden Angebot zur  
2529 Qualifizierung einhergehen. Dafür wollen wir die Angebote der Fortbildungsstätte Berlin-Brandenburg  
2530 gezielt ausbauen und für die Beschäftigten Anspruch und Zeit zur Nutzung der Angebote schaffen.  
2531 Quereinsteigende sollen in den ersten zwei Jahren nicht vollständig auf den Personalschlüssel  
2532 angerechnet werden.

2533 Wir wollen dafür sorgen, dass auch künftig in der Kita-Rahmenvereinbarung verankert wird, dass die  
2534 Beschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für den Sozial- und Erziehungsdienst vollständig für den  
2535 Kitabereich übernommen werden. Dies soll auch für alle anderen Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe  
2536 im Land Berlin und in den Bezirken gelten.

2537 Wir wollen eine Qualitätsinitiative in der Ausbildung in Gang setzen. Den Anteil der staatlichen Schulen  
2538 an der Ausbildung von Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen wollen wir erhöhen. Für private Schulen  
2539 für Sozialwesen sollen die gleichen Qualitätsstandards gelten wie für staatliche Schulen. Dazu werden  
2540 wir mit allen Einrichtungen, die Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen ausbilden, Zielvereinbarungen  
2541 zur Qualitätssicherung abschließen, auch im Bereich des Quereinstiegs und der berufsbegleitenden  
2542 Ausbildung. Der Abschluss solcher Zielvereinbarungen soll künftig Voraussetzung für die staatliche  
2543 Förderung und Genehmigung der Ausbildungsgänge sein.

2544 Wir wollen die Ausbildung von Kindheitspädagog:innen auf akademischem Niveau ausweiten. Damit  
2545 wollen wir den Fachkräftebedarf in Forschung und Lehre und in Management und Fachberatung im

2546 Bereich der pädagogischen Arbeit in Kitas jetzt und künftig sichern. Für die Lehrbefähigung der  
2547 Kindheitspädagog:innen wollen wir die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

2548 Wir wollen die Ausstattung von Kitas mit modernen Medien regelhaft ermöglichen, um den Kontakt mit  
2549 Eltern zu verbessern, die Arbeit zu erleichtern und die Kommunikation im Sozialraum zu sichern.

2550 Wir wollen die Befähigung zur Nutzung moderner Medien in der Aus- und Weiterbildung intensivieren  
2551 und zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen befähigen. Die Entwicklung von und Arbeit mit  
2552 medienpädagogischen Konzepten wollen wir im Kitaalltag fest verankern.

### 2553 **Kindbezogene Sprachförderung**

2554 Wir wollen die Sprachförderung in den Kitas neu ausrichten. Die Ausstattung mit zusätzlichen  
2555 Personalressourcen soll nicht länger von einem Anteil von 40 Prozent Kindern nicht deutscher  
2556 Herkunftssprache in den Einrichtungen abhängig sein, sondern soll sich am individuellen Bedarf der  
2557 Kinder in der jeweiligen Einrichtung orientieren. Jedes Kind erhält ein seinem Bedarf entsprechendes  
2558 Angebot.

### 2559 **Kita und Gesundheit: Partnerschaft mit Potenzial**

2560 Die Corona-Pandemie hat die Partnerschaft der Kitas mit den Gesundheitseinrichtungen vor Ort vor  
2561 völlig neue Herausforderungen gestellt. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den bezirklichen  
2562 Gesundheitsämtern war und ist eine wichtige Erfahrung für alle Beteiligten. Wir wollen diese  
2563 Partnerschaft stärken und u. a. mit folgenden Maßnahmen weiterentwickeln:

2564 Wir wollen uns für jährliche Gesundheitsuntersuchungen der Kinder in den Einrichtungen einsetzen.  
2565 Durch die finanzielle Förderung der Eigenküche wollen wir zu gesunder Ernährung in den Einrichtungen  
2566 beitragen. Im Eigenanteil von 23 Euro für Verpflegung soll für jedes Kind Frühstück, Mittagessen und  
2567 Vesper enthalten sein. Durch eine Änderung des Schulgesetzes wollen wir die Voraussetzungen dafür  
2568 schaffen, dass beim Übergang von der Kita in die Grundschule die kontinuierliche Fortsetzung der  
2569 individuellen sonderpädagogischen Förderung der Kinder gewährleistet wird.

### 2570 **Familien allgemein fördern und individuell unterstützen**

2571 Familie ist für uns da, wo Kinder sind und Menschen füreinander sorgen und gemeinsam Verantwortung  
2572 übernehmen. Mit der Verabschiedung des Familienfördergesetzes wollen wir die in den letzten Jahren  
2573 geschaffenen Einrichtungen und Angebote, wie z. B. Familienzentren, Familienservicebüros, Erziehungs-  
2574 und Familienberatungsstellen, in Umfang und Qualität als Standards für die Ausstattung der Bezirke  
2575 festlegen. Vorhandene und bewährte Angebote werden mit einbezogen und gesichert. Die speziell für  
2576 Alleinerziehende in allen Bezirken geschaffenen Netzwerkstrukturen wollen wir stärken.

2577 **Für leistungsfähige Jugendämter**

2578 Wir wollen dafür sorgen, dass die Jugendämter in den Bezirken so mit ausreichend qualifiziertem  
2579 Personal und guten Rahmenbedingungen ausgestattet sind, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden  
2580 können.

2581 Für den Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD) soll der fallzahlorientierte Personalstandard von  
2582 1 zu 65 zugrunde gelegt werden. Für andere Leistungsbereiche der bezirklichen Jugendämter wollen wir  
2583 ebenfalls solche fallzahlorientierten Personalstandards entwickeln.

2584 Wir wollen uns für verbesserte Rahmenbedingungen der Arbeit in den Jugendämtern einsetzen. Dazu  
2585 gehört nicht nur das Recht auf Supervision und regelmäßige Fort- und Weiterbildung, sondern auch eine  
2586 Arbeitsplatzausstattung, die sowohl räumlich mit den Arbeitsanforderungen in den Jugendämtern  
2587 kompatibel ist als auch digitales Arbeiten regelhaft ermöglicht. Gerade unter den Corona-bedingten  
2588 Einschränkungen einer Pandemie hat sich erwiesen, wie wichtig es ist, jederzeit und an jedem Ort den  
2589 Kinderschutz zu gewährleisten und für Kinder, Jugendliche und Familien erreichbar zu sein.

2590 Um die Fachkräfte besser auf ihre Arbeit in den Jugendämtern vorzubereiten und die Einarbeitungszeit  
2591 zu verkürzen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Ausbildungsgänge in der sozialen Arbeit durch  
2592 einen intensiveren Praxisbezug und durch spezielle Ausbildungsmodulen auf die Arbeit in den  
2593 Jugendämtern ausgerichtet werden.

2594 Die Personal- und Sachausstattung der Jugendamtsbereiche wollen wir mindestens im Abstand von zwei  
2595 Jahren auf ihre Bedarfsgerechtigkeit prüfen und gegebenenfalls anpassen. Dies gilt auch für die  
2596 Bezahlung der Fachkräfte auf allen Ebenen einschließlich der Jugendamtsleitungen.

2597 **Kinderschutz hat Priorität – Netzwerk sichern und ausbauen**

2598 Das Netzwerk Kinderschutz hat sich auch unter Corona-Bedingungen bewährt. Der Kinderschutz war  
2599 und ist zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Dieses Netzwerk wollen wir mit dem Schwerpunkt auf  
2600 Prävention und frühe Hilfen auch künftig fördern und konzeptionell weiterentwickeln. Wir wollen, dass  
2601 Land und Bezirke gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Hausbesuch bei der Geburt  
2602 eines Kindes in allen Bezirken sichergestellt ist. Die Belange des Kinderschutzes wollen wir bei der  
2603 Personalausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) berücksichtigen. Für die Arbeit der  
2604 Familiengerichte wollen wir Angebote zur Qualifizierung in der Aus- und Weiterbildung machen, die  
2605 spezielle Belange des Kinderschutzes berücksichtigen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass der  
2606 Kinderschutz auch in Not- und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete jederzeit oberste Priorität  
2607 hat.

2608 **Hilfen zur Erziehung – individuellen Rechtsansprüchen gerecht werden**

2609 Wir wollen eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfen zur Erziehung. Sie sollen frühzeitig zur  
2610 Verfügung stehen und so wirken, dass den Kindern und Familien geholfen werden kann, ehe  
2611 schwerwiegende Probleme entstehen. Dafür haben wir 2020 in allen Bezirken Flexi-Budgets  
2612 eingerichtet. Ihre Entwicklung wollen wir durch ein fachliches Monitoring begleiten und finanziell weiter  
2613 unterstützen. Die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung wollen wir in gemeinsamer Verantwortung von

2614 Land und Bezirken neu ausrichten. Hilfen für junge Volljährige gemäß § 41 SGB VIII sollen dem Bedarf  
2615 entsprechend ausgebaut und finanziert werden. Kein Bezirk soll auf den Mehrkosten sitzen bleiben. Wir  
2616 wollen die Voraussetzungen für die Erbringung von Hilfen zur Erziehung in kommunaler Verantwortung  
2617 schaffen.

2618 **Kinder- und Jugendarbeit gesetzlich sichern und zukunftsgerecht ausstatten**

2619 Die soziale Infrastruktur, einschließlich der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, ist für die Gesellschaft  
2620 und unsere Stadt unverzichtbar.

2621 Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz haben wir beste Voraussetzungen geschaffen, um diese  
2622 Angebote auf dem bisherigen Niveau zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Es muss in allen  
2623 Bezirken Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Ferienreisen, internationale Begegnungen und  
2624 kulturelle sowie andere Freizeitangebote geben. Kinder und Jugendliche sollen an allen Entscheidungen  
2625 darüber insbesondere im Rahmen der bezirklichen Jugendförderpläne beteiligt werden.

2626 Wir wollen, dass die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit von qualifizierten Beschäftigten in „guter  
2627 Arbeit“ erbracht werden. Die Bewilligung von staatlichen Zuwendungen wird schrittweise an die  
2628 tarifliche Entwicklung gekoppelt. Wir schlagen zur Stärkung der Tarifbindung im Zuwendungsbereich ein  
2629 Landestarifbindungsgesetz vor. Damit einhergehende höhere Zuwendungen an die Träger sozialer Arbeit  
2630 werden vom Land Berlin zusätzlich finanziert.

# 2631 14. Sportpolitik

## 2632 **Sport für alle**

2633 Sport verbindet und bringt Menschen zusammen. Er lässt Menschen am gesellschaftlichen Leben  
2634 teilhaben – unabhängig von ökonomischem Status, Herkunft, Alter und Geschlecht. Sportliche  
2635 Betätigung war und ist für viele Menschen unserer Stadt gerade unter Pandemie-Bedingungen wichtig,  
2636 um fit und physisch und psychisch gesund zu bleiben oder zu werden. Mit großem Engagement,  
2637 Kreativität und Verantwortungsbewusstsein hat sich der Berliner Sport der Situation gestellt, den  
2638 Kontakt untereinander gehalten, alternative Angebote entwickelt und den Sportbetrieb in Einklang mit  
2639 den staatlichen Regelungen durch die Entwicklung und Einhaltung von Hygienekonzepten organisiert.

2640

2641 Die mit dem Berliner Landessportbund geschlossene Fördervereinbarung hat dem Sport dabei  
2642 finanzielle Planungssicherheit gegeben. Diese Fördervereinbarung wollen wir fortschreiben. Dabei  
2643 wollen wir auch den Aufwand berücksichtigen, der notwendig ist, die Folgen der Pandemie zu  
2644 überwinden. Besondere Akzente wollen wir setzen zur Förderung von Inklusion und Nachhaltigkeit im  
2645 Sport und bei der sportlichen Betätigung von Mädchen und Frauen sowie deren Anteil in den Vorständen  
2646 der Vereine und Verbände. Wir unterstützen auch künftig alle Aktivitäten des Landessportbundes und  
2647 seiner Mitglieder gegen Gewalt im Sport, gegen Rassismus, Homophobie und Diskriminierung jeglicher  
2648 Art.

2649

2650 Wir halten an unserem Grundsatz fest, den Sport in allen seinen Bestandteilen zu fördern. Dabei sind  
2651 Breitensport und die Teilhabe daran die Grundlage, auf der Spitzensport aufbaut.

## 2652 **Inklusion durch Sport**

2653 Für uns ist es besonders wichtig, Inklusion im Sport weiter voranzubringen. Neu zu errichtende  
2654 Sportanlagen sollen grundsätzlich inklusiven Ansprüchen von Sporttreibenden und Zuschauer:innen  
2655 gerecht werden. Das gilt auch für Sanierungen. In jedem Bezirk soll es mindestens eine vollinklusive  
2656 Sportanlage geben. Inklusive Sportanlagen müssen barrierefrei erreichbar und zugänglich sein.

2657

2658 Wir wollen die Special Olympic Games, die Berlin 2023 ausgerichtet, nutzen, um dem inklusiven Sport in  
2659 unserer Stadt einen Entwicklungsschub zu geben und noch mehr Berliner:innen mit Beeinträchtigungen  
2660 für das regelmäßige Sporttreiben zu begeistern. Inklusiver Spitzensport soll  
2661 gleichermaßen gefördert werden.

2662

2663 Wir bekennen uns zur Weiterentwicklung des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks hin zu einer inklusiven  
2664 Sportanlage. Dabei sind für uns Sportpark, Stadion und Parkanlage gleichermaßen von Bedeutung. Wir  
2665 wollen dafür sorgen, dass die Planungen vollendet und schnell umgesetzt werden. Wir unterstützen in  
2666 diesem Zusammenhang auch den Vorschlag, für die Gesamtanlage einen neuen Namen zu finden, denn  
2667 Friedrich Ludwig Jahn ist eine umstrittene Persönlichkeit.

2668

## 2669 **Sport im Kiez**

2670 Sport und Bewegung haben im Alltag vieler Berliner:innen einen festen Platz. Dem Sport ohne feste  
2671 Mitgliedschaft in einem Sportverein wollen wir stärkere Beachtung schenken. U. a. wollen wir die  
2672 Bezirke anregen und unterstützen, in öffentlichen Anlagen mehr frei nutzbare Sportgeräte für  
2673 Freizeitsportler:innen zu installieren. Mit der Bewegung „Sport im Park“ haben wir gute Erfahrungen  
2674 sammeln können, um Parks und Grünanlagen stärker für sportliche Aktivitäten zu nutzen. Das wollen  
2675 wir ausweiten. Bezirke und Sportvereine sollen entsprechende Vereinbarungen abschließen. Dafür soll  
2676 eine Mustervereinbarung entwickelt werden, die das Sporttreiben auf öffentlichen Flächen  
2677 unbürokratisch in allen Bezirken zu vergleichbaren Bedingungen und kostenfrei ermöglicht. Für  
2678 gewerbsmäßige Sportanbieter soll es eine Mustervereinbarung mit Gebührenordnung geben, wenn sie  
2679 öffentliche Flächen nutzen möchten. In jedem Fall ist die Nutzung öffentlicher Flächen für sportliche  
2680 Betätigungen so zu organisieren, dass sie im Einklang mit Natur und Umwelt, schonend und nachhaltig  
2681 erfolgt.

## 2682 **Kinder- und Jugendsport**

2683 Für uns hat der Sport von Kindern und Jugendlichen große Bedeutung für ein gesundes Aufwachsen und  
2684 für das Erfahren von Teamgeist, Fairness und Respekt. Sportliche Betätigung soll noch stärker in den  
2685 Kita- und schulischen Alltag der Kinder integriert werden. Dafür wollen wir auch zukünftig die  
2686 verschiedenen Programme zur Kooperation von Schulen und Kitas mit Sportvereinen fördern und  
2687 weiterentwickeln. Die finanziellen Rahmenbedingungen wollen wir angleichen und verbessern. Auch das  
2688 Engagement der Profivereine in Kitas und Schulen wollen wir weiter fördern.

2689  
2690 Besonders wichtig ist für uns das Schwimmenlernen. Wir wollen die Schwimmausbildung in den Schulen  
2691 auch künftig durch Kooperationen mit dem Berliner Schwimmverband und den Schwimmsportvereinen  
2692 unterstützen. Wir beabsichtigen, die Schulschwimmzentren in der ganzen Stadt auszubauen und  
2693 langfristig zu sichern. Um unser Ziel zu erreichen, dass kein Kind die Schule ohne Schwimmbefähigung  
2694 verlässt, wollen wir Nachschulungsangebote als Bestandteil des Unterrichts im Schulbetrieb fest  
2695 verankern. Diese sollen in Kooperation mit Schwimmsportvereinen auch in den Ferien Schüler:innen  
2696 aller Altersklassen angeboten werden und für die Kinder kostenlos sein.

2697  
2698 Der Spitzensport soll auch weiterhin beste Bedingungen in unserer Stadt vorfinden. Wir stehen zum  
2699 Leistungssportkonzept 2024. Besonders wichtig ist für uns, Spitzensportler:innen neben der sportlichen  
2700 eine zivile berufliche Karriere zu ermöglichen. Der Bund soll sich an der Spitzensportförderung stärker  
2701 als bisher auch finanziell beteiligen. Das wollen wir einfordern. Zudem legen wir einen Schwerpunkt auf  
2702 die Weiterentwicklung paralympischer Trainingsstützpunkte. Wir wollen, dass inklusiver Sport von der  
2703 Breite bis zur Spitze eine Heimat in Berlin hat.

2704  
2705 Zum Berliner Sport gehören auch der Profisport und der gewerbliche Sport. Sie sind ein wichtiger  
2706 Bestandteil der Berliner Wirtschaft. Wir wollen sie insbesondere dabei unterstützen, die wirtschaftlichen  
2707 Folgen der Pandemie zu überwinden. Der Bund und das Land Berlin müssen sich daran im Rahmen der  
2708 Hilfsprogramme für die Wirtschaft mit gezielten Fördermodulen beteiligen.

2709

2710 **Fair Trade und Nachhaltigkeit im Sport**

2711 Wir setzen uns dafür ein, den Gedanken des fairen Handelns (Fair Trade) und der Nachhaltigkeit wie  
2712 auch der Regionalität im Sport frühzeitig und dauerhaft in den Berliner Bildungseinrichtungen und  
2713 Sportvereinen zu verankern. Dafür und für die faire Beschaffung von Sportausrüstungen wollen wir auch  
2714 künftig im Sporthaushalt des Landes Mittel bereitstellen. Auch der Sport trägt zum sozial-ökologischen  
2715 Umbau bei. Das wollen wir weiter unterstützen und fördern.

2716 **Sportanlagen neu bauen und erhalten**

2717 Berlin wächst. Das Angebot an gedeckten und ungedeckten Sportanlagen muss mitwachsen. Wir setzen  
2718 uns für bedarfsgerechten Bau und Ausbau von Sportanlagen in Berlin ein. Essenziell dabei ist eine  
2719 inklusive, nachhaltige und ökologische Bauweise.

2720 Bestehende Sportanlagen und Bolzplätze sind vielfach durch heranrückende Bebauung bedroht. Sport  
2721 und Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für jede aufzugebende Sportanlage muss  
2722 Ersatz bereitgestellt werden. Das Berliner Sportförderungsgesetz wollen wir entsprechend ändern.

2723 Das Sportanlagenanierungsprogramm werden wir ebenso wie das Vereinsinvestitionsprogramm  
2724 fortsetzen und ihre Wirksamkeit prüfen. Wir wollen geeignete große Dachflächen in Sportflächen  
2725 verwandeln und für alle nutzbar machen. Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive wollen wir darauf  
2726 hinwirken, dass neu zu schaffende Schulsporthallen so gebaut werden, dass sie neben den  
2727 Unterrichtsbedarfen auch die Bedarfe des Vereins- und Freizeitsports berücksichtigen. Für die  
2728 Finanzierung dieser zusätzlichen Sportkapazitäten wollen wir auch Landesmittel bereitstellen.

2729 Um Nutzungsspitzen bei Sportanlagen und den temporären Wegfall von Sportanlagen bei Sanierungen  
2730 oder Umbauten zu kompensieren, wollen wir in jedem Fall die Bereitstellung von Ersatzflächen prüfen.  
2731 Dazu gehört auch die Errichtung temporär nutzbarer Sportanlagen.

2732 Neue Stadtquartiere müssen auch mit Sportanlagen ausgestattet werden. Dabei dürfen auch Grün- und  
2733 Freiflächen für den Individualsport nicht fehlen. Wir setzen uns dafür ein, hierfür einen verbindlichen  
2734 Standard zu entwickeln, der auch für private Investoren gilt.

2735 Die Ergebnisse der bezirklichen Sportentwicklungsplanungen wollen wir in einem  
2736 Stadtentwicklungsplan Sport und Bewegung bündeln.

2737 Sportarten, die für ihre Ausübung eine spezielle Infrastruktur benötigen, wie z. B. der Eissport, Skaten  
2738 oder der BMX- oder Klettersport, werden wir bei der Sportentwicklungsplanung von Land und Bezirken  
2739 berücksichtigen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass Menschen in allen Teilen der Stadt und in allen  
2740 Schichten der Bevölkerung Zugang zu deren Nutzung erhalten.

2741 **Zentrale Sportanlagen**

2742 Zur Sportinfrastruktur gehören auch die zentralen Sportanlagen. Für den Olympiapark liegen Planungen  
2743 zur Weiterentwicklung vor. Diese wollen wir ergebnisoffen prüfen, öffentlich diskutieren und zur  
2744 Grundlage der weiteren Planungen und ihrer Umsetzung machen. Der Olympiapark soll für die

2745 öffentliche Nutzung attraktiver werden. Besondere Bedeutung hat für uns die Fertigstellung des  
2746 Sportmuseums, das an diesem historischen Ort einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte des  
2747 Stadions und der Gesamtsporthanlage leisten soll. Wir sind uns dabei des besonderen  
2748 Spannungsverhältnisses zwischen der historischen Belastung des Ortes und seiner heutigen Nutzung  
2749 für Sport- und Unterhaltungsveranstaltungen bewusst. Eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des  
2750 Olympiaparks, die die Ästhetik und Symbolik des Nationalsozialismus auch durch Neu- und Umbau  
2751 aufbricht und trotzdem dem Charakter als Mahn- und Gedenkort gerecht wird, ist zu diskutieren. Eine  
2752 entsprechende öffentlich geführte Debatte wollen wir anstoßen.

2753

2754 Das Sportforum wollen wir als Olympiastützpunkt ebenso weiterentwickeln wie auch für die Nutzung  
2755 durch den ansässigen Schul-, Vereins- und Freizeitsport. Für die Spitzensportförderung wollen wir mit  
2756 dem Bund über einen höheren Anteil an Fördermitteln verhandeln.

### 2757 **Sportstätten optimal ausnutzen**

2758 Die Vergabe der öffentlichen Sportflächen zur unentgeltlichen Nutzung durch die Sportvereine soll mit  
2759 IT-Unterstützung gerechter und transparenter erfolgen. Die in den Bezirken für den Sport zuständigen  
2760 Fachämter wollen wir so ausstatten, dass sie in der Lage sind, die Sportstättenvergabe in diesem Sinne  
2761 zu organisieren und gemeinsam mit dem Sport für eine optimale Auslastung und ordnungsgemäße  
2762 Nutzung der Sportanlagen zu sorgen.

### 2763 **Wertschätzung und Anerkennung des Ehrenamts**

2764 Der gemeinnützige Sport lebt vom Ehrenamt. Das Ehrenamt wollen wir auch weiter fördern und die  
2765 Rahmenbedingungen zur Ausübung verbessern. Dazu gehört es auch, junge und jugendliche  
2766 Vereinsmitglieder für die ehrenamtliche Arbeit im Verein zu gewinnen und sie dafür zu qualifizieren. Zur  
2767 Entlastung des Ehrenamtes gehören ebenso die Vermeidung und der Abbau von Bürokratie im Sport.

2768

2769 U. a. setzen wir uns dafür ein, die Digitalisierung im Sport voranzutreiben, Verwaltungsaufwand zu  
2770 reduzieren.- Zusätzlich sollen die in der Pandemie erarbeiteten digitalen Angebote auch zukünftig  
2771 gefördert werden.

2772

2773 Um die Arbeit der Bezirkssportbünde und größerer Vereine zu unterstützen, wollen wir den Anteil  
2774 hauptamtlich Angestellter ausbauen. Die Übungsleiterpauschale wollen wir anheben und die  
2775 Finanzierung der Trainer:innen weiter verbessern.

### 2776 **Berliner Bäder**

2777 Die Berliner Bäder-Betriebe wollen wir unternehmerisch besser aufstellen. Mit dem Abschluss eines  
2778 Bädervertrages sollen sie eine leistungsgerechte Finanzierung sowie Mittel für die schrittweise,  
2779 umweltgerechte und inklusive Sanierung der Bäder erhalten.

2780 Damit sollen sie in die Lage versetzt werden, den gesetzlichen Auftrag zur Daseinsvorsorge zu erfüllen.  
2781 Auch künftig soll die Nutzung der Bäder für Kitas, Schulen, Horte und Schwimmsportvereine gemäß



2782 Nutzungsverordnung unentgeltlich sein. Wir wollen auch künftig den Super-Ferien-Pass unterstützen,  
2783 der Kindern in den Schulferien den kostenlosen Eintritt ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass  
2784 regionale Versorgungsunterschiede mit Bäderangeboten ausgeglichen werden. U. a. unterstützen wir  
2785 den Bau eines Kombibades in Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf.

#### 2786 **Fankultur stärken**

2787 Für uns ist es wichtig, die Bedeutung der Fans für den Sport anzuerkennen, sie einzubinden und den  
2788 Dialog mit ihnen zu suchen. Wir wollen die Arbeit der sozialarbeiterischen Fanprojekte fördern und  
2789 auszubauen. Insbesondere Vereins- und Fan-Initiativen, die sich für einen diskriminierungsfreien Sport  
2790 und gegen Gewalt, Rassismus und Homophobie einsetzen, wollen wir stärker fördern. Wir fordern, dass  
2791 sich insbesondere der Deutsche Fußballbund daran finanziell beteiligt.

#### 2792 **Sportveranstaltungen – öffentlich, nachhaltig und nicht um jeden Preis**

2793 Die Sportmetropole Berlin hat weltweit einen guten Ruf als Gastgeberin für große nationale und  
2794 internationale Sportevents. Wir wollen künftig bei der Entscheidung über die Durchführung dieser  
2795 Sportveranstaltungen danach gehen, ob und wie sie die sportliche Weiterentwicklung unserer Stadt  
2796 fördern, inwieweit sie unseren inklusiven, ökologischen und nachhaltigen Ansprüchen genügen und vor  
2797 allem, welchen sozialen Mehrwert sie der Stadt bringen. Jede:r Sportinteressierte soll sich den Besuch  
2798 dieser Sportveranstaltungen leisten können. Wir setzen uns dafür ein, einen Kriterienkatalog zu  
2799 erarbeiten, der die Bereitstellung öffentlicher Mittel für Sportgroßveranstaltungen von der Erfüllung  
2800 dieser Kriterien abhängig macht.

#### 2801 **Konsequent gegen Doping-Missbrauch**

2802 Doping und Medikamentenmissbrauch wollen wir weiter konsequent entgegenwirken. Hier sind Politik,  
2803 Sportvereine und -verbände sowie gewerbliche Sportanbieter gefordert, gemeinsam die notwendigen  
2804 frühzeitigen Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Auch in den Schulen soll die  
2805 gesundheitliche Aufklärung darüber gefördert werden. Dafür wollen wir uns auch künftig einsetzen.

2806

# 15. Bildung und Schule

## 2807 **Bildungsübergänge müssen gelingen**

2808 Wir wollen dafür Sorge tragen, dass insbesondere die Übergänge von der Kita in die Grundschule und  
2809 von der Schule in Ausbildung und Beruf gelingen. Dafür sollen unter Auswertung vorliegender  
2810 Erfahrungen Konzepte entwickelt und realisiert werden. Bildungsverbände in den Sozialräumen wollen  
2811 wir fördern.

2812 Wir wollen, dass jede:r Schüler:in die Schule mit einer Perspektive für eine berufliche oder akademische  
2813 Ausbildung verlässt. Alle jungen Menschen sollen unter Beachtung ihrer individuellen Voraussetzungen  
2814 ein passgenaues Angebot erhalten, dass mit ihren Interessen, Wünschen und Neigungen in  
2815 Übereinstimmung steht.

2816 Die Arbeit der Jugendberufsagenturen werden wir insbesondere im Hinblick auf die Ausweitung der  
2817 Zielgruppendefinition und die bezirkliche Ausstattung mit personellen und sächlichen Ressourcen  
2818 verbessern. U. a. wollen wir dafür sorgen, dass verbindliche Regelungen für die berufliche Förderung  
2819 von Mädchen und jungen Frauen, von jungen Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund, von  
2820 Alleinerziehenden oder von jungen Menschen mit Behinderung geschaffen und umgesetzt werden. Alle  
2821 Angebote müssen schrittweise barrierefrei gestaltet und interkulturell geöffnet werden.

2822 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Partner unter dem Dach der Jugendberufsagenturen  
2823 gleichberechtigt ihre Leistungen erbringen. Dies gilt u. a. für die bezirklichen Angebote der  
2824 Jugendberufshilfe und für sozial-integrative Leistungen. Dafür sollen verbindliche  
2825 Ausstattungsstandards in quantitativer und qualitativer Hinsicht entwickelt und im Sinne einer  
2826 Grundausstattung vom Land vollständig finanziert werden.

2827 Modelle einer rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit auch in der Finanzierung wollen wir  
2828 ermöglichen, entsprechende Erfahrungen sollen öffentlich ausgewertet und gute Beispiele publik  
2829 gemacht werden. Wir wollen, dass dafür Vereinbarungen mit der Regionaldirektion für Arbeit Berlin-  
2830 Brandenburg abgeschlossen werden.

## 2831 **Das Recht auf demokratische Beteiligung und Teilhabe umsetzen**

2832 Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen sie und ihre Zukunft betreffenden  
2833 Entscheidungen beteiligt werden. Zeitgemäße Formen der digitalen Mitbestimmung sind für sie und ihr  
2834 Engagement unerlässlich. Wir wollen insbesondere die Stärkung der Medienkompetenz und die  
2835 Unterstützung für Angebote der jugendpolitischen Bildungsarbeit fördern. Den Jugenddemokratiefonds  
2836 wollen wir finanziell aufstocken. Wir wollen erneut eine Initiative zur Absenkung des Wahlalters auf 16  
2837 Jahre für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus starten. Bei der Aufnahme der Kinderrechte ins  
2838 Grundgesetz setzen wir uns dafür ein, dass diese Formulierung nicht hinter der UN-  
2839 Kinderechtskonvention und der geltenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts  
2840 zurückbleibt.

## 2841 **Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe weiterentwickeln**

2842 Wir haben das Landesprogramm Schulsozialarbeit ausgebaut, so dass mit Beginn des Schuljahres  
2843 2021/22 jede Schule, einschließlich der Oberstufenzentren, mit mindestens einer Stelle für  
2844 Schulsozialarbeit ausgestattet wird. Wir wollen das Landesprogramm fortführen, weiterentwickeln und  
2845 gemeinsame verbindliche Qualitäts- und Ausstattungsstandards für die verschiedenen Angebote im  
2846 Bereich Schulsozialarbeit erreichen.

### 2847 **Fachkräftemangel an Schulen beseitigen und Arbeitsbedingungen verbessern**

2848 Ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte sind eine zentrale Grundlage für ein gerechtes und  
2849 zukunftsfähiges Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen die besten Entwicklungschancen  
2850 sichert. Wir müssen die Zumessungsrichtlinien ändern, sodass Teamstunden für Pädagog:innen, ein  
2851 verbesserter Personalschlüssel und weitere personelle Unterstützung (auch in Schulen in sozialen  
2852 Brennpunkten) ermöglicht werden.

2853 Über das Landesprogramm Schulsozialarbeit wollen wir auch Stellen im öffentlichen Dienst schaffen,  
2854 nicht nur bei freien Trägern. Unsere Zielstellung bleibt, eine ausreichende Vertretungsreserve von  
2855 10 Prozent für den Unterricht und die ergänzende Förderung und Betreuung (Hort) zu schaffen.  
2856 Mittelfristig muss das Lernen in kleineren Klassen ermöglicht werden.

2857 Wir brauchen in Berlin eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte für Grund-, Ober- und  
2858 Berufsfachschulen, Erzieher:innen, Integrationsfacherzieher:innen und Sozialarbeiter:innen.

2859 Die Kapazität an Studien- und Ausbildungsplätzen für das Lehramt, für Erzieher:innen und  
2860 Sozialarbeiter:innen wollen wir dafür weiter bedarfsgerecht erhöhen.

2861 Die Ausbildung zu Integrationsfacherzieher:innen wollen wir stärken. Dafür braucht es eine  
2862 Fachschulausbildung.

2863 In der Erzieher:innenausbildung wollen wir die Anzahl der Dozent:innen an den Fachschulen erhöhen,  
2864 um die Kooperation mit den Praxisstellen zu stärken. Wir setzen uns weiter dafür ein, den Erzieher:innen-  
2865 Beruf aufzuwerten und dies auch durch eine deutlich bessere Bezahlung zum Ausdruck zu bringen. Wir  
2866 wollen die Bezahlung von Erzieher:innen nach Tarifvertrag auch durch freie Träger zur Bedingung für  
2867 eine Finanzierung aus Landesmitteln machen.

2868 Erzieher:innen in berufsbegleitender Ausbildung sollen nicht voll auf den Stellenschlüssel angerechnet  
2869 werden. Es braucht auch im Ganztags-Anleitungsbereich analog zum Kitabereich (3-2-1) für angehende  
2870 Erzieher:innen. In der ergänzenden Förderung und Betreuung (eFöB) soll ein verbindlicher  
2871 Personalschlüssel gelten. Sachfremde Tätigkeiten sollen nicht damit abgedeckt werden. Zudem soll ein  
2872 maximaler Anteil der Präsenz im Unterricht festgelegt werden. Einstellungsverfahren für Erzieher:innen  
2873 werden wir beschleunigen. Bei der Einstellung muss die vorherige Berufserfahrung großzügig anerkannt  
2874 und berücksichtigt werden. Supervision für Erzieher:innen soll zukünftig zur Regel werden.

2875 Den "Lehrkräften für Fachpraxis" an den OSZ soll es ermöglicht werden, über den Quereinstieg den  
2876 Masterabschluss und das 2. Staatsexamen zu erreichen.

2877 Berlin allein kann den Fachkräftemangel jedoch nicht beheben. Wir schlagen daher vor, eine  
2878 Bundesratsinitiative für mehr Studienplätze im Lehramt zu initiieren und einen Staatsvertrag zur  
2879 Deckung des Lehrkräftebedarfs abzuschließen. Wir wollen in Berlin die Castingverfahren für

2880 Lehrkräftebewerbungen abschaffen und eine zentrale Bewerbung (auch unter Angabe von  
2881 Wunschschiulen) und Verteilung der Lehrkräfte ermöglichen. So werden auch Schulen in sozialen  
2882 Brennpunkten gut ausgebildete Lehrkräfte erhalten.

2883 Für alle Beschäftigten in den Schulen müssen gute Arbeitsbedingungen selbstverständlich werden! Dazu  
2884 gehören Arbeitsplätze, eine Ausstattung mit digitalen Endgeräten mit WLAN-Zugang und Diensttelefone  
2885 ebenso wie das Arbeiten in multiprofessionellen Teams sowie eine eindeutige Stellenbeschreibung. Es  
2886 müssen feste Stundenanteile u. a. für den Kontakt zu Eltern und Schüler:innen (mittelbare pädagogische  
2887 Arbeit) mit den Beschäftigtenvertretungen vereinbart werden – über die bereits vereinbarten vier  
2888 Stunden für beim Land beschäftigte Erzieher:innen hinaus endlich auch bei freien Trägern.

2889 Die Verbeamtung ist nicht geeignet, den Lehrkräftemangel zu beheben. Sie würde außerdem neue  
2890 Gerechtigkeitslücken schaffen, da viele lebensältere Lehrkräfte und andere pädagogische Professionen  
2891 nicht verbeamtet werden können und sich Unterschiede zwischen Erzieher:innen und Lehrkräften weiter  
2892 vertiefen. Vielmehr müssen die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in verbindlichen Schritten merklich  
2893 verbessert werden.

2894 Beim Quereinstieg wollen wir den Fokus auf die Ausbildungsqualität legen, um Abbrüche zu verhindern.  
2895 Es braucht eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung, eine verbindliche Absicherung der  
2896 Mentor:innenstunden und eine individuelle Betreuung. Die Q-Master-Studiengänge wollen wir weiter  
2897 ausbauen.

## 2898 **Schulen in sozialen Brennpunkten stärken**

2899 Diese Schulen brauchen unsere besondere Unterstützung, denn für die Schüler:innen geht es um mehr  
2900 Chancengerechtigkeit. Zu den multiprofessionellen Teams müssen hier auch Therapeut:innen gehören.

2901 Wir streben eine Entlastung der Lehrkräfte in Form einer verringerten Unterrichtsverpflichtung an und  
2902 ebenso eine Verringerung des Stundendeputats im Hort-Bereich. Ein schrittweiser Aufbau einer  
2903 Vertretungsreserve soll an diesen Schulen starten.

2904 An Schulen in herausfordernder Lage muss die Elternarbeit als besonders zeitintensiver Faktor bei der  
2905 Arbeitszeit stärker berücksichtigt werden und zu einer Entlastung durch eine verringerte  
2906 Unterrichtsverpflichtung bzw. ein verringertes Stundendeputat im Hort führen.

2907 Die Steigerung der Personalausstattung soll prioritär an den Schulen in sozialen Brennpunkten erfolgen.  
2908 Die Lernmittelbefreiung für Berechtigte nach dem Bildungs- und Teilhabepaket bzw. der Berlinpass  
2909 gehören als Indikatoren für Zumessungen auf den Prüfstand. Modelle wie der KESS-Faktor in Hamburg  
2910 könnten vielmehr als Vorbild dienen.

## 2911 **Die inklusive Schule**

2912 Jeder Mensch ist einzigartig und muss in seiner Besonderheit anerkannt und gefördert werden. Alle  
2913 brauchen eine Schule, die so gestaltet ist, dass jede:r werden kann, was ihr/ihm möglich ist.

2914 Inklusive Pädagogik muss in der Ausbildung von Lehrkräften, Sozialpädagog:innen und Erzieher:innen  
2915 zentraler Bestandteil sein.

2916 Multiprofessionelle Teams an inklusiv arbeitenden Schulen müssen unterstützt und weitere  
2917 Berufsgruppen (z. B. Ergo-, Logo-, Physiotherapeut:innen, Psycholog:innen, Lerntherapeut:innen,  
2918 Krankenpfleger:innen, Handwerker:innen, Schulassistent:innen, pädagogische Unterrichtshilfen)  
2919 zusätzlich als verbindlicher Teil der Basiszumessung für das Schulpersonal verankert werden. Wir wollen  
2920 verbindliche und fest im Schulalltag verankerte Teamstunden für alle beteiligten Berufsgruppen, die mit  
2921 Schüler:innen arbeiten, einrichten. Die Zumessungsrichtlinien für Schüler:innen mit  
2922 sonderpädagogischen Förderbedarfen müssen nach oben angepasst werden.

2923 Jede inklusiv arbeitende Schule benötigt zusätzliche Räume zur Förderung der praktischen  
2924 Kompetenzen (Werkstätten, Küchen etc.) und Rückzugsräume für die Schüler:innen. Der Bedarf an  
2925 Räumen sollte sich u. a. an der Ausstattung der inklusiven Schwerpunktschulen orientieren.

2926 Die Rolle und Einsatzmöglichkeiten von Schulhelfer:innen, Schulassistenten und pädagogischen  
2927 Unterrichtshilfen müssen ausgeweitet, die Beantragungsmöglichkeiten erleichtert werden.

2928 Die Effekte der verlässlichen Grundausrüstung in der Grundstufe müssen überprüft werden. Eine  
2929 Nachsteuerungsreserve für inklusive Schulen soll abrufbar sein.

2930 Ein einmal festgestellter Förderbedarf gilt für den Ganzttag und muss dementsprechend zukünftig so  
2931 berücksichtigt werden. Jede:r Lernende mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollte künftig doppelt  
2932 bei der Bemessung der Klassenstärke zählen. Inklusiv arbeitende Schulen haben einen höheren  
2933 Fortbildungsbedarf und sollen einen zusätzlichen jährlichen Studientag erhalten.

2934 Übergänge in die weiterführende Schule werden erleichtert: Schulen, die eine Aufnahmeauswahl  
2935 wünschen, entwickeln ein eigenes Auswahlverfahren.

2936 Gymnasien, die inklusiv arbeiten und Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf  
2937 aufnehmen, werden wir mit zusätzlichen Ressourcen unterstützen. Das Probejahr an Gymnasien wollen  
2938 wir abschaffen und die gemeinsame 6-jährige Grundschulzeit verbindlich für alle verankern. Einmal  
2939 aufgenommene Schüler:innen haben das Recht an der Schule zu verbleiben. Das Sitzenbleiben wollen  
2940 wir abschaffen. Freiwillige Wiederholungen sind pädagogisch begründet möglich. Alle weiterführenden  
2941 Schulen in Berlin führen zum mittleren Schulabschluss (MSA).

## 2942 **Unterricht von Kindern mit und ohne Fluchtgeschichte**

2943 Laut Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen hat jedes Kind das Recht auf Bildung, egal in  
2944 welchem Land es geboren wurde oder wo es heute lebt. Aus diesem Grund wollen wir, dass die  
2945 Einschulung von geflüchteten Kindern in Berlin unverzüglich umgesetzt wird. Willkommensklassen sind  
2946 ein Anfang für die Neuberliner:innen und dieser muss am Regelschulstandort stattfinden. Eine  
2947 Beschulung in den Gemeinschaftsunterkünften lehnen wir konsequent ab.

2948 Die Schule ist ein sozialer Ort, der Begegnungen und Lernen ermöglicht. Wir möchten gemeinsames  
2949 Lernen nach Bedarfen ermöglichen. Durch feste und langfristige Lehrkräfte kann ein kontinuierliches  
2950 und regelmäßiges Lernen angeregt werden.

2951 Um einen möglichst schnellen, fließenden Übergang in die Regelklassen zu begünstigen, setzen wir uns  
2952 für eine schrittweise Teilnahme am Regelunterricht ein, begleitet von Methodenweiterbildungen für  
2953 Lehrkräfte und Sprachförderung für Schüler:innen.

2954 Neben der schulischen Bildung haben alle Kinder auf dieser Welt ein Recht auf Spiel und Freizeit. Die  
2955 Corona-Pandemie hat gezeigt, dass insbesondere geflüchtete Kinder ungehört bleiben, die  
2956 Einrichtungen spät informiert oder Spielplätze nicht genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein,  
2957 dass alle Kinder Zeit und Möglichkeiten für Spiel und Erholung in ihren Einrichtungen aber auch an der  
2958 frischen Luft bekommen. Kinder brauchen diese Phasen.

### 2959 **Gemeinschaftsschulen stärken und neu bauen**

2960 Studien haben gezeigt, dass lernschwache und lernstarke Schüler:innen durch gemeinsames Lernen an  
2961 Gemeinschaftsschulen bessere Leistungen erzielen. Der Bildungserfolg kann hier am besten vom  
2962 Sozialstatus der Eltern entkoppelt werden. Hier wird Inklusion gelebt. Die Erfolge in den  
2963 Gemeinschaftsschulen wurden erreicht, obwohl die Gemeinschaftsschulen jeweils einen  
2964 überdurchschnittlichen Anteil von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder  
2965 nichtdeutscher Herkunftssprache sowie aus armen Verhältnissen aufweisen.

2966 Schulneubauten wollen wir bevorzugt als Gemeinschaftsschulen bauen. Schulen, die sich auf den Weg  
2967 machen, Gemeinschaftsschulen zu werden, brauchen finanzielle und personelle Unterstützung.  
2968 Gemeinschaftsschulen sollen ein Anrecht auf eine durchgängige, gleichmäßige Zügigkeit in Grund- und  
2969 Oberstufe erhalten. Wir streben 100 neue Gemeinschaftsschulen bis 2026 an. Die wissenschaftliche  
2970 Begleitung der Gemeinschaftsschulen soll weiterhin abgesichert werden.

2971 Gebäude der Gemeinschaftsschulen werden, falls nicht ausreichend vorhanden, mit zusätzlichen  
2972 Werkstätten, Schulküchen, Teilungsräumen, Therapieräumen und behindertengerecht ausgebaut.  
2973 Gymnasien, die den Weg zu einer Gemeinschaftsschule einschlagen, haben das Recht mit Werkstätten  
2974 ausgestattet zu werden.

2975 Viele Gemeinschaftsschulen bewerten Leistungen von Schüler:innen bereits erfolgreich bis zum 9.  
2976 Jahrgang ohne Noten. Wir wollen, dass das an allen Schulen zum jährlich überprüften Grundprinzip wird  
2977 und Abweichungen davon nur durch die Schulkonferenz beschlossen werden können.

### 2978 **Ganztagsschule stärken für mehr Bildungsgerechtigkeit**

2979 Alle Berliner Grundschulen, integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und zunehmend auch  
2980 Gymnasien sind Ganztagsschulen. Die Doppelnutzung von Räumen für Unterricht und eFöB (= Hort)  
2981 wollen wir vermeiden. Wir setzen uns für ein eigenes Budget für eFöB-Räume sowie für eine Erhöhung  
2982 der Materialausstattung im Ganztage ein. Wir setzen uns dafür ein, dass zu jeder Schule eine mit Medien  
2983 und Technik gut ausgestattete Schulbibliothek mit qualifiziertem, gut bezahltem Personal gehören  
2984 muss, die zu einem multimedialen Lernzentrum weiterentwickelt werden kann.

2985 Um noch mehr Kindern gleiche Bildungschancen zu geben, wollen wir den Besuch der eFöB im 3. und  
2986 4. Jahrgang, wie schon unter r2g für den 1. und 2. Jahrgang eingeführt, für die Eltern kostenfrei  
2987 verwirklichen.

2988 Für die Umsetzung des kostenfreien Mittagessens wollen wir bedarfsgerecht neue Stellen schaffen. Das  
2989 Mensenprogramm muss fortgeführt werden, sodass jede Schule mittelfristig über eine eigene Mensa  
2990 verfügt. Schüler:innen brauchen in der Ganztagsschule ein gesundes Mittagessen, das möglichst aus  
2991 regionalen Produkten in der Schulküche frisch zubereitet wird und in einer Schulmensa gemeinsam

2992 gegessen werden kann. Dabei wollen wir, dass auch die Schüler:innen der Sekundarstufe I ein für sie  
2993 kostenfreies Mittagessen bekommen.

#### 2994 **Schulbau beschleunigen, Schulsanierung fortsetzen**

2995 Der Sanierungsstau bei den Berliner Schulen ist riesig. Zusätzlich braucht die Stadt deutlich mehr  
2996 Schulplätze, denn die Zahl der Schüler:innen wächst weiter und viele Schulen sind überbelegt. Dafür  
2997 müssen noch über 50 Schulen neu gebaut werden. Viele Schulen brauchen Ergänzungsbauten. Das ist  
2998 eine Mammutaufgabe. Sie wird nur in einer konzertierten Aktion von Senat, Bezirken und Howoge zu  
2999 schaffen sein.

3000 Die bereits beschlossenen Modellschulen müssen umgesetzt werden. Eine bedarfsorientierte räumliche  
3001 Ausstattung ist eine Notwendigkeit für bestehende Schulen wie auch für Neubauten.

3002 Neue Schulen müssen nachhaltig und nach dem Compartmentmodell, das den Anforderungen von  
3003 Inklusion, Ganzttag und neuer Pädagogik gerecht wird, gebaut werden.

3004 Schulen müssen sich in den Stadtraum öffnen. Bei der Stadtplanung muss das mitgedacht werden. So  
3005 sollten schon in der Planung neuer Schulen prinzipiell auch Räume für eine Musikschule, eine  
3006 Stadtteilbibliothek, für Kultur, Sport, eine Jugendverkehrsschule, Stadtteilzentren oder für andere  
3007 Nutzungsangebote mitgedacht werden.

#### 3008 **Schulreinigung kommunal**

3009 Die Reinigung der Berliner Schulen soll innerhalb der Legislaturperiode rekommunalisiert werden. Da  
3010 die Schulreinigung zur Aufgabe der Bezirke gehört, soll das Land den Bezirken für diese Aufgabe die  
3011 notwendigen Stellen und die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

#### 3012 **Öffentliche Schulen stärken**

3013 Besondere pädagogische Angebote können durchaus die schulische Bildung in Berlin bereichern,  
3014 allerdings besteht hier auch die Gefahr, dass Privatschulen gegen das Sonderungsverbot verstoßen. Das  
3015 Berliner Schulsystem ist ein öffentliches Schulsystem. Es ist durch Anreize, Auflagen und das  
3016 Finanzierungssystem unbedingt sicherzustellen, dass Privatschulen nicht gegen das Sonderungsverbot  
3017 verstoßen und eine soziale Mischung der Schülerschaft gewährleistet ist.

#### 3018 **Mitbestimmung - demokratische Schule**

3019 Die Schule soll Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg unterstützen, mündige Bürger:innen zu werden.  
3020 Wir halten die Stärkung der politischen Entscheidungskraft der Schüler:innengremien für einen  
3021 wichtigen Schritt auf diesem Weg, z. B. durch eine bessere Finanzierung der Schüler:innenvertretung.  
3022 Wir unterstützen außerdem Projekte zur autonomen Finanzierung der Schüler:innenschaft. Der  
3023 Schüler:innenhaushalt soll auf alle Bezirke ausgeweitet werden. Schüler:innenparlamente sollen  
3024 unterstützt werden.

#### 3025 **Antidiskriminierung in der Bildung**

3026 Wir setzen uns konsequent für eine Schule ohne Rassismus, ohne Mobbing und ohne Gewalt ein. Dafür  
3027 sollte die Stelle und der Einfluss des:r Antidiskriminierungsbeauftragten gestärkt werden. Deshalb  
3028 haben wir das erste Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) geschaffen, das auch für den  
3029 Bildungsbereich gilt. Präventionsprogramme in diesen Bereichen sollen unterstützt und verstetigt  
3030 werden. Wir wollen, dass Antidiskriminierung und Diversität in der Aus- und Weiterbildung von  
3031 Lehrer:innen und Erzieher:innen einen größeren Raum einnehmen.

### 3032 **Berufliche Bildung und Berufsorientierung**

3033 Um die Gleichwertigkeit von Beruflicher Bildung und der Allgemeinbildung zu erreichen, müssen die  
3034 Oberstufenzentren (OSZ) weiter gestärkt werden, z. B. durch Verbünde von Integrierten  
3035 Sekundarschulen (ISS) mit OSZ.

3036 Die Berufsschullehrkräfteausbildung an der Technischen Universität wollen wir deutlich stärken, zum  
3037 einen durch mehr personelle und Werkstattkapazitäten und zum anderen durch gezielte  
3038 Werbemaßnahmen für das Berufsschullehramt. Den „Lehrkräften für Fachpraxis“ an den OSZ soll  
3039 ermöglicht werden, über den Quereinstieg den Masterabschluss und das 2. Staatsexamen zu erreichen.

3040 Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen, die kein Studium aufnehmen wollen, ein Angebot für einen  
3041 Ausbildungsplatz erhalten (Ausbildungsgarantie). Die allgemeinbildenden Schulen müssen in die  
3042 Verantwortung genommen werden für die Vermittlung einer Anschlussperspektive der jungen  
3043 Menschen. Die Teams für Berufs- und Studienorientierung (BSO-Teams) an den Schulen wollen wir  
3044 weiter stärken. Die Berufsorientierung ist als wichtige Aufgabe der gesamten Schule zu etablieren und  
3045 zu kontrollieren.

3046 Das System der Berufs- und Studienorientierung muss grundsätzlich evaluiert werden. Maßnahmen  
3047 sollen konzeptionell gemäß dem Landeskonzzept aufeinander abgestimmt werden. Jugendliche mit  
3048 Migrationshintergrund brauchen Chancen. Den „Berlin braucht dich“-Ansatz der Pilotschulen wollen wir  
3049 in der Breite verankern und dabei die Mitarbeit von landeseigenen Unternehmen forcieren.

3050 Das 11. Pflichtschuljahr lehnen wir ab. Stattdessen muss die Berufsorientierung in der Oberstufe und  
3051 an den OSZ ausgebaut werden. Die Erfolgsmodelle Integrierte Berufsausbildung (IBA) und das Berliner  
3052 Ausbildungsmodell (BAM) werden wir in enger Bindung an die Betriebe fortsetzen.

3053 Die Jugendberufsagentur muss weiter gestärkt werden. Es braucht eine jugendgerechtere Ansprache,  
3054 eine gestärkte aufsuchende Beratung, mehr Elternansprache, und konzertierte, regionale  
3055 Vermittlungsaktionen. Virtuelle Messen und die Ansprache für Ausbildungsplatzsuche sind auszubauen,  
3056 Nachvermittlungsaktionen müssen verstärkt werden.

3057 Die Zuständigkeit für schulische und betriebliche Berufsbildung muss zukünftig in einer  
3058 Senatsverwaltung liegen, um Sollbruchstellen beim Übergang Schule-Beruf zu vermeiden.

3059 Wohnungsangebote und Neubauten der städtischen Wohnungsbaugesellschaften für Studierende und  
3060 Auszubildende müssen weiter ausgebaut werden. Es soll geprüft werden, ob der Mietpreis für die „Easy-  
3061 Living“-Wohnungen der Berlinovo reduziert werden kann, sodass die Wohnungen auch für  
3062 Auszubildende bezahlbar sind. Zudem sollen weitere Kooperationen zwischen Betrieben,  
3063 Sozialpartner:innen und dem Land Berlin zur Errichtung von Azubi-Wohnheimen geschlossen werden.

### 3064 **Digitalisierung in der Bildung**



3065 Digitale Bildung dient der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken.  
3066 Wir wollen die Rolle von Digitalkompetenzen in der pädagogischen Ausbildung und  
3067 Fortbildungskonzepte für Pädagog:innen, Erzieher:innen und Kollegien stärken. Es braucht Professuren  
3068 für Medienbildung sowie medienpädagogische Fortbildungskonzepte. Gamification und Augmented  
3069 Reality, wie sie etwa von medialepfade.org verfolgt werden, sind vielversprechende Ansätze dazu. Die  
3070 Landesplattform für Offene Bildungsressourcen (OER) soll ausgebaut, die Erstellung von OER durch  
3071 Lehrkräfte gefördert und auf Dauer ausfinanziert werden.

3072 Wir wollen ein landesweites Bildungskompetenzzentrum sowie einen Beirat für digitale Bildung unter  
3073 Beteiligung von Schulen, Bezirken, Universitäten, Wirtschaft etc. einrichten. Die  
3074 Medienkompetenzzentren in den Bezirken wollen wir ausbauen.

3075 Die IT-Beauftragten brauchen mehr Freistellungsstunden und sollen die Schulen aktiv bei der digitalen  
3076 Schulentwicklung beraten und unterstützen.

3077 Alle Schüler:innen brauchen digitale Endgeräte, sie sind Teil des Existenzminimums und sollten im  
3078 Rahmen von Transferleistungen finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch dem  
3079 pädagogischen Personal endlich eine von den Personalräten mitbestimmte dienstliche IT-Ausstattung  
3080 zur Verfügung gestellt wird. Dies betrifft etwa Endgeräte, Mailadressen und Chatmöglichkeiten.

3081 Wir wollen den nicht kommerziellen Lernraum Berlin als Open-Source-Plattform bedarfsgerecht  
3082 modernisieren und weiterentwickeln. Der Lernraum muss besser auf den Masseneinsatz vorbereitet  
3083 werden und braucht eine entsprechende Administration. Chat- oder Videofunktionen können  
3084 datenschutzgerecht implementiert werden.

3085 Wir wollen, dass die Bildungsverwaltung in Absprache mit der Beauftragten für Datenschutz und  
3086 Informationsfreiheit eine Positivliste guter Software entwickelt und als Unterstützung für die Lehrkräfte  
3087 und Schulleitungen zur Verfügung stellt sowie bei der Beschaffung unterstützt.

3088 Bei der Ausstattung von Schulen mit digitalen Geräten sollten nachhaltige Beschaffungskriterien  
3089 verpflichtend sein. Die Lehrkräfteausbildung sowie die öffentlich finanzierte Fort- und Weiterbildung  
3090 muss verpflichtend den Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen beinhalten. In allen Phasen der  
3091 Lehrkräftebildung sollte ein Fokus insbesondere auf Daten- und Datenschutz-Kompetenzen als Basis für  
3092 die Auswahl und Anwendung von digitalen Lehr- und Lernmitteln sowie für den Umgang mit Algorithmen  
3093 und künstlicher Intelligenz gelegt werden.

3094 Für IT-Admins wollen wir angemessen eingruppierte Stellen im Öffentlichen Dienst schaffen. Darüber  
3095 hinaus wollen wir eine feste Zuordnung von Admins zu Schulen, im Idealfall über Pools, sodass  
3096 Vertretungen im Urlaubs- oder Krankheitsfall möglich sind.

3097 Der Anschluss der Schulen an Breitbandnetze (mind. 1 GBit) muss im Rahmen einer Taskforce aus Land,  
3098 Bezirken und ITDZ beschleunigt werden – auch dort, wo keine Sanierung ansteht. Die Digitalisierung  
3099 der Schulen darf nicht zur weiteren Zersplitterung der Berliner IT-Landschaft führen, sondern muss sich  
3100 in das eGovernment-Gesetz einpassen.

3101 **Musik- und Volkshochschulen**

3102 Wir unterstützen wir die Forderung der Lehrkräfte und Dozent:innen nach einer Rahmenvereinbarung  
3103 für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Weiterbeschäftigung  
3104 nach Krankheit, Elternzeit und Pflege sowie längerfristige Arbeitsverträge sichert. Darüber hinaus soll  
3105 ein Stufenplan mit dem Ziel von mindestens 35 Prozent Festanstellungen an den Berliner Musikschulen  
3106 bis 2025 bei entsprechender Gegenfinanzierung auf den Weg gebracht werden.

3107 **Werbung und Sponsoring an Schulen**

3108 Kommerzielle Werbung wie auch Werbung für die Bundeswehr an Schulen müssen verboten werden.  
3109 Schulen brauchen klare Kriterien für Transparenz, Ausgewogenheit und Vielfalt bei Kooperationen  
3110 zwischen Schule und Wirtschaft, kommerziell geprägten Verbänden, Vereinen und Stiftungen und  
3111 anderen Akteur:innen der Zivilgesellschaft, um einseitige und interessengeleitete Einflussnahme im  
3112 Unterricht und in der Schule auszuschließen. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften aller  
3113 Schulformen müssen (verpflichtend) Module eingeführt werden, die für die Gefahren der Einflussnahme  
3114 von Lobbygruppen auf den Unterricht sensibilisieren.

3115

# 16. Hochschulen und Wissenschaft

## 3116 **Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Berlin**

3117 Berlin ist eine Wissenschaftsstadt. Die Produktion und Weitergabe von Wissen spielt für unsere  
3118 Gesellschaft, für unser Gemeinwesen und unsere Wirtschaft eine große Rolle. Die vielfältige Landschaft  
3119 aus Hochschulen und Forschungsinstituten wollen wir als LINKE erhalten und ausbauen.

3120 Für uns steht dabei nicht nur die Orientierung auf internationale Forschungscommunitys, sondern auch  
3121 der Nutzen für die Gesellschaft in Berlin, für unsere Region auf der Tagesordnung. Wissenschaft kann  
3122 und soll zu den großen Herausforderungen der Zukunft Lösungen vorbereiten und entwerfen – dem  
3123 Kampf gegen den Klimawandel, dem Umgang mit Migration und Inklusion oder zur sozialen und  
3124 ökologischen Stadtentwicklung etwa.

3125 Kritische Wissenschaftsansätze etwa in der Friedens- und Konfliktforschung, einer vielfältigen  
3126 Ökonomie, in der Geschlechter- und Diversitätsforschung, aber auch in der Public-Health-Forschung  
3127 wollen wir stärken.

3128 Wir wollen eine umfassende Open-Science-Initiative für Berlin. Konzeptionen, die etwa aus dem Open  
3129 Access Büro Berlin vorliegen, wollen wir in die Umsetzung bringen.

## 3130 **Hochschulfinanzierung und Investitionspakt**

3131 Mit den neuen Hochschulverträgen wollen wir die Grundfinanzierung im Vergleich zu  
3132 Projektfinanzierungen weiter stärken und den Hochschulen Planungssicherheit für weitere fünf Jahre  
3133 geben. Mindestens sollen Tarifaufwüchse und Preissteigerungen sowie zusätzlich ein Mittelaufwuchs  
3134 für Neugestaltung landesweit finanziert werden. In den Hochschulen muss unter Beteiligung der direkt  
3135 gewählten Gremien eine transparente und zielorientierte Entwicklungs- und Personalplanung zur  
3136 Grundlage der Finanzierung werden.

3137 Wir wollen das System der leistungsbezogenen Mittelvergabe auf den Prüfstand stellen, Kriterien  
3138 reduzieren und auf ihre Zielgenauigkeit und eventuelle Fehlanreize prüfen.

3139 Das Studium in Berlin bleibt gebührenfrei, die Rückmeldegebühren wollen wir abschaffen.

3140 Die Hochschulen brauchen einen Investitionspakt sowie einen Masterplan, um den Investitionsstau  
3141 strukturiert und in einem überschaubaren Zeitraum abzubauen. Beim Neubau wollen wir insbesondere  
3142 die Fachhochschulen, die unter massivem Raummangel leiden, stärken. Die weiteren Bauabschnitte der  
3143 Alice-Salomon-Hochschule (ASH), den neuen Standort der Beuth-Hochschule in Tegel sowie den  
3144 Zentralstandort der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) wollen wir voranbringen. Die  
3145 Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) soll sowohl am Standort Badensche Straße erweitert als  
3146 auch am Standort Friedrichsfelde Ost zum Bauherren in eigener Sache werden.

## 3147 **Gute Arbeit und Personalstruktur**

3148 In der laufenden Legislaturperiode wurden die Grundlagen für eine Umsetzung von besserer Arbeit in  
3149 den Berliner Hochschulen gelegt, weitere Herausforderungen insbesondere in den Bereichen Entfristung

3150 und Personalstruktur liegen vor uns. So wollen wir mit den kommenden Hochschulverträgen  
3151 verbindliche Konzepte zur Entfristung von wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen sowie Dozent:innen  
3152 verabreden und auf diese Weise ihren Anteil auf 45 Prozent erhöhen. Die Hochschulen sollen zudem in  
3153 das Pooling von Drittmittelstellen einsteigen, um auch hier unbefristete Verträge zu ermöglichen.

3154 Alle Stellen im Mittelbau müssen an Forschung und Lehre angebunden sein und als Vollzeitstellen  
3155 (mindestens aber Teilzeitstellen mit 65 Prozent) ausgestaltet sein.

3156 Das erweiterte Aufgabenspektrum der (Fach-)Hochschulen der angewandten Wissenschaft, etwa in  
3157 Forschung und Third Mission, muss sich auch beim Lehrdeputat und bei den Arbeitsbedingungen  
3158 niederschlagen. Den Mittelbau der Fachhochschulen wollen wir weiter entwickeln und ausbauen.

3159 Wir wollen an den Universitäten Stellen in der dauerhaften, selbstständigen Stellenkategorie im  
3160 Angestelltenverhältnis neben der Professur einrichten, die nach der Promotion angetreten wird und  
3161 mittels eines qualitätsgesicherten Verfahrens bis in eine Dauerposition führt. Zugleich soll es keine  
3162 Juniorprofessur mehr ohne Tenure Track geben. Das Hausberufungsverbot sollte in beschränktem Maße  
3163 gelockert werden, um fähige Wissenschaftler:innen halten zu können.

3164 Der gesetzliche Auftrag, für Daueraufgaben auch Dauerstellen einzusetzen, muss mit den kommenden  
3165 Hochschulverträgen untermauert werden. Lehraufträge sollen der Einbindung externen Wissens dienen  
3166 und nicht dem Stopfen von Löchern in der Personaldecke. Vor- und Nachbereitung ist bei der Vergütung  
3167 stärker zu berücksichtigen. Die Anbindung von Lehrbeauftragten an die Infrastruktur und die  
3168 Ressourcen der Hochschule ist sicherzustellen. Für grundständige und dauerhafte Lehraufgaben sind  
3169 Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben sowie wissenschaftliche Mitarbeiter:innen einzustellen.

3170 Das Forum Gute Arbeit soll die Verhandlung und Umsetzung der Hochschulverträge begleiten. Dazu  
3171 muss es auf geeignetere organisatorische Grundlagen gestellt und mit einer besseren Datenbasis  
3172 ausgestattet werden. Gemeinsam mit den Personalräten und den Gewerkschaften sollen auch an den  
3173 Hochschulen und Forschungseinrichtungen krisenfeste und familienfreundlichere Arbeitszeit- und  
3174 Arbeitsortmodelle umgesetzt werden.

3175 In der Personalstruktur wollen wir an den Universitäten weiter vom Lehrstuhlprinzip weg hin zu einer  
3176 Faculty-Struktur kommen, die das Arbeiten in Teams stärkt und die Personalentwicklung bei den  
3177 Fachbereichs- und Fakultätsstrukturen ansiedelt. Dabei sollen nicht nur Professor:innen, sondern auch  
3178 selbstständig arbeitende, angestellte Wissenschaftler:innen als Träger:innen des Grundrechts der  
3179 Wissenschaftsfreiheit betrachtet werden.

3180 Ein besonderes Augenmerk muss auf den Arbeitsbedingungen des wissenschaftsunterstützenden  
3181 Personals liegen, dessen Aufgabenspektrum sich deutlich erweitert hat. Eingruppierungen,  
3182 Stellenbeschreibungen und Entgelte sollten diese Erweiterung ebenso widerspiegeln wie die  
3183 Ausstattung der Arbeitsplätze und die Mitbestimmungsmöglichkeiten in Gremien.

#### 3184 **Wissenschaft demokratisch gestalten**

3185 Die demokratische Gestaltung von Hochschulen ist in den vergangenen Jahrzehnten zugunsten von  
3186 New-Public-Management-Mechanismen und starken Hochschulleitungen und Dekanaten beschränkt  
3187 worden. Zugleich ist die Legitimation von gewählten Gremien und innerhochschulischen Prozessen  
3188 zurück gegangen. Die akademische Selbstverwaltung braucht ein Upgrade: durch mehr Transparenz,  
3189 mehr Beteiligung und mehr Rechte. Sie ist kein Selbstzweck, sondern dient der Absicherung der

3190 Wissenschaftsfreiheit und einer demokratischen und sozialen Verfasstheit der Hochschulen. Auch an  
3191 den Forschungseinrichtungen wollen wir demokratischen Prozessen der Selbstverwaltung mehr Raum  
3192 geben.

3193 Wir wollen die Selbstverwaltung in den Gremien professionalisieren, Informationsansprüche,  
3194 Fragerechte und Antwortpflichten präzisieren. Die neu einzurichtenden Gremienreferate müssen  
3195 entsprechend ausgestattet werden. Wir wollen besonders die Mitarbeit der Studierenden in Gremien  
3196 unterstützen etwa durch eine Anrechnung auf Studienleistungen sowie durch Erhöhung der  
3197 Aufwandsentschädigungen.

3198 Mindestens die Grundordnungsgremien wollen wir viertelparitätisch besetzen und die Spielräume der  
3199 anstehenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausnutzen.

3200 Professor:innen und Lehrbeauftragte sollen ebenfalls in die Personalvertretung einbezogen werden. An  
3201 den konfessionellen Hochschulen wollen wir die Mitbestimmung der Beschäftigten ausweiten.

## 3202 **Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung**

3203 Wir wollen freie, intrinsisch initiierte Forschung in der Breite ermöglichen und grundfinanzieren. Die  
3204 Kriterien der leistungsbezogenen Mittelvergabe sollen auch in der Forschung auf Fehlanreize geprüft  
3205 und modernisiert werden. Bei Drittmittelprojekten und Auftragsforschung soll die gesetzliche  
3206 Transparenzpflicht umfassend eingehalten werden.

3207 Die Forschung an Fachhochschulen wollen wir stärken. Das Institut für angewandte Forschung (IFAF)  
3208 unterstützen wir bei der Neuaufstellung durch eine bessere Finanzierung und durch dauerhafte  
3209 Strukturen.

3210 Der Forschungsraum Berlin-Brandenburg muss enger zusammenwachsen. Universitäten,  
3211 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und auch Fachhochschulen sollten enger kooperieren –  
3212 auch in Transfer und Lehre.

3213 Wir unterstützen Vielfalt in den wissenschaftlichen Ansätzen und dabei besonders kritische  
3214 Wissenschaft. In den Wirtschaftswissenschaften wollen wir die Schaffung heterodoxer Professuren  
3215 fördern und soziale und ökologische Aspekte sowie Geschlechterfragen berücksichtigen. Wir  
3216 unterstützen die Bestrebungen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) für eine Stärkung  
3217 dieser Ansätze über die Schaffung eines eigenen Fachbereichs bzw. eigener Studiengänge.

3218 Die Forschung zu Public Health ist gerade nach den Erfahrungen in und mit der Pandemie besonders  
3219 auszubauen und abzusichern. Auch die Geschlechter- sowie die Friedens- und Konfliktforschung wollen  
3220 wir finanziell dauerhaft absichern.

3221 Das Programm „Wissen für Berlin“, das Forschung für die soziale und nachhaltige Entwicklung unserer  
3222 Stadt fördert, wollen wir neu starten und mit mehr Beteiligung der Stadtgesellschaft entwickeln. Dazu  
3223 soll es einen Runden Tisch mit Akteur:innen aus der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und dem  
3224 öffentlichen Sektor geben.

## 3225 **Selbstbestimmung und Qualität in Lehre und Studium**

3226 Die Qualität in Lehre und Studium wollen wir deutlich verbessern. Insbesondere geht es darum, die  
3227 Überregulierung und Verschulung zugunsten von mehr Selbstbestimmung von Lehrenden und

3228 Studierenden abzubauen. Die Wahl- und Abwahlfreiheit bei Modulen müssen im Sinne des  
3229 ursprünglichen Ansatzes der Modularisierung deutlich ausgebaut werden. Die Mitbestimmung von  
3230 Studierenden in der Qualitätssicherung (Systemakkreditierung) wollen wir ausbauen.

3231 Gerade nach den Erfahrungen in der Pandemie müssen digitale Lehrformate besser unterstützt und  
3232 abgesichert werden. Die Hochschuldidaktik ist weiterzuentwickeln, auch um unter digitalen  
3233 Bedingungen gemeinsame Erfahrungs- und Arbeitsräume gestalten zu können. Um die technische  
3234 Ausstattung von Lehrenden wie Studierenden zu unterstützen, setzen wir uns weiter für einen  
3235 Digitalpakt Hochschule auf Bundesebene ein.

3236 Wir wollen einen Studienraum Berlin-Brandenburg, in dem Studienleistungen (wieder)  
3237 voraussetzungslos und ohne weitere Prüfung gegenseitig anerkannt werden.

3238 Neben der Qualität des Studiums wollen wir besonders die sozialen Voraussetzungen verbessern. Auf  
3239 Bundesebene setzen wir uns für den Ausbau des BAföG insbesondere durch die Ausweitung der  
3240 Berechtigtenkreise sowie durch die Erhöhung der Regelsätze ein. Das Angebot von Wohnheimplätzen  
3241 des Studierendenwerks wollen wir durch Neubau und Zukauf deutlich erhöhen. Das Studierendenwerk  
3242 sollte dazu Kredite aufnehmen können. Das Semesterticket wollen wir als Solidarmodell erhalten und  
3243 auf den Preis des Azubi-Tickets senken.

3244 Der Heterogenität von Bildungsbiographien müssen wir besser Rechnung tragen. Dies gilt sowohl für  
3245 verlängerte Studienverläufe, aber auch für das Studieren mit Kind. Die projektfinanzierte Servicestelle  
3246 „Familie in der Hochschule“ wollen wir verstetigen. Regelstudienzeiten sollen für die Hochschule, nicht  
3247 aber für die Studierenden gelten.

3248 Bereits beim Zugang wollen wir Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten besser berücksichtigen, die  
3249 Hochschulen weiter öffnen und die Zusammenarbeit mit dem Schulsektor ausbauen. Die Möglichkeit  
3250 eines Orientierungsstudiums wollen wir ausweiten und besonders Geflüchteten eine Vorbereitung auf  
3251 das Studium ermöglichen.

3252 Das Zugangsportale Uni Assist muss grundlegend neu aufgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass  
3253 Uni Assist als Anstalt öffentlichen Rechts neu startet und aus Bundesmitteln statt über Gebühren  
3254 finanziert wird. Dabei sind insbesondere Mitbestimmung und Transparenz mitzudenken.

## 3255 **Lehrkräftebildung**

3256 Die Anzahl an Lehramtsstudienplätzen in Berlin muss weiter erhöht, aber auch eine gute Qualität des  
3257 Lehramtsstudiums gewährleistet werden. Das Lehramt muss an der Universität generell gestärkt,  
3258 universitätsübergreifend gestaltet und professionalisiert werden. Professor:innen benötigen  
3259 Praxiserfahrung. Didaktik muss ein Schwerpunkt im Studium sein, auch im Masterstudium. Wir wollen  
3260 zudem diskutieren, welche Beschäftigungsperspektive für Absolvent:innen eines Lehramtsbachelors  
3261 geschaffen werden können.

3262 Wir schlagen eine Orientierungsphase für das Lehramtsstudium vor, in der Interessierte  
3263 fachübergreifend ihre Neigung zum Lehramt prüfen können.

3264 Bereits im Bachelorstudium braucht es einen höheren Pflicht-Praxisanteil in den Schulen. Das  
3265 Orientierungspraktikum ist auszuweiten, auch in anderen Berufsfeldern wie sozialer Arbeit oder

- 3266 frühkindlicher Bildung. Wir wollen das Lehramtsstudium insgesamt so strukturieren, dass mehr eigene  
3267 Schwerpunktsetzung möglich ist.
- 3268 Inhalte wie pädagogische Haltung, Selbst- und Sozialkompetenzen, Beziehungsarbeit und  
3269 Antidiskriminierung benötigen einen größeren Raum im Studium. Themen wie der Umgang mit  
3270 Diversität, Inklusive Pädagogik, Medienbildung, politische Bildung, Schulentwicklung, Deutsch als  
3271 Zweitsprache und Nachhaltigkeit müssen verbindlich im Studium verankert werden. Die Reflexion der  
3272 Berufswahl soll als fester Bestandteil ins Studium integriert werden.
- 3273 Angebote wie "Lehramt plus" und studentische Tutorien sind zu stärken.
- 3274 Das Praxissemester könnte früher im Masterstudium verankert werden. Es braucht  
3275 Unterstützungssysteme, da Praxissemester und Erwerbsarbeit nur schwer miteinander vereinbar sind.  
3276 Die Betreuung im Praxissemester durch Unterrichtsbesuche ist zu intensivieren. Abgeordnete  
3277 Lehrkräfte sind hier eine wichtige Unterstützung. Wir wollen die Kooperationen von Schulen und  
3278 Universitäten ausbauen und Ausbildungsschulen einrichten.
- 3279 Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Abschlüssen muss erhöht werden, indem mit einem  
3280 Lehramtsbachelor immer noch die Chance auf ein Fachmasterstudium oder eine wissenschaftliche  
3281 Laufbahn oder für einen Auslandsaufenthalt für Lehrkräfte besteht.
- 3282 Es ist zu prüfen, ob der Semesterablauf des letzten Semesters an das Schuljahr angepasst werden  
3283 könnte, da Lehramtsstudierende so früher ins Referendariat einsteigen können.
- 3284 Das berufsbegleitende Referendariat ist besser zu bewerben. Es muss auch in Teilzeit absolviert werden  
3285 können. Eine Verkürzung des Referendariats als eine Möglichkeit, wenn Mentor:innen dies befürworten,  
3286 wollen wir vorsehen.

3287

# 17. Digitalisierung

## 3288 **Für digitale Teilhabe, Informationsfreiheit und Datenschutz**

3289 Die Digitalisierung prägt die soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklung Berlins in immer  
3290 stärkerem Maße. Wir sehen darin Chancen für Selbstorganisation, Selbstbestimmung und alternatives  
3291 Wirtschaften, aber auch ernste Gefahren durch staatliche Überwachung und kapitalistische  
3292 Verwertungslogik.

## 3293 **Öffentliches WLAN und die Stadt der Dinge**

3294 Der Ausbau von freiem WLAN in Berlin soll weiter gezielt öffentlich gefördert werden und mit der  
3295 Freifunk-Initiative, den öffentlichen Unternehmen und Behörden sowie den Kultureinrichtungen gerade  
3296 in Kiezen mit sozial benachteiligter Bevölkerungsstruktur verstärkt werden.

3297 Die Infrastruktur an Sensorik und Funknetzwerken, die für das Internet der Dinge und eine smarte Stadt  
3298 benötigt werden, wollen wir im Rahmen offener Standards (z. B. LoRaWAN) entwickeln.

## 3299 **Nachhaltige Digitalisierung**

3300 Wir wollen sozial-ökologische Kriterien in der IT-Beschaffung des Landes Berlin verankern. Dabei spielen  
3301 vor allem Produktionsbedingungen, Solidität/Lebensdauer, Erweiterbarkeit, Reparaturfreundlichkeit,  
3302 Recycelbarkeit eine Rolle. Zusätzlich braucht es einen Software TÜV für nachhaltige Software als  
3303 Bedingung für die Anschaffung von Software durch die öffentliche Hand (Kategorien:  
3304 Ressourceneffizienz, Obsoleszenz, Usability und Nutzer:innensouveränität).

3305 Wir wollen IT-Reparaturshops fördern, die preiswerte Dienstleistungen anbieten oder Anleitungen zur  
3306 Selbsthilfe beim Reparieren von Hardware. Daneben sollen Nachbarschaftskontakte für gegenseitige  
3307 Hilfe, Warentausch und die Bündelung von Transporten und Bestellungen durch digitale Lösungen  
3308 gefördert und zentral beworben werden.

## 3309 **Schutz des Netzes vor staatlicher Überwachung**

3310 Das Internet hat enorme politische, soziale und ökonomische Potentiale und muss deshalb gegen  
3311 staatliche Eingriffe und monopolistische Unternehmensinteressen gleichermaßen verteidigt werden.

3312 Für Berlin fordern wir in diesem Zusammenhang eine Informationspflicht zu digitalen  
3313 Überwachungsmaßnahmen sowie eine unmittelbare In-Kennntnis-Setzung der betroffenen  
3314 Berliner:innen.

3315 Mit uns wird es auch weiterhin keinen Einsatz von Staatstrojanern durch Berliner Ermittlungsbehörden  
3316 geben, denn sie stellen einen Grundrechtseingriff dar, der auch nicht mit einem Kampf gegen Terror,  
3317 Hass oder Nazis zu rechtfertigen ist. Informationelle Selbstbestimmung ist in Gegenwart von  
3318 "legalisierten" Trojanern nicht einmal ansatzweise möglich.



3319

3320 **Open Data und Datensouveränität für die öffentliche Daseinsvorsorge**

3321 Damit öffentliche Unternehmen mit Versorgungsauftrag auch in Zukunft gemeinwohlorientiert  
3322 Dienstleistungen bereitstellen können, ist der Datenzugang entscheidend. Privatunternehmen, die im  
3323 öffentlichen Auftrag Daten der Stadtgesellschaft (bspw. Mobilitäts-, Gesundheits-, Energiedaten)  
3324 erfassen, sollen diese Daten daher auch den öffentlichen Trägern der Daseinsvorsorge zur Verfügung  
3325 stellen. Für dieses sogenannte Business-to-Government-(B2G)-Data-Sharing müssen teilweise neue  
3326 sektorbezogene, interoperable Kommunikationsstandards definiert werden. Wenn möglich, sollen die  
3327 so gewonnenen Daten als Open-Data frei verfügbar gemacht werden. Die Vereinnahmung des digitalen  
3328 Berlins durch Konzerne mit nutzerdatengetriebenen Geschäftsmodellen (Google, Facebook, Amazon,  
3329 Microsoft usw.) soll gebremst werden. Dem treten wir durch die Förderung der Entwicklung und Nutzung  
3330 von digitalen Angeboten und Serverinfrastrukturen entgegen, die unabhängig von derartigen Konzernen  
3331 betrieben werden. Dazu zählen öffentlich-rechtliche Medienportale, die Deutsche Digital Bibliothek,  
3332 digitale Bürger:innendienste, das Hauptstadtportal berlin.de, Jelbi als Berliner Mobilitäts-App, regionale  
3333 Online-Shops, sowie Kommunikationswege via Email und Chat, die unabhängig von Konzernen betrieben  
3334 werden können und interoperabel sind.

3335 Wir wollen mehr Transparenz von kommerziell betriebenen Plattformen, die die Basis für das öffentliche  
3336 Leben (quasi-essential facilities) bestimmen, wie etwa Airbnb und Booking.com  
3337 („Zweckentfremdungsverbot“), Google Maps sowie Taxi-Plattformen wie FreeNow. Wer in Berlin tätig  
3338 ist, darf sich der Regulierung nicht entziehen. Für die Durchsetzung kommunaler Regulierungen sollten  
3339 Unternehmen zur Bereitstellung einer Schnittstelle für Kommunalbehörden verpflichtet werden, um so  
3340 illegale Angebote zu unterbinden zu helfen.

3341 Die Daten der öffentlichen Verwaltung müssen in einem klar definierten und konsistenten Umfang und  
3342 in offenen Formaten veröffentlicht werden.

3343 **Gemeinwohlorientierte Innovationen für das digitale Berlin**

3344 Die Start-Up-Förderung des Bundes und die Unternehmenspolitik der Stadt Berlin erreichen fast  
3345 ausschließlich profitorientierte Unternehmen. Abhilfe schaffen soll ein mit 20 Millionen Euro  
3346 ausgestatteter „Public-Interest-Innovation-Fonds“ für Open-Source-Projekte, kooperative  
3347 Unternehmensmodelle und soziale Innovationen mit Gemeinwohlfokus in Berlin. Auf diese Weise sollen  
3348 insbesondere selbstständige Open-Source-Entwickler:innen, Plattformgenossenschaften und andere  
3349 selbstverwaltete Unternehmensmodelle gefördert werden.

3350 Die derzeit fragmentierte Gründungsberatung in Berlin soll zu einer städtischen Innovationsagentur  
3351 nach Vorbild des „Digital Innovation Office“ in Barcelona ausgebaut werden. Die Innovationsagentur  
3352 verwaltet die Gelder des Coop-Fonds und des Open-Source-Fonds, unterstützt die geförderten  
3353 Organisationen beim Netzwerken und überprüft die Einhaltung der Projektziele. Die Agentur soll eng mit  
3354 den öffentlichen Trägern der Daseinsvorsorge zusammenarbeiten. Sie wird von einem demokratischen  
3355 Aufsichtsgremium mit Vertreter:innen aus der Senatsverwaltung und der Zivilgesellschaft kontrolliert

3356 und tagt öffentlich. Der Förderfokus liegt auf sozialökologischen, kooperativen und  
3357 gemeinwohlorientierten Unternehmungen.

3358 Um die Ziele Innovationsförderung, Datenschutz und Daseinsvorsorge zusammenzubringen, braucht es  
3359 eine öffentliche Verwaltung von Daten als schützenswertem Gemeingut („Data-Commons“). Wie bei  
3360 materiellen Gemeingütern gilt es den Zugang von Trittbrett-Fahrer:innen zu verhindern, welche die  
3361 Grundlage der Data-Commons (die öffentliche Daseinsvorsorge) bedrohen. Diese vermittelnde Rolle soll  
3362 ebenfalls bei der städtischen Innovationsagentur liegen, die ausgewählten Organisationen und  
3363 Journalist:innen auch Zugang zu jenen Daten der Stadtgesellschaft gewährt, die nicht unter die Open-  
3364 Data-Pflicht fallen. Die Gewährung des Datenzugangs wäre ein weiteres Fördermittel – vergleichbar mit  
3365 der Bereitstellung von öffentlichem Wagniskapital – und kann eine stärkere Demokratisierung von  
3366 technischen Innovationen ermöglichen. Die Daten selbst müssen dabei nicht herausgegeben werden,  
3367 die angestrebte Datennutzung kann über ein „Remote-Access-Modell“ durch die Datentreuhänder:innen  
3368 selbst erfolgen, um die Datensouveränität zu bewahren.

3369 Wir unterstützen die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) in ihrem Bestreben, ÖPNV, Taxi und Sharing im  
3370 Rahmen einer digitalen Plattform/App (Jelbi) in öffentlicher Hand zu verknüpfen. Nicht zuletzt soll damit  
3371 gesichert werden, dass umwelt- und verkehrspolitische Aspekte bei der Gestaltung gesichert werden  
3372 und keine privaten Monopole Zugriff auf das Routing im städtischen Verkehr bekommen. Wir fordern,  
3373 dass Google und andere Anbieter, wenn sie die öffentlichen Verkehrsdaten der BVG nutzen, ihrerseits  
3374 Verkehrsdaten als Gegenleistung zur Verfügung stellen müssen. Zudem wollen wir den Grundsatz  
3375 „ÖPNV-Ticketverkauf nur durch öffentliche Verkehrsunternehmen“ aufrechterhalten und so verhindern,  
3376 dass private Plattformunternehmen auch im Verkehrsbereich den Zugang zu Kund:innen monopolisieren  
3377 und öffentliche Mobilitätsanbieter:innen gestaltungsunfähig machen.

### 3378 **Digitale Gesundheitspolitik**

3379 Im Rahmen der Umsetzung der Konzeptionen zur „Gesundheitsstadt 2030“ wird der Ausbau der  
3380 digitalen Kooperation von Vivantes und der Charité angestrebt. Gemeinsam können die beiden  
3381 Unternehmen einen immensen Bestand an Versorgungsdaten nutzen, um die Gesundheitsversorgung  
3382 in Berlin zu verbessern. Zugleich kann auch jede:r einzelne Patient:in erfahren, dass gemeinsam  
3383 genutzte Akten und Infrastrukturen weniger Bürokratie und mehr Zeit von Ärzt:innen und Pflegenden für  
3384 den direkten Kontakt bedeuten. Wir erwarten in der Umsetzung, dass die besonders hohen Schutz- und  
3385 Sicherheitsstandards für Patient:innendaten von Anfang eingehalten werden. Im Rahmen unseres  
3386 Einsatzes für eine bessere Ausstattung der Berliner Krankenhäuser fordern wir besonders auch den  
3387 Ausbau sicherer und moderner IT-Infrastrukturen.

### 3388 **Digitale Demokratie für eine bedürfnisorientierte Stadtpolitik**

3389 Die Angebote der digitalen Bürger:innenbeteiligung zur Meinungsbildung und zum breiten Diskurs über  
3390 stadt-/landespolitische Themen sollen ausgebaut werden.

3391 Der Berliner Senat soll daher die Einführung eines „Runden Tisches Digitalisierungspolitik“  
3392 unterstützen, wie ihn das Bündnis Digitales Berlin derzeit fordert. Nach Vorbild des erfolgreichen  
3393 „Runden Tisches Liegenschaftspolitik“ sollen dabei Vertreter:innen der Stadtverwaltung und der

3394 Zivilgesellschaft in regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen zusammenkommen und  
3395 richtungsweisende, digitalpolitische Entscheidungen besprechen.

3396 Die Berliner Plattform für digitale Bürger:innenbeteiligung muss überarbeitet werden. Die mein.berlin.de  
3397 zugrundeliegende Software muss umfassendere Möglichkeiten der partizipativen Stadtpolitik  
3398 gewährleisten. Beispielhaft für den angestrebten Funktionsumfang sind die Open-Source-Projekte  
3399 Consul (consulproject.org) und Decidem (decidim.org), die in immer mehr Metropolen zum Einsatz  
3400 kommen. Auf der Berliner Plattform müssen Möglichkeiten für die Veröffentlichung von Anträgen durch  
3401 die Verwaltung und andere, Mittelvergaben, das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen zu  
3402 vorhandenen Anträgen und digitale Abstimmungen und Unterschriftensammlungen geschaffen werden.

3403 Das Stadtportal berlin.de wollen wir als gemeinwohlorientierte Einrichtung für die gesamte  
3404 Stadtgesellschaft etablieren. In öffentlicher Hand soll das Portal als „digitaler Stadtraum“ gemeinsam  
3405 mit allen Interessengruppen in der Stadtgesellschaft weiterentwickelt werden. Dazu soll der Senat einen  
3406 Stakeholder-Prozess einleiten, in dem die Funktionalität, Nutzer:innenführung und Redaktion des  
3407 Webangebots in einem kooperativen Format (Senat, Verwaltung und Zivilgesellschaft) weiter entwickelt  
3408 werden kann.

#### 3409 **E-Government und digitale Kompetenz der Verwaltung**

3410 Wir wollen Daten-Lots:innen einstellen und umfassende Weiterbildungsangebote für die Beschäftigten  
3411 in der Verwaltung und bei öffentlichen Unternehmen machen.

3412 Das CityLab muss deutlich besser unterstützt und finanziell ausgestattet werden. Hier können neue  
3413 Ideen an der Schnittstelle von moderner Verwaltung, öffentlichen Unternehmen und digitaler  
3414 Zivilgesellschaft entstehen. Wir wollen die Einrichtung weiterer öffentlicher Labs in den Kiezen:  
3415 entweder in Form moderner Bibliotheken, die heute längst multimediale Produktionsorte sind, oder als  
3416 FabLabs nach dem Vorbild etwa Barcelonas. Das CityLab wäre auch ein guter Ort für einen Showroom  
3417 des IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ).

3418 Die Pandemie hat besonders deutlich gemacht, wie drängend die Digitalisierung der Verwaltung ist. Ein  
3419 Schwerpunkt liegt für uns bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter, um die Arbeit in der  
3420 Kontaktnachverfolgung deutlich zu effektivieren. Bei der Umsetzung des eGovernment-Gesetzes stellen  
3421 wir den digitalen Zugriff von Bürger:innen auf Verwaltungsvorgänge in den Mittelpunkt. Die  
3422 Kommunikation mit Bürgerämtern und allen anderen Behörden soll über verschlüsselte Emails und  
3423 Chats sowie Fax und Telefon funktionieren und Behördengänge über das Servicekonto möglichst  
3424 medienbruchfrei digital erledigt werden können. Für jede:n Einzelne:n soll in Zukunft einsehbar werden,  
3425 welche Daten bei welchen Ämtern/Behörden liegen.

3426 Zugleich muss die Vereinheitlichung der Administration, die Modernisierung und die Home-Office-  
3427 Fähigkeit der Behörden weiter vorangetrieben werden, nachdem die Behörden-IT über Jahrzehnte  
3428 vernachlässigt wurde. Das ITDZ nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein, für die es personell ausgestattet  
3429 und finanziert sein muss. Wir werden zudem die Debatte über die Abhängigkeit von Microsoft und zu  
3430 Alternativen dazu in der Verwaltungs-IT im Sinne digitaler Souveränität weiter vorantreiben.

3431 Die Stadt Berlin soll den Aufbau urbaner Datenclouds für die Stadtverwaltung und für öffentliche  
3432 Unternehmen vorantreiben. Nach Vorbild zahlreicher anderer Metropolen sollen dafür Datenplattformen  
3433 entstehen, in denen eine sichere Speicherung und Weiterverwendung von Daten innerhalb öffentlicher  
3434 Einrichtungen ohne Beteiligung von Dritten möglich ist.

# 18. Medien

## 3436 **Für eine vielfältige und demokratische Medienlandschaft**

3437 Berlin ist eine Medienmetropole. Ob Rundfunk, Printmedien, Kinos, Filmproduktionen oder immer  
3438 stärker digitale Medien, sie alle prägen unsere Stadt. Zehntausende Menschen arbeiten in diesen  
3439 Bereichen. Zugleich ist die Medienlandschaft im Umbruch: Die Digitalisierung verändert sie massiv, die  
3440 Corona-Pandemie hat für einen zusätzlichen Transformationsschub gesorgt, ökonomische  
3441 Verwertungslogik und in den letzten Jahren zunehmend auch politischer Legitimationsdruck setzen sie  
3442 unter Druck. Für uns steht aber eine starke, unabhängige und vielseitige Medienlandschaft im  
3443 Mittelpunkt. Ihre Bedeutung für unsere demokratische Gesellschaft, aber auch als Zukunftsbranche ist  
3444 immens. Der kann sie nur gerecht werden, wenn faire Bezahlung, Mitbestimmung, Gleichberechtigung  
3445 und Diversität garantiert sind. Dafür setzen wir uns ein.

## 3446 **Eine starke, unabhängige und lebendige Medienlandschaft für Berlin**

3447 Wir stehen zu einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ein unabhängiges und vielseitiges  
3448 Gesamtprogramm des rbb ist für Berlin unverzichtbar. Reformen dürfen nicht zulasten der  
3449 Beschäftigten, der Nutzer:innen oder der Qualität gehen. Dafür wollen wir dem bundesweiten  
3450 rundfunkpolitischen Kurs der Kürzungen ein LINKES Modell der Weiterentwicklung des öffentlich-  
3451 rechtlichen Rundfunks entgegensetzen. Die Zeit ist reif für eine echte Reform des öffentlich-rechtlichen  
3452 Rundfunksystems im Sinne breiter medialer Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit, guter Information und  
3453 Unterhaltung, breiter Akzeptanz und Barrierefreiheit sowie aktueller Standards der Technik und  
3454 unterschiedlicher Nutzungsgewohnheiten.

3455 Dazu gehört auch ein rbb-Rundfunkrat, in dessen Zusammensetzung sich die Breite und Vielseitigkeit  
3456 unserer Stadtgesellschaft besser abbildet als bisher. Das beinhaltet auch, dass islamische Gemeinden  
3457 und der Humanistische Verband Deutschlands vertreten sind.

3458 Wir wollen erreichen, dass ein freier und dauerhafter Zugang mittels offener Lizenzen wie etwa der  
3459 Creative Commons zu öffentlich-rechtlichen Inhalten im Netz möglich wird und die Depublikationspflicht  
3460 gestrichen wird.

3461 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich weiter öffnen. Wir fördern den Ausbau von Angeboten  
3462 (funk.net) unter Einbeziehung von Amateurproduzent:innen als Form der Demokratisierung des  
3463 Rundfunks und um ein glaubhaftes Angebot an jugendliche Medienkonsument:innen zu machen.

3464 Die Förderung freier Radios/nicht kommerzieller Bürger:innenmedien wollen wir weiter ausbauen. Mit  
3465 ihrer Nähe zum lokalen Geschehen und niedrigschwelligen Zugängen leisten sie einen wesentlichen  
3466 Anteil zur Meinungsbildung. Gleichzeitig brauchen Freie Radios und nicht kommerzielle  
3467 Bürger:innenmedien auch im digitalen Raum einen angemessenen Ort. Wir setzen uns für die Integration  
3468 dieser Angebote in die öffentlich-rechtlichen Media- und Audiotheken ein.

3469 Kinos sind als soziale und kulturelle Orte nicht wegzudenken aus Berlin. Doch wurden viele von ihnen  
3470 durch die Pandemie in existenzielle Nöte gebracht. Unsere Aufgabe sehen wir darin, auch nach der

3471 Pandemie den Kinos beizustehen und sie zugleich in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen. Die  
3472 Förderung des Human Rights Film Festival Berlin wollen wir verstetigen.

3473 **Gute Arbeit, Mitbestimmung, Gleichberechtigung und Diversität in der Medienbranche**

3474 Eine starke Medienlandschaft gibt es nur mit guter Arbeit. Sozialversicherungspflichtige Arbeit und die  
3475 Einhaltung von Tarifverträgen bzw. vergleichbarer branchenüblicher Vergütungs- und Arbeitsmodelle bei  
3476 einer Auftragsvergabe durch die Anstalten sowie bei Filmproduktionen sollen weiter verbessert werden.

3477 Wir setzen uns für die Entwicklung eines Monitoring-Verfahrens im Medienboard ein, mit dem die  
3478 Einhaltung der durchgesetzten Tarifbindung der Produzent:innen und die Einhaltung tariflicher  
3479 (Mindest)standards geprüft werden. Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle sollten sich zudem  
3480 stärker an der Frage der Vereinbarkeit mit Sorge- und Erziehungsarbeit orientieren.

3481 Ein guter öffentlich-rechtlicher Rundfunk, heißt auch gleiche Rechte für alle Beteiligten. Die  
3482 Mitbestimmung der rund 1500 arbeitnehmerähnlichen Mitarbeiter:innen des rbb muss weiterentwickelt  
3483 werden. Unser Ziel sind gleiche Mitbestimmungsrechte im Personalrat für die festen Freien  
3484 einschließlich der programmgestaltenden Mitarbeiter:innen.

3485 Während der rbb bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorangeht, gibt es in  
3486 Zeitungsredaktionen, privaten Sendern und Filmproduktionen meist noch Nachholbedarf. Wir setzen  
3487 uns für eine Erhöhung des Anteils von Frauen in redaktionellen Führungspositionen ein.

3488 Um unsere Stadtgesellschaft angemessen zu repräsentieren und zu adressieren, müssen mehr  
3489 Lebensrealitäten mit ihren Teilöffentlichkeiten in der Medienlandschaft zum Ausdruck kommen. Wir  
3490 setzen uns für eine diverse Zusammensetzung beteiligter Berufsgruppen in Sinne der Charta der Vielfalt  
3491 ein.

# 19. Einwanderungsgesellschaft und Teilhabe

## 3493 **Willkommen im solidarischen Berlin**

3494 Noch immer setzen sich Hunderte von Berliner:innen ehrenamtlich und hauptamtlich dafür ein,  
3495 Geflüchtete in allen Lebenslagen zu unterstützen und zu beraten. Für dieses Engagement gebühren  
3496 ihnen unsere Anerkennung und unser Dank.

3497 Wir werden weiterhin eng mit Geflüchteten, ihren Interessenvertreter:innen und Unterstützer:innen  
3498 zusammenarbeiten, um Bedarfe zu erkennen, einzufordern und die Lebensbedingungen der  
3499 Geflüchteten in unserer Stadt weiter zu verbessern.

3500 Die in den letzten Jahren durch das Engagement der Koordinatorin für Flüchtlingsmanagement des  
3501 Senats entstandene Vernetzung von Interessenvertreter:innen und Unterstützer:innen sowie von  
3502 Beratungsstellen und Verwaltung muss genauso fortgesetzt werden wie der Dialog auf Augenhöhe mit  
3503 den Geflüchteten. Ihnen hat sie Räume und Möglichkeiten eröffnet, ihre Interessen und Bedarfe selbst  
3504 zu artikulieren.

## 3505 **Dezentrale Unterbringung und selbstbestimmtes Leben**

3506 Wir streiten weiter für ein selbstbestimmtes Leben von Geflüchteten in Berlin. Dazu gehört neben dem  
3507 diskriminierungsfreien Zugang zu allen Lebensbereichen vor allem eine eigene Wohnung.

3508 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, alle Spielräume in der Asylgesetzgebung im Interesse von  
3509 Geflüchteten zu nutzen. Dazu gehört z. B., dass Asylsuchende Sammelunterkünfte so früh wie möglich  
3510 verlassen dürfen, dass Familien aus unterschiedlichen Städten und Bundesländern zusammengeführt  
3511 werden können, und dass Geflüchtete, die besondere Schutzbedürfnisse haben wie Gewalterfahrungen  
3512 oder Behinderungen, auch besonders unterstützt werden.

3513 Wir haben dafür gesorgt, dass es eine unabhängige Asylverfahrensberatung für in Berlin neu  
3514 ankommende Asylbegehrende gibt. Dieses Angebot wollen wir ausbauen, so dass die neu in unserer  
3515 Stadt Ankommenden vor dem Asylantrag inhaltlich und in Verfahrensfragen umfassend beraten werden  
3516 können.

3517 Viele Geflüchtete leben noch immer in Gemeinschaftsunterkünften, weil ihnen der Zugang zum  
3518 Wohnungsmarkt insbesondere zu kostengünstigen Wohnungen oftmals versperrt ist. Ein Zimmer in  
3519 einer Unterkunft ersetzt nicht die eigene Wohnung; die Möglichkeiten zur freien Entfaltung der  
3520 Persönlichkeit und zur gesellschaftlichen Teilhabe sind hier weiterhin eingeschränkt.

3521 Das Leben in Gemeinschaftsunterkünften stigmatisiert, auch wenn diese eine Apartment- oder  
3522 Wohnstruktur aufweisen, da das Leben in der Unterkunft nur gemeinschaftlich organisiert und nicht  
3523 individuell stattfinden kann.

3524 Deshalb treten wir weiter dafür ein, dass alle Geflüchteten in Berlin unabhängig vom Aufenthaltsstatus  
3525 eine Wohnung anmieten können und alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um  
3526 Geflüchteten den Zugang zu Mietwohnungen zu ermöglichen. Wir forcieren integrierte Wohnprojekte im

3527 gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Bereich, die das gemeinsame Wohnen unabhängig  
3528 von Status und Einkommen ermöglichen.

3529 Wir wollen berlinweit dezentrale Fachberatungsstellen zur Unterstützung der Wohnungssuche für  
3530 Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus fördern.

3531 Wir haben Kinderschutzkonzepte in den Unterkünften für Geflüchtete eingeführt und wollen dies  
3532 weiterentwickeln. Hierfür sind für Unterkünfte allgemeingültige Qualitätsstandards transparent  
3533 festzulegen. Auch wollen wir ein transparentes Controlling- und Monitoring-Verfahren einführen, um  
3534 getroffene Maßnahmen weiter zu verbessern und zu verstetigen. Mit der Berliner unabhängigen  
3535 Beschwerdestelle besteht für Geflüchtete, die in LAF-Unterkünften untergebracht sind, die Möglichkeit,  
3536 Missstände in Unterkünften oder auch in der Leistungsgewährung aufzuzeigen, wenn gewollt auch  
3537 anonymisiert. Das ist ein großer Schritt. Wir wollen, dass die unabhängige Beschwerdestelle ihre  
3538 Befugnisse auch auf die Unterkünfte der Bezirke ausweitet, die für Wohnungslose bereitstehen und im  
3539 Rahmen der gesamtstädtischen Steuerung belegt werden sollen. Außerdem setzen wir uns dafür ein,  
3540 die allgemeingültigen Qualitätsstandards transparent und überprüfbar zu machen, um eine Kontrolle  
3541 und Verbesserung in den Einrichtungen zu gewährleisten (siehe auch „Soziales: Obdachlosigkeit).

3542 Auf Bundesebene werden wir weiterhin Veränderungen in Richtung einer sozialen und humanen  
3543 Unterbringung anstreben und forcieren.

3544 Wir treten der Diskriminierung von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt entschieden entgegen.  
3545 Sprachhindernissen bei der Wohnungssuche und -besichtigung wollen wir mit gezielten Programmen  
3546 zur Begleitung und Information begegnen. Die Vorbehalte, die weiterhin auf der Seite von  
3547 Vermieter:innen und Eigentümer:innen von Wohnungen bestehen, wollen wir durch Aufklärung und  
3548 Beratungsangebote auflösen. Die Einrichtung der Beratungs- und Anlaufstelle „Fair-Mieten“ und das  
3549 Landesantidiskriminierungsverbot sind dazu wichtige Schritte, denen weitere folgen müssen.

3550 Um den Zugang zu einer eigenen Berliner Wohnung zu erleichtern, fordern wir den  
3551 Wohnberechtigungsschein für alle Geflüchteten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dazu braucht  
3552 es ein eigenes Landesgesetz, das wir in der nächsten Wahlperiode verabschieden wollen, sowie eine  
3553 niedrigschwellige Beratung und Beantragung.

3554 Wir wollen, dass ein höheres, festes Kontingent an bezahlbarem Wohnraum für Wohnungslose, zu denen  
3555 auch die Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften gehören, festgelegt wird. Auch so können wir  
3556 den Zugang zum Wohnungsmarkt für wohnungslose Menschen mit Fluchthintergrund verbessern.

3557 Die Erfahrungen – auch während der Pandemie – haben gezeigt, dass Gemeinschaftsunterkünfte  
3558 pandemiegerecht konzipiert und gebaut werden müssen. Der Bau in Wohnungs- und  
3559 Appartementstrukturen ist der richtige Weg. Darüber hinaus muss die Belegungsdichte in den  
3560 Unterkünften für Geflüchtete so verringert werden, dass Hygiene- und Abstandsregelungen eingehalten  
3561 werden können und fremde Menschen sich nicht Zimmer und Sanitäreinrichtungen teilen müssen. Die  
3562 vorliegenden Mindeststandards müssen dementsprechend erweitert werden. Dazu gehört auch WLAN  
3563 in allen Wohnbereichen, um das Grundrecht auf Zugang zu Informationen zu gewährleisten.

3564 Wir wollen die soziale Beratung und Betreuung sowie die psychosoziale Versorgung so organisieren,  
3565 dass die Versorgungsbedarfe von Geflüchteten und allen Zugewanderten gedeckt werden können. Nur  
3566 so können Parallelstrukturen abgebaut und Stigmatisierungen weniger werden.



3567 Wir setzen uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Asylbewerber:innen und  
3568 hier lebende EU-Bürger:innen werden in die individuelle Mindestsicherung einbezogen.

### 3569 **Abschiebungen verhindern**

3570 Wir stehen für die generelle Ablehnung aller Abschiebungen, sie sind Teil einer inhumanen Asylpolitik.  
3571 Dies gilt besonders für schutzbedürftige geflüchtete Menschen. Auch für Sinti und Roma streben wir  
3572 auf Bundesebene eine Regelung zum Schutz vor Abschiebungen an. Auf Landesebene werden wir  
3573 weiterhin alle rechtlichen Spielräume nutzen, um Abschiebungen zu verhindern. Menschen, die in ihren  
3574 Herkunftsländern diskriminiert, verfolgt und gefoltert werden, vor Not, Elend, Gewalt und Kriegen  
3575 fliehen, sollen bei uns einen sicheren Hafen finden. Nach wie vor lehnen wir Abschiebungen in  
3576 sogenannte „sichere Herkunftsländer“ ebenso konsequent ab wie Abschiebungen in von Gewalt und  
3577 Unruhen geprägte Länder wie Syrien, Irak und Afghanistan. Zugleich stehen wir für die Umsetzung einer  
3578 verbindlichen Bleiberechtsregelung für Opfer von Hasskriminalität ein.

3579 Auch in Berlin ist es ist harte Realität, dass Menschen nach (jahrelangen) Aufhalten abgeschoben  
3580 und so auch Familien getrennt werden. Wir möchten einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Humanität  
3581 in der Flüchtlingspolitik. Wir setzen uns weiterhin für die Ausnutzung jeglicher Spielräume in den  
3582 Verfahren ein: nächtliche Abschiebungen, das Eindringen in den Wohnraum sowie Familientrennungen  
3583 sind zu verhindern. Statt rücksichtsloser Abschiebungen müssen Humanität und Menschenrechte  
3584 Vorrang haben.

3585 Zusätzlich werden wir alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen, um Menschen den Weg in ein  
3586 Bleiberecht und den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen. Auch auf der Bundesebene werden wir uns dafür  
3587 stark machen.

3588 Nach unserer Logik sollte das Landesamt für Einwanderung nicht an die Senatsverwaltung für Inneres  
3589 angebunden sein, denn dies fördert und betont die Kriminalisierung von vielen Menschen, die aus den  
3590 verschiedensten Gründen nach Berlin kommen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Landesamt in  
3591 der kommenden Legislatur einem anderen Bereich, z. B. Soziales, angegliedert werden kann.

### 3592 **Zugang zu Arbeit und Ausbildung**

3593 Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Geflüchtete einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und  
3594 Ausbildung erhalten. Berlin hat hier ein breites Beratungs- und Unterstützungsangebot, das zu erhalten  
3595 ist.

3596 Darüber hinaus brauchen wir aber weitere Regelungen, damit Geflüchtete Sicherheit für ihren  
3597 beruflichen Einstieg erhalten. Deshalb muss die Ausbildungsduldung weiterentwickelt werden.  
3598 Geflüchtete Frauen und Männer, die hier ankommen, benötigen zu gleichen Teilen Zeit zur Qualifizierung  
3599 und zur Orientierung. Wir wollen, dass die Duldung auch auf Weiterbildungsangebote, Sprachkurse,  
3600 Praktika oder eine Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet wird. So sollen Geflüchtete Zeit bekommen, sich  
3601 eine Ausbildung nach den persönlichen Stärken und Fähigkeiten zu suchen. Eine Betreuung ihrer Kinder  
3602 muss dabei gesichert sein. Die Ausweitung der Duldung ist auch sinnvoll, um Unternehmen, die  
3603 Menschen mit Fluchthintergrund einstellen und qualifizieren wollen, eine Sicherheit zu geben.

3604 Insbesondere ältere Geflüchtete mit Berufserfahrung benötigen Unterstützung bei gezielten  
3605 Nachschulungen. Hier gilt es an den Erfahrungen und Kompetenzen anzusetzen und Dequalifizierungen

3606 zu verhindern, ohne den ständigen Druck von Behördengängen und möglichen  
3607 Aufenthaltsunsicherheiten.

3608 Für einen solidarischen Umgang mit Geflüchteten, die zum großen Teil traumatische Erlebnisse erfahren  
3609 haben, setzen wir uns für verpflichtende Aus- und Weiterbildungen aller Mitarbeiter:innen in den  
3610 zuständigen Behörden ein.

### 3611 **Sprachbarrieren überwinden**

3612 Um den Neuberliner:innen ein gutes Ankommen zu garantieren brauchen sie Unterstützung. Zentral  
3613 dabei sind die Unterstützer:innen vor Ort und die Arbeit der bezirklichen Flüchtlingskoordinator:innen,  
3614 die den Geflüchteten das Ankommen erleichtern. Auch die Arbeit des Willkommenszentrums und der  
3615 vielen Projekte, die muttersprachliche Beratung und Informationen anbieten, erleichtert die  
3616 Orientierung und das Einleben. Neuberliner:innen müssen schneller als bisher Zugang zu den  
3617 Regelsystemen wie z. B. zu gesundheitlicher Versorgung, zu Bürgerämtern oder zum Jobcenter finden.  
3618 Dies wird nur gelingen, wenn sich auch die Einrichtungen an die Vielfalt der Stadtgesellschaft anpassen.  
3619 Die Integrationslots:innen leisten hier eine wichtige Arbeit und unterstützen die Neuangekommenen bei  
3620 dem Übergang in Regelsysteme. Oftmals scheitert eine erfolgreiche Arbeit an Sprachproblemen.  
3621 Deshalb muss ein verbindlicher Übersetzungsdienst im Regelsystem abgesichert werden. Dieser sollte  
3622 dabei bereits bei Terminbuchungen angegeben werden können und über Telefon, Video oder durch  
3623 direkte Anwesenheit abgesichert werden.

3624 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Übernahme der Kosten von  
3625 Dolmetscher:innenleistungen im Rahmen medizinischer Leistungserbringung gesetzlich verankert wird.  
3626 Auf Landesebene werden wir prüfen, ob eine gesamtstädtische Struktur für Sprachmittlung geschaffen  
3627 werden kann.

3628 Gleichzeitig muss Berlin auch weiterhin allen, die keinen Zugang zu den Sprachkursen des Bundes  
3629 haben, Sprachkurse anbieten. Das Erlernen der Sprache ist wichtig, um sich ein eigenständiges Leben  
3630 aufzubauen und um Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu finden.

### 3631 **Ein Ausweis für alle Berliner:innen**

3632 Geflüchtete, Illegalisierte oder obdachlose Menschen, ohne Papiere oder mit unsicherem  
3633 Aufenthaltsstatus, leben in ständiger Angst vor Ausweiskontrollen und haben kaum Zugang zu  
3634 städtischen Ressourcen. Nach Vorbild der NY City ID oder der Zürich ID streben wir einen städtischen  
3635 Ausweis für alle in Berlin wohnenden Menschen an. Damit erhalten alle den gleichen Zugang zu Bildung,  
3636 Kultur, Gesundheitsversorgung, Nahverkehr und Wohnraum – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und  
3637 der Herkunft. Wir stehen für eine tolerante und vielfältige Stadt und möchten die Lebenssituation und  
3638 Teilhabe von Illegalisierten am Stadtleben verbessern. Außerdem setzen wir uns gegenüber der  
3639 Bundesregierung für Legalisierungsprogramme ein.

### 3640 **Besonders Schutzbedürftige**

3641 Seit vielen Jahren setzen wir uns in Berlin dafür ein, dass besonders schutzbedürftige geflüchtete  
3642 Menschen aufgenommen werden und hier Schutz finden.

3643 Dazu gehören insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche, traumatisierte Menschen, LGBTQI: sowie  
3644 religiöse und ethnische Minderheiten, die aus ihren Ländern vor Verfolgung, Folter, sexualisierten  
3645 Übergriffen und vor Mord fliehen müssen.

3646 Die Leistungs- und Rechtsansprüche, die daraus resultieren, müssen in der Praxis konsequent  
3647 umgesetzt werden. Hierzu muss die Regelstruktur, insbesondere im gesundheitlichen Bereich, die  
3648 Bedarfe der besonders schutzbedürftigen Geflüchteten nicht nur erkennen sondern auch strukturell  
3649 befriedigen.

3650 Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Betreuung und Beratung von besonders schutzbedürftigen  
3651 Geflüchteten ein und wollen, dass Behörden und Ämter stärker als bisher die Fachstellen des Berliner  
3652 Netzwerks für besonders schutzbedürftige Geflüchtete in ihre Prozesse einbinden und Kooperationen  
3653 zum Wohle der Geflüchteten eingehen.

3654 Die Clearingstelle für traumatisierte Geflüchtete konnte für neu ankommende Asylbegehrende gesichert  
3655 werden. Wir wollen dieses Angebot verstetigen und in Bezug auf die ärztliche und psychologische  
3656 Beratung ausbauen, so dass weitere Behandlungsbedarfe erkannt und über Kriseninterventionen auch  
3657 kurzfristig abgedeckt werden können.

#### 3658 **Elendslager evakuieren – #leavenoonebehind**

3659 Wir werden uns für weitere Landesaufnahmeanordnungen einsetzen. Auch die Geflüchteten in den  
3660 sogenannten Hotspots der Europäischen Union haben unsere volle Solidarität. Deshalb werden wir  
3661 weiter verhandeln und alle Schritte gehen, um sie aus den Elendslagern zu evakuieren. Berlin ist ein  
3662 sicherer Hafen und eine Solidarity City.

3663 In den Netzwerken der Sicheren Häfen in Deutschland und der Solidarity Cities in Europa werden wir  
3664 weiterhin aktiv mitarbeiten und so einen länderübergreifenden Austausch fördern. Gemeinsam können  
3665 so europaweite, solidarische Kontakte geknüpft und ein Wissensaustausch gefördert werden.

3666 Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die fortwährende Kriminalisierung ziviler  
3667 Seenotrettung und von Menschenrechtsaktivist:innen durch Bundesministerien und nachgeordnete  
3668 Bundesbehörden beendet wird. Wir stehen außerdem hinter allen Berliner NGOs, die sich für Geflüchtete  
3669 einsetzen – sei es an den EU-Außengrenzen oder ganz konkret vor Ort. Jeglicher Kriminalisierung werden  
3670 wir uns entgegenstellen und uns solidarisch mit den Akteur:innen zeigen.

#### 3671 **Schutz vor Gewalt und Ausbeutung**

3672 Wir setzen uns dafür ein, dass die nationale und die europäische Abschottungspolitik der Außengrenzen  
3673 ein Ende finden und für Menschen auf der Flucht ein sicherer Weg nach Europa und nach Deutschland  
3674 gewährleistet werden kann.

3675 Mit sicheren Fluchtwegen sind Familien, Alleinstehende und Kinder nicht mehr gezwungen sich  
3676 schutzlos in die Hände von Schleppern zu begeben, die sie nur als Ware betrachten und nicht als  
3677 Menschen.

3678 Oftmals verlangen die Schlepper von den Geflüchteten, unabhängig von ihrem Alter, sich für Kost und  
3679 Logis ausbeuten zu lassen, um den Preis für ihre Flucht zu bezahlen. Ihr Leben ist dann von Gewalt  
3680 geprägt, Zwangsprostitution ist keine Ausnahme.

3681 Wir setzen uns dafür ein, dass die zuständigen Behörden eine ausreichende Sensibilisierung für die  
3682 Situation dieser Geflüchteten entwickeln, ohne sie zu kriminalisieren. Weiterhin sehen wir es als  
3683 erforderlich an, dass spezifische Angebote zur Beratung und Betreuung dieses Personenkreises  
3684 entwickelt und umgesetzt werden.

## 20. Frauenpolitik

### 3686 **Alleinerziehende stärken**

3687 Alleinerziehende, Ein-Eltern-Familien und getrennt Erziehende stellen ein Drittel aller Berliner Familien.  
3688 Für sie sind die Belastungen im Alltag und bei der Fürsorge oft besonders hoch. Wir unterstützen jede  
3689 Form des gemeinsamen Zusammenlebens, denn Familie ist dort, wo Menschen füreinander  
3690 Verantwortung übernehmen. Aus diesem Grund ist die Unterstützungsstruktur der bezirklichen  
3691 Koordinierungsstellen für Alleinerziehende besonders wichtig. Die Koordinierungsstellen für  
3692 Alleinerziehende – zusammen mit den geplanten neuen Sozialarbeiter:innenstellen – müssen weiter  
3693 ausgebaut werden. Zusätzlich braucht es mehr eigene Beratungsangebote für Alleinerziehende, um  
3694 rechtliche Ansprüche geltend zu machen, die Kinderbetreuung zu sichern sowie die Ausbildungswege  
3695 und Arbeitsplatzsuche zu begleiten. Ergänzend dazu fordern wir die Einrichtung von  
3696 Familienservicebüros bei allen bezirklichen Jugendämtern, in denen die dortigen Leistungsangebote  
3697 gebündelt werden.

### 3698 **Freiräume schaffen, unterstützende Strukturen stärken**

3699 Die besonderen Herausforderungen für Alleinerziehende liegen oft in ganz alltäglichen Situationen.  
3700 Sowohl die Arbeitswelt als auch der private Raum sind zumeist auf das Ideal der Kernfamilie mit  
3701 mindestens zwei Erwachsenen ausgelegt. Alleinerziehende kämpfen hier mit Anforderungen, die sie  
3702 kaum bewältigen können. Sei es aus Zeitgründen, sei es, weil sie Erwerbsarbeit und Sorgearbeit kaum  
3703 unter einen Hut bringen können. Dies trifft insbesondere Frauen, denn 86 Prozent der Alleinerziehenden  
3704 sind Mütter. Wir setzen uns für eine fortschrittliche Familienpolitik ein. Dazu gehört auch, dass es mehr  
3705 Angebote für Single-Schwangerschaften und unterstützende Betreuungsmöglichkeiten auch außerhalb  
3706 von Kita- und Hortzeiten geben muss. Mit den Betrieben muss eine gemeinsame Lösung erarbeitet  
3707 werden, um mehr Berufsausbildung in Teilzeit zu ermöglichen. Freizeitangebote müssen auch für  
3708 Alleinerziehende attraktiv und nutzbar sein. Familien sind mehr als nur Verfahrensstatistik. Die  
3709 zuständigen Mitarbeiter:innen müssen insbesondere im sensiblen Bereich des Familienrechts die nötige  
3710 Zeit zur Verfügung haben, um Familien in schwierigen Situationen zu begleiten. Zudem müssen vor allem  
3711 die Verwaltungsmitarbeiter:innen ausreichend und fortlaufend weiter qualifiziert und geschult  
3712 werden. Wir setzen uns für die Stärkung der Arbeit der verschiedenen Akteur:innen in der Frauenarbeit  
3713 ein. Noch immer bestehende Tariflücken in der Bezahlung wollen wir schließen.

### 3714 **Gewaltschutz**

3715 Gewalt, sexuelle Belästigung und Sexismus müssen gesellschaftlich geächtet werden. Frauen sind in  
3716 ihrem persönlichen Schutzraum, dem Zuhause und im privaten Umfeld, nach wie vor am meisten von  
3717 Gewalt betroffen. Diese Gewalt muss überwunden werden. Wir werden Frauenhausplätze entsprechend  
3718 der Istanbul-Konvention – 2,5 Schutzplätze je 10.000 Einwohner:innen – vorhalten. Die  
3719 Beratungsstellen sowie Frauenhäuser müssen zeitnah auf datensichere Onlineberatung umgestellt  
3720 werden. Zusätzlich werden wir präventive Maßnahmen stärken und die Täter:innenarbeit langfristig

3721 institutionell finanzieren. Weiterbildung, gerade im schulischen Bereich, muss über Sexismus und  
3722 klischeehafte Rollenbilder aufklären. Um wirksam Gewalt in all ihren Facetten bekämpfen zu können,  
3723 müssen sich auch die staatlichen Stellen verändern. Bei Stalking-Fällen soll in Zusammenarbeit mit den  
3724 Polizeibehörden auf die Veranlassung einer Auskunftssperre bei den Meldebehörden hingewirkt  
3725 werden. Spezialisierte Staatsanwaltschaften werden neuen Formen der Gewalt wie Hate Speech und  
3726 Revenge Porn nur mit geschultem Personal begegnen können. Ein polizeiliches Sonderdezernat für  
3727 Berlin wird diese Fälle, analog zum Sonderdezernat für Hasskriminalität, bearbeiten. Wir werden uns für  
3728 eine kontinuierliche, entsprechende Weiterbildung bei Polizei und Justiz einsetzen.

3729 Geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrungen haben spezifischen Beratungs- und Unterstützungs-  
3730 bedarf. Wir werden Kontakt- und Beratungsstellen mit erfahrenem Personal mit kultursensibler  
3731 Sprachvermittlung schaffen. Mit Gemeinschafts- und Notunterkünften werden Räume etabliert, um  
3732 Frauen vor männlicher Dominanz und sexualisierter Gewalt zu schützen.

### 3733 **Mein Körper, meine Entscheidung – für sexuelle Selbstbestimmung**

3734 Wir setzen uns für die bedingungslose Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a ein. Dazu werden  
3735 wir auch in der kommenden Legislatur eine Bundesratsinitiative zur Streichung dieser Paragraphen  
3736 einbringen. In Berlin drängen wir auf eine transparente Vergabe der  
3737 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Interessengeleitete Beratungsstellen ohne staatliche  
3738 Anerkennung und ohne die Möglichkeit Beratungsscheine auszustellen müssen dies explizit auf ihren  
3739 Angebotsseiten kenntlich machen. So ermöglichen wir Schwangeren wirklich ergebnisoffene  
3740 Beratungen und die bestmögliche Unterstützung, die sie in diesen Wochen brauchen.

3741 Die Versorgung vor und nach der Geburt mit Hebammenleistungen muss wohnortnah gesichert sein.  
3742 Die Wahlfreiheit beim Geburtsort, also die freie Entscheidung von Gebärenden, wo und wie sie ihr Kind  
3743 zur Welt bringen, ist für uns selbstverständlich. Die stetig steigende Nachfrage nach außerklinischen  
3744 Geburten und der dazugehörigen Eins-zu-eins-Betreuung zeigen deutlich, dass Geburtshäuser stärker  
3745 unterstützt werden müssen. Wir wollen mit den Hebammen und Geburtshäusern geeignete Konzepte  
3746 finden, um dies zu verwirklichen. Wir wollen Instrumente wie Zuschüsse zu Gewerbetrieben oder die  
3747 Bereitstellung von öffentlichen Gewerberäumen prüfen.

3748 Die Familienhebammen und die Angebote der frühen Hilfen wollen wir in allen Bezirken weiter stärken.  
3749 Die Ausbildungskapazitäten für Hebammen und die Übersetzungsangebote für Gebärende, deren  
3750 Muttersprache nicht Deutsch ist, und deren Hebammen werden wir fördern.

### 3751 **Frauen sind mehr wert!**

3752 Frauen sind in dieser Gesellschaft nach wie vor strukturellen Diskriminierungen ausgesetzt. Das fängt  
3753 mit der Diskriminierung bei Lohn und Gehalt an und hört noch lange nicht bei den schlechteren Chancen  
3754 auf dem Arbeitsmarkt auf. Wir setzen uns für die Schließung der Einkommenslücke zwischen Männern  
3755 und Frauen ein. Für den öffentlichen Dienst sowie für Unternehmen mit Landesbeteiligung werden wir  
3756 den Gender Pay Gap abbauen.

3757 Es wurde gerade in der Zeit der COVID-19-Pandemie deutlich, dass Frauen die Leidtragenden einer  
3758 verfehlten Politik waren. Sie sollten gleichzeitig die Betreuung und Bildung ihrer Kinder aufgrund der  
3759 geschlossenen Kitas und Schulen abfedern und in ihrem Job Höchstleistungen erbringen. Die Doppel-  
3760 und Dreifachbelastung von hauptsächlich Müttern haben wir im Blick und wollen deshalb eine Offensive  
3761 für existenzsichernde Arbeitsplätze und gleiche Aufstiegschancen für Frauen starten. Besondere  
3762 Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Kindern und pflegebedürftigen und/oder behinderten  
3763 Familienangehörigen werden wir ausbauen – sei es durch flexible Kinderbetreuung oder die Ausweitung  
3764 von Pflegeangeboten.

3765 Die frauenpolitischen Vorgaben des Landesgleichstellungs- und des Vergabegesetzes müssen endlich  
3766 auch in der Privatwirtschaft Wirkung entfalten. Mädchen und junge Frauen müssen gezielt gefördert  
3767 werden.

3768 Gezielte Fördermaßnahmen ermöglichen es Mädchen und jungen Frauen, sich für MINT-Berufe  
3769 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu interessieren. Um bei Mädchen das  
3770 Interesse an noch immer von Männern dominierten Berufen zu wecken, werden wir neben dem Girls  
3771 Day weitere Angebote und Mentoringprogramme mit Vorbildcharakter durch „role models“  
3772 voranbringen. Dazu schlagen wir auch speziell an Mädchen gerichtete Förderungen im Bereich der  
3773 digitalen Welt vor, z. B. besondere Programmierkurse und -wettbewerbe. Durch gezielte  
3774 Weiterentwicklung von Verordnungen und Gesetzen werden wir die Chancen der Digitalisierung auch  
3775 für Frauen nutzbar machen. Fort- und Weiterbildungen gerade im technischen und IT-Bereich sollen  
3776 Frauen und Männern zu gleichen Teilen offenstehen. Damit Frauen von höher dotierten Gehältern und  
3777 Karrieremöglichkeiten in den technischen Ausbildungen profitieren, brauchen wir die kontinuierliche  
3778 Umsetzung und Förderung der Reservierungsquote, wie im Landesgleichstellungsgesetz (LGG)  
3779 gefordert. Dabei müssen die landeseigenen Unternehmen eine Vorreiterrolle einnehmen und gezielt  
3780 Frauen für Qualifizierungen ansprechen.

3781 Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm zur Förderung von Chancengleichheit von Frauen in  
3782 Forschung und Lehre fortgesetzt wird.

### 3783 **Frauen in den Mittelpunkt**

3784 Der Erhalt der frauenpolitischen Infrastruktur, wie z. B. Frauenzentren und Sportvereine, ist für uns  
3785 selbstverständlich. Wir werden sie weiter gezielt darin unterstützen, sie auf die Bedürfnisse von Frauen  
3786 auszurichten. Die Arbeit des Frauen Archivs und die Würdigung der Berliner Frauen wertschätzen wir.  
3787 Wir setzen uns dafür ein, dass bei Ehrenbürger:innenschaften, Ehrenbürger:innengräbern, Straßen- und  
3788 Platzumbenennungen weiterhin die Leistungen und das Engagement von Frauen in den Fokus  
3789 genommen werden. Ein wesentliches Mittel, gleichstellungspolitische und feministische Politikansätze  
3790 auch finanziell abzubilden, ist die geschlechtergerechte Haushaltsaufteilung (Gender Budgeting), für die  
3791 wir auch weiterhin streiten.

### 3792 **Parité-Gesetz und Mitbestimmung**

3793 Trotz des nunmehr einhundert Jahre alten Frauenwahlrechts in Deutschland und einer weitgehenden  
3794 Gleichberechtigung ist der Handlungsauftrag aus Artikel 3, Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes noch

3795 nicht erfüllt. Auch wenn Frauen\* formal im Bereich der politischen Partizipation die gleichen Rechte  
3796 besitzen, haben sie dennoch nicht die gleichen realen Möglichkeiten, diese in vollem Umfang in  
3797 Anspruch zu nehmen. Insbesondere Frauen\* mit geringem Einkommen und hoher Sorgeverantwortung  
3798 für andere Menschen haben kaum Möglichkeiten, ihr passives Wahlrecht wahrzunehmen. Es sind  
3799 Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Frauen\* aus dem Niedriglohnsektor, Frauen\* mit  
3800 Rassismuserfahrung und viele andere marginalisierte Frauen\*, die am wenigsten am Politikbetrieb  
3801 partizipieren und deren Sichtweise im Parlament und in der Regierung fehlen. Wir setzen uns weiterhin  
3802 für ein Wahlgesetz zur paritätischen Aufstellung der Wahlkreis- und Listenbewerber:innen ein, als  
3803 verfassungsrechtlich gebotenes Mittel, um die Durchsetzung der gleichberechtigten demokratischen  
3804 Teilhabe aller Geschlechter zu ermöglichen. Dazu werden wir alle rechtlichen Mittel weiter prüfen.



3805

# 21. Senior:innenpolitik

3806 In Berlin besteht fast ein Viertel der Bevölkerung aus Senior:innen. Das sind Menschen mit großer  
3807 Lebenserfahrung, mit Wissen und sozialer Kompetenz. Auf sie kann und darf die Gesellschaft nicht  
3808 verzichten. Die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen muss unter Beachtung der  
3809 Besonderheiten dieses Lebensabschnittes uneingeschränkt gewährleistet werden. Dazu gehört auch  
3810 die Aufhebung pauschaler Altersbegrenzungen für die Ausübung von Funktionen oder Tätigkeiten.  
3811 Wichtige Aspekte zur Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe sind auch kurze Wege und barrierefreie  
3812 Zugänge zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Verkaufsstellen, Gesundheits- und  
3813 Sozialeinrichtungen sowie zu Ämtern und Behörden ebenso ein mobilitätssichernder öffentlicher  
3814 Personennahverkehr. Für die Verbesserung und Sicherung der Mobilität älterer Menschen ist es  
3815 notwendig, dass lückenlos ineinandergreifende Mobilitätsketten entstehen. Hierzu bedarf es auch einer  
3816 verbindlich geregelten kommunalen Altenhilfestruktur.

## 3817 **Mitbestimmung und Teilhabe für Senior:innen gewährleisten**

3818 In Berlin wurde mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz eine gute Voraussetzung für die Teilhabe der  
3819 Senior:innen geschaffen. Das Seniorenmitwirkungsgesetz wollen wir weiterentwickeln. Wir treten dafür  
3820 ein, die rechtliche Stellung der Senior:innenvertretungen klar zu benennen und einheitlich in allen  
3821 Bezirken umzusetzen. Dazu müssen Widersprüchlichkeiten zwischen Seniorenmitwirkungs- und  
3822 Bezirksverwaltungsgesetz beseitigt werden.

3823 Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin werden auch die bezirklichen  
3824 Senior:innenvertretungen neu gewählt. Wir setzen uns dafür ein, dass sich noch mehr ältere  
3825 Berliner:innen an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen. Wir wollen mehr Senior:innen mit  
3826 Migrationshintergrund bzw. Migrationsgeschichte für die ehrenamtliche Arbeit gewinnen und noch  
3827 bestehende Vorbehalte abbauen.

## 3828 **Gutes Leben in Berlin: Armut im Alter bekämpfen**

3829 Niedrige Löhne und Brüche im Arbeitsleben, z. B. durch Arbeitslosigkeit oder Familienarbeit, führen zu  
3830 drohender Armut im Alter. Im Ergebnis steigt die Altersarmut auch in Berlin weiter an. Wir setzen uns  
3831 daher auch weiterhin auf Bundesebene für die Anhebung des Rentenniveaus zur  
3832 Lebensstandardsicherung, für armutsfeste Mindestrenten, die Angleichung der ostdeutschen Renten an  
3833 das Westniveau und für einen Mindestlohn, der auch existenzsichernde Rentenansprüche sichert, ein.  
3834 Auch auf Landes- und Bezirksebene stehen wir in der Pflicht, da, wo wir Einfluss nehmen können, die  
3835 Auswirkungen von Altersarmut zu mindern und Senior:innen in unserer Stadt eine ihren Bedürfnissen  
3836 entsprechende Lebensqualität unabhängig vom Geldbeutel zu ermöglichen.

3837 Dazu gehört für uns eine soziale Infrastruktur mit Stadtteilzentren, Beratungsstellen,  
3838 Senior:innenbegegnungsstätten und Mobilitätsdiensten zu erhalten und auszubauen. Unabdingbar ist  
3839 es, auch weiter für senior:innenfreundliche Kieze mit kurzen Wegen und senior:innengerechter Infra-  
3840 und Dienstleistungsstruktur zu streiten und dafür zu sorgen, dass sich Menschen im Alter ihre Wohnung  
3841 noch leisten und in ihrem angestammten Umfeld einen würdigen Lebensabend verbringen können.

3842 **Digitalisierung: Chancen und Herausforderungen im Alter**

3843 Die Digitalisierung ist ein umfassender Prozess, der bereits viele Bereiche des gesellschaftlichen und  
3844 persönlichen Lebens erfasst hat. Auch viele ältere Menschen nutzen die Möglichkeiten zur digitalen  
3845 Kommunikation und erschließen sich dadurch zusätzliche Teilhabemöglichkeiten sowohl auf privater  
3846 Ebene als auch im gesellschaftlichen Umfeld.

3847 Gleichzeitig stehen manche Menschen – nicht nur ältere – den Prozessen der Digitalisierung skeptisch  
3848 oder sogar ablehnend gegenüber, ob nun wegen fehlenden Wissens, mangelnder praktischer  
3849 Fertigkeiten oder aus durchaus berechtigter Sorge um unerwünschte Folgen für das persönliche Leben.  
3850 Weitere Schritte zur Digitalisierung der Berliner Verwaltung sollten deshalb transparenter und unter  
3851 stärkerer Einbeziehung auch der älteren Bürger:innen gegangen werden. Grundsätzlich muss es für  
3852 Nutzer:innen, die digitale Möglichkeiten nicht nutzen können oder nicht nutzen wollen, zuverlässige und  
3853 ausreichende Möglichkeiten geben, ihre Verwaltungsangelegenheiten auf anderen Zugangswegen zu  
3854 erledigen: durch persönliche Vorsprache, auf telefonischem oder schriftlichem Weg.

3855 Auch wenn sich die Proportionen in Zukunft zugunsten der Nutzung digitaler Zugänge verschieben  
3856 werden, müssen andere Zugangs- und Übergangsmöglichkeiten weiter vorgehalten werden. In  
3857 datensensiblen Bereichen wie in der Gesundheits- und Pflegeversorgung muss der persönliche Kontakt  
3858 von Mensch zu Mensch oberstes Gebot bleiben. Robotik und Telemedizin muss sich auf unterstützende  
3859 Funktionen beschränken.

3860 Bibliotheken, Senior:inneneinrichtungen und Stadtteilzentren wollen wir verstärkt nutzen, um  
3861 Senior:innen im assistierten Zugang zu digitalen Angeboten zu unterstützen. Die mobilen Bürgerämter  
3862 haben sich bewährt und sollen in Soft- und Hardware modernisiert und ausgebaut werden.  
3863 Barrierefreiheit und Benutzerfreundlichkeit für alle Alters- und Erfahrungsgruppen sollen Standard bei  
3864 digitalen Verwaltungsvorgängen in Berlin sein.

3865

## 22. Queerpolitik

### 3866 **Berlin bleibt Regenbogenhauptstadt**

3867 Wir haben der maßgeblich von uns initiierten Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und  
3868 Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) in den vergangenen fünf Jahren neuen  
3869 Schwung verliehen und wollen an Erfolge der Vergangenheit anknüpfen. Gemeinsam mit den queeren  
3870 Communitys in der Stadt sowie mit den Bezirken wollen wir bisherige Maßnahmen auswerten und die  
3871 Initiative weiterentwickeln. Strukturelle Benachteiligungen einzelner Communitys, etwa bei  
3872 Ausschreibungen oder Projektvergaben wollen wir beenden. Auch Lesben, trans und inter sowie von  
3873 Rassismus betroffene Queers müssen über gesellschaftliche Teilhabe verfügen.

3874 Berlin ist Sehnsuchtsort für viele lesbische, schwule, bisexuelle, trans\* und inter\* Menschen (LSBTI).  
3875 Wir kämpfen zusammen mit den Communitys dafür, dass Schutz- und Freiräume, die für Queers eine  
3876 wichtige soziale Funktion erfüllen und die nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie oder durch  
3877 Gentrifizierung massiv unter Druck geraten sind, verteidigt werden oder neu entstehen können.

### 3878 **Queeres Leben schützen**

3879 Gewalt und Diskriminierung gehören nach wie vor zum Alltag vieler Queers in Berlin. Neben der  
3880 Verstärkung der in der IGSV verankerten Maßnahmen gegen homo- oder transfeindliche Gewalt wollen  
3881 wir u. a. die Krisenangebote für queere Menschen erweitern, die bspw. im Rahmen von Beziehungstaten  
3882 Gewalt erfahren.

3883 Auch im Schulalltag sind Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTI ein großes Problem. Wir wollen  
3884 eine inklusive Schule für alle, deshalb werden wir uns u. a. für die Erarbeitung von Richtlinien zur  
3885 Inklusion von trans, inter und nicht-binären Schüler:innen einsetzen.

3886 Berlin ist eine migrantisch geprägte und vielfältige Stadt. Rassismus muss bekämpft werden, auch  
3887 innerhalb queerer Communitys. Deshalb machen wir uns für die Absicherung von Projekten und  
3888 Vereinen stark, die von Rassismus betroffenen und geflüchteten LSBTI Unterstützung, Beratung oder  
3889 Unterkunft bieten.

3890 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gehört zu den großen Erfolgen der letzten fünf Jahre und  
3891 stärkt nicht zuletzt LSBTI. Wir werden das LADG evaluieren und weiterentwickeln. Alle von Ausgrenzung  
3892 und Diskriminierung betroffenen Menschen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und  
3893 Schutz ihrer Menschenwürde. Dazu braucht es eine breit angelegte Informationskampagne, die alle über  
3894 ihre Rechte und die Möglichkeiten informiert, die das LADG ihnen bietet.

3895 Wir stehen für geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung. Deshalb werden wir uns im Bundesrat  
3896 weiter für den Schutz von LSBTI engagieren, u. a. für bundesweite Akzeptanzmaßnahmen und die  
3897 Abschaffung des Transsexuellengesetzes.

3898 **Queerpolitik sozial gedacht**

3899 LSBTI haben besondere soziale und gesundheitliche Bedarfe, die wir als solche ernst nehmen. Armut  
3900 und Wohnungslosigkeit treffen queere Menschen überproportional. Wir wollen die Datengrundlagen  
3901 über die Situation marginalisierter, queerer Gruppen (z. B. Wohnungslose, Geflüchtete oder  
3902 Sexarbeitende) verbessern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Handlungskonzepte entwickeln.

3903 Wir stehen dafür ein, dass LSBTI einen niedrighschwelligen Zugang zu der für sie nötigen  
3904 Gesundheitsversorgung haben und Angebote, wo möglich und notwendig, verbessert werden.

3905 2016 hat sich Berlin auf unsere Initiative hin der Fast-Track-Cities-Initiative der Vereinten Nationen  
3906 gegen HIV/AIDS angeschlossen und deren erstes Etappenziel bereits erreicht: 90 Prozent der HIV-  
3907 Infizierten wissen von ihrer Infektion, 90 Prozent davon haben Zugang zu Behandlungen und 90 Prozent  
3908 der Behandelten sind unter der Nachweisgrenze, können das Virus also nicht übertragen. Wir wollen,  
3909 dass Berlin weiter seinen Beitrag dazu leistet, HIV/AIDS zu besiegen. Dazu gilt es jetzt auf 95-95-  
3910 95 Prozent zu kommen. Zusätzlich zu den Zielen der Initiative kämpfen wir dafür, die Diskriminierung  
3911 und Stigmatisierung von Menschen mit HIV/AIDS zu beenden. Die in Berlin existierende Infrastruktur  
3912 für den Kampf gegen HIV/AIDS, wie etwa den Checkpoint BLN, werden wir leistungsfähig und  
3913 bedarfsgerecht ausbauen. Dazu gehört der Ausbau der neu geschaffenen Clearingstelle für Menschen  
3914 ohne Krankenversicherung und die finanzielle Sicherung ihrer Behandlung.

3915 Die COVID-19-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie drängend die Frage der Vereinsamung  
3916 und der Unterstützung von Senior:innen ist. Wir wollen Angebote vorantreiben, die die Lebensqualität  
3917 queerer Senior:innen mit und ohne Behinderung verbessern, sei es durch Besuchsservices oder  
3918 praktische Unterstützung im Alltag.

3919 **Entstigmatisierung der Sexarbeit**

3920 Darüber hinaus setzen wir uns für eine Entstigmatisierung von Sexarbeit ein. Das  
3921 Prostituiertenschutzgesetz von 2017 beschneidet die Rechte von Sexarbeitenden. Geeigneter Schutz  
3922 kann aber nur mit einem Ausbau der Rechte, die im Zweifelsfall einklagbar sind, erfolgen. Um eine  
3923 Verdrängung der Sexarbeit in die Außenbezirke zu verhindern, werden wir uns für den Erhalt von kleinen  
3924 Wohnungsbordellen und für mehr Freiräume für Gewerbe einsetzen. Das Erstarken von  
3925 Monopolbordellen wollen wir unterbinden.

## 23. Inklusion und Barrierefreiheit

### 3927 **Inklusive Stadt**

3928 In Berlin leben viele Menschen mit körperlichen Behinderungen und anderen Beeinträchtigungen. Wir  
3929 setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben aller Berliner:innen ein, auf dem Arbeitsmarkt, in der  
3930 Gesundheitsversorgung, bei der Mobilität (siehe auch „Verkehr und Mobilität“), in Schule, Sport und in  
3931 allen anderen Lebensbereichen. Wir fühlen uns der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit  
3932 Behinderungen verpflichtet. Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe denken wir in allen  
3933 politischen Bereichen mit. Die unmittelbare Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei der  
3934 Erarbeitung politischer Vorhaben und deren Umsetzung ist für uns unerlässlich. Wir wollen die  
3935 barrierefreie Teilnahme an Übertragungen von Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV)  
3936 und politischen Gremien verbessern. Den Anteil von Menschen mit Behinderungen in den politischen  
3937 Gremien, insbesondere im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen, wollen wir  
3938 erhöhen und die Rahmenbedingungen hierfür schaffen.

### 3939 **Inklusion auf dem Arbeitsmarkt**

3940 Die COVID-19-Pandemie hat uns auf dem Weg zu einem richtig inklusiven Arbeitsmarkt leider wieder  
3941 zurückgeworfen. Hier müssen und wollen wir gegensteuern, um dieses Ziel zu erreichen. Dafür wollen  
3942 wir eine gemeinsame Initiative aller Ressorts für eine Verbesserung der Inklusion von Menschen mit  
3943 Behinderungen auf den Weg bringen.

3944 Der öffentliche Dienst in Berlin muss auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen den Anteil  
3945 von Menschen mit Behinderungen in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen in der Berliner  
3946 Verwaltung deutlich erhöhen. Dafür müssen bestehende Zugangsbarrieren weiter abgebaut, mehr  
3947 behindertengerechte Arbeitsplätze in den Dienstgebäuden geschaffen und ein Mentalitätswandel in der  
3948 Verwaltung herbeigeführt werden.

3949 Wir wollen mit den Mitteln der Ausgleichsabgabe neue Förderinstrumente schaffen, um die bisher viel  
3950 zu geringe Nutzung des Budgets für Arbeit und des Budgets für Ausbildung deutlich zu erhöhen.

3951 Wir wollen ein Inklusionssiegel für Betriebe einführen, die sich besonders für die Beschäftigung und  
3952 gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt einsetzen, um positive  
3953 Beispiele sichtbar zu machen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Inklusion in der Arbeit zu  
3954 schärfen.

3955 Wir sehen im Vergaberecht einen effektiven Hebel, um den Anteil von Beschäftigten mit Behinderungen  
3956 zu erhöhen. Deshalb wollen wir die sozialen Kriterien im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz  
3957 schärfen und die Schaffung von Stellen für Menschen mit Behinderungen bzw. einen bestimmten Anteil  
3958 von Menschen mit Behinderungen bei den Auftragnehmer:innen des Landes Berlin zum  
3959 Vergabekriterium machen. Wir wollen außerdem mehr öffentliche Aufträge an Inklusionsbetriebe und  
3960 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen vergeben.

3961 **Barrierefreies Bauen und Wohnen**

3962 Senior:innen möchten möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden leben. Gleiches gilt für  
3963 Menschen mit Behinderungen. Damit wachsen auch die Bedarfe an Barrierefreiheit in der Wohnung und  
3964 im Wohnumfeld, an Assistenzsystemen sowie an unterstützenden Dienstleistungen. Deshalb wollen wir  
3965 den Anteil an barrierefreien und barrierearmen Wohnungen in Berlin auch im Bestand deutlich erhöhen.

3966 Dazu bedarf es einer Investitionsoffensive für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau mit  
3967 barrierefreien und inklusiven Wohnangeboten. Öffentliche Investitionen, Fördergelder und die Vergabe  
3968 müssen an Barrierefreiheit gebunden werden.

3969 Stadtentwicklungs- und Baupolitik müssen auf die Entwicklung von inklusiven und umfassend  
3970 barrierefreien Lebensräumen und Stadtquartieren ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes,  
3971 am Sozialraum orientiertes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderungen nach der  
3972 Maßgabe des „Designs für alle“ gemäß Artikel 2 der UN-Behindertenrechtskonvention erreicht wird.  
3973 Denn Inklusion bringt allen einen Mehrwert und einen Zugewinn an Lebensqualität.

3974 **Bundesteilhabegesetz umsetzen**

3975 Auch wenn die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes durch die Pandemie zeitlich zurückgeworfen  
3976 wurde, verfolgen wir weiterhin das Ziel, die Eingliederungshilfe in Berlin auf neue Füße zu stellen.

3977 Wir wollen die Vergütung der Träger der Eingliederungshilfe reformieren und nach dem Beispiel  
3978 Hamburgs Trägerbudgets einführen, um die Angebote der Eingliederungshilfe für Menschen mit  
3979 Behinderungen zu flexibilisieren und deren Teilhabe zu verbessern. Anstatt jeden einzelnen Fall bzw.  
3980 jede einzelne Fachleistung minutengenau abzurechnen, soll künftig durch die Träger ein Betrag über  
3981 alle Leistungen der Eingliederungshilfe abgerechnet werden. Das soll die Arbeit der Träger erleichtern  
3982 und ihnen ermöglichen, neue und kreative Assistenzformen zu erproben.

3983 Wir stellen uns der Herausforderung, die Berliner Kieze zu einem wirklich inklusiven Lebensraum für alle  
3984 zu machen. Unser Ziel ist, die Sozialraumorientierung bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes  
3985 in Berlin weiter voranzutreiben und spürbar zu verbessern.

3986

# 24. Demokratisierung und Kampf gegen

3987

## Rechts

3988 Die Demokratie ist kein „fertiger“ Zustand; Demokratie muss Tag für Tag von Bürger:innen gelebt  
3989 werden, sie muss aber auch gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Es ist und  
3990 bleibt Aufgabe der Politik, Bürger:innen den Weg zu einer stärkeren Beteiligung zu eröffnen. Allen  
3991 Menschen soll ermöglicht werden, sich in die Stadtpolitik einzumischen und mitzuentcheiden.

3992 Wir wollen die benötigten Quoren für Volksbegehren auch bei verfassungsändernden Volksbegehren  
3993 senken und das Zustimmungsquorum abschaffen. Außerdem sollen auch digitale Unterschriftenverfahren  
3994 datenschutzkonform möglich werden.

3995 Wir wollen die Fragen, über die per Volksentscheid abgestimmt werden darf, erweitern, so dass auch  
3996 über die Tarife von öffentlichen Unternehmen oder zu zahlende Abgaben entschieden werden kann. Bei  
3997 der Privatisierung öffentlicher Unternehmen sollte immer ein Volksentscheid durchgeführt werden.  
3998 Darüber hinaus wollen wir die Einführung eines Einspruchsreferendums. Das heißt, dass ein  
3999 Volksentscheid über vom Abgeordnetenhaus bereits beschlossene Gesetze herbeigeführt werden kann.  
4000 Somit sollen die Berliner:innen direkten Einfluss auf Entscheidungen des Parlaments nehmen können.

### 4001 **Mitbestimmung im Kiez ausbauen**

4002 Bürger:innen sollen auf lokaler Ebene Entwicklungen in ihren Kiezen und Nachbarschaften mitgestalten  
4003 können. Wir wollen weitere Beteiligungsgremien unterstützen, etwa bei Projektentwicklungen oder  
4004 durch die Bildung von Quartiers- oder Stadtteilräten im Losverfahren. Beteiligungskonzepte sollen die  
4005 Formate verbindlicher werden lassen. Um den Dialog zwischen Anwohner:innen, der Politik und der  
4006 Verwaltung zu verstärken und alle in Planungsprozesse vor Ort einzubeziehen, sollen niedrigschwellige  
4007 Formen zur digitalen Beteiligung in Kiezen an Planungsprozessen und Abstimmungen weiterentwickelt  
4008 werden. Dafür braucht es ein besseres Beteiligungsportal, mit dem die unterschiedlichen Wünsche nach  
4009 digitaler Beteiligung umfassend gelöst werden können. Bezirkliche Leitlinien der  
4010 Bürger:innenbeteiligung wollen wir unterstützen und Beteiligungsbüros in allen Bezirken schaffen.  
4011 Beteiligungsformen sind oft noch nicht perfekt, daher wollen wir Pilotprojekte fördern, die innovative  
4012 Ideen und deren Umsetzung ermöglichen. Die Möglichkeiten und die rechtliche Verbindlichkeit von  
4013 Einwohneranträgen, Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheiden auf Bezirksebene sollten ausgebaut und  
4014 gestärkt werden.

### 4015 **Ehrenamtliches Engagement fördern**

4016 Berlin ist eine Stadt des Ehrenamts. Die Corona-Krise hat in Berlin und deutschlandweit eine Welle der  
4017 Hilfsbereitschaft von Bürger:innen ausgelöst. Aktive Nachbarschaftshilfe in Form von Hilfezetteln an  
4018 den Haustüren, Chatgruppen, Einkaufshilfen oder Spendenzäunen hat Unterstützung für die Menschen  
4019 schnell und solidarisch organisiert. In der Krise haben sich die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements  
4020 und die Notwendigkeit von funktionierenden Strukturen in den Stadtteilzentren, Freiwilligenagenturen,  
4021 Kirchen und Vereinen gezeigt.

4022 Für bessere Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen, Initiativen sowie  
4023 Ehrenamtliche wollen wir die Handlungsempfehlungen der Berliner Engagementstrategie 2020-2025  
4024 umsetzen.

4025 Nur mit stabilen Strukturen kann die Zivilgesellschaft innovativ, wirksam und teilhabeorientiert agieren.  
4026 Es bedarf einer stabilen, flächendeckenden Infrastruktur, die Menschen vor Ort in ihrem Engagement  
4027 unterstützt und Raum bietet. Wir wollen Freiwilligenagenturen weiterentwickeln, Stadtteilzentren  
4028 ausbauen und Beteiligungsbüros nach den Leitlinien für Bürger:innenbeteiligung schaffen. Unterstützt  
4029 wird das mit im Bezirksverwaltungsgesetz zu verankernden Beauftragten für Bürgerschaftliches  
4030 Engagement in den Bezirken.

4031 Das Engagement junger Menschen im Ehrenamt wollen wir mit der Stärkung der gesetzlichen  
4032 Freiwilligendienste fördern.

4033 Oft ist der Arbeitsalltag der Menschen ungünstig zur Ausübung von ehrenamtlichem Engagement. Daher  
4034 soll bei Arbeitgeber:innen dafür geworben werden, Engagierte für ihre ehrenamtliche Tätigkeit  
4035 freizustellen und ihre Arbeit flexibler gestalten zu können. Wir wollen die Berliner Verwaltung als Vorbild  
4036 hierfür entwickeln. Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen sollte Teil der Aus-  
4037 und Fortbildung für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung sein. Freiwilliges Engagement der  
4038 Beschäftigten muss bei der Personalentwicklung stärker berücksichtigt werden, z. B. durch eine  
4039 Aufnahme in die Leitlinien zur Personalentwicklung sowie in Ausschreibungen und Anforderungsprofile.

4040 Ebenso wollen wir ehrenamtliches Engagement von Studierenden im Hochschulgesetz positiv  
4041 berücksichtigt sehen.

4042 Der Berliner Demokratietag fand 2020 erstmalig statt. Wir wollen diesen verstetigen und  
4043 weiterentwickeln. Der Tag des Ehrenamts soll in Berlin spürbarer werden, so dass das Danke bei den  
4044 Ehrenamtlichen tatsächlich ankommt. Zur innovativen Weiterentwicklung des Ehrenamts wollen wir eine  
4045 jährliche Engagementkonferenz etablieren.

4046 Zur Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement wollen wir die Nutzung des ÖPNV für Ehrenamtliche  
4047 kostenfrei und die Ehrenamtskarte attraktiver machen. Beim Bund setzen wir uns ein, dass etwaige  
4048 Aufwandsentschädigungen zukünftig nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden.

4049 Räume fehlen überall, so auch für ehrenamtliche Initiativen. Daher soll geprüft werden, welche  
4050 landeseigenen Räume bereitgestellt werden können, dauerhaft oder zeitweise. Bei der Planung von  
4051 öffentlichen Gebäuden und von Gebäuden städtischer Wohnungsbaugesellschaften wollen wir, dass  
4052 Räume für die Zivilgesellschaft mitgedacht werden. Ebenso sind Zwischennutzungen von Räumen eine  
4053 weitere Möglichkeit.

4054 Die Digitalisierung ist auch im Ehrenamt notwendig. Digitales Engagement und Beteiligung wollen wir  
4055 daher stärken, die Förderung von Pilotprojekten kann hierfür eine Hilfe sein. Die Erweiterung von  
4056 digitalen Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen ist ebenso erforderlich.  
4057 Quelloffene Softwarelösungen für ehrenamtliches Engagement sollen geschaffen, das  
4058 Engagementportal des Landes Berlin soll attraktiver werden.



4059 **Für ein modernes, gleichberechtigtes Wahlrecht**

4060 Wir wollen das Wahlalter für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sowie für Volksentscheide auf 16 Jahre  
4061 absenken. Jugendliche sind in der Lage, politische Vorgänge zu bewerten und sich selbst politisch  
4062 einzubringen. Auch sie sollen aktiv über ihre Zukunft mitentscheiden können. Nicht nur Menschen mit  
4063 deutscher Staatsbürgerschaft sollten in unserer Stadt das Wahlrecht haben, sondern alle Menschen,  
4064 die hier leben. Wir werden uns daher weiter auf allen Ebenen dafür einsetzen, ein Wahlrecht für  
4065 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu schaffen. Die undemokratischen Sperrklauseln und  
4066 Prozenhürden bei Wahlen sollen entfallen.

4067 **Transparenz staatlichen Handelns sichern – Informationsfreiheit garantieren**

4068 Die beste Prävention gegen Korruption und Misswirtschaft ist größtmögliche Transparenz staatlichen  
4069 Handelns. Das Recht auf Informationsfreiheit ist hierfür ein elementarer Bestandteil. Wir setzen uns  
4070 dafür ein, dass der Staat seine Daten und Informationen allen Bürger:innen proaktiv in offenem Format  
4071 und kostenfrei zur Verfügung stellt. Die bisherigen Regelungen sollen erweitert werden und neben  
4072 Behörden auch privatrechtlich organisierte, öffentliche Unternehmen erfassen. Wir setzen uns weiterhin  
4073 für eine starke Lobbyregulierung ein. Dazu gehört das bereits vorgeschlagene Lobbyregister mit der  
4074 Ergänzung um den legislativen Fußabdruck, um den Entstehungsprozess der Gesetzgebung transparent  
4075 und die Beteiligung sichtbar zu machen. Außerdem schlagen wir vor, dass Abgeordnete, Senator:innen  
4076 sowie Staatssekretär:innen verpflichtet werden sollten, ihre Einkünfte sowie das Verhältnis von  
4077 Nebeneinkünften und Mandatsbezügen detailliert offenzulegen. Nicht nur die Höhe der  
4078 Einkünfte, sondern auch der zeitliche Umfang der Nebentätigkeit soll nachvollziehbar sein.

4079 **Verfassung modernisieren**

4080 Wir setzen uns für die Einrichtung einer Kommission ein, die Vorschläge zur Reform der Berliner  
4081 Verfassung vorlegt. Beraten werden sollen u. a. Reformen im Wahl- und Abstimmungsrecht, die Rolle  
4082 der Berliner Bezirke sowie der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Kommission soll  
4083 Möglichkeiten der Bürger:innenbeteiligung vorsehen.

4084 **Staatsbürgerschaftsrecht demokratisieren – Einbürgerung erleichtern**

4085 Trotz Verbesserungen besteht für viele Jugendliche mit Migrationsgeschichte die Pflicht, sich zwischen  
4086 zwei Staatsbürgerschaften zu entscheiden. Das wird dem Umstand einer vielfältigen  
4087 Einwanderungsgesellschaft nicht gerecht; Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften sind in einer  
4088 vielfältigen Einwanderungsgesellschaft als Normalzustand anzuerkennen. Wir werden uns weiter auf  
4089 Bundesebene für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht einsetzen, das die Einbürgerung  
4090 erheblich erleichtert und doppelte und Mehrfachstaatsangehörigkeiten ohne Einschränkungen zulässt.  
4091 Wir werden weiter für eine Politik der gesellschaftlichen Teilhabe unabhängig von der  
4092 Staatsangehörigkeit auf allen Ebenen kämpfen.

4093 **Projekte gegen Rechts sichern**

4094 Wir stehen für ein vielfältiges Berlin, in dem Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und  
4095 Diskriminierung keinen Platz haben. Aus diesem Grund stärken wir Projekte gegen Rechts und die

4096 Opferberatungsstellen. Insbesondere die bezirklichen Opferberatungs- und Registerstellen bilden einen  
4097 wichtigen Baustein im gesamtstädtischen Konzept gegen Rechts. Was in den vorhandenen  
4098 Recherchestruckturen an Informationen gebündelt wird, ist eine wichtige Grundlage für die Verfolgung  
4099 von Straftaten, jährliche Berichte über das Gesicht von rechtem Terror, Gewalt und Übergriffe in Berlin.  
4100 Die Akteur:innen in den Projekten haben detaillierteres Wissen zu rechten Strukturen und sind  
4101 unverzichtbar für den Kampf dagegen. Die Arbeit dieser Projekte muss gestärkt und auch von  
4102 Sicherheitsbehörden ernst genommen werden.

4103 Für Jugendprojekte, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, durch die Bezirke aber nicht  
4104 gesichert werden können, wollen wir Anlaufstellen im Land für eine Förderung, um ihre Arbeit  
4105 kontinuierlich weiterführen zu können.

#### 4106 **Qualifizierungen**

4107 Wir wollen die Akteur:innen, die sich tagtäglich gegen rechte Hetze und Diskriminierung stellen, in  
4108 diesem Feld weiter qualifizieren und stärken. Gleichzeitig braucht es vermehrt Kampagnen zur  
4109 Aufklärung in die Breite der Gesellschaft. Denn Diskriminierung und Rassismus finden nicht nur im  
4110 Privaten statt oder auf dem Weg nach Hause. Es sind Ausgrenzungsmechanismen, die wir auch im Job  
4111 und in Institutionen finden.

4112 Diese müssen auf der einen Seite strukturell geändert werden. Auf der anderen Seite brauchen  
4113 Betroffene Möglichkeiten um gegen sie vorzugehen, wie z. B. durch anonyme Beschwerdestellen oder  
4114 Anlaufstellen. Wir wollen für Personalräte und Betriebsräte Weiterbildungsmöglichkeiten, um aktiv  
4115 handeln zu können. Auch im Bereich Bildung soll es Weiterbildungsangebote für Lehrer:innen und  
4116 Sozialpädagog:innen insbesondere im Hinblick auf alle Formen von Rassismus, insbesondere  
4117 antimuslimischen und antischwarzen Rassismus sowie Antisemitismus und Antiziganismus.  
4118 Verschwörungsideologien unterfüttern rechtes Gedankengut und befördern u. a. Antisemitismus.  
4119 Pandemiebedingt sind solche Ideologien verstärkt zu Tage getreten. Als Linke müssen wir uns mit diesen  
4120 Ideologien auseinandersetzen und sowohl Präventionsangebote, als auch Gegenstrategien entwickeln.  
4121 Für den Umgang damit müssen auch Projekte, Personal und Akteur:innen der Stadtgesellschaft  
4122 sensibilisiert werden. Um Betroffenen zu helfen, benötigen wir eine Beratungsstelle.

#### 4123 **Antiziganismus bekämpfen – Community stärken**

4124 Antiziganismus ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Hierzu trägt die weiterhin anhaltende  
4125 Verbreitung von Vorbehalten und Stereotypen gegenüber der Community der in Berlin lebenden  
4126 ethnischen Minderheit der Rom:nja und Sinti:zze einen entscheidenden Anteil bei.

4127 Viele Rom:nja kommen aus dem Ausland nach Berlin, um sich hier eine Existenz aufzubauen oder Asyl  
4128 zu beantragen. Auch hier trägt der Senat Verantwortung, dass Rom:nja ohne deutsche  
4129 Staatsbürgerschaft den gleichen Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung erhalten. Wir wollen den  
4130 „Aktionsplan Roma“ weiterentwickeln und den Schwerpunkt dabei auf die Stärkung der  
4131 gesellschaftlichen und politischen Teilhabe der Rom:nja- und Sinti:zze-Communitys legen.

4132 Wir setzen uns dafür ein, dass die Vernetzung der heterogenen Communitys der Rom:nja ohne deutsche  
4133 Staatsbürgerschaft und der Rom:nja und Sinti:zze mit deutscher Staatsbürgerschaft unterstützt wird.  
4134 Mit der Einrichtung des „Beirats für Angelegenheiten der Roma und Sinti“ bei der Beauftragten für

4135 Migration und Partizipation ist unser Anliegen verbunden, die Expertise dieser Rom:nja und Sinti:zze  
4136 einzuholen und sie bei für diese Communitys betreffenden Entscheidungen zu beteiligen.

#### 4137 **NSU-Untersuchungsausschuss jetzt**

4138 Wir fordern die Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschusses in der kommenden Wahlperiode.  
4139 Viele Fäden der rechten Terrorserie führen über Berlin und zu V-Personen in Berlin. Außerdem sind  
4140 dringende Fragen zum Handeln von Sicherheitsorganen und ihrem Anteil an möglichen Tathergängen  
4141 bis heute nicht geklärt.

#### 4142 **Untersuchungsausschuss zur Neuköllner Terrorserie**

4143 Die rechte Anschlagsserie von Neukölln ist noch immer nicht aufgeklärt, obwohl mutmaßliche Täter seit  
4144 Jahren bekannt sind und überwacht wurden. Trotz vorliegender Erkenntnisse haben die Berliner  
4145 Sicherheitsbehörden die Betroffenen nicht geschützt. Stattdessen werden immer wieder Fälle von  
4146 Verstrickungen von Beamt:innen in die extrem rechte Szene bekannt. Um die Ursachen dieser  
4147 Missstände aufzuklären, fordern wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Dieser soll  
4148 rechte Netzwerke und Strukturen in allen Berliner Sicherheitsbehörden und die Versäumnisse bei den  
4149 Ermittlungen zum Nazi-Terror in Neukölln untersuchen, um dem Anspruch der Öffentlichkeit und der  
4150 Betroffenen auf Aufklärung gerecht zu werden.

#### 4151 **Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierungen**

4152 Wir sind eine antirassistische Partei. Doch in allen Lebensbereichen sind rassistische Einstellungen,  
4153 Ausgrenzungen und auch körperliche Angriffe real. Wir wollen rassistische Strukturen sowohl in den  
4154 staatlichen Einrichtungen als auch in der Gesellschaft nicht hinnehmen und werden in einer Enquete-  
4155 Kommission gemeinsam mit antirassistischen Organisationen und mit Menschen mit  
4156 Rassismuserfahrungen einen Maßnahmenkatalog zur Beseitigung von Rassismus in allen  
4157 Lebensbereichen erarbeiten.

#### 4158 **Antifaschismus ist gemeinnützig**

4159 Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass Antifaschismus als Staatsziel in die Verfassung von Berlin  
4160 aufgenommen wird. Antifaschismus ist kein Verbrechen und wir stehen solidarisch an der Seite der  
4161 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten. Jegliche Angriffe, auch  
4162 steuerlicher Art, gegen antifaschistische Vereine lehnen wir ab und kämpfen für eine Anerkennung ihrer  
4163 Arbeit. Für die parlamentarische Arbeit streben wir eine Neuauflage des Berliner Konsenses an, denn  
4164 wir stellen uns entschlossen gegen die Normalisierung rechter Parteien und Personen im Berliner  
4165 Abgeordnetenhaus. Eine Zusammenarbeit mit diesen kommt für uns nicht infrage.

# 4166 25. Innenpolitik, Bürger:innenrechte 4167 und Justiz

## 4168 **Datenschutz stärken**

4169 Wir wollen die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken. Wir setzen uns  
4170 deshalb für eine Stärkung der Rechte und Befugnisse sowie für eine Ausweitung der Personal- und  
4171 Sachmittel der Berliner Datenschutzbeauftragten ein. Zur besseren Durchsetzung von Regeln  
4172 gegenüber Behörden soll die Datenschutzbeauftragte eine Anordnungsbefugnis und wirksame  
4173 Instrumente zu deren Durchsetzung bekommen. Insbesondere vor dem Hintergrund unbefugter  
4174 Datenabfragen streben wir auch die Erweiterung der Sanktionsmöglichkeiten an, wenn  
4175 Verwaltungsangehörige in erheblicher Weise gegen das Berliner Datenschutzgesetz verstoßen. Wir  
4176 wollen außerdem die Rechte der Datenschutzbeauftragten gegenüber den Landes- und  
4177 Beteiligungsunternehmen stärken.

4178 In der digitalen Daseinsvorsorge entwickeln sich Stadtverwaltung und öffentliche Unternehmen selbst  
4179 zu mächtigen Datenintermediären. Um dabei die Möglichkeit von Datenmissbrauch und Überwachung  
4180 strukturell zu unterbinden, soll der Senat das Konzept von Daten-Treuhänder:innen unter  
4181 demokratischer Kontrolle in verschiedenen Daseinsvorsorge-Sektoren erproben. Das Prinzip der Daten-  
4182 Treuhand (Data Trusts) besteht in der funktionalen Trennung von Datenverwaltung und  
4183 Datenverwendung. Dazu soll ein Datenbeirat etabliert werden, der die Verwendung der Daten im  
4184 Interesse der Nutzer:innen überwacht und von ihnen abgewählt werden kann. So könnte es in jedem  
4185 Bereich der Daseinsvorsorge (Mobilität, Gesundheit, Bildung, Energie, Entsorgung etc.) einen  
4186 städtischen Datenbeirat geben, der die datenschutzkonforme Behandlung persönlicher Daten  
4187 kontrolliert und zugleich Datenanalysen ermöglicht, die im Interesse des Gemeinwohls liegen.

## 4188 **Innenpolitik – Sicherheit und Schutz der Grundrechte**

4189 Eine rationale Politik für mehr Sicherheit in der Stadt bei gleichzeitiger Stärkung der Bürger:innenrechte  
4190 – das ist möglich und dafür treten wir ein. Wir wollen keine Schaufensterpolitik durch immer neue  
4191 Gesetze, Befugnisse und sinnlose Grundrechtseinschränkungen, sondern die sozialen Ursachen von  
4192 Kriminalität bekämpfen, die Arbeitsbedingungen der Sicherheitsbehörden verbessern, klassische  
4193 Ermittlungsarbeit stärken, Präventionsarbeit ausbauen, Bürger:innennähe herstellen und Prioritäten  
4194 richtig setzen, aber auch die demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden erhöhen und die Rechte  
4195 der Bürger:innen stärken.

4196 Für alle Orte mit erhöhter Kriminalitätsbelastung in Berlin braucht es jeweils individuelle und  
4197 ganzheitliche Sicherheitskonzepte. Dazu gehören ausreichend Personal für die Polizei auf der Straße  
4198 sowie mobile oder feste Wachen. Doch hinter Gewalt und Kriminalität stehen häufig vielfältige soziale  
4199 Problemlagen, die sich nicht mit dem Polizei- und Ordnungsrecht lösen lassen. Eine deutliche  
4200 Ausweitung der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention auf Bezirksebene ist deshalb  
4201 notwendig. Modelle der aufsuchenden Straßensozialarbeit in Zusammenarbeit mit freien Trägern wie

4202 am Alexanderplatz sollen ausgeweitet werden. Die städtebauliche Kriminalprävention ist auszubauen  
4203 und stadtwert zu koordinieren. Eine gute Sozialpolitik ist immer noch die beste Kriminalpolitik.

4204 Zur Bekämpfung von Phänomenen wie Taschendiebstahl, Fahrraddiebstahl oder Einbruchdiebstahl  
4205 streben wir eine zusätzliche Ausstattung der Polizei mit Stellen sowohl bei den Abschnitten für lokale  
4206 Aufklärung und Prävention als auch beim LKA für die Ermittlung von organisierten Strukturen an.

4207 Im Bereich der Schwerstkriminalität fehlt es an Personal- und Ermittlungskapazitäten statt an  
4208 Befugnissen. Dem wollen wir entgegenwirken, indem frei werdende Kapazitäten der Polizei in diesem  
4209 Bereich verstärkt eingesetzt werden. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Einheiten der Berliner  
4210 Polizei und anderen Strafverfolgungsbehörden muss zielgerichtet verbessert, die Kontrolle von  
4211 Qualitätsstandards der Ermittlung und Aktenführung erhöht werden. Der Quellen- und Methodenschutz  
4212 darf niemals vor dem Schutz von Leib und Leben bedrohter Personen stehen.

4213 Mit der Stärkung und finanziellen Aufstockung der Programme zur Prävention und Deradikalisierung im  
4214 Bereich des islamistischen Fundamentalismus wurde in der vergangenen Wahlperiode der richtige Weg  
4215 eingeschlagen. Dies wollen wir weiter ausbauen.

4216 Die Entkriminalisierung des so genannten Schwarzfahrens würde Staatsanwaltschaften, Gerichte und  
4217 Justizvollzug mit einem Schlag massiv entlasten und Personalressourcen freigeben, die dringend an  
4218 anderen Stellen gebraucht werden. Gleiches gilt für die Entkriminalisierung von Cannabis. Hierfür soll  
4219 sich Berlin auf Bundesebene einsetzen. Wir setzen uns dafür ein, Armutsdelikten verstärkt mit  
4220 sozialstaatlichen Maßnahmen zu begegnen anstatt mit Freiheitsentzug.

4221 Unverhältnismäßige polizeiliche Razzien in migrantischen Orten wie Shishabars und Moscheen, die zu  
4222 ihrer Stigmatisierung führen, lehnen wir genauso klar ab wie die Verwendung stigmatisierender Begriffe  
4223 wie „Clankriminalität“ im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass  
4224 ethnische Kategorien bei den personenbezogenen Hinweisen in der Polizeiarbeit grundsätzlich  
4225 ausgeschlossen werden.

#### 4226 **Gute Arbeitsbedingungen bei Polizei und Feuerwehr**

4227 Wir setzen uns für gute Arbeit in allen Bereichen ein. In den Sicherheitsbehörden ist sie zudem eine  
4228 wichtige Grundlage für die Gewährleistung von Sicherheit. Der unter R2G beschrittene Weg der  
4229 Angleichung der Besoldung an den Durchschnitt der Bundesländer muss konsequent weitergeführt  
4230 werden. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Stellenausstattung bei Polizei und  
4231 Feuerwehr und für eine Fortführung der Ausbildungs- und Einstellungsoffensive ein. Hierbei wird auch  
4232 die geschlechtergerechte Rekrutierung zum Erfolg beitragen. Das Gesundheitsmanagement wollen wir  
4233 verbessern und mit einem Pakt für Gesundheit, wie es ihn im Justizvollzugsdienst gibt, den Krankenstand  
4234 senken. Durch entsprechende Angebote und Dienstzeitgestaltung soll lebenslanges Lernen auch bei  
4235 den Blaulichtbehörden ermöglicht werden. Sanierung und Neubau von Wachen und anderen  
4236 Dienstgebäuden müssen weiter beschleunigt werden. Für die Feuerwehrausbildung müssen dringend  
4237 ausreichend Personal und Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Die Gewährleistung von öffentlicher  
4238 Sicherheit ist eine hoheitliche Aufgabe. Die Auslagerung an private Sicherheitsdienste lehnen wir ab.

## 4239 **Polizei reformieren**

4240 Wir wollen Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Racial Profiling in den  
4241 Sicherheitsbehörden konsequent bekämpfen. Dazu bedarf es regelmäßiger Einstellungsstudien, mit  
4242 denen Wertesysteme und Einstellungsmuster innerhalb von Polizei und Verfassungsschutz unabhängig  
4243 und repräsentativ untersucht werden. Wir brauchen eine Änderung der Polizeikultur durch Maßnahmen  
4244 gegen Korpsgeist und gegen das Klima des Wegschauens beim Fehlverhalten anderer. Wichtig sind  
4245 hierfür ein:e starke:r Polizeibeauftragte:r als Anlaufstelle für anonyme Eingaben, aber auch ein  
4246 transparenter Umgang der Polizei mit Missständen in der eigenen Behörde. Wir fordern die deutliche  
4247 Ausweitung der Themen Rassismus und Diskriminierung in der Polizeiaus- und -fortbildung.  
4248 Fortbildungen dazu sollen verbindlich sein und auch externe Fortbildungen sollen ermöglicht werden.  
4249 Die migrationsgesellschaftliche und rassismuskritische Kompetenz ist gezielt zu stärken. Gesetzliche  
4250 und behördeninterne Vorschriften müssen dahingehend überprüft werden, ob sie diskriminierendes  
4251 Verhalten begünstigen. Rassistische Beamt:innen haben in der Polizei nichts zu suchen. Entsprechende  
4252 Vorfälle sind konsequent zu ahnden.

4253 Immer wieder kommt es zu Todesfällen durch Waffeneinsatz der Polizei. Das gilt es zu vermeiden. Die  
4254 Polizei muss im Umgang mit psychisch kranken Personen besser geschult und trainiert werden. Die  
4255 schnelle Hinzuziehung von psychologisch geschultem Personal in kritischen Situationen muss zur Regel  
4256 werden. Dazu müssen auch das Angebot und die Erreichbarkeit psychologischer/psychiatrischer  
4257 Krisenintervention verbessert werden. Es ist zu prüfen, ob sozialpsychiatrische Leistungen auch  
4258 verstärkt durch die Strukturen des regulären Rettungsdienstes erbracht werden können. Eine  
4259 Militarisierung der Polizeiarbeit lehnen wir ab.

## 4260 **Personal statt Videoüberwachung**

4261 Videoüberwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, denn keine Kamera kann Straftaten im öffentlichen  
4262 Raum verhindern. Eingreifen können in kritischen Situationen nur Menschen. Die Ausweitung der  
4263 Videoüberwachung in der vergangenen Wahlperiode konnten wir verhindern. Wir wollen weiterhin keine  
4264 allgegenwärtige Videoüberwachung, sondern sie erheblich reduzieren und auf das zwingend nötige Maß  
4265 beschränken – sei es auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder bei Demonstrationen und politischen  
4266 Versammlungen. Wir sind dafür, im öffentlichen Raum und insbesondere in Bussen und Bahnen sowie  
4267 auf Bahnhöfen stattdessen mit Personal für Sicherheit zu sorgen.

4268 Wir fordern ein Verbot des Einsatzes von Videoüberwachung mit biometrischer Gesichtserkennung und  
4269 Verhaltensmusteranalyse für alle Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen. Das Land Berlin darf  
4270 nicht an der Entwicklung, Verbreitung oder Verbesserung von Technologien der Videoüberwachung mit  
4271 biometrischer Gesichtserkennung und Verhaltensmusteranalyse mitwirken und setzt sich beim Bund  
4272 für einen unverzüglichen Stopp aller Testprojekte zum Einsatz dieser Videoüberwachungstechnologien  
4273 ein. Private Videoüberwachung (z. B. an Betriebsanlagen, Baustellen usw.) muss regelmäßig auf die  
4274 Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben für Speicherung, Blickwinkel und Übermittlung geprüft werden.

## 4275 **Polizeirecht und Bürger:innenrechte**

4276 Verdachtsunabhängige Kontrollen an den sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten tragen nicht zur  
4277 Kriminalitätsbeschränkung, sondern höchstens zur Verdrängung bei. Gleichzeitig öffnen sie die Tür für  
4278 eine vorurteilsbehaftete Eingriffspraxis der Polizei. Wir sind dafür, diese Befugnis im Allgemeinen

4279 Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) zu streichen. Personenkontrollen sollten am Verhalten von  
4280 Personen anknüpfen und nicht an deren Aussehen. Das Verbot von Racial Profiling ist gesetzlich zu  
4281 verankern. Wir setzen uns im Sinne eines transparenten und rechtssicheren Behördenhandelns  
4282 gegenüber Bürger:innen dafür ein, dass die Polizei allen Betroffenen von Personenkontrollen eine  
4283 Bescheinigung über die getroffenen Maßnahmen ausstellen muss. Darauf müssen Rechtsgrundlage und  
4284 Rechtsbehelfsbelehrung, Anlass, Ort, Zeit, Vorgangsnummer sowie Name, Dienstnummer oder die  
4285 Nummer der taktischen Kennzeichnung der Beamt:innen angegeben sein.

4286 Der Einsatz von V-Personen bei der Polizei bringt mehr Schaden als Nutzen und behindert die  
4287 nachträgliche Aufklärung von Missständen. Deshalb wollen wir ihn beenden.

4288 Die Speicherdauer von Daten der taktischen Polizeikennzeichnung (z. B. bei Demonstrationen) sollte  
4289 auf drei Jahre verlängert werden, um die Identifikation für eventuelle Ermittlungsverfahren in jedem Falle  
4290 sicherzustellen.

4291 Der auf drei Jahre befristete Einsatz von Bodycams sollte nur fortgeführt werden, wenn er tatsächlich  
4292 zu weniger gewaltsamen Übergriffen von und auf Polizeibeamt:innen führt. Erhobene Daten sollten  
4293 unabhängig gespeichert und für beide Seiten zum Schutz der jeweiligen Rechte nutzbar sein.

4294 Wir stellen uns weiterhin gegen Instrumente wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und  
4295 Onlinedurchsuchung, die tiefe Eingriffe in informationstechnische Systeme und damit in die  
4296 Privatsphäre darstellen.

4297 Wir wollen, dass die Anwendung unmittelbaren Zwangs oder der Einsatz von Zwangsmitteln unterhalb  
4298 des Schusswaffengebrauchs in der Berliner Polizei besser dokumentiert werden. Wir setzen uns für ein  
4299 Verbot von Elektrotasern ein.

#### 4300 **Polizeidatenbanken überprüfen und gegen Missbrauch schützen**

4301 Wir sind für eine kritische Überprüfung des gesamten Datenbestands in Polizeidatenbanken. Nur  
4302 Datenbestände, die erforderlich und verhältnismäßig sind, sollen weiterbestehen. Die stigmatisierenden  
4303 und polizeilich unnötigen personengebundenen Hinweise „BtM-Konsument“, „psychische und  
4304 Verhaltensstörungen“ (ehemals „geisteskrank“) und „Ansteckungsgefahr“ gehören gelöscht. Bei  
4305 bundeseinheitlichen Datenfelddefinitionen setzt sich Berlin in den jeweiligen Gremien für deren  
4306 Abschaffung ein.

4307 Bei Eintragungen in polizeiliche Datenbanken sollte es eine Benachrichtigungspflicht, bei  
4308 Verfahrenseinstellung oder Freispruch eine Löschungspflicht geben. Die Schutzmaßnahmen gegen den  
4309 missbräuchlichen Zugriff auf und die missbräuchliche Weitergabe von Daten müssen verbessert werden.

4310 Die Erprobung und den Einsatz von polizeilicher Vorhersagesoftware auf Grundlage von Massendaten  
4311 (Predictive Policing) lehnen wir ab.

#### 4312 **Unabhängige:r Polizeibeauftragte:r**

4313 Durch unsere Initiative ist in der vergangenen Wahlperiode die gesetzliche Verankerung einer:s  
4314 unabhängigen Polizeibeauftragten gelungen und der Aufbau dieser Institution eingeleitet worden. Wir  
4315 werden uns dafür einsetzen, dass sie mit ausreichend Personal die Arbeit der Berliner Polizei wirksam  
4316 kontrollieren und Missstände, wie Polizeigewalt, aufklären kann. Nur so kann einer Kultur des

4317 Wegschauens und des Korpsgeistes effektiv entgegengewirkt werden. Die Befugnisse sind in der Praxis  
4318 zu überprüfen und ggf. zu erweitern.

#### 4319 **Versammlungsrecht schützen und ausbauen**

4320 Mit dem neuen Versammlungsfreiheitsgesetz konnten einige freiheitliche Verbesserungen erzielt  
4321 werden. In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Neuerungen einer kritischen Evaluation  
4322 unterziehen und noch bürgerrechtsfreundlicher machen. Das Versammlungsrecht als demokratisches  
4323 Freiheitsrecht ist gegen staatlichen Zugriff zu schützen und auszubauen. Insbesondere dürfen staatliche  
4324 Beschränkungen für Versammlungen nicht dazu dienen, Versammlungen zu erschweren,  
4325 Versammlungsteilnehmer:innen zu gängeln und das Versammlungsrecht willkürlich einzuschränken.  
4326 Das Vermummungsverbot und das Passivbewaffungsverbot und das Schutzausrüstungsverbot sind  
4327 hierfür ebenso zu streichen wie die Befugnis zu Übersichtsaufnahmen. Polizeikräfte sollen sich  
4328 grundsätzlich nicht mehr innerhalb von Versammlungen aufhalten dürfen. Die Spalierbildung an beiden  
4329 Seiten von Aufzügen muss unterbleiben, da sie den Zugang zur Versammlung und damit das Recht auf  
4330 Versammlungsfreiheit erheblich einschränkt. Wir fordern eine deutliche Sichtbarmachung von  
4331 ausnahmslos allen Polizeikräften auf Versammlungen, nicht nur gegenüber der Versammlungsleitung,  
4332 sondern gegenüber allen Teilnehmer:innen. Personenkontrollen auf dem Weg zur oder sogar in der  
4333 Demonstration sollten nicht zulässig sein. Alle Regelungen zu polizeilichen Eingriffen rund um  
4334 Versammlungen sollten abschließend im Versammlungsfreiheitsgesetz festgeschrieben sein. Die  
4335 Versammlungsbehörde soll künftig aus dem Geschäftsbereich der Polizei herausgelöst und dem  
4336 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten zugeordnet werden.

#### 4337 **Fanrechte schützen**

4338 Sportveranstaltungen sind insbesondere durch soziale Arbeit wie Fanprojekte, aber auch durch eigenes  
4339 Engagement von Fans in den letzten Jahren sicherer geworden. Wir lehnen immer weiter gehende  
4340 Eingriffe in die Grundrechte von Fans, insbesondere durch ausufernde Datenspeicherungen, die oft mit  
4341 Folgen für die Freizügigkeit verbunden sind, ab. Wir treten ein für die Auflösung der in Berlin geführten  
4342 Datei „Szenekunde Sport“ und setzen uns ein für eine Initiative in der Innenministerkonferenz für die  
4343 Auflösung der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze. Die Weitergabe der dort befindlichen Daten  
4344 an nicht staatliche Akteure wie Sportverbände oder -vereine ist auszuschließen. Wir wollen das Verbot  
4345 von Meldeauflagen oder Ausreise- wie Betretungsverbote ohne richterliche Anordnung als zu starke  
4346 Eingriffe in die persönlichen Grundrechte abschaffen. Wir sind für die Durchführung eines Pilotprojekts  
4347 zum Einsatz von Pyrotechnik bzw. kalter Pyrotechnik zur Entkriminalisierung von Fangruppen und -  
4348 szenen.

#### 4349 **Verfassungsschutz abschaffen**

4350 Die Unfähigkeit und die Strategie aktiver Vertuschung etlicher Verfassungsschutzämter in Bund und  
4351 Ländern bei der Aufklärung der NSU-Mordserie oder des Terroranschlags am Breitscheidplatz haben  
4352 deutlich gemacht: Der Verfassungsschutz schützt nicht unsere Verfassung, sondern ist eine Gefahr für  
4353 die Demokratie. Die geheimdienstliche Arbeitsweise macht diese Behörden unkontrollierbar. Das V-  
4354 Mann-Wesen hat terroristische Taten nicht verhindert. Es behindert aber deren Aufklärung und führt  
4355 dazu, dass Nazis, islamistische Fundamentalist:innen oder SchwereKriminelle mit öffentlichen Mitteln  
4356 finanziert werden und die Grenzen zwischen staatlichem Handeln und den zu bekämpfenden Strukturen



4357 verschwimmen. Für uns ist klar: Wir wollen den Verfassungsschutz bundesweit abschaffen. Er ist durch  
4358 Institutionen zu ersetzen, die ohne nachrichtendienstliche Mittel neonazistische, rassistische und  
4359 antisemitische Einstellungen und Bestrebungen sowie sonstige Erscheinungen gruppenbezogener  
4360 Menschenfeindlichkeit dokumentieren und Strategien dagegen entwickeln. Als ersten Schritt auf  
4361 Berliner Ebene wollen wir den Einsatz von V-Leuten bei Polizei und Verfassungsschutz beenden. Wir  
4362 wollen darüber hinaus dem Berliner Verfassungsschutz die Befugnisse nach dem G-10-Gesetz  
4363 entziehen. Wir wenden uns gegen immer neue Befugnisse und Datenbanken, die die Trennung zwischen  
4364 Polizei und Geheimdiensten aufweichen. Die parlamentarische Kontrolle wollen wir schärfen und den  
4365 Datenbestand des Verfassungsschutzes systematisch auf Rechtmäßigkeit überprüfen. Zudem haben  
4366 Geheimdienste in der politischen Bildung nichts verloren. Wir wollen es künftig nicht mehr zulassen,  
4367 dass sich der Verfassungsschutz in Schulen an Veranstaltungen beteiligt.

#### 4368 **Moderne Justiz und Zugang zum Recht**

4369 Die Gefangenen von heute sind unsere Nachbarn von morgen. Wir werden die Bedingungen der  
4370 Resozialisierung in den Justizvollzugsanstalten verbessern sowie die Unterstützung der in diesem  
4371 Bereich tätigen freien Träger erhöhen. Die Strafgefangenen sollen bessere Möglichkeiten der Aus- und  
4372 Weiterbildung erhalten und das erfolgreiche Pilotprojekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ soll  
4373 zum Ende der Wahlperiode in allen Vollzugsanstalten ausgerollt sein. Viele Menschen sitzen jedes Jahr  
4374 wegen Bagatelldelikten eine Ersatzfreiheitsstrafe ab, obwohl sie nicht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt  
4375 wurden. Die Hauptgründe sind meistens Armut und psychische Probleme. Diese ungerechte und  
4376 resozialisierungsfeindliche Praxis wollen wir abschaffen. Wir setzen uns insbesondere dafür ein,  
4377 Armutsdelikte wie das sogenannte Schwarzfahren, Containern und kleine Lebendmitteldiebstähle aus  
4378 dem Strafgesetzbuch zu streichen und den Umrechnungsmaßstab einer Geldstrafe in eine  
4379 Ersatzfreiheitsstrafe signifikant zu senken. Daneben möchten wir mehr freiwillige gemeinnützige Arbeit  
4380 anbieten, um eine Ersatzfreiheitsstrafe abzuwenden. Die Entlohnung von Strafgefangenen im  
4381 Justizvollzug muss angemessen sein und sich mindestens am Mindestlohn orientieren. Die schlechte  
4382 Bezahlung nehmen wir nicht hin. Die Entwicklung bei Suiziden und Suizidversuchen in den  
4383 Justizvollzugsanstalten ist besorgniserregend. Deswegen wollen wir aufbauend auf der  
4384 Suizidpräventionsstudie des kriminologischen Dienstes die Suizidprävention in den Anstalten  
4385 verbessern. Darüber hinaus wollen wir die Stärkung der Präventions- und Opferschutzangebote  
4386 fortsetzen.

4387 Wir wollen die Arbeitsbedingungen des Allgemeinen Vollzugsdienstes verbessern, um seine Attraktivität  
4388 für die Nachwuchsgewinnung zu erhöhen. Ein funktionierender Rechtsstaat braucht qualifizierten  
4389 Nachwuchs. Noch fällt es Berlin im Unterschied zu anderen Bundesländern leichter gute Richter:innen  
4390 und Staatsanwält:innen zu gewinnen. Dennoch entscheiden sich gemessen an früheren  
4391 Abschlusszahlen immer weniger examinierte Jurist:innen für das Referendariat. Deswegen wollen wir  
4392 eine breite Debatte über eine Reform der Jurist:innenausbildung anstoßen, um mehr qualifizierte  
4393 Jurist:innen für den Dienst in der allgemeinen Verwaltung und dem engeren Justizdienst zu gewinnen.

4394 Die Justizgebäude des Landes müssen modernisiert und wenn nötig neu gebaut werden. In Marzahn-  
4395 Hellersdorf werden wir endlich ein 12. Amtsgericht einrichten. Die Digitalisierung werden wir unter  
4396 Einhaltung der hohen Datenschutzstandards vorantreiben.

4397 Viele Grundrechtseingriffe sind an einen Richtervorbehalt geknüpft. Ob dieser ein wirklich effektives  
4398 Mittel zum Grundrechtsschutz ist, ist fraglich. Wir wollen deshalb das Instrument des Richtervorbehalts  
4399 wissenschaftlich evaluieren lassen.

4400 Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zum Recht nicht vom Einkommen abhängig sein darf.  
4401 Besonders arme Menschen erleben viele Hürden, wenn sie versuchen ihre Rechte einzufordern. Trotz  
4402 der Möglichkeit, Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe zu erhalten, bleibt für Betroffene ein finanzielles  
4403 Restrisiko. Auch sind die Informationen häufig schwer zugänglich und wenig verständlich. Das hindert  
4404 die Rechtsuchenden oft daran, ihre Rechte gerichtlich durchzusetzen. Wir wollen hierzu die  
4405 Beratungsmöglichkeiten ausbauen und so Rechtsuchende unterstützen.